

Freistaat Bayern

Haushaltsplan
1975/1976

Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

Inhalt

	Seite
Vorwort	3
Kap. 13 01 Steuern	16
Kap. 13 03 Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt	22
Kap. 13 04 Allgemeines Grundvermögen	42
Kap. 13 05 Wirtschaftliche Unternehmen	50
Kap. 13 06 Kapital und Schulden	62
Kap. 13 10 Allgemeine Finanzausweisungen, Zweckausweisungen und Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit nicht in anderen Kapiteln des Haushaltsplans veranschlagt	98
Kap. 13 20 Zivilversorgung	114
Kap. 13 21 Übrige Versorgung	120
Abschluß	124
Übersicht Verpflichtungsermächtigungen	125
Stellenplan	127
Anlagen:	
A. Übersicht über die Leistungen an und für Gemeinden, Gemeinde- und gemeindliche Zweckverbände, die in anderen Kapiteln des Haushalts veranschlagt sind	131
B. Nachweisung der Rücklagen und Sondervermögen im Sinne des Art. 26 Abs. 2 BayHO	143
C. Wirtschaftspläne der Unternehmen des Freistaates Bayern im Sinne des Art. 26 Abs. 1 BayHO	151
D. Verzeichnis der Unternehmen, an deren Kapital oder Gewinn der Freistaat Bayern beteiligt ist (Art. 65 und 104 Abs. 3 BayHO)	185
E. Ausweis der Zinseinnahmen und Darlehensrückflüsse für die Aktivkapitalien des Freistaates Bayern	
— Haushaltsjahr 1975 —	203
— Haushaltsjahr 1976 —	219
F. Übersicht über die Schulden des Freistaates Bayern und den Bedarf für Tilgung und Zinsen	
— Haushaltsjahr 1975 —	235
— Haushaltsjahr 1976 —	243
G. Haushaltsmäßige Darstellung von Programmen der Bayerischen Staatsregierung	251
— Jugendprogramm	
— Familienprogramm	
— Förderung des Kindergartenwesens	
— Landesbehindertenplan	
— Altenhilfe	
— Freizeit und Erholung	
— Gesundheitsprogramm	
— Sicherheitsprogramm	
— Berufsbildungsprogramm	
— Förderungsmaßnahmen im Zuge der Gebietsreform	
S. Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen mit mehr als 250 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall für den Bereich des Epl. 13	265

Vorwort zum Einzelplan 13

Allgemeine Finanzverwaltung

A. Aufgabe und Aufbau des Einzelplans 13 in den wichtigsten Grundzügen

Der Haushalt der Allgemeinen Finanzverwaltung enthält in der Hauptsache die Einnahmen und Ausgaben, die nicht einen bestimmten Verwaltungszweig, sondern die Gesamtheit der Staatsverwaltung betreffen. Bei den Einnahmen sind es insbesondere die Steuern und Abgaben. Seine Gestaltung ist maßgebend beeinflusst durch die Verteilung der Lasten und der Deckungsmittel (Steuerquellen) zwischen dem Bund und den Ländern, durch den kommunalen Finanzausgleich sowie durch die Verpflichtung des Freistaates Bayern gegenüber dem Lastenausgleichsfonds. Er enthält ferner die Erträge des allgemeinen Grundvermögens und der einen wirtschaftlichen Zweck verfolgenden eigenen Unternehmen des Staates und der Unternehmen, an deren Kapital oder Gewinn der Staat beteiligt ist, sowie die Einnahmen aus den Aktivkapitalien des Staates, ferner die Einnahmen aus Schuldaufnahmen und die damit zusammenhängenden Ausgaben für die Bedienung der Schulden des Staates mit Tilgung und Zinsen. Die gesamten Aufwendungen des Landes für Versorgungszwecke der Staatsbediensteten sind in den Kapiteln 13 20 und 13 21 des Haushalts der Allgemeinen Finanzverwaltung zusammengefaßt veranschlagt.

B. Organisatorische Veränderungen gegenüber dem Vorjahr

Die bisher im Einzelplan 03 B veranschlagten Schuldendienstleistungen für Schuldaufnahmen des Staates zur Finanzierung des Sozialen Wohnungsbaues sind ab 1975 im Einzelplan 13 mitveranschlagt. Anstelle der bisherigen Anlage G „Landesjugendplan“ und Anlage H „Haushaltsmäßige Darstellung sonstiger ressortübergreifender Programme“ ist nunmehr die Anlage G „Haushaltsmäßige Darstellung von Programmen der Bayerischen Staatsregierung“ getreten.

Sonstige organisatorische Veränderungen liegen nicht vor.

C. Abschluß und Gliederung des Einzelplans 13

Der Einzelplan 13 schließt ab:

	1975 DM	1976 DM	1974 DM
in der Einnahme mit	19 604 987 400	21 068 271 400	17 626 158 700
in der Ausgabe mit	7 463 326 000	7 735 091 900	7 422 128 300
so daß ein Überschuß von	12 141 625 400	13 333 179 500	10 204 030 400

verbleibt, der zur Deckung des Zuschußbedarfs der anderen Einzelpläne des Haushalts zur Verfügung steht.

Bei einem Vergleich der Zahlenangaben für 1975 mit dem Nachtragshaushaltsplan 1974 ist zu berücksichtigen, daß ein Großteil der Verstärkungsansätze auf die zutreffenden Einzelpläne umgesetzt wurde.

Die Einnahmen und Ausgaben gliedern sich wie folgt:

	1975 DM	1976 DM	1974 DM
Steuern und steuerähnliche Abgaben	14 500 600 000	16 230 000 000	14 541 700 000
Verwaltungseinnahmen und dgl.	416 345 400	423 912 400	450 871 100
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	854 018 000	715 753 000	674 142 600
Zuschüsse und Zuweisungen für Investi- tionen, besondere Finanzierungseinnahmen	3 834 024 000	3 698 606 000	1 959 445 000
Gesamteinnahmen	19 604 987 400	21 068 271 400	17 626 158 700
Personalausgaben	1 431 869 500	1 466 025 500	1 953 827 500
Sächliche Verwaltungsausgaben	17 665 600	19 516 700	84 685 300
Ausgaben für den Schuldendienst	771 507 000	979 713 000	478 761 000
Zuweisungen und Zuschüsse mit Ausnahme für Investitionen	2 514 144 100	2 651 362 700	2 244 091 000
Baumaßnahmen	— 78 066 600	— 159 920 000	— 110 645 000
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	3 270 684 400	3 352 836 000	2 981 302 500
Besondere Finanzierungsausgaben	— 464 442 000	— 574 442 000	— 209 894 000
Gesamtausgaben	7 463 362 000	7 735 091 900	7 422 128 300
Überschuß	12 141 625 400	13 333 179 500	10 204 030 400

D. Personalsoll

Kapitel 13 05 Planmäßige Beamte

(Die Dienstbezüge werden bei den Betrieben verrechnet.)

Nachrichtlich:

Kapitel 13 04 Titel 426 71

Betriebsarbeiter beim Allgemeinen Grundvermögen

	Stellen für 1975	Stellen für 1976	Stellen für 1974
Kapitel 13 05 Planmäßige Beamte	109	108	113
Kapitel 13 04 Titel 426 71			
Betriebsarbeiter beim Allgemeinen Grundvermögen	41	41	45

E. Gliederung der Einnahmen und Ausgaben nach größeren Ansätzen und zusammenhängenden Gruppen

Kap. Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	1975 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	1974 Tsd. DM
13 01	Einnahmen			
011 01— 017 01	Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage (Landesanteile)	12 319 100	13 859 000	12 208 200
	Landessteuern			
051 01	Vermögensteuer	535 000	654 000	654 000
054 01	Kraftfahrzeugsteuer	921 000	956 000	940 000
061 01	Biersteuer	334 000	339 000	342 000
	Übrige Landessteuern	355 900	384 000	362 500
	<i>Zwischensumme Steuern</i>	14 465 000	16 192 000	14 506 700
093 01	Spielbankabgabe	35 600	38 000	35 000
252 01	Ausgleichsbeträge aus der Spielbankabgabe	2 400	2 500	2 200
13 03				
119 11	Schadenersatzleistungen	3 800	4 000	3 000
211 01	Ergänzungszuweisungen des Bundes	185 900	200 000	184 000
212 01	Länderfinanzausgleich	370 000	211 700	210 000
231 01	Anteil des Bundes an den Kosten der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes und des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes	—	—	4 500
241 03	Entmunitionierung	1 740	1 740	1 425
331 01	Wohnungsbauprämien	355 000	290 000	355 000
331 10	Finanzhilfen zur Abstützung der Beschäftigung	45 806	—	—
359 01	Nicht zurückgezahlter Konjunkturzuschlag	—	—	22 500
371 01	Globale Mehreinnahmen	—	270 000	98 000
13 04				
122 01	Einnahmen aus Wasserbenutzungsgebühren	5 400	5 400	7 400
124 01	Einnahmen aus Vermietung usw.	15 500	16 000	14 500
331 02	Zuweisungen des Bundes zum Grunderwerb für Hochschulbaumaßnahmen	35 500	25 500	25 000
13 05				
121 31— 121 39	Gewinnablieferung der Beteiligungsunternehmen	46 059	47 947	49 472
123 01— 123 06	Gewinne aus dem Lotterie- und Spielbankbetrieb	108 387	112 464	99 419
291 01	Ablieferung aus dem Tronc der Spielbanken für gemeinnützige Zwecke	2 820	3 230	3 290

<u>Kap.</u> Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	1975 Tsd. DM	1976 Tsd. DM	1974 Tsd. DM
13 06				
133 02	Mehrerlöse aus der Veräußerung und der Einlösung von Forderungen	—	—	20 000
153 01— 162 61	Zinseinnahmen aus Darlehen	57 248	59 629	64 515
162 65	Einnahmen aus Sondervermögen	10 000	10 000	3 000
162 66 und 162 69	Zinsen aus Girobeständen und aus Wertpapieren	19 200	18 100	16 800
173 01— 182 61	Darlehensrückflüsse	147 647	147 301	170 058
241 01, 241 04, 291 01	Erstattung des Bundes für den Schuldendienst für Ausgleichsforderungen	53 224	50 746	51 523
242 01	Erstattung von Zinsen durch andere Länder für Ausgleichsforderungen	3 179	3 095	3 259
311 02— 311 69	Darlehen des Bundes	151 199	135 530	108 600
325 01 und 325 02	Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt	2 144 500	1 942 000	627 820
325 10	Aus Rückflußmitteln der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt	—	—	22 000
325 21	Erlöse aus der Ausgabe von Steuergutscheinen ..	40 000	40 000	40 000
325 22	Einlösung von Steuergutscheinen	— 40 000	— 40 000	— 40 000
355 01	Entnahmen aus der Investitionssteuer	61 475	—	—
355 02	Entnahmen aus der Konjunkturausgleichsrücklage	270 000	220 000	—
13 10				
213 01	Landesumlage der Bezirke	100 000	100 000	100 000
331 01 und 331 02	Zuweisungen des Bundes gemäß § 1 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	320 000	340 000	300 000
331 03	Zuweisungen des Bundes nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	160 000	165 000	150 000
333 01	Zuweisungen der Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	290 000	310 000	250 000
13 20				
71	Erstattung von Versorgungsbezügen	132 454	140 394	112 415
Übrige Einnahmen per Saldo		5 949	5 995	4 763
Summe der Einnahmen		19 604 987	21 068 271	17 626 159
1975 gegenüber 1974 Einnahmen mehr		1 978 828		
1976 gegenüber 1975 Einnahmen mehr			1 463 284	

<u>Kap.</u> Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	1975	1976	1974
		Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
13 01	Ausgaben			
TG 71	Anteile Dritter an der Spielbankabgabe	9 882	10 543	9 622
685 01	Zuweisungen an Rennvereine	10 080	10 080	10 080
13 03				
441 01	Beihilfen	227 000	261 000	205 000
441 02				
13 20				
446 01				
13 03				
443 01	Unfallfürsorge für Beamte usw.	3 000	3 500	2 800
451 01	Zur Verstärkung der Mittel für Zuschüsse zur Gemeinschaftsverpflegung und zu Gemein- schaftsveranstaltungen	—	—	3 000
453 01	Zur Verstärkung der Mittel für Trennungsgeld	—	—	7 800
461 01	Zur Verstärkung der Mittel für Personalaus- gaben in sämtlichen Einzelplänen	115 000	40 000	617 600
461 03	Globale Minderung der Personalausgaben auf Grund des Kindergeldgesetzes	— 166 700	— 166 700	—
681 05	Leistungen nach § 45 des Bundeskindergeldge- setzes	166 700	166 700	—
527 01	Zur Verstärkung der Mittel für Reisekostenver- gütungen	—	—	2 500
532 01	Ausgleichsabgabe nach dem Schwerbehinderten- gesetz	—	2 000	—
546 69	Vermischte Ausgaben und zur Ausgleichung der Schlußsumme des Haushaltsplans	1 028	1 162	850
548 01	Globale Mehrausgaben für sächliche Verwal- tungsausgaben	—	—	66 155
633 01	Erstattung anteiliger Verwaltungskosten an den Krankenhausverband Coburg	2 800	2 800	5 200
653 01	Zahlung an die Stadt Neustadt bei Coburg	1 000	—	2 000
654 01 und 654 02	LAG-Zuschüsse	206 250	236 000	237 500
661 01	Zweckgebundene Zuwendungen an die Baye- rische Landesbank zur Finanzierung von staats- wirtschaftlichen Aufgaben	20 000	20 000	25 000
661 02	Zweckgebundene Zuwendungen an die Baye- rische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung zur Verwendung für die Aufgaben der Anstalt	7 500	7 500	6 000
663 01	Aufwendungszuschüsse für den Bau von Woh- nungen für Staatsbedienstete	9 000	9 000	5 400
681 04	Heizölkostenzuschüsse	—	—	30 000
683 01	Aufwendungen für die Entmunitionierung	2 320	2 320	1 900
749 68	Zur Verstärkung der Mittel für staatliche Hoch- baumaßnahmen	—	—	1 775
749 69	Minderausgaben auf Grund haushaltsgesetzlicher Einsparungsmaßnahmen bei den staatlichen Hochbaumaßnahmen	— 88 800	— 171 500	— 118 000
862 01	Darlehen zur Gewinnung von Wohnungen für Staatsbedienstete	31 000	77 000	32 000
862 02	Darlehen zur Modernisierung von Wohnungen für Staatsbedienstete	1 500	3 000	—

Kap. Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	1975	1976	1974
		Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
(13 03)				
883 01	Zuschüsse für die Errichtung eines Messezentrums in Nürnberg	4 111	—	5 000
891 04	Einmalzinszuschuß an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt für die Gewinnung von Wohnungen für Staatsbedienstete	51 000	6 000	43 000
891 05	Einmalzuschüsse für die Abgeltung von Aufwendungszuschüssen für den Bau von Wohnungen für Staatsbedienstete	—	8 000	—
893 01	Wohnungsbauprämien	710 000	580 000	710 000
893 02	Sonderprogramm zur Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen im Raume Ingolstadt	—	10 000	—
972 01	Minderausgaben auf Grund haushaltsgesetzlicher Einsparungsmaßnahmen	— 500 000	— 600 000	— 184 000
972 02	Globale Minderausgaben gemäß Art. 4 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1973/74	—	—	— 60 000
TG 73	Zuweisungen und Zuschüsse zur Beseitigung außerordentlicher Notstände	3 000	3 000	1 000
13 04				
519 01	Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen	8 000	8 300	7 800
701 01	Kleine Neu-, Um- und Erweiterungsbauten	1 000	1 200	800
712 11— 746 13	Hochbaumaßnahmen im Bereich der Allgemeinen Finanzverwaltung	9 733	10 380	4 780
916 01	Zuführung an den Grundstock	35 500	25 500	34 100
TG 71	Bewirtschaftungskosten	6 566	6 440	4 994
13 05				
661 01, 682 01— 682 05, 891 01— 891 02	Zuschüsse an Beteiligungsunternehmen	6 640	6 840	6 775
831 01— 831 09	Kapitalerhöhungen	77 335	72 750	36 600
831 31— 831 34	Kapitalausstattung der staatlichen Betriebe	1 300	1 200	2 822
861 01— 861 10	Darlehen an die staatlichen Betriebe	12 300	13 740	11 000
861 22— 861 27	Darlehen an Beteiligungsunternehmen	26 950	38 900	13 436

Kap. Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	1975	1976	1974
		Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
13 06				
573 01—	Schuldendienst für Ausgleichsforderungen	73 878	72 259	71 965
573 03 }				
593 01—				
593 03 }				
561 01,	Schuldendienst (ohne Ausgleichsforderungen) ..	662 629	872 454	386 596
565 01,				
576 01,				
581 01—				
585 01,				
596 01				
TG 73 }				
575 01	Ab- und Aufgeld für Steuergutscheine	3 800	3 800	4 000
und				
575 02				
575 03	Zinsen für Kassenkredite	1 000	1 000	1 000
575 04	Geldbeschaffungskosten	30 000	30 000	15 000
641 01	Erstattungen an den Bund gemäß § 11 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“	760	1 300	—
642 01	Erstattung von Zinsen an andere Länder für Ausgleichsforderungen	3 407	3 318	3 493
661 01	Leistungen nach Art. 8 Abs. 4 des MVV-Grundvertrags	—	—	5 000
TG 71	Schuldendiensthilfen für besonders förderungswürdige Maßnahmen	12 696	12 508	7 596
TG 72	Zuschüsse zur Strompreisverbilligung	1 390	1 390	950
13 10				
613 01—	Schlüsselzuweisungen	1 063 600	1 156 700	952 500
613 03 }				
613 04	Zuweisungen für den übertragenen Wirkungskreis	145 000	160 000	121 000
613 11	Überlassung der Grunderwerbsteuer an die Gemeinden	131 000	144 000	131 000
613 21	Zuweisung des Kostenaufkommens und Überlassung der Verwarnungsgelder an die Landkreise usw.	128 680	124 690	130 610
und				
613 22				
623 11—	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und GV für den Bau von Schulen	112 000	124 000	100 000
623 22				
und				
627 11—				
627 22				
653 01	Zuweisungen zu den Polizeikosten	43 000	—	69 000
653 02	Zuweisungen zu den Kosten der städtischen Gesundheitsämter	12 700	13 800	10 700
653 03	Zuweisungen zu den Beförderungskosten der Schüler	233 500	240 500	228 500
und				
653 10				
653 04—	Bedarfszuweisungen und Zuweisungen gemäß Art. 13 EDVG	46 500	52 500	37 800
653 06				
und				
883 07 }				

Kap. Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	1975	1976	1974
		Tsd. DM	Tsd. DM	Tsd. DM
(13 10)				
653 07	Zuweisungen für strukturverbessernde Maßnahmen	15 000	15 000	15 000
653 08	Zuweisungen an GV nach dem Bundessozialhilfe- und dem Jugendamtsgesetz	56 000	60 000	47 000
653 09				
653 11	Zuweisungen an Träger kommunaler Datenverarbeitungsanlagen	8 000	5 000	—
653 21, 883 02 und 883 03	Überlassung der Kfz-Steuer an die Gemeinden und GV	673 500	692 600	651 500
853 21— 857 22	Darlehen an Gemeinden und GV für den Bau von sonstigen lebenswichtigen öffentlichen Einrichtungen	25 000	25 000	25 000
883 05	Zuweisungen an Gemeinden zum Ausgleich von Härten aus Anlaß der Gemeindefinanzreform ..	—	—	4 200
883 08 und 883 09	Zuweisungen gemäß § 1 Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	320 000	340 000	300 000
883 11— 887 41	Zuweisungen an Gemeinden und GV für den Schulhausbau	551 000	650 000	441 000
883 51 und 883 52	Zuweisungen nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz	740 000	785 000	650 000
883 61	Zuweisungen an Gemeinden und GV nach dem Kindergartengesetz	42 000	46 000	48 500
13 20				
422 41	Abfindungen und Übergangsgelder	10 000	11 500	7 900
431 01— 432 03	Versorgungsbezüge	1 237 750	1 312 100	1 081 700
646 01	Erstattung von Rentenleistungen und Verwaltungskosten an die Sozialversicherungsträger ..	1 500	1 500	1 500
TG 71	Erstattung von Versorgungsbezügen	37 960	40 280	35 160
13 21				
428 01 und 428 02	Umlage zur Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder einschließlich darauf entfallender Steuerbeträge	1 300	—	23 510
439 01	Versorgungsleistungen für frühere Angehörige des Reichsnährstandes	2 100	2 100	2 200
636 01	Verwaltungskostenanteil zum Gemeindeunfallversicherungsverband	1 980	2 230	1 560
681 01	Durchführung der gesetzlichen Unfallversicherung,	15 100	18 150	10 000
684 01	Zuweisungen an das Versorgungswerk des Bayerischen Landtags	500	1 000	—
	Sonstige Veränderungen per Saldo	7 137	6 758	7 399
	Summe der Ausgaben	7 463 362	7 735 092	7 422 128
	1975 gegenüber 1974 Ausgaben mehr	41 234		
	1976 gegenüber 1975 Ausgaben mehr		271 730	

F. Bemerkungen zu einzelnen Kapiteln

1. Steuern (Kap. 13 01)

Über die Entwicklung der Steuern in den Haushaltsjahren 1970 und 1976 gibt die nachstehende Darstellung Aufschluß:

Steuerart	Haushaltsjahr						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	Haushaltsbeträge (Istergebnisse in Klammern) in Mio DM						
Lohnsteuer ¹⁾	2 107,00 (2 339,50)	2 881,00 (2 871,80)	3 246,50 (3 392,90)	4 097,90 (4 155,14)	4 832,20 (4 905,68)	5 385,00	6 446,50
Veranlagte Einkommensteuer ¹⁾	1 462,00 (1 210,13)	1 333,00 (1 420,76)	1 526,50 (1 834,47)	2 038,20 (2 139,83)	2 230,00 (1 973,32)	2 055,00	2 182,00
Nichtveranlagte Steuern vom Ertrag ¹⁾²⁾	87,50 (100,79)	109,60 (100,37)	102,00 (105,19)	111,30 (115,85)	119,00 (99,51)	89,10	104,50
Körperschaftsteuer ¹⁾²⁾	675,00 (622,00)	525,00 (508,84)	550,00 (613,94)	705,00 (874,94)	825,00 (779,15)	810,00	830,00
Umsatzsteuer ³⁾	1 346,00 (1 408,91)	1 562,00 (1 608,67)	2 000,00 (2 083,37)	2 275,00 (2 107,74)	2 568,00 (2 170,39)	2 104,00	2 267,00
Einfuhrumsatzsteuer ³⁾	568,00 (588,20)	634,00 (621,92)	760,00 (781,04)	853,10 (888,10)	1 070,00 (1 190,03)	1 299,00	609,00 1 420,00
Gewerbesteuerumlage	420,00 (322,93)	367,00 (410,44)	452,00 (477,61)	537,00 (544,62)	564,00 (571,81)	577,00	
Zwischensumme Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage (Landesanteile)	6 665,50 (6 592,46)	7 411,60 (7 542,80)	8 637,00 (9 288,52)	10 617,50 (10 826,22)	12 208,20 (11 689,89)	12 319,10	13 859,00
Vermögensteuer	415,00 (494,22)	480,00 (478,97)	460,00 (471,22)	536,00 (523,51)	654,00 (537,39)	535,00	654,00
Erbschaftsteuer	60,00 (67,71)	71,00 (93,20)	90,70 (82,62)	95,50 (91,04)	100,00 (88,52)	90,80	100,00
Grunderwerbsteuer	80,00 (91,98)	95,00 (99,61)	105,00 (110,50)	114,00 (123,04)	131,00 (108,42)	131,00	144,00
Kraftfahrzeugsteuer	652,00 (663,76)	712,00 (729,16)	810,00 (830,78)	905,00 (874,63)	940,00 (896,96)	921,00	956,00
Totalisatorsteuer	5,50 (7,49)	7,50 (8,64)	7,80 (9,42)	10,00 (9,47)	10,50 (10,10)	10,50	10,50
Andere Rennwettsteuer	1,50 (0,73)	1,00 (0,78)	1,00 (0,71)	1,50 (0,63)	1,50 (0,61)	1,50	1,50
Lotteriesteuer	57,50 (81,33)	81,50 (81,14)	85,00 (94,22)	70,00 (68,71)	75,00 (76,81)	75,00	78,00
Sportwettsteuer	5,50 (4,99)	5,00 (5,70)	6,00 (5,88)	6,00 (6,27)	6,50 (6,46)	6,50	7,00
Feuerschutzsteuer	16,50 (19,61)	19,00 (25,81)	19,50 (39,03)	28,50 (36,73)	38,00 (50,25)	40,60	43,00
Biersteuer	310,00 (306,64)	310,00 (323,42)	330,00 (328,28)	330,00 (330,55)	342,00 (328,81)	334,00	339,00
Sonstige Steuern und Abgaben	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)		
Steuereinnahmen insgesamt	8 269,00 (8 330,92)	9 193,60 (9 389,23)	10 552,00 (11 261,18)	12 714,00 (12 890,80)	14 506,70 (13 794,22)	14 465,00	16 192,00
Gegenüber der Veranschlagung v.H. + mehr — weniger	+ 0,75	+ 2,12	+ 6,72	+ 1,39	— 4,91		

1) Landesanteil ab 1970 = 43 v.H.

2) Landesanteil ab 1970 = 50 v.H.

3) Landesanteil ab 1970 = 30 v.H., ab 1972 = 35 v.H., 1974 = 37 v.H., 1975 = 35 v.H., 1976 = 34,5 v.H.

2. Kapital und Schulden (Kap. 13 06)

Veranschlagt sind im Kap. 13 06 in der Hauptsache die Einnahmen bzw. Ausgaben bei staatlichen Aktivkapitalien, laufenden und festen Geldguthaben, aus Wertpapierbeständen, aus der Verwaltung von Sondervermögen, aus Bürgschaftsverpflichtungen und für die Schuldendienstleistungen des Staates.

Ab dem Haushaltsjahr 1975 wurde die Veranschlagung der Schulddienstverpflichtungen im Zusammenhang mit der Förderung des sozialen Wohnungsbaus im Epl. 03 B aufgegeben. Diese Schulddienstverpflichtungen sind nunmehr im Kap. 13 06 mitveranschlagt. Die Schulden Dritter, für die der Freistaat Bayern die Tilgung und Verzinsung übernommen hat, sind am Schlusse der Anlage F (unter Abschn. E) nachrichtlich angegeben.

Nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 30. Juli 1965 (BGBl I S. 650) erstattet der Bund den Ländern die Aufwendungen, die sie nach dem 30. Juni 1959 für die Tilgung nach den §§ 2 bis 5 gemacht haben und machen werden, sowie 50 v. H. der Aufwendungen, die sie nach dem 31. Dezember 1966 für die Verzinsung der Ausgleichsforderungen machen werden. Diese Ausgleichsforderungs-Schulden müssen daher auch weiterhin als Schulden des Freistaates Bayern behandelt werden. In der Folge der nachstehenden Übersichten I bis V sind dementsprechend der Bedarf für Tilgung der Ausgleichsforderungen in den Übersichten I bis III und die erwartete Erstattung des Bundes in der Übersicht IV dargestellt.

Die Anlage F enthält die Schuldarten entsprechend ihrer Aufteilung für die Staatsfinanzstatistik und dient in der weiteren Spaltenführung gleichzeitig als Veranschlagungsgrundlage für den angeforderten Bedarf für Tilgung und Verzinsung. In Abschnitt G dieser Anlage sind die Schuldarten nach den Kapiteln und Titeln, bei denen ihre Tilgung und Verzinsung nachgewiesen wird, aufgeführt.

Über die Entwicklung des Schuldendienstes für die fundierten und schwebenden Schulden des Freistaates Bayern und der Einnahmen aus den vom Staat gewährten Darlehen für die Haushaltsjahre 1970 mit 1976 gibt die nachstehende Darstellung Aufschluß.

I. Bedarf für Tilgung (ohne Tilgung aus Verrentungsverpflichtungen)

Bezeichnung	Haushaltsjahr						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Haushaltsbeträge (Istergebnisse in Klammern) in Mio DM							
1. Ausgleichsforderungen							
a) Erstattung an andere Länder	—	—	—	—	—	—	—
b) eigene Verpflichtungen (vgl. Tit. 593 03)	27,380 (26,930)	29,229 (27,301)	29,195 (29,698)	30,769 (31,726)	30,978 (33,784)	32,472	33,138
c) aus Überweisungen der Deutschen Bundesbank (vgl. Tit. 593 02)	— (—)	— (—)	— (—)	—	—		
2. Schulden bei Gebietskörperschaften—insb. für den sozialen Wohnungsbau — (vgl. Tit. 581 01 bis 585 01)	65,729 (68,968)	66,278 (64,689)	56,346 (57,425)	59,259 (61,108)	50,215 (52,100)	47,098	46,991
3. Kreditmarktschulden usw. (vgl. Tit. 596 01, 591 73 bis 595 73)	199,774 (183,220)	200,684 (266,131)	321,023 (328,153)	345,939 (263,878)	318,800 (241,498)	345,377	401,759
4. Aus der Begebung von Steuergutscheinen (vgl. Tit. 325 21 und 325 22)	—	—	—	—	—	—	—
5. Kassenkredite	—	—	—	—	—	—	—
Summe I	292,883 (279,118)	296,191 (358,121)	406,564 (415,276)	435,967 (356,712)	399,993 (327,382)	424,947	481,888

II. Bedarf für Verzinsung (ohne Zinsen aus Verrentungsverpflichtungen)

Bezeichnung	Haushaltsjahr						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Haushaltsbeträge (Istergebnisse in Klammern) in Mio DM							
1. Ausgleichsforderungen							
a) Erstattung an andere Länder (vgl. Tit. 642 01)	3,992 (2,253)	3,789 (3,480)	3,710 (3,535)	3,577 (3,576)	3,493 (3,489)	3,407	3,318
b) eigene Verpflichtungen (vgl. Tit. 573 03)	44,560 (42,827)	47,048 (39,839)	42,952 (45,122)	44,136 (47,938)	40,884 (50,505)	41,308	39,026
c) aus Überweisungen der Deutschen Bundesbank (vgl. Tit. 573 01 und 573 02)	0,131 (0,115)	0,113 (0,112)	0,110 (0,108)	0,106 (0,105)	0,103 (0,101)	0,098	0,095
2. Schulden bei Gebietskörperschaften—insb. für den sozialen Wohnungsbau — (vgl. Tit. 561 01 bis 565 01)	15,846 (15,870)	13,201 (12,693)	12,780 (11,295)	12,049 (13,079)	9,895 (11,269)	9,071	8,841
3. Kreditmarktschulden (vgl. Tit. 575 04, 576 01, 571 73 bis 575 73)	163,078* (115,356)	164,316* (146,228)	202,077* (172,122)	235,413* (188,007)	193,801* (210,441)	291,283	445,063
4. Aus der Begebung von Steuergutscheinen (vgl. Tit. 575 01 und 575 02)	4,000 (3,050)	6,000 (3,927)	6,000 (0,585)	4,000 (2,763)	4,000 (0,045)	3,800	3,800
5. Kassenkredite (vgl. Tit. 575 03)	1,000 (—)	1,000 (—)	1,000 (0,002)	1,000 (—)	1,000 (—)	1,000	1,000
Summe II	232,607 (179,471)	235,467 (206,279)	268,629 (232,769)	300,281 (255,468)	253,176 (275,850)	349,967	501,143

*) 1970: 12 Mio DM, 1971: 15 Mio DM, 1972: 18 Mio DM, 1973: 22 Mio DM, 1974: 15 Mio DM, 1975 und 1976 je 30 Mio DM für Geldbeschaffungskosten (Bonifikationen, Provisionen, Disagio), die bei Kap. 13 06 Tit. 575 04 veranschlagt sind.

III. Bedarf für Tilgung und Verzinsung

Bezeichnung	Haushaltsjahr						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Haushaltsbeträge (Istergebnisse in Klammern) in Mio DM							
a) Direkte Schuldverpflichtungen							
1. Ausgleichsforderungen							
a) Erstattung an andere Länder (vgl. Tit. 642 01)	3,992 (2,253)	3,789 (3,480)	3,710 (3,535)	3,577 (3,576)	3,493 (3,489)	3,407	3,318
b) eigene Verpflichtungen (vgl. Tit. 573 03 und 593 03)	71,940 (69,757)	76,277 (67,140)	72,147 (74,820)	74,905 (79,664)	71,862 (84,289)	73,780	72,164
c) aus Überweisungen der Deutschen Bundesbank (vgl. Tit. 573 01, 573 02 und 593 02)	0,131 (0,115)	0,113 (0,112)	0,110 (0,108)	0,106 (0,105)	0,103 (0,101)	0,098	0,095
2. Schulden bei Gebietskörperschaften — insb. für den sozialen Wohnungsbau — (vgl. Tit. 561 01—565 01 und 581 01—585 01 und Anl. F) ..	81,575 (84,838)	79,479 (77,382)	69,126 (68,720)	71,308 (74,187)	60,110 (63,369)	56,169	55,832
3. Auslands- und Kreditmarktschulden (vgl. Tit. 575 04, 576 01, 596 01, 571 73, 595 73 und Anl. F)	362,852* (298,576)	365,000* (412,359)	523,100* (500,275)	581,352* (451,885)	512,601* (451,939)	636,660	846,822
4. Aus der Begebung von Steuergutscheinen (vgl. Tit. 325 21, 325 22, 575 01 und 575 02)	4,000 (3,050)	6,000 (3,927)	6,000 (0,585)	4,000 (2,763)	4,000 (0,045)	3,800	3,800
5. Kassenkredite (vgl. Tit. 575 03)	1,000 (—)	1,000 (—)	1,000 (0,002)	1,000 (—)	1,000 (—)	1,000	1,000
Summe III a	525,490 (458,589)	531,658 (564,400)	675,193 (648,045)	736,248 (612,180)	653,169 (603,232)	774,914	983,031
b) Schuldendienst aus Verrentungsverpflichtungen	233,600 (223,331)	255,100 (249,897)	278,200 (321,276)	276,450 (282,860)	322,905 (322,265)	348,702	355,508
Summe III a und b	759,090 (681,920)	786,758 (814,297)	953,393 (969,321)	1 012,698 (895,040)	976,074 (925,497)	1 123,616	1 338,539

IV. Rückflüsse aus den staatlichen Darlehen sowie Erstattungsleistungen Dritter

Bezeichnung	Haushaltsjahr						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
Haushaltsbeträge (Istergebnisse in Klammern) in Mio DM							
1. Erstattung von Zinsen durch den Bund und die Bundesländer für Ausgleichsforderungen der Versicherungsunternehmen (vgl. Tit. 241 01 und 242 01)	3,664 (3,210)	3,648 (2,275)	3,572 (3,513)	3,443 (3,440)	3,362 (3,413)	3,277	3,190
2. Nach der Anlage E zum Epl. 13 (vgl. Tit. 153 01—162 61 und 173 01—182 61) ..	226,493 (207,582)	203,937 (220,611)	222,165 (252,455)	224,799 (186,432)	234,572 (271,673)	204,895	206,929
3. Erstattungsleistungen des Bundes für Aufwendungen des Landes zu Ausgleichsforderungen							
a) für Tilgung (vgl. Tit. 241 03, ab 1975 291 01)	27,380 (26,930)	29,229 (27,301)	29,195 (29,697)	30,769 (31,726)	30,978 (33,784)	32,472	31,138
b) für Zinsen (vgl. Tit. 241 04)	22,280 (21,413)	23,524 (19,920)	21,476 (22,561)	22,068 (23,968)	20,442 (25,253)	20,654	19,513
4. Überweisungen der Deutschen Bundesbank zur Tilgung und Verzinsung der Sonderausgleichsforderungen (vgl. Tit. 281 13 und 281 14)	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)	— (—)	—	—
Summe IV	279,817 (259,135)	260,338 (270,107)	276,408 (308,226)	281,079 (245,566)	289,354 (334,123)	261,298	260,770

* vgl. Fußnote S. 13

V. Nettobedarf für Tilgung und Verzinsung

Bezeichnung	Haushaltsjahr						
	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976
	Haushaltsbeträge (Istergebnisse in Klammern) in Mio DM						
a) Ohne Schuldendienst aus Verrentungsverpflichtungen = Summe III a abzüglich Summe IV	245,673 (199,454)	271,320 (294,293)	398,785 (339,819)	455,169 (366,614)	363,815 (269,109)	513,616	722,261
b) unter Einschluß des Schuldendienstes aus Verrentungsverpflichtungen = Summe III a und b abzüglich Summe IV	479,273 (422,785)	526,420 (544,190)	676,985 (661,095)	731,619 (649,474)	686,720 (591,374)	862,318	1 077,769

Ende Dezember 1974 bestanden vom Freistaat Bayern übernommene (z. T. kurzfristige) Bürgschaften für nachstehende Darlehensbeträge, wobei sich das Bürgschaftsrisiko im Einzelfall zwischen 20% und 100% bewegt:

nach den bis zum 10. August 1954 geltenden Ermächtigungsgesetzen	DM 12 616 242
nach dem Gesetz über die Übernahme von Staatsbürgschaften vom 11. August 1954 i. d. F. der Bekanntmachung vom 27. November 1959 (GVBl S. 262)	2 686 534 407
Gesamtsumme	2 699 150 649

Zum Kapitel 13 06 gehören die Anlagen

- E. Ausweis der Zins- und Tilgungsvergütungen Dritter für die Aktivkapitalien des Freistaates Bayern;
- F. Übersicht über die Schulden und den Bedarf für Tilgung und Verzinsung sowie die Sondervermögen Nr. 1 Ausgleichsrücklage und Nr. 5 Konjunkturausgleichsrücklage in der Nachweisung der Sondervermögen Anlage B.

Hinweise für die Zweckbestimmungsseite:

1. Die Gruppierungsnummern der neu ausgebrachten Titel sind unterstrichen.
2. Bei wegfallenden Titeln sind in den Betragsspalten drei Sterne (***) ausgedruckt.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973
1	2	3	4	5	C IST 1972
			TSD.DM		
			6		
STEUERN					
EINNAHMEN					
STEUERN UND STEUERAEHNliche ABGABEN					
GEMEINSCHAFTSSTEUERN UND GEWERBESTEUERUMLAGE (LANDESANTEILE)					
011 01	910	LOHNSTEUER	5.385.000,0	6.446.500,0	A 4.832.200,0 B 4.030.274,8 C 3.314.860,3
011 02	910	ZERLEGUNGSANTEIL AN DER LOHNSTEUER	-	-	A - B 124.866,8 C 78.042,5
012 01	910	VERANLAGTE EINKOMMENSTEUER	2.055.000,0	2.182.000,0	A 2.230.000,0 B 2.139.833,4 C 1.834.469,0
013 01	910	STEUERABZUG VOM KAPITALERTRAG (KAPITALERTRAG- STEUER)	87.000,0	102.400,0	A 117.000,0 B 113.951,4 C 102.909,3
013 02	910	STEUERABZUG VON AUFSICHTSRATSVERGUETUNGEN	300,0	300,0	A 300,0 B 215,7 C 504,2
013 03	910	SONSTIGE NICHTVERANLAGTE STEUERN VOM ERTRAG	1.800,0	1.800,0	A 1.700,0 B 1.689,2 C 1.774,8
014 01	910	KOERPERSCHAFTSTEUER	810.000,0	830.000,0	A 825.000,0 B 828.345,9 C 584.261,5
014 02	910	ZERLEGUNGSANTEIL AN DER KOERPERSCHAFTSTEUER	-	-	A - B 46.594,7 C 29.683,8
015 01	910	UMSATZSTEUER	2.104.000,0	2.267.000,0	A 2.568.000,0 B 2.107.737,4 C 2.083.365,6
016 01	910	EINFUHRUMSATZSTEUER	1.299.000,0	1.420.000,0	A 1.070.000,0 B 888.096,4 C 781.035,3
017 01	910	GEWERBESTEUERUMLAGE	577.000,0	609.000,0	A 564.000,0 B 544.615,0 C 477.609,2
ZWISCHENSUMME GEMEINSCHAFTSSTEUERN UND GEWERBESTEUERUMLAGE (LANDESANTEILE)			12.319.100,0	13.859.000,0	A 12.208.200,0
LANDESSTEUERN					
051 01	910	VERMOEGENSTEUER. VGL. VERMERK ZU 13 03/654 02.	535.000,0	654.000,0	A 654.000,0 B 523.511,3 C 471.220,5
052 01	910	ERBSCHAFTSTEUER	90.800,0	100.000,0	A 100.000,0 B 91.036,7 C 82.619,4
053 01	910	GRUNDERWERBSTEUER VGL. VERMERK ZU 13 10/613 11.	131.000,0	144.000,0	A 131.000,0 B 123.042,8 C 110.502,6

Erläuterungen

Zu Kapitel 13 01

Den Steueransätzen für 1975 liegen die Schätzungen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 12. März 1975, dem Vertreter des Bundes, der Länder, der Gemeinden und der Wirtschaftsforschungsinstitute angehören, zugrunde. Die Steueransätze für 1976 basieren hinsichtlich der prozentualen Veränderungen gegenüber 1975 noch auf den Schätzungen des Arbeitskreises „Steuerschätzungen vom 19./20. Juni 1974. Dabei wurden für 1975 die Beträge der Schätzung vom 12./13. November 1974 unterstellt. Die endgültige Veranschlagung der Steueransätze für 1976 muß dem Nachtragshaushalt vorbehalten bleiben.

Zu 011 01—014 01

Nach Art. 106 GG i. g. F. des 21. Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Finanzreformgesetz) vom 12. Mai 1969 (BGBl I S. 359) erhalten der Bund und die Länder vom Haushaltsjahr 1970 an je 50 v. H. des Aufkommens an Einkommensteuer und Körperschaftsteuer. Von dem Aufkommen an Lohnsteuer und veranlagter Einkommensteuer erhalten die Gemeinden nach dem Gemeindefinanzreformgesetz vom 8. September 1969 (BGBl I S. 1587) vorweg einen Anteil von 14 v. H. Ferner sind die Auswirkungen des Gesetzes zur Änderung des Zerlegungsgesetzes vom 17. Dezember 1970 (BGBl I S. 1727) bei der Lohnsteuer und der Körperschaftsteuer mit den voraussichtlich in den jeweiligen Jahren zufließenden Beträgen berücksichtigt. Die Ansätze bei Tit. 011 01 und Tit. 014 01 enthalten auch die Zerlegungsanteile. Aus Gründen der Abrechnung müssen diese Anteile jedoch bei den vorgesehenen Titeln 011 02 und 014 02 gesondert nachgewiesen werden.

Steuerart	Gesamtbetrag	Bundesanteil	Landesanteil	Gemeindeanteil
	DM	43 bzw. 50 v. H. DM	43 bzw. 50 v. H. DM	14 v. H. DM
1975				
Lohnsteuer	12 523 300 000	5 385 000 000	5 385 000 000	1 753 300 000
Veranlagte Einkommensteuer	4 779 000 000	2 055 000 000	2 055 000 000	669 000 000
Kapitalertragsteuer	174 000 000	87 000 000	87 000 000	—
Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen	600 000	300 000	300 000	—
Sonstige nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	3 600 000	1 800 000	1 800 000	—
Körperschaftsteuer	1 620 000 000	810 000 000	810 000 000	—
Zusammen	19 100 500 000	8 339 100 000	8 339 100 000	2 422 300 000
1976				
Lohnsteuer	14 992 000 000	6 446 500 000	6 446 500 000	2 099 000 000
Veranlagte Einkommensteuer	5 074 000 000	2 182 000 000	2 182 000 000	710 000 000
Kapitalertragsteuer	204 800 000	102 400 000	102 400 000	—
Steuerabzug von Aufsichtsratsvergütungen	600 000	300 000	300 000	—
Sonstige nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	3 600 000	1 800 000	1 800 000	—
Körperschaftsteuer	1 660 000 000	830 000 000	830 000 000	—
Zusammen	21 935 000 000	9 563 000 000	9 563 000 000	2 809 000 000

Zu 015 01 und 016 01

Die Verhandlungen über die Neuverteilung der Umsatzsteuer sind noch nicht abgeschlossen. Im Rahmen der Revisionsklausel auf Grund der Steuerreform wurde für 1975 eine Umverteilung von 3,0 v. H. und 1976 von 3,5 v. H. zugunsten des Bundes vorgesehen. Hiernach ist für 1975 ein Umsatzsteueranteil des Landes von 35 v. H. und 1976 von 34,5 v. H. veranschlagt.

Zu 051 01

Die Länder haben gemäß § 6 Abs. 2 LAG an den Ausgleichsfonds (Sondervermögen des Bundes) einen Zuschuß in Höhe von 25 v. H. ihrer Aufkommen an Vermögensteuer im jeweiligen Haushaltsjahr zu leisten (vgl. Kap. 13 03 Tit. 654 02).

Zu 053 01

Vgl. Erläuterungen zu Kap. 13 10 Tit. 613 11.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
054 01	910	KRAFTFAHRZEUGSTEUER	921.000,0	956.000,0	A	940.000,0
					B	874.633,1
					C	830.777,2
055 01	910	TOTALISATORSTEUER VGL. VERMERK ZU 685 01.	10.500,0	10.500,0	A	10.500,0
					B	9.472,1
					C	9.421,9
056 01	910	ANDERE RENNWETTSTEUERN	1.500,0	1.500,0	A	1.500,0
					B	630,6
					C	714,6
057 01	910	LOTTERIESTEUER	75.000,0	78.000,0	A	75.000,0
					B	68.707,9
					C	94.219,7
058 01	910	SPORTWETTSTEUER	6.500,0	7.000,0	A	6.500,0
					B	6.269,0
					C	5.878,4
059 01	910	FEUERSCHUTZSTEUER VGL. VERMERK ZU 03 23/883 01 UND 03 77 TG 97 (AUSGABEN).	40.600,0	43.000,0	A	38.000,0
					B	36.734,9
					C	39.029,9
061 01	910	BIERSTEUER	334.000,0	339.000,0	A	342.000,0
					B	330.545,0
					C	328.279,5
069 01	910	SONSTIGE LANDESSTEUERN	-	-	A	-
					C	0,7
		SUMME STEUERN	14.465.000,0	16.192.000,0	A	14.506.700,0
		STEUERAEHNliche ABGABEN				
093 01	910	ABGABEN VON SPIELBANKEN	35.600,0	38.000,0	A	35.000,0
					B	34.570,2
					C	32.167,5
099 01	910	SONSTIGE	-	-	A	-
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
252 01	910	AUSGLEICHSBETRAEGE AUS DER SPIELBANKABGABE (LAEN- DERAUSGLEICH)	2.400,0	2.500,0	A	2.200,0
					B	2.267,4
					C	2.034,6
		GESAMTEINNAHMEN	14.503.000,0	16.232.500,0	A	14.543.900,0
		AUSGABEN				
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
685 01	529	ZUWEISUNGEN AN RENNVEREINE AUS DER TOTALISATOR- STEUER DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHT ODER VERMINDERT SICH UM 96 V. H. DES MEHR ODER WENIGER DER ZU SOLL GESTELLTEN BETRAEGE AN TOTALISATORSTEUER.	10.080,0	10.080,0	A	10.080,0
					B	9.093,3
					C	9.045,0

Erläuterungen

Zu 054 01

Vgl. Erläuterung zu Kap. 13 10 Tit. 883 02 und 883 03.

Zu 055 01

Von der Totalisatorsteuer erhält der den Totalisator betreibende Rennverein 96 v. H. (§ 3 des Gesetzes zur Änderung des Rennwett- und Lotterieggesetzes vom 12. April 1948 — BayBS III S. 442).

Zu 059 01

Die Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer dienen nach der Begründung des Gesetzes der Förderung des Feuerschutzes und des Feuerlöschwesens.

Das veranschlagte Aufkommen an Feuerschutzsteuer ist daher bestimmt:

	1975		1976
	DM		DM
1. mit 75 v. H.	30 450 000	75 v. H.	32 750 000
2. mit 25 v. H.	10 150 000	25 v. H.	10 250 000
	<hr/>		<hr/>
	zusammen 40 600 000		zusammen 43 000 000

zur Deckung der bei Kap. 03 23 veranschlagten Ausgaben. Wegen etwaiger Mehr- oder Mindereinnahmen (vgl. Vermerk bei Kap. 03 23 Tit. 883 01), zur teilweisen Deckung der bei Kap. 03 70 und Kap. 03 77 Titelgruppe 97 veranschlagten Ausgaben des Landesamtes für Wasserversorgung und Gewässerschutz sowie für Zuschüsse zum Bau von Wasserversorgungsanlagen.

Zu 093 01 und Titelgruppe 71

Die Spielbankabgabe ist auf der Grundlage der bisherigen Brutto-Spielerträge errechnet. In Anlage C 13 zu Einzelplan 13 sind im Wirtschaftsplan Bayerische Zweige der Staatslotterie unter Abschnitt e die Kosten der Spielbanküberwachung, unter Abschnitt f der Betrieb der vom Freistaat Bayern übernommenen Spielbanken ausgewiesen.

Von der veranschlagten	1975	1976
Spielbankabgabe	DM	DM
in Höhe von	35 600 000	38 000 000
beträgt der Anteil		
des Bundes	2 225 000	2 375 000
der Länder	27 000	28 600
der Spielbankgemeinden	6 675 000	7 125 000
Daneben sind die Kosten der		
Spielbanküberwachung mit	955 000	1 014 000
veranschlagt, so daß dem Freistaat		
Bayern für Wohnungsbauzwecke ..	<hr/> 25 718 000	<hr/> 27 457 400
verbleiben.		

Zu 252 01

Veranschlagt ist das Aufkommen aus dem Länderausgleich für die außerhalb des bayerischen Staatsgebiets zugelassenen Spielbanken im Bundesgebiet. In den Haushaltsjahren 1975 und 1976 werden 2 400 000 DM bzw. 2 500 000 DM erwartet.

Zu 685 01

Den Rennvereinen fließen 96 v. H. der Totalisatorsteuer, deren Aufkommen bei Tit. 055 01 mit je 10,5 Mio DM veranschlagt ist, für Zwecke der öffentlichen Leistungsprüfungen für Pferde zu.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
TITELGRUPPEN					
71 ANTEILE DRITTER AN DER SPIELBANKABGABE DER SPIELBANKEN IM FREISTAAT BAYERN SOWIE ZUSAETZLICHE KOSTEN DER SPIELBANKUEBERWACHUNG					
651 71	910	BUNDESAUSGLEICH	2.225,0	2.375,0	A 2.174,0 B 2.160,0 C 2.006,6
652 71	910	LAENDERAUSGLEICH	27,0	28,6	A 25,0 B 25,3 C 20,7
653 71	910	ANTEILE DER SPIELBANKGEMEINDEN	6.675,0	7.125,0	A 6.543,0 B 6.480,0 C 6.020,0
682 71	862	ZUSAETZLICHE KOSTEN DER SPIELBANKUEBERWACHUNG	955,0	1.014,0	A 880,0 B 807,1 C 715,0
SUMME DER TITELGRUPPE			9.882,0	10.542,6	A 9.622,0
GESAMTAUSGABEN			19.962,0	20.622,6	A 19.702,0
ABSCHLUSS					
STEUERN UND STEUERAEHNLICHE ABGABEN			14.500.600,0	16.230.000,0	A 14.541.700,0
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			2.400,0	2.500,0	A 2.200,0
GESAMTEINNAHMEN			14.503.000,0	16.232.500,0	A 14.543.900,0
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			19.962,0	20.622,6	A 19.702,0
GESAMTAUSGABEN			19.962,0	20.622,6	A 19.702,0
UEBERSCHUSS			14.483.038,0	16.211.877,4	A 14.524.198,0

Erläuterungen

Zu TG 71

Vgl. Erläuterung zu Titel 093 01.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ALLGEMEINE BEWILLIGUNGEN FUER DEN GESAMTHAUSHALT			
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.			
119 01	960	ZUSAETZLICHE VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL. (HAUPTGRUPPE 1) IN DEN EPL. 01 BIS 14 DIE EINNAHMEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUS- HALTSSTELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A - - -
119 11	017	SCHADENERSATZLEISTUNGEN ERSTATTUNGEN VON SCHADENERSATZLEISTUNGEN KOENNEN VON DER EINNAHME ABGESETZT WERDEN.	3.800,0	4.000,0	A 3.000,0 B 3.211,6 C 2.866,4
119 12	017	EINNAHMEN AUF GRUND VON RICHTLICHEN ENTSCHEIDUN- GEN ODER PROZESSVERGLEICHEN SOWIE AUSSERGERICHTLI- CHEN VERGLEICHEN UND ANERKENNTNISSEN	160,0	180,0	A - B 152,6
119 69	960	VERMISCHTE EINNAHMEN DER ALLGEM. FINANZVERWALTUNG, FUER DIE EINE ANDERE VERBUCHUNGSSTELLE NICHT BE- STEHT	100,0	100,0	A 50,0 B 465,9 C 68,6
123 01	862	ABLIEFERUNG DER STAATLICHEN LOTTERIEVERWALTUNG AUS NICHT MEHR BENOETIGTEN AUSGLEICHS- UND RUECKLAGE- MITTELN DER OLYMPIA-LOTTERIE	-	***	A - C 120,6
124 01	960	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	350,0	350,0	A 400,0 B 272,0 C 266,4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			
211 01	910	ERGAENZUNGSZUWEISUNGEN DES BUNDES	185.900,0	200.000,0	A 184.000,0 B 120.000,0 C 120.000,0
212 01	910	ZUWEISUNGEN AUS DEM FINANZAUSGLEICH UNTER DEN LAENDERN RUECKERSTATTUNGEN SIND AN DEN EINNAHMEN ZU KUER- ZEN.	370.000,0	211.700,0	A 210.000,0 B 149.934,0 C 175.689,8
212 02	910	SONDERZUWEISUNGEN DER LAENDER	-	-	A -
231 01	215	ANTEIL DES BUNDES AN DEN KOSTEN DER DURCHFUEHRUNG DES LASTENAUSGLEICHSGESETZES UND DES ALLGEMEINEN KRIEGSFOLGENGESETZES RUECKERSTATTUNGEN SIND AN DEN EINNAHMEN ZU KUER- ZEN.	-	-	A 4.500,0 B 42.164,5 C 30.549,6
241 02	245	EINNAHMEN, DIE SICH IM ZUSAMMENHANG MIT RUECKER- STATTUNGSANSPRUECHEN ERGEBEN, SOWEIT SIE NICHT EINEN ERSATZ FUER EINE LEISTUNG AUS DEM GRUND- STOCKVERMOEGEN DARSTELLEN	***	***	A - B 1,2
241 03	049	ERSTATTUNG DER AUFWENDUNGEN FUER DIE ENTMUNITIO- NIERUNG DURCH DEN BUND	1.740,0	1.740,0	A 1.425,0 B 1.329,7 C 1.271,8

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 13 03

Das Kapitel 13 03 enthält in der Hauptsache Einnahmen und Ausgaben, die nicht einem bestimmten Verwaltungszweig zugeordnet werden können. Im wesentlichen handelt es sich hierbei um die Ergänzungszuweisungen des Bundes, die Zuweisungen aus dem Länderfinanzausgleich, die Beihilfen nach den Beihilfevorschriften, die globalen Verstärkungsmittel für Personalausgaben, die Leistungen an den Lastenausgleich, die Leistungen des Landes nach dem Bundeskindergeldgesetz, die Aufwendungen zur Gewinnung von Wohnungen für Staatsbedienstete sowie die Leistungen nach dem Wohnungsbauprämiengesetz. Ferner sind in diesem Kapitel die haushaltsgesetzlichen Sperebeträge mitveranschlagt.

Zu 119 01

Zusätzliche globale Einnahmen sind wegen der Einzelveranschlagung im Haushaltsjahr 1975 nicht vorgesehen; die Zweckbestimmung wird jedoch voraussichtlich im Nachtrags Haushaltsplan 1976 wiederum benötigt.

Zu 119 11

Die Geltendmachung der auf den Freistaat Bayern übergangenen Schadenersatzansprüche von Beamten, Angestellten, Arbeitern, Lehrlingen und Anlernlingen nach Art. 96 BayBG, § 38 BAT, § 43 MTL II, § 9 MTF, § 10 TV über die Rechtsverhältnisse der Auszubildenden oder nach ähnlichen Bestimmungen obliegt den Bezirksfinanzdirektionen. Die Einnahmen aus diesen Schadenersatzansprüchen sind aus Vereinfachungsgründen für den Gesamthaushalt hier veranschlagt.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 800 000 DM, da mit einer weiteren Steigerung der Ersatzleistungen gerechnet werden kann.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 200 000 DM aus dem gleichen Grund wie 1975.

Zu 119 12

Nach Abschnitt B Nr. 1 der FMBek über die haushaltsmäßige Behandlung von Ausgaben und Einnahmen auf Grund von gerichtlichen Entscheidungen oder Prozeßvergleichen und auf Grund von außergerichtlichen Vergleichen oder Anerkenntnissen vom 7. Februar 1973 (StAnz Nr. 7/FMBI S. 73) sind ab 1. März 1973 die Einnahmen aus Hauptsacheleistungen, soweit der Freistaat Bayern durch die Behörden der Finanzverwaltung als allgemeine Vertretungsbehörden vertreten wird, aus Vereinfachungsgründen grundsätzlich bei dieser Haushaltsstelle zu vereinnahmen. In den Haushaltsjahren 1975 und 1976 wird mit einem Aufkommen von 160 000 DM bzw. 180 000 DM gerechnet.

Zu 119 69

Bei dieser Zweckbestimmung sind u. a. auch Mengennachlässe bei Kfz-Beschaffungen u. ä. zu buchen.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 50 000 DM, da mit entsprechend höheren Einnahmen gerechnet wird.

Zu 124 01

Veranschlagt sind die Einnahmen aus der Weitervermietung von angemieteten Wohnplätzen in Wohnheimen, Appartementshäusern und dgl. an Nachwuchsdienstkräfte der staatlichen Behörden in Ballungsräumen. Vgl. auch Erläuterung zu Tit. 518 01.

1975 gegenüber 1974:

Weniger 50 000 DM (die Einnahmen für 1974 waren geschätzt).

Zu 211 01

Nach dem Dritten Gesetz zur Änderung des Gesetzes über den Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern vom 8. Mai 1974 (BGBl I S. 1045) gewährt der Bund den ausgleichsberechtigten Ländern in den Jahren 1975 und 1976 Ergänzungszuweisungen in Höhe von insgesamt 1,5 v. H. des Umsatztsteueraufkommens. Auf Bayern entfallen davon 21,8 v. H.

Zu 212 01

Der vorläufige Vollzug des Länderfinanzausgleichs während des Ausgleichsjahres wird bemessen nach den Steuereinnahmen des Jahres, das am 30. September des dem Ausgleichsjahr vorausgehenden Jahres endet. Dazu kommen Nach- bzw. Rückzahlungen auf Grund der vierteljährlichen Zwischenabrechnungen. Die Beträge sind geschätzt auf Grund der regionalisierten Steuerschätzung vom 12. März 1975.

Zu 231 01

Nach Art. 2 Abs. 1 in Verbindung mit Art. 17 Abs. 1 des Finanzanpassungsgesetzes vom 30. August 1971 (BGBl I S. 1426) hatte sich der Bund bis zum 31. Dezember 1973 an den Kosten der Durchführung des Lastenausgleichsgesetzes und des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes zu beteiligen. Ob im Haushaltsjahr noch Restzahlungen für 1973 eingehen, läßt sich noch nicht übersehen.

Zu 241 03

Der Bund hat sich bereit erklärt, die den Ländern entstehenden Kosten für die Beseitigung von reichseigener Munition auf nichtbundeseigenen Liegenschaften zu erstatten. Da der Anteil dieser Munition an der gesamten Räummunition etwa 75 v. H. beträgt — der Rest von 25 v. H. entfällt auf Feindmunition — sind zu veranschlagen:
In den Haushaltsjahren 1975 und 1976 je rd. 75 v. H. aus 2 320 000 DM = 1 740 000 DM.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
241 04	234	ZUWEISUNGEN DES BUNDES ZU DEN HEIZOELKOSTENZUSCHUESSEN VGL. VERMERK ZU TIT. 681 04.	-	***	A -
251 01	260	AUS ZUWEISUNGEN UND SPENDEN ZUR BESEITIGUNG AUSSERORDENTLICHER NOTSTAENDE	-	-	A -
271 02	869	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGS-AUSGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	350,0	350,0	A 350,0 B 365,9 C 365,3
271 03	940	KOSTENBEITRAEGE UND LEISTUNGEN DRITTER FUER TUBERKULOSEHILFE RUECKERSTATTUNGEN SIND AN DEN EINNAHMEN ZU KUERZEN.	200,0	200,0	A 160,0 B 195,4 C 190,3
281 01	017	ERSTATTUNG VON PROZESSKOSTEN	250,0	250,0	A 232,6 B 153,4 C 254,8
291 01	960	ZUSAETZLICHE EINNAHMEN AUS ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSEN MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN (HAUPTGRUPPE 2) IN DEN EPL. 01 - 14 DIE EINNAHMEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALTSSTELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN. ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	-	-	A -
331 01	270	ERSTATTUNG DES AUF DEN BUND TREFFENDEN ANTEILS AN AUSGEZAHLTEN PRAEMIEN FUER WOHNUNGSBAUSPARER VGL. VERMERK ZU TIT. 893 01.	355.000,0	290.000,0	A 355.000,0 B 311.018,7 C 267.522,0
331 10 -----	960	FINANZHILFEN DES BUNDES IM RAHMEN DES SONDERPROGRAMMS 1974 ZUR REGIONALEN UND LOKALEN ABSTUETZUNG DER BESCHAEFFTIGUNG VGL. VERMERK ZU 03 63 TG 77, 07 04/883 69 UND 08 03/892 45.	45.805,7	-	A -
349 69	960	ZUSAETZLICHE EINNAHMEN AUS ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSEN FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN IN DEN EPL. 01 - 14 DIE EINNAHMEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALTSSTELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A -
359 01	960	VEREINNAHMUNG DES AUF DEN FREISTAAT BAYERN ENTFALLENDEN ANTEILS AN NICHTZURUECKGEZAHLTEM KONJUNKTURZUSCHLAG	***	***	A 22.500,0
371 01	960	GLOBALE MEHREINNAHMEN BEI DEN HAUPTGRUPPEN 1, 2 U. 3	-	270.000,0	A 98.000,0
381 01	990	ERSTATTUNG DER AUFWENDUNGEN AN BEIHILFEN FUER DIE BEDIENSTETEN DES BAYER. LANDESPRUEFUNGSAMTS FUER SOZIALVERSICHERUNG VGL. 10 04/981 01.	***	***	A 25,0 C 21,2
GESAMTEINNAHMEN			963.655,7	978.870,0	A 879.642,6

Erläuterungen

Zu 271 02

Von der Veranschlagung entfallen je 338 000 DM auf eine den kaufmännisch geführten Landesbetrieben auferlegte Verwaltungskostenpauschale, und zwar:

Staatliches Hofbräuhaus München	DM 50 000
Bayerische Staatsbrauerei Weihenstephan	30 000
Staatsbad Bad Reichenhall	40 000
Staatsbad Bad Steben	40 000
Staatsbad Bad Kissingen	40 000
Staatsbad Bad Brückenau	20 000
Bayerischer Schulbuchverlag	15 000
Staatliches Sägewerk Spiegelau	3 000
Bayerische Zweige der Staatslotterie	80 000
Staatliche Molkerei Weihenstephan	20 000
Zusammen	338 000

Zu 271 03

1975 gegenüber 1974:

Mehr 40 000 DM infolge Steigerung der Kostenbeitragssätze wegen laufender Erhöhung der Einkommen sowie der Leistungen der Krankenkassen.

Zu 281 01

An Erstattungen werden entsprechend der Entwicklung des Istaufkommens in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 je 250 000 DM erwartet.

Zu 291 01

Zusätzliche globale Einnahmen sind im Haushaltsjahr 1975 nicht veranschlagt; die Zweckbestimmung wird jedoch voraussichtlich im Nachtragshaushaltsplan 1976 wiederum benötigt.

Zu 331 01

Nach dem Gesetz zur Änderung des 2. WoBauG, anderer wohnungsbaurechtlicher Vorschriften und über die Rückerstattung von Baukostenzuschüssen vom 21. Juli 1961 (BGBl I S. 1041) hat der Bund den Ländern die Hälfte der Ausgaben für Wohnungsbauprämien nach dem Wohnungsbauprämien-gesetz i. d. F. vom 25. August 1960 (BGBl I S. 713) zu erstatten. Im übrigen vgl. Erläuterungen zu Tit. 893 01.

Zu 331 10

Das Sonderprogramm 1974 zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung wird durch Entnahmen aus Konjunkturausgleichsrücklagen des Landes (einschließlich der Rücklage aus der Investitionssteuer) und durch gleichhohe Finanzhilfen des Bundes gemäß Art. 104 a Abs. 4 GG, die ebenfalls aus Konjunkturausgleichsrücklagen stammen, finanziert. Es umfaßt folgende Maßnahmen:

	DM
1. Ausbau der kommunalen Infrastruktur (vgl. Veranschlagung bei Kap. 07 04 Tit. 883 69)	70 000 000
2. Ergänzende Mittel zur Landwirtschafts-förderung (vgl. Veranschlagung bei Kap. 08 03 Tit. 892 45)	12 300 000
3. Sonderwohnungsbauprogramm, Altbaumoder-nisierung, städtebauliche Förderungspro-gramme (vgl. Veranschlagung bei Kap. 03 63 TG 77)	40 650 000
Zusammen	122 950 000

Der Bund leistet hierzu Finanzhilfen in Form von

a) Zuschüssen	45 805 700
b) Darlehen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 311 34)	15 669 300,
so daß eine Landesleistung von	61 475 000
(vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 355 01)	
verbleibt.	
Zusammen	122 950 000

Zu 359 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 22 500 000 DM, da es sich bei dem 1974 veranschlagten Betrag um einen einmaligen Vor-gang handelte.

Zu 371 01

Im Haushaltsjahr 1976 werden bei anderen Einnahmeansätzen nicht veranschlagte Mehreinnahmen nichtsteuerlicher Art erwartet. Hierbei handelt es sich insbesondere um Gebühren, sonstige Verwaltungseinnahmen, betriebliche Einnahmen sowie um Erstattungen. Der Betrag ist geschätzt.

Zu 381 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 25 000 DM, da die haushaltstechnische Verrechnung der bisher bei dieser Haushaltsstelle veranschlagten Beihilfen aus Verwaltungsvereinfachungsgründen aufgegeben wurde.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
		AUSGABEN				
		PERSONALAUSGABEN				
441 01	940	BEIHILFEN AUF GRUND DER BEIHILFEVORSCHRIFTEN AN BEAMTE (RICHTER) VGL. VERMERK ZU 13 20/446 01.	154.000,0	177.000,0	A	140.000,0
					B	116.682,6
					C	101.501,0
441 02	940	BEIHILFEN AUF GRUND DER BEIHILFEVORSCHRIFTEN AN ANGESTELLTE UND ARBEITER VGL. VERMERK ZU 13 20/446 01.	8.000,0	9.000,0	A	8.000,0
					B	5.727,5
					C	5.299,2
443 01	940	UNFALLFUERSORGE FUER BEAMTE (RICHTER) NACH DEM BAYER. BEAMTENGESETZ	3.000,0	3.500,0	A	2.800,0
					B	2.121,0
					C	2.236,3
451 01	960	ZUR VERSTAERKUNG DER MITTEL FUER ZUSCHUESSE ZUR GEMEINSCHAFTSVERPFLEGE UND GEMEINSCHAFTSVERANSTALTUNGEN IN DEN EPL. 01 BIS 14 DIE AUSGABEN SIND BEI DEN TITELN 451 0. DES HAUSHALTSPLANS RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A	3.000,0
453 01	960	ZUR VERSTAERKUNG DER MITTEL FUER TRENnungSGELD UND UMZUGSKOSTENVERGUE TUNGEN IN DEN EPL. 01 BIS 14 DIE AUSGABEN SIND BEI DEN TITELN 453 0. DES HAUSHALTSPLANS RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A	7.800,0
459 01	960	PAUSCHALABGELTUNG DER FUER DIE BENUTZUNG VON DIENSTKRAFTFAHRZEUGEN UND FUER PRUEFUNGS-AUFSICHTS-TAETIGKEIT ANFALLENDEN STEUERN	85,0	85,0	A	85,0
					B	34,1
					C	34,1
461 01	960	ZUR VERSTAERKUNG DER MITTEL FUER PERSONALAUSGABEN IN SAEMTLICHEN EINZELPLAENEN DIE AUSGABEN SIND BEI DEN EINSCHLAE GIGEN TITELN DES HAUSHALTSPLANS RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	115.000,0	40.000,0	A	617.600,0
461 02	960	ZUR VERSTAERKUNG DER MITTEL FUER PERSONALAUSGABEN IN SAEMTLICHEN EINZELPLAENEN, SOWEIT NICHT IN KAP. 13 03/451 01, 453 01 UND 461 01 VERANSCHLAGT DIE AUSGABEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALTSTELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A	-
461 03	960	GLOBALE MINDERUNG DER PERSONALAUSGABEN AUF GRUND DES KINDERGELDGESETZES	166.700,0	166.700,0	A	

		SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN				
511 01	011	KOSTEN DER DRUCKLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS EINSCHLIESSLICH DES SONST. HAUSHALTS-MATERIALS U. AE. AUS DEN MITTELN DUERFEN DEN MIT DEN KORREKTURARBEITEN ANLAESSLICH DER DRUCKLEGUNG DES HAUSHALTSPLANS BEFASSTEN BEAMTEN NEBENVERGUE TUNGEN IN DER DEM UMFANG DER ARBEITEN ENTSPRECHENDEN HOEHE GEWA EHRT WERDEN. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	530,0	64,0	A	255,0
					B	505,4
					C	32,9

Erläuterungen

Zu 441 01, 441 02 und Kapitel 13 20 446 01

Die Beihilfen werden auf Grund Art. 47 BayBesG nach den Allgemeinen Verwaltungsvorschriften des Bundes über die Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen (Beihilfenvorschriften — BhV —) in der jeweils gültigen Fassung gewährt.

Die dafür erforderlichen Mittel sind, soweit sie die aktiven Staatsbediensteten betreffen, bei den Titeln 441 01 und 441 02 und soweit sie die Versorgungsempfänger betreffen, bei Kap. 13 20 Tit. 446 01 veranschlagt.

	1975	1976
	DM	DM
Beihilfen für Beamte	154 000 000	177 000 000
Beihilfen für Angestellte u. Arbeiter	8 000 000	9 000 000
Beihilfen für Versorgungsempfänger	65 000 000	75 000 000
Zusammen	227 000 000	261 000 000

Der Mehrbedarf bei den Einzelansätzen hat seine Ursache in den laufend steigenden Kosten und den Personalmehrungen.

Zu 443 01

Aus den veranschlagten Mitteln werden die Kosten der Unfallfürsorge einschließlich Unfallausgleich und einmaliger Entschädigung nach § 148 a BayBG für die Mitglieder der Staatsregierung und für die Beamten und Ruhestandsbeamten sämtlicher Geschäftsbereiche bestritten. Entscheidungsbehörden sind das Staatsministerium der Finanzen bzw. die Pensionsfestsetzungsbehörden (Pensions-Behörden-Verordnung vom 20. August 1971 — GVBl S. 283 —).

	1975	1976
	DM	DM
Veranschlagt sind:		
1. Kosten der Unfallfürsorge	2 150 000	2 570 000
2. Unfallausgleich	850 000	930 000
Zusammen	3 000 000	3 500 000

Zu 451 01

Die Mittel für Zuschüsse für Gemeinschaftsverpflegung und Gemeinschaftsveranstaltungen sind bei den zutreffenden Titeln der Einzelpläne veranschlagt.

Zu 453 01

Die Mittel für Trennungsgeld und Umzugskostenvergütungen sind bei den zutreffenden Titeln der Einzelpläne veranschlagt.

Zu 459 01

Die für die Benutzung von Dienstkraftfahrzeugen sowie für Prüfungsaufsichtstätigkeit anfallende Steuer wird aus Verwaltungsvereinfachungsgründen pauschal abgegolten. Veranschlagt sind in den Haushaltsjahren 1975 und 1976

	DM
1. für die Benutzung von Dienstkraftfahrzeugen ...	70 000
2. für Prüfungsaufsichtstätigkeit	15 000
Zusammen	85 000

Zu 461 01

1975 wurde der Bedarf für Personalausgaben überwiegend bei den zutreffenden Titeln der Einzelpläne veranschlagt. Der Verstärkungsansatz im Epl. 13 in Höhe von 115 Mio DM im Haushaltsjahr 1975 und von 40 Mio DM im Haushaltsjahr 1976 dient zur Deckung von Mehrausgaben, die auf Grund der Entwicklung eintreten können. Für 1975 sind die zum 1. Januar 1975 eingesetzten Besoldungs- und Tarifierhöhungen berücksichtigt.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DER ANSATZ DIENST ZUR VERSTÄRKUNG DER MITTEL DER GRUPPEN 421-426 — AUSGENOMMEN DER TITEL DER TITELGRUPPEN UND DES KAP. 09 05 TIT. 426 30 — IN DEN EINZELPLÄNEN 01-12 UND 14, SOWEIT SIE NACH NR. 2 ABS. 2 DER DURCHFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN ZUM HAUSHALTSGESETZ GEMEINSAM BEWIRTSCHAFTET WERDEN BZW. VERSTÄRKUNGSFÄHIG SIND UND AUF BESOLDUNGS- ODER TARIFIERHÖHUNGEN ODER SONSTIGEN GESETZLICHEN LEISTUNGEN BERUHEN, SOWIE DER MITTEL BEI KAP. 13 20 TIT. 422 41, 431 01, 432 01 BIS 432 03, KAP. 13 21 TIT. 428 01, 428 02, 435 01, 437 01, 437 02, 439 01, 443 01 UND 443 02. MINDER-AUSGABEN BEI DEN VORGENANNTEN GRUPPEN UND TITELN DÜRFEN ZUR VERSTÄRKUNG DIESES ANSATZES VERWENDET WERDEN.

Zu 461 02

Verstärkungsmittel sind in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 nicht zu veranschlagen; die Zweckbestimmung wird jedoch voraussichtlich im Nachtragshaushaltsplan 1976 wiederum benötigt.

Zu 461 03

Das gesetzliche Kindergeld ist nach dem Gruppierungsplan bundeseinheitlich nicht bei der Hauptgruppe 4 sondern bei der Hauptgruppe 6 nachzuweisen. Da das Kindergeld zusammen mit den Dienst- und Versorgungsbezügen ausgezahlt wird, kann die Verrechnung bei der Hauptgruppe 6 nur durch nachträgliche globale Umbuchung erfolgen.

Vgl. auch Veranschlagung bei Tit. 681 05.

Zu 511 01

	1975	1976
	DM	DM
1. Kosten für den Druck des Entwurfs und des festgestellten Haushaltsplans 1975/1976	490 000	—
2. Kosten für den Druck des Entwurfs und des festgestellten Nachtragshaushalts 1976	—	20 000
3. Kosten für den Druck von Kostenmarken	33 000	37 000
4. Sonstiges (Kosten für den Druck von Schaubildern für Unterrichtszwecke und der Haushaltsrechnung usw.)	7 000	7 000
Zusammen	530 000	64 000

1975 gegenüber 1974:

Mehr	282 000 DM	im Zusammenhang mit den Kosten für den Druck des Haushaltsplans.
	23 000 DM	wegen erhöhten Bedarfs an Kostenmarken.
Weniger	30 000 DM	wegen Übertragung auf Kap. 06 01 Tit. 531 01.

Somit mehr 275 000 DM

1976 gegenüber 1975:

Mehr	4 000 DM	wegen erhöhten Bedarfs an Kostenmarken
Weniger	470 000 DM	im Zusammenhang mit den Kosten für den Druck des Haushaltsplans

Somit weniger 466 000 DM

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
512 01	011	FUER DIE ZENTRALE BESCHAFFUNG DER FORTFUEHRUNGS- NACHWEISE ZUR BEREINIGTEN SAMMLUNG DES BAYER. LAN- DESRECHTS (BAYBS) UND DES BUNDESRECHTS DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	50,0	54,0	A	58,0
					B	42,1
					C	41,1
518 01	960	MIETEN UND PACTEN FUER GRUNDSTUECKE, GEBAEUDE UND RAEUME	600,0	650,0	A	700,0
					B	505,4
					C	461,3
526 01	017	GERICHTS- UND AEHNLICHE KOSTEN	400,0	400,0	A	400,0
					B	354,3
					C	322,3
526 11	853	KOSTEN FUER SACHVERSTAENDIGE DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	-	-	A	-
					B	78,7
					C	70,1-
527 01	960	ZUR VERSTAERKUNG DER MITTEL FUER REISEKOSTENVER- GUETUNGEN IN SAEMTL. EINZELPLAENEN DIE AUSGABEN SIND BEI DEN TITELN 527 0., 527 1. UND 527 2. DES HAUSHALTSPLANS RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A	2.500,0
529 01	960	FUER AUSSERGEWOEHNLICHEN AUFWAND AUS DIENSTLI- CHER VERANLASSUNG IN BESONDEREN FAELLEN EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU GUNSTEN 529 02.	40,0	40,0	A	40,0
					B	16,2
					C	6,5
529 02	960	FUER UNVORHERGESEHENE ZWECKE, FUER DIE ANDERE PLANMAESSIGE MITTEL NICHT VERANSCHLAGT SIND EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU LASTEN 529 01.	350,0	350,0	A	350,0
					B	213,7
					C	191,0
529 03	960	ZUR VERSTAERKUNG DER MITTEL BEI DEN TITELN 529 01 DER KAPITEL 01 DER EINZELPLAENE 03-10, 12 UND 14 DIE AUSGABEN SIND BEI DEN TITELN 529 01 DER KA- PITEL 01 DER EINZELPLAENE 03-10, 12 UND 14 RECH- NUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	165,0	170,0	A	150,0
531 11	017	LEISTUNGEN AUF GRUND VON GERICHTLICHEN ENTSCHEI- DUNGEN ODER PROZESSVERGLEICHEN, DIE BEI DEN BE- HOERDEN DER FINANZVERWALTUNG ALS PROZESSVERTRE- TUNGSBEHOERDEN DES FREISTAATES BAYERN ANFALLEN, SOWEIT NICHT BESONDERE MITTEL ZUR VERFUEGUNG STE- HEN GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 531 12.	500,0	500,0	A	500,0
					B	266,7
					C	143,0
531 12	017	LEISTUNGEN AUF GRUND VON AUSSERGERICHTLICHEN ANER- KENNTNISSEN UND VERGLEICHEN UEBER SCHADENERSATZAN- SPRUECHE AUS KRAFTFAHRZEUGUNFAELLEN (AUSGENOMMEN UNFAELLE, AN DENEN KRAFTFAHRZEUGE VON STAATSBE- TRIEBEN GEM. ART. 26 (1) BAYHO BETEILIGT SIND) GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 531 11.	-	-	A	
532 01	011	AUSGLEICHSABGABE NACH § 8 ABS. 1 SCHWERBEHINDER- TENGESETZ	***	2.000,0	A	
546 69	960	VERMISCHTE AUSGABEN UND ZUR AUSGLEICHUNG DER SCHLUSSUMME DES HAUSHALTSPLANS	1.027,4	1.162,5	A	850,1
					B	244,1
					C	171,6
548 01	960	GLOBALE MEHRAUSGABEN FUER SAECHLICHE VERWALTUNGS- AUSGABEN (OHNE TITEL DER GRUPPE 529 UND DER TIT. 531 0. DER EPL. 01 BIS 14) DIE AUSGABEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALT- STELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A	66.155,0

Erläuterungen

Zu 512 01

Die Mittel sind für die zentrale Beschaffung der für die Behörden des Freistaates Bayern benötigten Fortführungsnachweise zur bereinigten Sammlung des Bayerischen Landesrechts (BayBS) und des Bundesrechts bestimmt.

	1975	1976
	DM	DM
1. Fortführungsnachweis zur Sammlung des Bayerischen Landesrechts	40 000	44 000
2. Fortführungsnachweis zur Sammlung des Bundesrechts	10 000	10 000
Zusammen	50 000	54 000

Zu 518 01

Um die Funktionsfähigkeit der staatlichen Behörden in den Ballungsräumen aufrechtzuerhalten, wird es notwendig, alljährlich eine größere Anzahl von jungen Nachwuchsdienstkräften — insbesondere von Beamten des mittleren Dienstes — in diese Räume zu versetzen. Da dort in der Regel Unterkünfte zu angemessenen Bedingungen nicht erhältlich sind, hat der Freistaat Bayern Wohnheime, Appartementshäuser und dgl. für eine bestimmte Zeit angemietet und gibt die Wohnplätze verbilligt an die Nachwuchskräfte weiter. Vgl. Tit. 124 01.

1975 gegenüber 1974:

Weniger 100 000 DM nach den auf Grund der derzeitigen Verhältnisse zu erwartenden Ausgaben.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 50 000 DM aus dem gleichen Grund wie 1975.

Zu 526 01 und 531 11

Die Ansätze sind dazu bestimmt, die als Prozeßvertretungsbehörden des Staates tätigen Behörden der Finanzverwaltung (Finanzministerium, Bezirksfinanzdirektionen) mit den Haushaltsmitteln auszustatten, die zur unmittelbaren Auszahlung der Gerichts-, Anwalts- und ähnlichen Kosten sowie der Hauptsacheleistungen notwendig sind.

Der Bedarf ist unter Berücksichtigung der Rechnungsergebnisse und — soweit möglich — des zu erwartenden Ausgangs anhängiger Rechtsfälle geschätzt.

Zu 526 11

Der Vortrag dient zur Abwicklung eines Ausgaberesstes.

Zu 527 01

Verstärkungsmittel sind in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 nicht zu veranschlagen; die Zweckbestimmung wird jedoch voraussichtlich im Nachtragshaushaltsplan 1976 wiederum benötigt.

Zu 529 01—529 03

Die hier zentral veranschlagten Mittel sind für Aufwendungen aus Anlaß von Repräsentationsverpflichtungen, die nicht auf die besonderen Verfügungsmittel der Ressorts verwiesen werden können, sowie zur Deckung von Ausgaben bestimmt, die unvorhergesehen eintreten und bei keiner anderen Haushaltsstelle untergebracht werden können. Sie werden vom Staatsministerium der Finanzen bewirtschaftet oder von diesem den Ressorts zur Bewirtschaftung zugewiesen. Verfügungen über die Mittel bei Tit. 529 02 werden in der Regel durch Ministerratsbeschluß getroffen.

Zu 531 12

Auf Ersuchen und im Auftrag der jeweiligen Ausgangsbehörden wickeln die Bezirksfinanzdirektionen Schadenersatzansprüche gegen den Freistaat Bayern aus Verkehrsunfällen, an denen staatliche Kraftfahrzeuge beteiligt sind, auch außergerichtlich ab. Sie sollen in die Lage versetzt werden, Zahlungen so rasch zu leisten, daß die Erstattung von Fremdfinanzierungskosten möglichst vermieden wird. Auf Grund der gegenseitigen Deckungsfähigkeit mit Tit. 531 11 werden anfallende Zahlungen zu Lasten der Mittel bei Tit. 531 11 verrechnet.

Zu 532 01

Nach § 4 in Verbindung mit § 8 des Schwerbehindertengesetzes in der Fassung vom 29. April 1974 (BGBl I S. 1006) haben nunmehr auch die Arbeitgeber der öffentlichen Hand eine Ausgleichsabgabe für jeden unbesetzten Pflichtplatz für Schwerbehinderte ab 1. Januar 1975 monatlich zu entrichten. Die Abgabe wird jährlich am 31. März des folgenden Jahres fällig. Für den Freistaat Bayern fällt somit die erste Zahlung im Haushaltsjahr 1976 an. Der veranschlagte Betrag ist geschätzt.

Zu 546 69

1975 gegenüber 1974:

Mehr 177 300 DM im Zusammenhang mit dem Abgleich der Schlußsummen des Haushaltsplans.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 135 100 DM aus dem gleichen Grund wie 1975.

Zu 548 01

Die sächlichen Verwaltungsausgaben sind in vollem Umfang bei den einschlägigen Titeln der Einzelpläne veranschlagt. Die Zweckbestimmung wird jedoch voraussichtlich im Nachtragshaushaltsplan 1976 wiederum benötigt.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			
632 01	960	KOSTENBEITRAG ZUR FINANZIERUNG GEMEINSAMER EIN- RICHTUNGEN DER LAENDER	106,0	116,0	A 94,0 B 80,1 C 71,1
633 01	312	ABLOESUNG DER VERPFLICHTUNG DES FREISTAATES BAYERN GEGENUEBER DEM KRANKENHAUSVERBAND COBURG DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	2.800,0	2.800,0	A 5.200,0 B 4.200,0 C 4.498,6
653 01	910	ZAHLUNG AN DIE STADT NEUSTADT BEI COBURG AUF GRUND DES URTEILS DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS VOM 30. JANUAR 1973 -3. RATE	1.000,0	***	A 2.000,0 B 3.000,0
654 01	243	FINANZZUWEISUNGEN AN DEN AUSGLEICHSFONDS GEMAESS § 6 ABS. 4 LAG (ANTEIL AM JAHRESAUFWAND DES AUS- GLEICHSFONDS FUER UNTERHALTSHILFE) DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	72.500,0	72.500,0	A 74.000,0 B 74.684,5 C 72.293,4
654 02	243	FINANZZUWEISUNGEN AN DEN AUSGLEICHSFONDS GEMAESS § 6 ABS. 2 LAG DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHET ODER VERMINDERT SICH UM 25 V. H. DER MEHR- ODER MINDEREINNAHMEN BEI 13 01/051 01.	133.750,0	163.500,0	A 163.500,0 B 130.877,8
661 01	692	ZWECKGEBUNDENE ZUWENDUNGEN AN DIE BAYER. LANDES- BANK GIROZENTRALE ZUR FINANZIERUNG VON STAATSWIRT- SCHAFTLICHEN AUFGABEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EIN- NAHME AUS GEWINNABFUEHRUNGEN DER BAYER. LANDES- BANK. (VGL. ANL. D NR. 82).	20.000,0	20.000,0	A 25.000,0 B 22.000,0 C 25.000,0
661 02	692	ZWECKGEBUNDENE ZUWENDUNGEN AN DIE BAYER. LANDES- ANSTALT FUER AUFBAUFINANZIERUNG ZUR VERWENDUNG FUER DIE AUFGABEN DER ANSTALT DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EIN- NAHME AUS GEWINNABFUEHRUNGEN DER BAYER. LANDES- ANSTALT FUER AUFBAUFINANZIERUNG. (VGL. ANL. D NR. 83).	7.500,0	7.500,0	A 6.000,0 B 7.500,0 C 4.000,0
663 01	411	AUFWENDUNGSZUSCHUESSE FUER DEN BAU VON WOHNUNGEN FUER STAATSBEDIENSTETE DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 862 01.	9.000,0	9.000,0	A 5.400,0 B 3.550,0 C 2.600,0
663 02	122	SCHULDENDIENSTHILFEN AN SONSTIGE IM INLAND FUER DEN BAU VON HEIMEN UND AEHNLICHEN EINRICHTUNGEN PRIVATER SONDERSCHULEN DECKUNGSFAEHIG MIT 13 10/623 12.	-	-	A - B 644,4 C 609,9
663 03	312	SCHULDENDIENSTHILFEN AN SONSTIGE IM INLAND FUER DEN BAU FREIGEMEINNUETZIGER UND PRIVATER KRANKEN- HAEUSER VGL. VERMERK ZU 13 10/887 41.	-	-	A -
671 01	411	KOSTEN DER FREIMACHUNG UND BEREITHALTUNG VON WOHN- UNGEN FUER STAATSBEDIENSTETE DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	500,0	500,0	A

Erläuterungen

	1975	1976
	DM	DM
Zu 632 01		
1. Kostenanteil Bayerns an der zentralen Datenstelle der Länderfinanzminister ...	64 600	70 500
2. Kostenanteil am Haushalt der Tarifgemeinschaft deutscher Länder	41 400	45 500
Zusammen	106 000	116 000

Zu 633 01

Auf Grund des Gesetzes über die Bildung des Krankenhausverbandes Coburg war der Freistaat Bayern verpflichtet, 75 v. H. des Fehlbetrages des Landkrankenhauses zu tragen. Diese Verpflichtung konnte seit 1925 abgelöst werden. Mit Vertrag vom 16. September 1974 wurde vereinbart, daß der Freistaat Bayern zur Ablösung dieser Verpflichtung dem Krankenhausverband Coburg für die Jahre 1974 bis einschließlich 1998 jährliche Zuwendungen in Höhe von 75 v. H. der Summe der Beträge gewährt, die die Stadt Coburg und der Landkreis Coburg als Umlage gem. Art. 10 b Abs. 4 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 14. August 1973 (GVBl S. 497) zu erbringen haben.

1975 gegenüber 1974:

Weniger 2 400 000 DM auf Grund der neuen vertraglichen Regelung.

Zu 653 01

Auf Grund des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 30. Januar 1973 hat der Freistaat Bayern der Stadt Neustadt bei Coburg zum Ausgleich der wirtschaftlichen Nachteile, die der Stadt durch die Rückkreisung im Zusammenhang mit der Gebietsreform erwachsen sind, einen Betrag von 6 Mio DM zu zahlen, und zwar 3 Mio DM aus dem Haushalt 1973, 2 Mio DM aus dem Haushalt 1974 und 1 Mio DM aus dem Haushalt 1975.

Zu 654 01

Nach § 6 Abs. 4 LAG i. d. F. des 28. ÄndGLAG vom 27. Januar 1975 (BGBI I S. 401) leisten Bund und Länder an den Ausgleichsfonds einen jährlichen Zuschuß in Höhe von 50 v. H. des Jahresaufwands des Ausgleichsfonds für Unterhaltshilfe, höchstens jedoch in Höhe von 650 Mio DM. Der Bund hat hiervon $\frac{1}{3}$, die Länder haben $\frac{2}{3}$ nach dem Verhältnis ihrer Steueraufkommen im jeweils vorangegangenen Haushaltsjahr zu leisten.

In den Haushaltsjahren 1975 und 1976 haben Bund und Länder voraussichtlich die Höchstbeträge an Unterhaltshilfe zu entrichten. Bei Anwendung des voraussichtlichen Steuerverteilungsschlüssels (ca. 16,7 v. H.) entfallen auf den Freistaat Bayern anteilig je rund 72,5 Mio DM.

Zu 654 02

Nach § 6 Abs. 2 LAG leisten die Länder einschließlich des Landes Berlin an den Ausgleichsfonds Zuschüsse in Höhe von 25 v. H. ihrer Aufkommen an Vermögensteuer. Auf dieser gesetzlichen Grundlage ist der Zuschuß des Freistaates Bayern — vgl. Kap. 13 01 Tit. 051 01 — wie folgt zu veranschlagen:

1975 25 v. H. aus 535,0 Mio DM = 133,75 Mio DM

1976 25 v. H. aus 654,0 Mio DM = 163,5 Mio DM.

Vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 01 Tit. 051 01.

Zu 661 01

Nach Art. 13 Nr. 3 des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Landesbank Girozentrale vom 27. Juni 1972 (GVBl S. 210) ist der an den Freistaat Bayern abzuführende Gewinnanteil zweckgebunden für staatswirtschaftliche Aufgaben der Bank zu verwenden. Der für die Geschäftsjahre 1974 und 1975 abzuliefernde Gewinnanteil wird auf je 20 Mio DM geschätzt (vgl. Anlage D Nr. 82 zu Kap. 13 05 Tit. 121 35).

Zu 661 02

Nach § 19 Nr. 3 des Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juni 1970 (GVBl S. 279) ist der Gewinn der Anstalt, soweit er nicht den Rücklagen zuzuführen ist bzw. zugeführt wird, zweckgebunden für die Aufgaben der Anstalt zu verwenden. Der für die Geschäftsjahre 1974 und 1975 abzuliefernde Gewinnanteil wird auf je 7,5 Mio DM geschätzt (vgl. Anlage D Nr. 83 zu Kap. 13 05 Tit. 121 35).

Zu 663 01

In der Vergangenheit wurden für den Bau von Wohnungen für Staatsbedienstete befristete Aufwendungszuschüsse gewährt, mit deren Hilfe der Zins für Kapitalmarktdarlehen verbilligt werden konnte. Diese Zuschüsse werden halbjährlich nachträglich gezahlt. Die für die Jahre 1975 und 1976 veranschlagten Beträge dienen zur Erfüllung von Zusagen über Aufwendungszuschüsse, die bis zum Jahre 1974 erteilt worden sind. Vgl. auch Tit. 891 05.

Zu 663 02

Soweit an Träger von Heimen und ähnlichen Einrichtungen privater Sonderschulen Schuldendiensthilfen geleistet werden, sind die entsprechenden Haushaltsausgaben rechnermäßig an dieser Stelle nachzuweisen (vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 627 22).

Zu 663 03

Soweit an Träger freigemeinnütziger und privater Krankenhäuser noch Schuldendiensthilfen nach der bisherigen Regelung geleistet werden, sind die entsprechenden Haushaltsausgaben rechnermäßig an dieser Stelle nachzuweisen (vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 887 41).

Zu 671 01

Aus dem veranschlagten Betrag soll Vermietern von Wohnungen, die dem Besetzungsrecht des Staates unterliegen, ein etwaiger Mietausfall ersetzt werden, der dadurch entsteht, daß eine verfügbare Wohnung nicht sofort besetzt wird, weil ein entsprechender Bewerber vorübergehend nicht vorhanden ist.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
681 01	249	AUSGABEN ZUR ERFUELLUNG VON ANSPRUECHEN NACH DEM GES. ZUR ALLGEMEINEN REGELUNG DURCH DEN KRIEG UND DEN ZUSAMMENBRUCH DES DEUTSCHEN REICHES ENTSTANDENER SCHAEDEN (ALLGEMEINES KRIEGSFOLGENGESETZ) VOM 5. NOVEMBER 1957 (BGBl I S. 1747)	2,5	2,5	A	30,0
					C	2,6
681 02	023	ZUSCHUESSE ZUR FINANZIERUNG VON AUSBILDUNGSMASSNAHMEN IM RAHMEN DER FUER ANGEOERIGE VON ENTWICKLUNGSLAENDERN GELEISTETEN VERWALTUNGSHILFE	130,0	130,0	A	130,0
					B	14,0
681 03	245	GELDLLEISTUNGEN, DIE IM ZUSAMMENHANG MIT RUECKERSTATTUNGSANSPRUECHEN ZU ERBRINGEN SIND, SOWEIT SIE NICHT EINE MEHRUNG DES GRUNDSTOCKVERMOEGENS DARSTELLEN AUS DEN MITTELN DUERFEN ZUR ABWENDUNG VON SCHADENSERSATZLEISTUNGEN AUCH DARLEHEN AN ANSPRUCHSBERECHTIGTE GEWAEHRT WERDEN, DIE GGF. BEI 863 02 ZU BUCHEN SIND.- DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	20,0	20,0	A	20,0
					C	35,0
681 04	234	HEIZOEL-KOSTENZUSCHUESSE AUF GRUND DES GESETZES UEBER DIE GEWAERHUNG EINES EINMALIGEN HEIZOELKOSTENZUSCHUSSES VOM 21. DEZEMBER 1973 (BGBl I S. 1985) DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI 241 04.	-	***	A	30.000,0
681 05	231	LEISTUNGEN NACH § 45 DES BUNDESKINDERGELDGESETZES IN DER FASSUNG DES ART. 2 DES EINKOMMENSTEUERREFORMGESETZES	166.700,0	166.700,0	A	
681 69	960	ZUR VERSTAERKUNG DER AUSGABEN FUER ZUSCHUESSE UND ZUWEISUNGEN MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN (HAUPTGRUPPE 6) IN DEN EINZELPLAENEN 01 - 14 DIE AUSGABEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALTSSTELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A	-
683 01	049	AUFWENDUNGEN FUER DIE ENTMUNITIONIERUNG SCHROTTERLOESE KOENNEN VON DEN AUSGABEN ABGESETZT WERDEN. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	2.320,0	2.320,0	A	1.900,0
					B	1.720,2
					C	1.702,7
685 01	155	ZUSCHUESSE AN DIE BAYER. VERWALTUNGS- UND WIRTSCHAFTSAKADEMIEN	70,0	70,0	A	70,0
					B	70,0
					C	63,0
685 02	241	ZUSCHUESSE AN DIE ARBEITSGEMEINSCHAFT DER HAUPTVERTRAUENSMAENNER UND VERTRAUENSMAENNER DER SCHWERBEHINDERTEN VERWALTUNGSANGEHOERIGEN IM GESCHAFTSBEREICH DER OBERSTEN BUNDES- UND LANDESBEHOERDEN	2,0	2,0	A	2,0
					B	1,8
					C	1,8
BAUMASSNAHMEN						
749 68	960	ZUR VERSTAERKUNG DER MITTEL FUER STAATL. HOCHBAUMASSNAHMEN (OBERGRUPPEN 70 BIS 74) IN DEN EINZELPLAENEN 01 BIS 14 DIE AUSGABEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALTSSTELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A	1.775,0

Erläuterungen

Zu 681 01

Nach dem Allgemeinen Kriegsfolgengesetz ist Anspruchsschuldner zwar grundsätzlich der Bund. Im Falle der Vermögens- oder Aufgabennachfolge sind jedoch Ansprüche, die sich gegen das Deutsche Reich richten, unter bestimmten Voraussetzungen vom Freistaat Bayern zu erfüllen.

1975 gegenüber 1974:

Weniger 27 500 DM, da nur mit Ausgaben in Höhe von 2 500 DM gerechnet wird.

Zu 681 02

Die Mittel sind in erster Linie für Beihilfen an Angehörige von Entwicklungsländern, die im Bereich des öffentlichen Dienstes ausgebildet werden, bestimmt. Sie können auch für sonstige Ausbildungsmaßnahmen, die der angegebenen Zweckbestimmung dienen (z. B. Studienkonferenzen), herangezogen werden.

Der Bedarf ist geschätzt.

Zu 681 03

Der Ansatz dient zur Bestreitung der Ausgaben und Nebenausgaben (Anwalts- und Gerichtskosten und Gebühren) etwa noch anhängiger Verfahren.

Zu 681 04

Bei dem im Haushaltsjahr 1974 veranschlagten Betrag handelte es sich um eine einmalige Maßnahme. Soweit im Haushaltsjahr 1975 noch Heizölkostenzuschüsse zu leisten sind, steht hierfür ein Ausgabereserve zur Verfügung.

Zu 681 05

Nach dem Bundeskindergeldgesetz vom 14. April 1964 (BGBl I S. 265), geändert durch das Einkommensteuerreformgesetz vom 5. August 1974 (BGBl I S. 1769) und Art. 37 des Einführungsgesetzes zum Einkommenssteuerreformgesetz vom 21. Dezember 1974 (BGBl I S. 3656) trägt der Bund grundsätzlich die Aufwendungen für dieses Gesetz, das von der Bundesanstalt für Arbeit durchgeführt wird. Abweichend davon wird für die Zeit bis zum 31. Dezember 1976 (Übergangszeit) das Bundeskindergeldgesetz von den Körperschaften, Anstalten oder Stiftungen des öffentlichen Rechts für den Bereich der bei ihnen tätigen Arbeitnehmer durchgeführt. Während dieser Übergangszeit haben die Gebietskörperschaften (Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände) die bei ihnen anfallenden Ausgaben selbst zu tragen.

Das Kindergeld beträgt nach § 10 des Bundeskindergeldgesetzes für das erste Kind 50 DM, für das zweite Kind 70 DM und für das dritte und jedes weitere Kind 120 DM monatlich. Der veranschlagte Betrag ist geschätzt.

Zu 681 69

Verstärkungsmittel sind in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 nicht zu veranschlagen. Die Zweckbestimmung wird jedoch voraussichtlich im Nachtragshaushaltsplan 1976 wiederum benötigt.

Zu 683 01

Für die Beseitigung der reichseigenen und der Feindmunition werden auch in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 Aufwendungen anfallen. Wegen der Beteiligung des Bundes an diesen Aufwendungen wird auf die Erläuterung zu Tit. 241 03 hingewiesen.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 420 000 DM auf Grund von Tarifierhöhungen für die Bediensteten der Beseitigungsfirma sowie auf Grund von Kostensteigerungen.

Zu 685 02

Veranschlagt ist der Zuschuß an die Arbeitsgemeinschaft der Hauptvertrauensmänner und Vertrauensmänner der schwerbehinderten Verwaltungsangehörigen im Geschäftsbereich der Obersten Bundes- und Landesbehörden zu den Herstellungs- und Vertriebskosten des Mitteilungsblattes „Der Schwerbehinderte im öffentlichen Dienst“ mit je 2 000 DM.

Zu 749 68

Verstärkungsmittel sind in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 nicht zu veranschlagen. Die Zweckbestimmung wird jedoch voraussichtlich im Nachtragshaushaltsplan 1976 wiederum benötigt.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973
1	2	3	4	5	C IST 1972
					TSD.DM
					6
749 69	960	MINDERAUSGABEN AUF GRUND HAUSHALTSGESETZLICHER EINSPARUNGSMASSNAHMEN BEI DEN STAATLICHEN HOCHBAU-MASSNAHMEN IN SAEMTLICHEN EINZELPLAENEN DIE MINDERAUSGABEN SIND BEI DEN EINSCHLAEIGIGEN TITELN DER KAPITEL DES HAUSHALTSPLANS RECHNUNGS-MAESSIG NACHZUWEISEN. SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN	88.800,0-	171.500,0-	A 118.000,0-
812 69	960	ZUR VERSTAERKUNG DER AUSGABEN FUER EIGENINVESTITIONEN (OBERGRUPPE 81) IN DEN EPL. 01 BIS 14 DIE AUSGABEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUSHALTSSTELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN.	-	-	A -
862 01	411	DARLEHEN ZUR GEWINNUNG VON WOHNUNGEN FUER STAATSBEDIENSTETE DAVON KREDITFINANZIERT: IM HAUSHALTSJAHR 1975 DM 23 500 000, IM HAUSHALTSJAHR 1976 DM 27 000 000. DAVON IM KONJUNKTURHAUSHALT DM 7.500.000 FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 66.000.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 71.000.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM JEWEILS FOLGENDEN JAHR.	31.000,0	77.000,0	A 32.000,0 B 30.100,0 C 28.400,0
862 02	411	DARLEHEN ZUR MODERNISIERUNG VON WOHNUNGEN FUER STAATSBEDIENSTETE GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 862 01.	1.500,0	3.000,0	A -
862 06	312	DARLEHEN FUER DEN BAU UND DIE EINRICHTUNG FREIGEMEINNETZIGER UND PRIVATER KRANKENHAEUER VGL. VERMERK ZU 13 10/857 22.	-	-	A - C 2.719,0
863 01	044	DARLEHEN AN DEN FONDS ZUR FOERDERUNG DES FEUER-LOESCHWESENS FUER DEN NEUBAU DER FEUERWEHRSSCHULE REGENSBURG	-	-	A -
883 01	643	ZUSCHUESSE ZUR ERRICHTUNG EINES MESSEZENTRUMS IN NUERNBERG	4.111,4	***	A 5.000,0 B 5.000,0 C 10.000,0
891 01	323	ZUSCHUESSE ZUM BAU VON SPORTANLAGEN UND EINRICHTUNGEN FUER DIE SPIELE DER XX. OLYMPIADE MUENCHEN 1972 ETWAIGE ZINSEN UND RUECKFLUESSE KOENNEN VON DER AUSGABE ABGESETZT WERDEN.	-	-	A - B 47.180,3- C 770,5
891 04	411	EINMALZINSZUSCHUESSE AN DIE BAYER. LANDESBODENKREDITANSTALT ZUR ABGELTUNG VON ZINSZUSCHUESSEN FUER DIE GEWINNUNG VON WOHNUNGEN FUER STAATSBEDIENSTETE KREDITFINANZIERT. GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 862 01	51.000,0	6.000,0	A 43.000,0- B 41.302,7
891 05	411	EINMALZUSCHUESSE FUER DIE ABGELTUNG VON AUFWENDUNGSZUSCHUESSEN FUER DEN BAU VON WOHNUNGEN FUER STAATSBEDIENSTETE GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 862 01. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 9.000.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 9.000.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM JEWEILS FOLGENDEN JAHR.	***	8.000,0	A -

Erläuterungen

Zu 749 69

Vgl. Erläuterung zu Tit. 972 01.

Zu 862 01

Um die baldige Familienzusammenführung von versetzten Staatsbediensteten am neuen Dienstort sicherzustellen und damit die Ausgaben für Trennungsgeld möglichst niedrig zu halten sowie noch vorhandene Wohnungsnotstände von Staatsbediensteten zu beseitigen, müssen im Rahmen der staatlichen Wohnungsfürsorge weiterhin Wohnungen beschafft werden, die im Mietpreis den Einkommensverhältnissen der Staatsbediensteten entsprechen. Solche Wohnungen werden insbesondere noch in den Ballungsgebieten und an den Orten benötigt, an denen neue Einrichtungen des Staates (z. B. Hochschulen) geschaffen werden.

Um Wohnungen mit einer angemessenen Miete zu erlangen, werden geeigneten Bauträgern und unter gewissen Voraussetzungen auch Staatsbediensteten selbst zinsverbilligte Darlehen und/oder Aufwendungszuschüsse (vgl. hierwegen Tit. 891 05) gegen Einräumung eines langfristigen Wohnungsbesetzungsrechts zugunsten des Freistaats Bayern zur Verfügung gestellt.

Die zur Durchführung der o. g. Programme erforderlichen Darlehensmittel werden kassenmäßig im Jahre der Inangriffnahme der Programme nur zu einem geringen Teil benötigt. Sie müssen aber für die einzelnen Maßnahmen vor Baubeginn verbindlich zugesagt werden. Zu diesem Zwecke werden die in den Jahren 1975 und 1976 vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen erforderlich. Die Erhöhung des Ansatzes im Jahr 1976 um 46 Mio DM ist dadurch bedingt, daß ab dem Programm 1975 Kapitalmarktdarlehen der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt, für die der Freistaat Bayern einen Zinszuschuß geleistet hat, nicht mehr verwendet werden. Der Erhöhung des Ansatzes steht eine fast gleichhohe Minderung des Ansatzes für Einmalzinszuschüsse gegenüber (vgl. Tit. 891 04).

Von den veranschlagten Beträgen von 31 Mio DM bzw. 77 Mio DM dienen rd. 1,0 bzw. 11,0 Mio DM zur Finanzierung der in diesen Jahren neu zu beginnenden Programme. Die restlichen Beträge werden zur Erfüllung von Darlehenszusagen benötigt, die in früheren Jahren gegeben wurden.

Die Auszahlung der Darlehensmittel erfolgt in Raten nach Baufortschritt. Sie erstreckt sich in der Regel über mehrere Jahre. Daraus ergeben sich zwangsläufig Ausgabereste. Ein Teil dieser Ausgabereste soll zur Vorfinanzierung von Bausparverträgen bayerischer Staatsbediensteter herangezogen werden, die auf diese Weise ihre beabsichtigte Baumaßnahme früher in Angriff nehmen können. Dadurch kann mittelbar oder unmittelbar die Zahlung von Trennungsgeld gespart oder ein Wohnungsnotstand schneller behoben werden. Die zur Vorfinanzierung von Bausparverträgen herangezogenen Mittel werden bis zu ihrer Ablösung mit bis zu 5% jährlich verzinst.

Die in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 veranschlagten Beträge erhöhen sich um die Rückflüsse, die auf die bis 1952 ausgereichten Staatsbedienstendarlehen zurückfließen und von der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt dem Staat darlehensweise zur Verfügung gestellt werden (vgl. Kap. 13 06 Tit. 325 12).

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG MIT 663 01, 862 02, 891 04 UND 891 05; EINSEITIG DECKUNGSFÄHIG ZUGUNSTEN 13 05/861 27.

BIS ZUR ENDGÜLTIGEN VERWENDUNG DER MITTEL EINSCHLIESSLICH DER AUSGABERESTE DÜRFEN IN DEN HAUSHALTSJAHREN 1975 UND 1976 BIS ZU JE 2 000 000 DM DARLEHENSWEISE DEM BEAMTENHELMSTÄTTENWERK - GEMEINNÜTZIGE BAUSPARKASSE DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES GMBH - ZUR VORFINANZIERUNG VON BAUSPARVERTRÄGEN BAYERISCHER STAATSBEDIENSTETER GEGEBEN WERDEN.

DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT SICH UM DIE ISTEINNAHME BEI KAP. 13 06 TIT. 325 12.

Zu 862 02

Die bis zum Jahr 1961 im Rahmen der staatlichen Wohnungsfürsorge geförderten Mietwohnungen sind fast ausschließlich mit Ofenheizung ausgestattet. Um sie den heutigen Erfordernissen anzupassen, können den Vermietern solcher Wohnungen zum Einbau von zentralen Heizungs- und Warmwasserversorgungsanlagen, ggf. auch zur Verbesserung der sanitären Einrichtungen, zinsverbilligte Darlehen gegen eine angemessene Verlängerung des staatlichen Wohnungsbesetzungsrechts gewährt werden.

Zu 862 06

Vgl. Erläuterung zu Kap. 13 10 Tit. 853 22 und 857 22.

Zu 863 01

Der Fonds zur Förderung des Feuerlöschwesens (Anlage A zum Epl. 03 A) war in der Lage, die angefallenen Aufwendungen für den Neubau der Feuerwehrschiele Regensburg aus eigenen Mitteln zu tragen, so daß Darlehen aus dem Epl 13 nicht in Anspruch genommen werden mußten. Die Finanzausstattung des Fonds konnte im übrigen auf Grund der günstigen Entwicklung des Aufkommens an Feuerschutzsteuer so verbessert werden, daß für die Fortführung der Maßnahmen auch in den Haushaltsjahren 1975/1976 eine Zwischenfinanzierung mit Darlehen aus dem Epl. 13 nicht erforderlich wird.

Zu 883 01

Mit Beschluß des Bayerischen Landtags vom 9. Juni 1970 (Beilage 6/3470) wurde die Staatsregierung ersucht zu prüfen, wie weit eine Staatsbeteiligung an einer Messe-GmbH in Nürnberg möglich ist und ob dafür Staatsgelände zur Verfügung gestellt werden kann. Die auf Grund dieses Landtagsbeschlusses mit der Stadt Nürnberg geführten Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß der Freistaat Bayern die Errichtung des neuen Messezentrums in Nürnberg dadurch fördert, daß der Stadt Nürnberg ein staatseigenes Gelände überlassen wird. Da eine unentgeltliche Eigentumsübertragung im Hinblick auf Art. 81 BV nicht möglich ist, werden der Stadt Nürnberg für die Aufbringung des Kaufpreises Staatszuschüsse in folgenden Raten gewährt:

bis einschließlich 1972	10 000 000 DM
1973	5 000 000 DM
1974	5 000 000 DM
1975	4 111 360 DM

Veranschlagt ist die Rate für 1975.

Zu 891 01

Der Ansatz dient zur Abwicklung der Maßnahme.

Zu 891 04

Der für 1975 veranschlagte Betrag dient zur Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung des Jahres 1974 sowie zur Leistung eines Disagioausgleichs für die Kapitalmarktdarlehen, die die Bayerische Landesbodenkreditanstalt — Anstalt der Bayerischen Landesbank Girozentrale — für das Staatsbedienstetenwohnungsbauprogramm 1973 bereitgestellt hat. Ab 1975 werden solche Darlehen im Staatsbedienstetenwohnungsbauprogramm nicht mehr verwendet (vgl. Erläuterung zu Tit. 862 01). Deshalb ist im Jahr 1976 nur noch ein Betrag von 6 Mio DM ausgebracht, der zur Abdeckung des Disagioausgleichs für das Programm 1974 benötigt wird.

Zu 891 05

Zur Einsparung von Darlehensmitteln für den Bau von Wohnungen für Staatsbedienstete werden für die Dauer von 14 Jahren Aufwendungszuschüsse gewährt. Der Zuschuß beträgt je qm Wohnfläche und Monat anfangs bis zu 2,80 DM.

Die laufenden Zahlungen sollen durch einen Einmalzuschuß an die Bayerische Landesbank abgegolten werden, wodurch Mittel gespart werden können.

Die im Bauprogramm 1975 und 1976 vorgesehenen Wohnungen werden nicht vor 1976 bzw. 1977 bezugsfertig werden. Im Jahr der Inangriffnahme des Bauprogramms sind daher zur Ablösung der Aufwendungszuschüsse noch keine Mittel erforderlich. Da die Aufwendungszuschüsse aber für die einzelnen Bauvorhaben vor Baubeginn verbindlich zugesagt werden müssen, ist jeweils die Ausbringung einer Verpflichtungsermächtigung notwendig.

Der Ansatz für 1976 dient zur Abdeckung der Verpflichtungsermächtigung des Jahres 1975. Vgl. auch Erläuterung zu Tit. 862 01.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
892 01	122	ZUSCHUESSE ZUM BAU VON HEIMEN UND AEHNlichen EIN- RICHTUNGEN PRIVATER SONDRSCHULEN VGL. VERMERK NR. 2 ZU 13 10/887 41.	-	-	A	-
					B	4.772,2
					C	5.810,0
892 03	312	ZUSCHUESSE AN TRAEGER FREIGEMEINNETZIGER UND PRI- VATER KRANKENHAEUER GEMAESS § 22 ABS. 1 SATZ 2 KHG VGL. VERMERK ZU 13 10/883 52.	-	-	A	-
					B	43.490,0
892 04	312	ZUSCHUESSE AN TRAEGER FREIGEMEINNETZIGER UND PRI- VATER KRANKENHAEUER GEMAESS § 22 ABS. 1 SATZ 1 KHG VGL. VERMERK ZU 13 10/883 52.	-	-	A	-
					B	31.011,3
893 01	270	GEWAERHUNG VON PRAEMIEN FUER WOHNUNGSBAUSPARER NACH DEM WOHNUNGSBAU-PRAEMIENGESETZ ZURUECKZUZAHLNDE PRAEMIEN VON WOHNUNGSBAUSPA- RERN SIND VON DER AUSGABE ABZUSETZEN. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHT SICH UM DIE MEHREIN- NAHME BEI 331 01, SIE VERMINDERT SICH UM DAS DOPPELTE DER MINDEREINNAHME BEI 331 01.	710.000,0	580.000,0	A	710.000,0
					B	622.037,5
					C	535.044,0
893 02	692	SONDERPROGRAMM DER BAYERISCHEN STAATSREGIERUNG ZUR SCHAFFUNG VON ERSATZARBEITSPLAETZEN IM RAUME INGOLSTADT KREDITFINANZIERT. EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU LASTEN 07 04/883 05, 892 05 UND 893 05. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 20.000.000 FAELLIGKEIT ERGIBT SICH AUS DEN ERLAEUTERUNGEN.	-	10.000,0	A	-
893 69	960	ZUR VERSTAERKUNG DER AUSGABEN FUER INVESTITIONS- FOERDERUNGSMASSNAHMEN (OBERGRUPPEN 83 BIS 89) IN DEN EPL. 01 BIS 14 DIE AUSGABEN SIND BEI DEN ZUTREFFENDEN HAUS- HALTSSTELLEN RECHNUNGSMAESSIG NACHZUWEISEN. BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	-	-	A	-
960 01	970	AUSGABEN ZUR DECKUNG VON FEHLBETRAEGEN AUS VORJAH- REN	-	-	A	-
					C	60.843,6
972 01	960	MINDERAUSGABEN AUF GRUND HAUSHALTSGESETZLICHER EINSPARUNGSMASSNAHMEN IN SAEMTLICHEN EINZELPLAENEN DIE MINDERAUSGABEN SIND BEIDEN EINSCHLAEGIGEN TITELN DER KAPITEL DES HAUSHALTSPLANS RECHNUNGS- MAESSIG NACHZUWEISEN.	500.000,0	600.000,0	A	184.000,0
972 02	960	Globale Minderausgaben gemäss Art. 4 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes 1973/1974	***	***	A	60.000,0
TITELGRUPPEN						
71 TUBERKULOSEHILFE FUER DIE STAATLICHEN BEDIENTE TEN, VERSORGUNGSEMPFANGEN UND DEREN FAMILIENAN- GEOERIGE DIE TITEL DER TITELGRUPPE SIND GEGENSEITIG DEK- KUNGSFAEHIG.						
443 71	940	UNMITTELBAR DURCH DIE REGELUNGSBEHOERDEN GEWAHRTE TUBERKULOSEHILFE EINSCHL. SONSTIGER AUFWENDUNGEN	100,0	100,0	A	100,0
					B	30,9
					C	48,9
633 71	940	VERWALTUNGSKOSTENBEITRAG FUER DIE UNTER 643 71 AUFGEFUEHRTEN FAELLE AN DIE SOZIALHILFEVERWALTUN- GEN DER BEZIRKE	20,0	20,0	A	20,0
					B	8,2
					C	15,6

Erläuterungen

Zu 892 01

Soweit an Träger von Heimen und ähnlichen Einrichtungen privater Sonderschulen Bauzuschüsse gewährt werden, sind die entsprechenden Haushaltsausgaben rechnermäßig an dieser Stelle nachzuweisen (vgl. Vermerk Nr. 2 bei Kap. 13 10 Tit. 887 41).

Zu 892 03 und 892 04

Soweit an Träger von freigemeinnützigen Krankenhäusern Zuschüsse nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz gewährt werden, sind die entsprechenden Haushaltsausgaben rechnermäßig bei diesen Titeln nachzuweisen (vgl. Vermerk bei Kap. 13 10 Tit. 983 52).

Zu 893 01

Die gesetzliche Grundlage für die Auszahlung der Wohnungsbauprämien bildet das Wohnungsbauprämiengesetz, zuletzt geändert durch Art. 17 des Einführungsgesetzes zum Einkommensteuerreformgesetz vom 21. Dezember 1974 (BGBl I S. 3656). Die Prämien werden durch die Finanzämter an die Institute ausgezahlt, an die die Wohnungsbauprämiensparer ihre prämienebegünstigten Aufwendungen leisten. Die für die Prämienzahlungen benötigten Mittel sind nach dem Gesetz zur Änderung des 2. WoBauG, anderer wohnungsbaurechtlicher Vorschriften und über die Rückerstattung von Baukostenzuschüssen vom 21. Juli 1961 (BGBl I S. 1041) ab dem Haushaltsjahr 1962 zur Hälfte vom Bund ohne Anrechnung auf die Darlehensmittel des Bundes für den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Die andere Hälfte hat der Freistaat Bayern zu tragen. Für 1975 erfolgte die Veranschlagung im Anhalt an das niedrigere Istergebnis 1974 und die Bemessung des Ansatzes im Bundeshaushalt.

	1975	1976
	Mio DM	Mio DM

Zur Auszahlung von Wohnungsbauprämien werden in Bayern voraussichtlich benötigt	710,0	580,0
Davon werden vom Bund erstattet — vgl. Veranschlagung bei Tit. 331 01 —	355,0	290,0
der Rest von	355,0	290,0
ist vom Freistaat Bayern aufzubringen.		

1976 gegenüber 1975:

Weniger 130,0 Mio DM auf Grund der Auswirkungen des Einkommensteuerreformgesetzes vom 5. August 1974 (BGBl I S. 1769).

Zu 893 02

Im Raum Ingolstadt sind insbesondere durch den Personalabbau bei der Firma Audi-NSU-Auto-Union AG seit 1973 zahlreiche Arbeitsplätze weggefallen. Außerdem ist eine weitere erhebliche Personalverminderung bis spätestens Ende 1976 in diesem Werk des VW-Konzerns geplant. In Anbetracht der hohen Arbeitslosigkeit, des ungünstigen Verhältnisses von Arbeitslosen zu offenen Stellen und der einseitigen Branchenstruktur dieses Raumes (ca. 67% der Industriebeschäftigten sind in der Kfz-Industrie tätig) ist die Förderung der Schaffung neuer Arbeitsplätze durch die Neuerrichtung von Betrieben und die Erweiterung bestehender Betriebe dringend geboten.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

AUS DEM ANSATZ DÜRFEN AUCH ZINSZUSCHÜSSE GELEISTET WERDEN. VON DER VERANSCHLAGTEN VERPFLICHTUNGSMÄCHTIGUNG 1975 IN HÖHE VON 20 000 000 DM WERDEN FÄLLIG FRÜHESTENS IN DEN HAUSHALTSJAHREN

1976	10 000 000 DM
1977	10 000 000 DM.

Zu 893 69

Verstärkungsmittel sind in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 nicht zu veranschlagen. Die Zweckbestimmung wird jedoch voraussichtlich im Nachtragshaushaltsplan 1976 wiederum benötigt.

Zu 960 01

Fehlbeträge aus Vorjahren sind nicht mehr abzudecken.

Zu 972 01

Um den Haushaltsausgleich für die Haushaltsjahre 1975 und 1976 zu erzielen, mußten u. a. wiederum im Haushaltsvollzug zu erbringende Einsparungsbeträge als „Minderausgabe auf Grund haushaltsgesetzlicher Einsparungsmaßnahmen in sämtlichen Einzelplänen“ in Höhe von 500 bzw. 600 Mio DM für die Hauptgruppen 5, 6 und 8 und in Höhe von 88,8 bzw. 171,5 Mio DM für die Hauptgruppe 7 (vgl. Tit. 749 69) veranschlagt werden. Diese Einsparungsbeträge sollen durch die Sperrung von Ausgabeansätzen sowie durch Einziehung von Ausgaberesten gewonnen werden. Die haushaltsgesetzlichen Grundlagen für die Einsparungsmaßnahmen sind in Art. 4 Abs. 1 und 2 und Art. 7 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes 1975/1976 festgelegt.

Im Benehmen mit dem Ausschuß für den Staatshaushalt und Finanzfragen des Landtags werden diese Einsparungen vor allem durch eine Sperre

- für sächliche Verwaltungsausgaben usw. (Hauptgruppe 5) in Höhe von 10 v. H.,
- für Ausgaben für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (Hauptgruppe 6) in Höhe .. 12 v. H.,
- für sonstige Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Hauptgruppe 8) in Höhe von 15 v. H.,
- für Baumaßnahmen (Hauptgruppe 7) in Höhe von 15 v. H., von der für bestimmte Fälle Ausnahmen bestehen oder zugelassen werden können, realisiert werden.

Zu Titelgruppe 71

Nach Art. 26 des AGBSHG gilt § 127 Abs. 1—5 BSHG entsprechend für die Bediensteten und Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern. Danach ist den Bediensteten und Versorgungsempfängern sowie deren Ehegatten und kindergeldberechtigten Kindern vom Dienstherrn/Arbeitgeber Tuberkulosehilfe zu gewähren. Die näheren Bestimmungen über die Durchführung der Tuberkulosehilfe für den genannten Personenkreis sind in der V vom 23. Januar 1963 (GVBl S. 24) und in der FMBek vom 7. März 1963 (StAnz Nr. 11/FMBI S. 186) geregelt. Die Sozialhilfeverwaltungen der Bezirke erhalten, falls sie mit der Durchführung der Tuberkulosehilfe beauftragt werden, eine Verwaltungskostenentschädigung in Höhe von 3 v. H. dieser Aufwendungen. Soweit von den Berechtigten Kostenbeiträge zu leisten sind oder Leistungen aus Ansprüchen gegenüber Dritten anfallen, sind diese bei Tit. 271 03 veranschlagt.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
643 71	940	ERSATZ DER AUFWENDUNGEN DER SOZIALHILFEVERWALTUNGEN DER BEZIRKE, SOWEIT DIESE MIT DER HEILBEHANDLUNG UND DER EINGLIEDERUNGSHILFE BEAUFTRAGT SIND	405,0	410,0	A 395,0 B 284,5 C 255,1
671 71	940	DEN AUSGABEMITTELN FUER TUBERKULOSEHILFE ZUFLIESSENDE KOSTENBEITRAEGE UND LEISTUNGEN DRITTER	-	-	A -
SUMME DER TITELGRUPPE			525,0	530,0	A 515,0
72 SONDERPROGRAMM ZUR VERBESSERUNG DER LEBENSVERHAELTNISSE AUF DEM LANDE DIE TITEL DER TG SIND GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.					
883 72	692	ZUWEISUNGEN FUER INVESTITIONEN AN GEMEINDEN UND GV	-	-	A - B 2.211,9 C 24.275,1
892 72	692	ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN	-	-	A - B 1.109,3 C 5.955,6
SUMME DER TITELGRUPPE			-	-	A -
73 ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE ZUR BESEITIGUNG AUSSERGEWOEHNLICHER NOTSTAENDE DIE TITEL DER TG SIND GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. ZU 653 73 UND 683 73: DER ANSATZ DARF AUS 02 03/681 01 UND 08 03/681 06 VERSTAERKT WERDEN.					
653 73	260	SONSTIGE ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV FUER ELEMENTARSCHAEDEN	-	-	A - C 3,6
683 73	260	ZUSCHUESSE FUER ELEMENTARSCHAEDEN	3.000,0	3.000,0	A 1.000,0 B 212,7 C 1.268,9
892 73	523	ZUSCHUESSE ZUR SANIERUNG AKUT GEFAEHRDETER SPANNBETONDECKEN AUS TONERDESCHMELZZEMENT ODER CHLORIDHALTIGEN ZEMENTEN IN LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBEN UND IN FAMILIENHEIMEN DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUES HAUSHALTSVERMERK SIEHE ERLAEUTERUNG.	-	-	A - B 293,9 C 1.630,9
SUMME DER TITELGRUPPE			3.000,0	3.000,0	A 1.000,0
80 BEKAEMPFUNG DER TERRORKRIMINALITAET					
461 80	042	PERSONALAUSGABEN	***	***	A -
547 80	042	SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A -
812 80	042	INVESTITIONEN	***	***	A 235,2
SUMME DER TITELGRUPPE			***	***	A 235,2

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 72

Die Titelgruppe wird zur Abwicklung von Ausgaberesten weitergeführt.

Zu Titelgruppe 73

Die einmaligen Zuschüsse zur Milderung von außergewöhnlichen Notständen werden nach Maßgabe der grundlegenden Finanzhilferichtlinien vom 23. März 1962 (StAnz Nr. 13) gewährt.

Dies gilt grundsätzlich auch für Hilfen, die gewährt werden zur Vermeidung von Notständen, die durch Schäden an akut gefährdeten Spannbetondecken entstehen können, die unter Verwendung von Tonerdeschmelzzement oder chloridhaltigen Zementen hergestellt sind.

Im landwirtschaftlichen Bereich kann nach Beschluß des Bayerischen Landtags vom 14. März 1969 — Beilage 1861 — zur Verfahrenserleichterung unterstellt werden, daß wegen der Besonderheiten der hier vorkommenden Schäden im Regelfall eine staatliche Hilfe in Höhe von 40% Beihilfe und 20% zinsverbilligten Kapitalmarktdarlehen (Kap. 13 06 Titelgruppe 71, Ausgaben) angemessen ist, die sich aus den Umbaukosten berechnet und auf die etwaige Steuerersparnis anzurechnen sind. Das gleiche gilt für akut gefährdete Decken in Familienheimen, die im sozialen Wohnungsbau förderungsfähig sind.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 2 000 000 DM nach der voraussichtlichen weiteren Entwicklung des Bedarfs.

HAUSHALTSVERMERK:

AUS DEM ANSATZ UND AUS VERFÜGBAREN AUSGABERESTEN DÜRFEN IN DEN HAUSHALTSJAHREN 1975 UND 1976 BIS ZU JE 400 000 DM ZUR SANIERUNG NOCH NICHT AKUT GEFÄHRDETER DECKEN IN FAMILIENHEIMEN DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUES ABGEZWEIGT WERDEN, BEI DENEN WEGEN ANDERWEITIGER UMBAUMASSNAHMEN EINE VORZEITIGE SANIERUNG SINNVOLL UND WIRTSCHAFTLICH IST.

AUS DEM ANSATZ DÜRFEN FERNER ZUR GEWINNUNG VON DRINGEND BENÖTIGTEM MATERIAL FÜR BAUTECHNISCHE UNTERSUCHUNGEN IN DEN HAUSHALTSJAHREN 1975 UND 1976 BIS ZU JE 200 000 DM ZUR SANIERUNG NOCH NICHT AKUT GEFÄHRDETER DECKEN IN WOHN- UND SONSTIGEN GEBÄUDEN VERWENDET WERDEN.

Zu Titelgruppe 80—82

Soweit erforderlich sind Haushaltsmittel bei den zutreffenden Titeln des Epl. 03 A veranschlagt.

Allgemeine Bewilligungen für den Gesamthaushalt

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	TSD.DM	TSD.DM	A SOLL B IST C IST TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		81 VERBESSERUNG DER TECHNISCHEN AUSRÜSTUNG DER POLIZEI			
547 81	042	SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A 200,0
812 81	042	INVESTITIONEN	-	***	A 403,3
		SUMME DER TITELGRUPPE	-	***	A 603,3
		82 HEBUNG DER POLIZEISTAERKE (ALT-ANWAERTER)			
461 82	042	PERSONALAUSGABEN	***	***	A -
547 82	042	SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	***	***	A 250,0
812 82	042	INVESTITIONEN	***	***	A -
		SUMME DER TITELGRUPPE	***	***	A 250,0
		GESAMTAUSGABEN	745.784,3	429.466,0	A 1.596.967,6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.	4.410,0	4.630,0	A 3.450,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	558.440,0	414.240,0	A 400.667,6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	400.805,7	560.000,0	A 475.525,0
		GESAMTEINNAHMEN	963.655,7	978.870,0	A 879.642,6
		PERSONALAUSGABEN	113.485,0	62.985,0	A 779.385,0
		SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	3.662,4	5.390,5	A 72.408,1
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	419.825,5	448.590,5	A 314.761,0
		BAUMASSNAHMEN	88.800,0	171.500,0	A 116.225,0-
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN	797.611,4	684.000,0	A 790.638,5
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	500.000,0	600.000,0	A 244.000,0-
		GESAMTAUSGABEN	745.784,3	429.466,0	A 1.596.967,6
		ZUSCHUSS UEBERSCHUSS	217.871,4	549.404,0	A 717.325,0

Erläuterungen

Allgemeines Grundvermögen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973
1	2	3	4	5	C IST 1972
			TSD.DM		
ALLGEMEINES GRUNDVERMOEGEN					
EINNAHMEN					
VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.					
111 02	871	EINNAHMEN AUS ANERKENNUNGSGEBUEHREN ALLER ART	15,0	15,0	A 20,0 B 7,3 C 13,2
113 01	871	ERLOESE AUS DEM VERKAUF VON GEGENSTAENDEN	3,5	3,5	A 8,0 B 3,1 C 2,1
119 69	871	VERMISCHTE EINNAHMEN	80,0	80,0	A 70,0 B 75,7 C 73,0
121 01	872	EINNAHMEN AUS DER VERWERTUNG VON STROMBEZUGSRECHTEN	500,0	500,0	A 400,0 B 493,7 C 393,4 -
122 01	871	EINNAHMEN AUS WASSERBENUETZUNGSGEBUEHREN GEBUEHRENANTEILE DRITTER KOENNEN AN DEN EINNAHMEN ABGESETZT WERDEN. VGL. VERMERK BEI 13 06 / 891 01	5.400,0	5.400,0	A 7.400,0 B 5.115,9 C 5.195,3
124 01	871	EINNAHMEN AUS VERMIETUNG, VERPACHTUNG UND NUTZUNG	15.500,0	16.000,0	A 14.500,0 B 14.817,8 C 14.330,8
162 01	871	ZINSEINNAHMEN AUS KAUFFPREISRESTFORDERUNGEN AUS DER VERAEUSSERUNG VON GRUNDSTUECKEN (GRUNDSTOCK DER ALLGEMEINEN LANDESVERWALTUNG) U. A.	457,0	397,5	A 507,0 B 726,0 C 1.253,8
182 01	960	EINNAHMEN ZUR ABGELTUNG VON MIETVORAUSZAHLUNGEN, DIE IM ZUSAMMENHANG MIT DER UNTERBRINGUNG VON DIENSTSTELLEN GELEISTET WURDEN UND ZU LASTEN DER EINSCHLAEIGIGEN EINZELPLAENE ZU ERSTATTEN SIND, FUER DEN GESAMTHAUSHALT	124,4	183,7	A 120,0 B 114,4 C 118,5
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN					
231 01	871	ERSTATTUNGEN AUS ABRECHNUNGEN ANLAESSLICH DER NACH DEM 1. AUGUST 1961 ERFOLGTEN UEBERGABE DER VERWALTUNG VON REICHsvermOEGEN UND VON vermOEGEN VON REICHSGESELLSCHAFTEN AUF GRUND DES REICHsvermOEGEN -GESETZES VOM 16. MAI 1961 (BGBL I S. 597)	-	-	A -
271 01	871	ERSTATTUNG VON VERWALTUNGSausGABEN AUS SONSTIGEN BEREICHEN	-	-	A 90,0 B 17,4 C 125,5
291 01	871	ZUSCHUESSE DRITTER ZU INSTANDSETZUNGSMASSNAHMEN	45,0	50,0	A 28,0 B 52,7 C 162,0
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN					
331 01	871	ZUWEISUNGEN DES BUNDES ZU STAATLICHEN HOCHBAUMASSNAHMEN	-	-	A -

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 13 04

Im Kapitel 13 04 sind die Einnahmen und Ausgaben im Zusammenhang mit der Verwaltung des allgemeinen Grundvermögens, die Zuweisungen des Bundes zum Grunderwerb für Hochschulbaumaßnahmen sowie die Zuweisungen an den Grundstock veranschlagt.

Zum Kapitel 13 04 gehört die Anlage B

Nr. 2 Grundstock, Buchstabe A Allgemeine Landesverwaltung und Buchstabe B Forstgrundstock

Nr. 3 Coburger Domänenfonds

Nr. 6 Sondervermögen des ehemaligen Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg

Zu 119 69

Erstattungen von Bewirtschaftungskosten (Grundsteuer u. ä.) sind bei diesem Ansatz nachzuweisen.

Zu 122 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 2 000 000 DM, da neue Gebührenbescheide nicht in dem Ausmaß wirksam wurden, wie im Haushaltsplan 1973/1974 veranschlagt.

Zu 124 01

1975 gegenüber 1974:

Mehr 1 000 000 DM wegen Anhebung der Mieten.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 500 000 DM wegen weiterer Anhebung der Mieten.

Zu 162 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 50 000 DM wegen Abnahme des Bestandes der verzinslichen Restkaufpreisforderungen.

1976 gegenüber 1975:

Weniger 59 500 DM wegen weiterer Abnahme des Bestandes der verzinslichen Restkaufpreisforderungen.

Zu 182 01

1976 gegenüber 1975:

Mehr 59 300 DM wegen Zunahme des Bestandes an Mietvorauszahlungen.

Zu 231 01

Für Vermögenswerte des ehem. Reichsvermögens und der Reichsgesellschaften, für die die Frage der Verwaltungszuständigkeit zwischen Bund und Land erst im Laufe der Haushaltsjahre 1975 und 1976 geklärt wird, erfolgt bei der Übergabe von einem Verwaltungsträger auf den anderen auf Grund des Reichsvermögen-Gesetzes nur für die Zeit ab 1. August 1961 eine Abrechnung der Einnahmen und Ausgaben. Einen Mehrbetrag an Einnahmen ersetzt der alte Verwaltungsträger, einen Mehrbetrag an Ausgaben der neue Verwaltungsträger (vgl. Ausgabetitel 631 01).

Zu 271 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 90 000 DM wegen Wegfalls der Erstattung gemäß Art. 61 Abs. 2 BayHO.

Zu 291 01

1975 gegenüber 1974:

Mehr 17 000 DM wegen Zunahme der bezuschußbaren Instandsetzungsmaßnahmen und wegen Kostensteigerungen.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 5 000 DM wegen Kostensteigerungen.

Zu 331 01, 333 01 und 342 01

Im Zusammenhang mit der Durchführung der bei Tit. 712 11 – 746 13 veranschlagten Baumaßnahmen werden Zuweisungen und Zuschüsse erwartet. Zeitpunkt des Eingangs sowie die Höhe dieser Zuweisungen und Zuschüsse richten sich nach dem Baufortschritt. Da in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 nach dem Sachstand bei der Haushaltsaufstellung zwar mit keinen entsprechenden Einnahmen gerechnet werden konnte, die Möglichkeit des Aufkommens jedoch nicht auszuschließen ist, werden vorsorglich entsprechende Leertitel ausgebracht.

Allgemeines Grundvermögen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
331 02	871	ZUWEISUNGEN DES BUNDES ZUM GRUNDERWERB FUER HOCHSCHULBAUMASSNAHMEN VGL. VERMERK ZU 916 01.	35.500,0	25.500,0	A	25.000,0
					B	42.050,0
					C	6.500,0
333 01	871	ZUWEISUNGEN VON GEMEINDEN UND GV ZU STAATLICHEN HOCHBAUMASSNAHMEN	-	-	A	-
					B	90,0
342 01	871	ZUSCHUESSE DRITTER ZU STAATLICHEN HOCHBAUMASSNAHMEN	-	-	A	-
					B	25,0
					C	72,0
356 01	950	ERSTATTUNG AUS DEM GRUNDSTOCK DER ALLGEMEINEN LANDESVERWALTUNG	-	-	A	-
					C	22.000,0
GESAMTEINNAHMEN			57.624,9	48.129,7	A	48.143,0
AUSGABEN						
SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN						
517 11	871	ABGABEN NACH DEM LAG DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	172,2	172,2	A	172,2
					B	172,1
					C	205,0
519 01	871	UNTERHALTUNG DER GRUNDSTUECKE UND BAULICHEN ANLAGEN DAVON IM KONJUNKTURHAUSHALT DM 200 000.	8.000,0	8.300,0	A	7.800,0
					B	7.419,8
					C	5.988,6
AUSGABEN FUER DEN SCHULDENDIENST						
595 11	920	TILGUNGSLEISTUNGEN AUF GRUND DES GESETZES ZUR REGELUNG DER VERBINDLICHKEITEN NATIONALSOZIALISTISCHER EINRICHTUNGEN UND DER RECHTSVERHAELTNISSE AN DEREN VERMOEGEN (NS - ABWG) DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	-	-	A	-
					B	0,4
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN						
631 01	871	ERSTATTUNGEN AUS ABRECHNUNGEN ANLAESSLICH DER NACH DEM 1. AUGUST 1961 ERFOLGTEN UEBERGABE DER VERWALTUNG VON REICHsverMOEGEN UND VON VERMOEGEN VON REICHSGESELLSCHAFTEN AUF GRUND DES REICHsverMOEGEN - GESETZES VOM 16. MAI 1961 (BGBI. I S. 597) DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	-	-	A	-
					B	1.879,5
					C	1,3
641 01	871	KOSTEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ENDGUELTIGEN FREIGABE DER KASERNENANLAGEN DER US-STREITKRAEFTE IN DACHAU	***	***	A	-
681 01	871	ZUR ERFUELLUNG VON REICHNISANSPRUECHEN DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	209,0	209,0	A	209,0
					B	496,2
					C	126,2
BAUMASSNAHMEN						
701 01	871	KLEINE NEU-, UM- UND ERWEITERUNGSBAUTEN DAVON IM KONJUNKTURHAUSHALT DM 200 000.	1.000,0	1.200,0	A	800,0
					B	712,0
					C	654,5

Erläuterungen

Zu 331 02

Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft beteiligt sich nach Maßgabe des Hochschulbauförderungsgesetzes in der Fassung vom 3. September 1970 — BGBl I S. 1301 — in der Regel im Verhältnis 50:50 an den Kosten für den Grunderwerb für den Bau von Hochschulen. Erwartet werden:

	DM
im Haushaltsjahr 1975	35 500 000
im Haushaltsjahr 1976	25 500 000

Zu 356 01

Der Ansatz dient zur Vereinnahmung von etwaigen Ablieferungen aus dem Grundstock der allgemeinen Landesverwaltung nach Nr. 3.7 der Bekanntmachung vom 29. Juli 1974 (FMBI S. 331). Die Ablieferungen aus dem Forstgrundstock sind bei Tit. 356 01 der Kap. 09 05, 09 06, 09 09 veranschlagt.

Zu 517 11

Der Freistaat Bayern unterliegt nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 Buchstabe f des Lastenausgleichsgesetzes als Körperschaft des öffentlichen Rechts grundsätzlich der Vermögensabgabe. Da jedoch die abzugsfähigen Verbindlichkeiten das abgabepflichtige Vermögen bei weitem übersteigen, besteht insoweit keine Abgabeschuld. Bei den veranschlagten Beträgen handelt es sich um die Vermögensabgabe der Betriebe gewerblicher Art in der Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen, die nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. g a.a.O. abgabepflichtig sind.

Zu 519 01

1975 gegenüber 1974:

Mehr 200 000 DM wegen Baukostenerhöhung.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 300 000 DM wegen Baukostenerhöhung.

Zu 595 11

Der Vortrag dient zur Abwicklung eines Ausgaberestes.

Zu 631 01

Vgl. Erläuterung zu Tit. 231 01. In den Haushaltsjahren 1975 und 1976 wird mit Erstattungsleistungen nicht gerechnet.

Zu 701 01**1975**

DM

- | | |
|--|-----------|
| 1. Anwesen Nürnberg, Eilgutstraße 15/Tafelhofstr. 7
Einbau von Fahrkorbabschlußtüren mit gleichzeitigem Fahrschachtabschluß | 70 000 |
| 2. Anwesen Salvatorstraße 14 in München
(Landessozialgericht)
Umbau des Personenaufzugs | 160 000 |
| 3. Wohngebäude in Ingolstadt, Parkstraße 6
Einbau von Bädern | 56 000 |
| 4. Maßnahmen unter 50 000 DM im Einzelfall | 714 000 |
| Zusammen | 1 000 000 |

1976

DM

- | | |
|---|-----------|
| 1. Ehem. Klosterburg Kastl | |
| a) Einbau von Lüftungsanlagen in der Turnhalle,
der Küche und im großen und kleinen Speisesaal | 200 000 |
| b) Modernisierung des Gemeinschaftsduschraumes und der Waschräume im Erdgeschoß, 1. und 2. OG des ehem. Finanzamtsflügels | 150 000 |
| 2. Ehem. Klosterburg Kastl
Errichtung eines Garagen- und Baulagerhauses .. | 60 000 |
| 3. Maßnahmen unter 50 000 DM im Einzelfall | 790 000 |
| Zusammen | 1 200 000 |

Allgemeines Grundvermögen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
712 11 ----- 746 13	871	STAATLICHE HOCHBAUMASSNAHMEN IM BEREICH DER ALLGEMEINEN FINANZVERWALTUNG (SIEHE ANLAGE S) KREDITFINANZIERT. VERPFLICHTUNGSMACHT. 1975 DM 8.200.000 VERPFLICHTUNGSMACHT. 1976 DM 6.200.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM JEWEILS FOLGENDEN JAHR.	9.733,4	10.380,0	A B	4.780,0 2.548,5
791 01	249	GESTALTUNG DER GEDENKSTAETTE KZ DACHAU DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN	-	-	A B C	- 446,1 30,0
820 01	871	ABGELTUNGEN VON WERTERHOEHENDEN INVESTITIONEN, DIE VON DRITTEN IN STAATSEIGENEN LIEGENSCHAFTEN DURCHGEFUEHRT WORDEN SIND, INSBESONDERE AUF GRUND DES WERTAusGLEICHSGESETZES VOM 12. OKTOBER 1971 (BGBL I S. 1625)	50,0	50,0	A B C	50,0 65,4 56,6
863 01	960	MIETVORAUSZAHLUNGEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER UNTERBRINGUNG VON DIENSTSTELLEN FUER DEN GESAMTHAUSHALT AUS DEN MITTELEN DUERFEN IN BESONDEREN FAELLEN AUCH DARLEHEN FUER DEN GLEICHEN ZWECK GEWAHRT WERDEN. BESONDERE FINANZIERUNGSAusGABEN	300,0	300,0	A B C	300,0 140,0 100,0
916 01	950	ZUFUEHRUNG AN DEN GRUNDSTOCK DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR - ODER MINDEREINNAHME BEI 331 02. DER ANSATZ DARF AUS 14 03 TG 72 VERST. WERDEN. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR . FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	35.500,0	25.500,0	A B C	34.100,0 67.050,0 6.500,0
916 02 -----	950	ZUFUEHRUNG AN DAS SONDERVERMOEGEN DES EHEMALIGEN ZWECKVERBANDES REICHSPARTEITAG NUERNBERG	50,0	50,0	A	
981 01	042	ERSTATTUNG VON LOHNKOSTEN FUER ARBEITSLEISTUNGEN DER POLIZEISCHULE FUERSTENFELDBRUCK FUER DAS FINANZAMT MUENCHEN FUER GRUNDBESITZ UND VERKEHRSTEUERN VGL 06 14/381 01. TITELGRUPPEN 71 BEWIRTSCHAFTUNGSKOSTEN. DIE TITEL DER TITELGRUPPE SIND GEGENSEITIG DEKUNGSFAEHIG.	8,0	8,0	A B	6,0 6,6
426 71	871	LOEHNE DER BETRIEBSARBEITER	977,0	1.037,0	A B	957,0 825,7
427 71	871	AUFWENDUNGEN FUER NEBENAMTLICH UND NEBENBERUFLICH TAETIGE (HAUSWARTVERGUETUNGEN)	260,0	276,0	A B	230,0 224,7
459 71	871	SONSTIGE PERSONALAUSGABEN UND PERSONALBEZOGENE SACHAusGABEN	7,5	7,5	A B	7,5 0,1

Erläuterungen

Zu 712 11—746 13

Die Baumaßnahmen sind in der Anlage S aufgeführt.

Zu 916 01

Der Grundstock der Allgemeinen Landesverwaltung weist voraussichtlich zum 31. Dezember 1974 unter Berücksichtigung der Forderungen und Zahlungsverpflichtungen einen verfügbaren Bestand von rund 111,7 Mio DM aus. Zum Ankauf von Grundstücken, für den Bau und den Ausbau von Hochschulen sowie im Zusammenhang mit der Gebietsreform werden erhebliche Mittel benötigt. Weitere erhebliche Mittel sind erforderlich im Zusammenhang mit der Verlegung der Heil- und Pflegeanstalt Erlangen zur Gewinnung von Gelände zur Erweiterung der Universität Erlangen-Nürnberg. Ferner sind nach Art. 12 Abs. 2 und 5 SchFG noch Grundstücke zu beschaffen, deren Erwerbskosten ebenfalls aus dem Ansatz zu leisten sind.

Der Zuschuß des Bundes zum Grunderwerb für den Bau von Hochschulen (vgl. Veranschlagung bei Tit. 331 02) wird über diesen Titel dem Grundstock zweckgebunden zugeführt. Zusätzliche Mittel des Haushalts sind 1975 und 1976 nicht erforderlich.

Das Bayerische Rote Kreuz nutzt das Grundstück Keltenstraße 1 in Lichtenfels seit dem Jahre 1956 unentgeltlich zur Erfüllung seines gemeinnützigen Zwecks. Zur Förderung dieses Zwecks wird das Grundstück unentgeltlich an das Bayerische Rote Kreuz übereignet. Durch die gesonderte Zuführung des dem Verkehrswert entsprechenden Betrages an den Grundstock wird die eintretende Verminderung des Grundstockvermögens ausgeglichen.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DIE ZUFÜHRUNGEN AN DEN GRUNDSTOCK DIENEN AUCH ZUR BESCHAFFUNG VON GRUNDSTÜCKEN NACH ART. 12 ABS. 2 UND 5 DES SCHULFINANZIERUNGSGESETZES (SCHFG) VOM 26. OKTOBER 1962 (GVBL S. 276).

AUS DEN MITTELN IST EIN BETRAG BIS ZU 400 000 DM FÜR DIE ÜBEREIGNUNG DES GRUNDSTÜCKS KELTENSTRASSE 1 IN LICHTENFELS AN DAS BAYERISCHE ROTE KREUZ ALS ZUFÜHRUNG AN DEN GRUNDSTOCK BESTIMMT.

Zu 916 02

Vgl. Erläuterung zu Anlage B Nr. 6.

Zu 981 01

Die staatseigenen Mietgebäude Fürstenfeldbruck, Fürstenfelder Straße 27 und 42—54 sowie Emmering, Emmeringer Straße 51 gehören zum allgemeinen Grundvermögen (Epl. 13). Die Aufgaben des Hauswirts für diese Mietobjekte werden von Bediensteten der Polizeischule Fürstenfeldbruck wahrgenommen, weshalb die haushaltstechnische Verrechnung notwendig wird.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 2 000 DM wegen Erhöhung der Hauswartvergütung.

Zu 426 71

1975 gegenüber 1974:

Weniger 34 000 DM wegen Verminderung der Zahl der Betriebsarbeiter

Mehr 54 000 DM wegen Tarifierhöhung.

Somit mehr 20 000 DM

1976 gegenüber 1975:

Mehr 60 000 DM wegen Tarifierhöhung.

Zu 427 71

1975 gegenüber 1974:

Mehr 30 000 DM wegen Erhöhung der Hauswartvergütungen.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 16 000 DM aus dem gleichen Grund wie 1975.

Allgemeines Grundvermögen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
514 71 -----	871	HALTUNG VON BETRIEBSFAHRZEUGEN	2,0	2,0	A
517 71	871	BEWIRTSCHAFTUNG DER GRUNDSTUECKE, GEBAEUDE UND RAEUME	5.278,0	5.118,0	A 3.800,0 B 4.225,9 C 3.740,1
812 71 -----	871	ERSATZ VON TEILEN DER VERWALTUNGSEIGENEN FERN- SPRECHANLAGE IM STAATSEIGENEN ANWESEN MEISER- STRASSE 6-8 IN MUENCHEN	42,0	-	A
SUMME DER TITELGRUPPE			6.566,5	6.440,5	A 4.994,5
GESAMTAUSGABEN			61.589,1	52.609,7	A 53.211,7
ABSCHLUSS					
VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.			22.079,9	22.579,7	A 23.025,0
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIONEN			45,0	50,0	A 118,0
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN			35.500,0	25.500,0	A 25.000,0
GESAMTEINNAHMEN			57.624,9	48.129,7	A 48.143,0
PERSONALAUSGABEN			1.244,5	1.320,5	A 1.194,5
SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN			13.452,2	13.592,2	A 11.772,2
AUSGABEN FUER DEN SCHULDENDIENST			-	-	A -
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIONEN			209,0	209,0	A 209,0
BAUMASSNAHMEN			10.733,4	11.580,0	A 5.580,0
SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVE- STITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN			392,0	350,0	A 350,0
BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN			35.558,0	25.558,0	A 34.106,0
GESAMTAUSGABEN			61.589,1	52.609,7	A 53.211,7
ZUSCHUSS			3.964,2	4.480,0	A 5.068,7

Erläuterungen

Zu 514 71

Zur ordnungsgemäßen Verwaltung der weitverzweigten Liegenschaften im Bereich des Gruppenfinanzamtes Berchtesgaden war im Jahre 1973 die Anschaffung eines Pkw-Kombi notwendig. Die für die Haltung dieses Fahrzeugs entstandenen Kosten wurden bis einschließlich 1974 bei Tit. 517 71 verrechnet. Nach dem Gruppierungsplan ist die gesonderte Veranschlagung erforderlich.

Zu 517 71

Zinsen für Restkaufpreise auf Grundstücken, die zum allgemeinen Grundvermögen gehören, sind hier mitveranschlagt.

1975 gegenüber 1974:

Weniger	2 000 DM	Wegen Übertragung auf Tit. 514 71
Mehr	1 480 000 DM	wegen Erhöhung der Bewirt- schaftungskosten und Zahlung von Erschließungskosten in Höhe von 500 000 DM

Somit mehr 1 478 000 DM

1976 gegenüber 1975:

Weniger	500 000 DM	wegen Wegfalls der Zahlung von Erschließungskosten
Mehr	340 000 DM	wegen Erhöhung der Bewirt- schaftungskosten

Somit weniger 160 000 DM

Zu 812 71

Die aus dem Jahre 1936 stammenden Leitungen der Fernsprechanlage im staatseigenen Anwesen Meiserstraße 6/8 in München führen wegen ihres Alters zu Erdschlüssen, Fehlverbindungen und Mithörübertragungen. Um den weiteren störungsfreien Gebrauch der Anlage sicherzustellen, müssen die Leitungsdrähte erneuert werden.

Wirtschaftliche Unternehmen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
		WIRTSCHAFTLICHE UNTERNEHMEN				
		EINNAHMEN				
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.				
121 11	869	GEWINNABLIEFERUNG DES STAATL. HOFBRAEUHAUSES MUENCHEN VGL. VERMERK ZU 121 12.	120,0	120,0	A	120,0
121 12	869	GEWINNABLIEFERUNG DER BAYER. STAATSBRAUEREI WEIHENSTEPHAN ZU 121 11 UND 121 12: DIE BRAUEREIBETR. SIND ERM., IM RAHMEN IHRER BETRIEBSM. DIE IM BRAUEREIGEW. UEBLICHEN DARL. IN ANGEMESSENER HOEHE - NACH VORHERIGER GENEHMIGUNG DURCH IHRE VORGES, DIENSTST.- ZU GEWAEHREN. FORTSETZUNG DES VERMERKS S. ERLAEUTERUNG.	108,0	50,0	A B C	108,0 100,0 50,0
121 13	861	GEWINNABLIEFERUNG DER STAATSBADER BAD REICHENHALL, BAD STEBEN, BAD KISSINGEN, BAD BRUEKKENAU UND BAD BOCKLET HAUSHALTSVERMERK S. ERLAEUTERUNG.	-	-	A	-
121 18	833	GEWINNABLIEFERUNG DER STAATLICHEN SEENSCHIFFFAHRT DIE DIENSTBEZUEGE TRAEGT DER BETRIEB, DIE VERSORGUNGSBEZUEGE ERSETZT ER DER STAATSKASSE.	-	-	A	-
121 19	834	GEWINNABLIEFERUNG DER LANDESHAFENVERWALTUNG DIE DIENSTBEZUEGE TRAEGT DER BETRIEB, DIE VERSORGUNGSBEZUEGE ERSETZT ER DER STAATSKASSE.	-	-	A	-
121 20	859	GEWINNABLIEFERUNG DES BAYER. SCHULBUCHVERLAGS	-	-	A	-
121 21	859	GEWINNABLIEFERUNG DES STAATLICHEN SAEGEWERKS SPIEGELAU DIE DIENSTBEZUEGE TRAEGT DER BETRIEB, DIE VERSORGUNGSBEZUEGE ERSETZT ER DER STAATSKASSE.	-	-	A	-
121 22	821	GEWINNABLIEFERUNG DER LANDESKRAFTWERKE DIE DIENSTBEZUEGE TRAEGT DER BETRIEB, DIE VERSORGUNGSBEZUEGE ERSETZT ER DER STAATSKASSE.	-	-	A	-
121 24	811	GEWINNABLIEFERUNG DER STAATLICHEN MOLKEREI WEIHENSTEPHAN DIE DIENSTBEZUEGE TRAEGT DER BETRIEB, DIE VERSORGUNGSBEZUEGE ERSETZT ER DER STAATSKASSE. FORTSETZUNG DES VERMERKS S. ERLAEUTERUNG.	155,0	190,0	A B C	155,0 258,0 155,0
121 31	821	GEWINNAUSSCHUETTUNGEN DER ELEKTRIZITAETSUNTERNEHMEN VGL. ANL. D NR. 1-10.	13.515,6	15.323,3	A B C	12.505,5 11.372,2 11.331,0
121 32	822	GEWINNAUSSCHUETTUNGEN DER GASUNTERNEHMEN VGL. ANL. D NR. 22 UND 23.	111,4	111,4	A B	- 78,9

Erläuterungen

Vorbemerkungen zu Kapitel 13 05

Im Kapitel 13 05 sind bei den Einnahmen die Gewinnablieferungen der Unternehmen des Freistaates Bayern im Sinne des Art. 26 Abs. 1 BayHO sowie die Gewinnausschüttungen der Unternehmen, an deren Kapital oder Gewinn er beteiligt ist (Art. 65, 104 Abs. 3 BayHO), veranschlagt. Die Ausgaben umfassen die erforderlichen Zuschüsse, Darlehen, Kapitalausschüttungen und Kapitalerhöhungen für die in Satz 1 genannten Unternehmen.
Zum Kapitel 13 05 gehören die Anlagen B Nr. 4 Schlagintweit-Fonds für das Staatsbad Bad Brückenau, C Wirtschaftspläne der Unternehmen des Freistaates Bayern im Sinne des Art. 26 Abs. 1 BayHO und D Verzeichnis der Unternehmen.

Zu 121 11—121 24

Bei diesen Titeln sind die in den Wirtschaftsplänen für die Haushaltsjahre 1974 und 1975 ausgewiesenen Gewinnablieferungen veranschlagt.

Zu 121 11

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Bezirksfinanzdirektion München
oberste: Staatsministerium der Finanzen
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 1

Zu 121 12

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Technische Universität München
oberste: Staatsministerium für Unterricht u. Kultus
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 2

1976 gegenüber 1975:

Weniger 58 000 DM, da die wirtschaftliche Entwicklung des Betriebs für das Wirtschaftsjahr 1975 nur eine Gewinnablieferung in der veranschlagten Höhe zuläßt.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

FERNER SIND DIE BRAUEREIBETRIEBE ERMÄCHTIGT, DIE IM BRAUEREIGEWERBE ÜBLICHEN BÜRGESCHAFTEN IN ANGEMESSENER HÖHE – NACH VORHERIGER GENEHMIGUNG DURCH IHRE VORGESETZTEN DIENSTSTELLEN – ZU ÜBERNEHMEN.

Zu 121 13

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Bezirksfinanzdirektion München für Bad Reichenhall, Bezirksfinanzdirektion Ansbach für Bad Steben, Bezirksfinanzdirektion Würzburg für Bad Kissingen, Bad Brückenau und Bad Bocklet;
oberste: Staatsministerium der Finanzen
Wirtschaftspläne: Anlage C Nr. 3—7.

Dienstaufwandsentschädigungen erhalten jährlich:	DM
a) Bad Reichenhall	
1 Kurdirektor (Regierungsdirektor)	3 000
1 Oberamtsrat als stellv. Kurdirektor	1 500
b) Bad Steben	
1 Kurdirektor (Regierungsrat)	2 040
1 Regierungsamtmann als stellv. Kurdirektor ...	1 020
c) Bad Kissingen	
1 Kurdirektor (Regierungsdirektor)	3 000
1 Oberamtsrat als stellv. Kurdirektor	1 500
d) Bad Brückenau	
1 Kurdirektor (Oberregierungsrat)	2 040
1 Regierungsamtmann als stellv. Kurdirektor ...	1 020

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DIE DIENSTBEZÜGE TRAGEN DIE BETRIEBE, DIE VERSORGENSBEZÜGE ERSETZEN SIE DER STAATSKASSE. DEM BAD REICHENHALL WERDEN 30 V.H. DER DIENSTBEZÜGE DES KURDIREKTORS UND SEINES STELLVERTRETERS VON DER STAATLICH-STÄDTISCHEN KURMITTEL- UND BADEHAUS BAD REICHENHALL OHG ERSETZT.

Zu 121 18

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Bayerische Verwaltung der staatlichen Schlösser, Gärten und Seen
oberste: Staatsministerium der Finanzen
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 8.

Der kaufmännische Leiter der Staatlichen Seenschiffahrt erhält eine Dienstaufwandsentschädigung von jährlich 1 500 DM.

Zu 121 19

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 9.

Dienstaufwandsentschädigungen erhalten jährlich:	DM
1 Oberbaudirektor als Leiter der Landeshafenverwaltung	900
1 Regierungsdirektor als stellvertretender Leiter der Landeshafenverwaltung	720

Zu 121 20

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 10.

Zu 121 21

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Oberforstsdirektion Regensburg
oberste: Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 11.

Zu 121 22

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Oberste Baubehörde im Staatsministerium des Innern
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 12.

Zu 121 24

Aufsichtsbehörde
unmittelbare: Technische Universität München
oberste: Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 14.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DIE STAATLICHE MOLKEREI IST ERMÄCHTIGT, UNBESCHADET DER HAUSHALTSGESETZLICHEN REGELUNG DER VERBILLIGTEN ABGABE VON EIGENERZEUGNISSEN DEM IM MOLKEREIBETRIEB VERWENDETEN PERSONAL – NACH VORHERIGER GENEHMIGUNG DURCH DAS STAATSMINISTERIUM FÜR UNTERRICHT UND KULTUS – MOLKEREIERZEUGNISSE OHNE BEZAHLUNG IN DEM IM MOLKEREI- UND KÄSEREIGEWERBE IN BAYERN ÜBLICHEN RAHMEN ABZUGEBEN.
DIE STAATLICHE MOLKEREI WEIHENSTEPHAN IST ERMÄCHTIGT, AUS MITTELN DES BETRIEBES DIE IM MOLKEREIGEWERBE ÜBLICHEN DARLEHEN IN ANGEMESSENER HÖHE – NACH VORHERIGER GENEHMIGUNG DURCH IHRE VORGESETZTE DIENSTSTELLE – ZU GEWÄHREN.

	1975	1976
	DM	DM
Zu 121 31—121 39		
	+ Mehr	+ Mehr
	– Weniger	– Weniger
bei Titel 121 31	+ 1 010 100	+ 1 807 700
121 32	+ 111 400	–
121 34	+ 27 300	– 3 700
121 35	– 3 549 000	– 16 300
121 38	– 1 100 000	+ 100 000
121 39	+ 87 800	–
Zusammen	– 3 412 400	+ 1 887 700

auf Grund der in der Anlage D bei dem einzelnen Unternehmen ersichtlichen Entwicklung.

Wirtschaftliche Unternehmen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
121 33	833	GEWINNAUSSCHUETTUNGEN DER SCHIFFFAHRTSUNTERNEHMEN VGL. ANL. D NR. 51 UND 52.	-	-	A	-
121 34	851	GEWINNAUSSCHUETTUNGEN DER BERGBAUUNTERNEHMEN VGL. ANL. D NR. 71-74.	59,4	55,7	A	32,1
					B	102,0
					C	113,7
121 35	853	GEWINNAUSSCHUETTUNGEN DER BANKEN UND KREDITINSTI- TUTE VGL. ANL. D NR. 81-87. VGL. VERMERK ZU 13 03/661 01 UND 661 02.	27.696,8	27.680,5	A	31.245,8
					B	29.745,8
					C	29.245,8
121 36	859	GEWINNAUSSCHUETTUNGEN DER SONSTIGEN GEWERBEUNTER- NEHMEN VGL. ANL. D NR. 91-99.	8,3	8,3	A	8,3
					B	8,3
					C	8,3
121 38	862	GEWINNAUSSCHUETTUNGEN DER LOTTERIEUNTERNEHMEN VGL. ANL. D NR. 111.	4.100,0	4.200,0	A	5.200,0
					B	4.625,0
					C	3.531,9
121 39	869	GEWINNAUSSCHUETTUNGEN DER SONSTIGEN WIRTSCHAFTSUN- TERNEHMEN VGL. ANL. D NR. 121-133.	567,8	567,8	A	480,0
					B	446,6
					C	440,4
123 01	862	GEWINNABLIEFERUNG DER STAATL. BAYER. LOSBRIEFLOT- TERIE VGL. VERMERK UND STELLENPLAN ZU 123 04.	2.424,0	2.535,0	A	2.682,0
					B	2.634,8
					C	2.103,3
123 02	862	GEWINNABLIEFERUNG DES BAYER. FUSSBALLTOTOS VGL. VERMERK UND STELLENPLAN ZU 123 04.	6.420,0	6.529,0	A	6.680,0
					B	7.136,7
					C	5.646,6
123 03	862	GEWINNABLIEFERUNG DES SUEDLOTTOS VGL. VERMERK UND STELLENPLAN ZU 123 04.	89.124,0	92.591,0	A	82.716,0
					B	77.429,5
					C	72.792,0
123 04	862	GEWINNABLIEFERUNG AUS DEM BETRIEB DER STAATL. SPIELBANKEN ZU 123 01-123 04 UND 123 06: DIE DIENSTBEZUEGE TRAEGT DER BETRIEB, DIE VER- SORGUNGSBEZUEGE ERSETZT ER DER STAATSKASSE. FORTSETZUNG DES VERMERKS S. ERLAEUTERUNG.	7.915,0	8.208,0	A	7.341,0
					B	7.092,0
					C	5.255,8
123 05	862	ABLIEFERUNG AUS NICHT MEHR BENOETIGTEN AUSGLEICHS- UND RUECKLAGEMITTELN DER STAATLICHEN LOTTERIEVER- WALTUNG VGL. VERMERK ZU 05 05 TG 74 (AUSGABEN), 06 16/ 813 01 UND 13 05/831 06.	-	-	A	-
					B	246,8
					C	162,6
123 06	862	UEBERSCHUSSABLIEFERUNG DER RENNQUINTETT - WETTE VGL. VERMERK BEI 123 04. VGL. VERANSCHLAGUNG BEI 05 04/893 91 UND 08 03/683 29. FORTSETZUNG DES VERMERKS S. ERLAEUTERUNG.	2.504,0	2.601,0	A	-
					B	100,0
133 01	522	ERLOES AUS DER LIQUIDATION DER BAYER. BAUERNSIED- LUNG GMBH VGL. VERMERK ZU 831 05.	-	-	A	-
133 02	869	ERLOESE AUS DER LIQUIDATION VON BETEILIGUNGSUNTER- NEHMEN	-	-	A	-
					B	1,6
					C	4,4

Erläuterungen

Zu 123 01—123 04 und 123 06

Aufsichtsbehörde
unmittelbare
und oberste: Staatsministerium der Finanzen
Wirtschaftsplan: Anlage C Nr. 13.

Dienstaufwandsentschädigungen erhalten jährlich:		DM
1. Der Präsident der Staatlichen Lotterieverwaltung		4 200
2. Der Leiter des Zweiges öffentliche Spielbanken ..		1 800
3. Die Geschäftsführer der staatlichen Spielbanken Garmisch-Partenkirchen, Bad Wiessee, Bad Kissingen und Bad Reichenhall je		3 000
4. Die bei den Spielbanken Garmisch-Partenkirchen, Bad Wiessee, Bad Kissingen, Bad Reichenhall und Lindau tätigen Beamten der Gruppe „Spielbank- überwachung“ der Staatlichen Lotterieverwaltung je		3 000
Veränderung im Haushaltsjahr	1975	1976
gegenüber dem Vorjahr	DM	DM
	+ Mehr	+ Mehr
	— Weniger	— Weniger
bei der Staatlichen Losbrieflotterie ..	— 258 000	+ 111 000
beim Bayerischen Fußballtoto	— 260 000	+ 109 000
beim Südlotto	+ 6 408 000	+ 3 467 000
bei den Staatlichen Spielbanken	+ 574 000	+ 293 000
bei der Rennquintett-Wette	+ 2 504 000	+ 97 000
Zusammen	+ 8 968 000	+ 4 077 000

auf Grund der im einzelnen aus dem Wirtschaftsplan ersichtlichen Entwicklung.

Die Personalkosten der Spielbanküberwachung werden der Staatslotterie z. T. von den Spielbanken und z. T. aus der Spielbankabgabe ersetzt (vgl. die Veranschlagung bei Kap. 13 01 Tit. 682 71 und Abschnitt e der Anlage C Nr. 13).

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DIE DIREKTION DER STAATLICHEN LOTTERIEVERWALTUNG FÜHRT DIE GESCHÄFTE DER SÜDDEUTSCHEN KLASSENLOTTERIE, ANSTALT DES ÖFFENTLICHEN RECHTS, UND DER BAYERISCHEN LOTTERIEZWEIGE. DIE DIENST- UND VERSORGUNGSBEZÜGE DER BEAMTEN WERDEN ANTEILIG GEM. ART. 5 ABS. 3 DES STAATSLOTTERIEVERTRAGES ZWISCHEN DEN LÄNDERN BAYERN, BADEN-WÜRTTEMBERG, HESSEN UND RHEINLAND-PFALZ ÜBER EINE STAATLICHE KLASSENLOTTERIE IN DEN SÜDDEUTSCHEN LÄNDERN VON DER ANSTALT UND DEM FREISTAAT BAYERN (BAYERISCHE LOTTERIEZWEIGE) GETRAGEN.

Zu 123 06**FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:**

AUS DEM ÜBERSCHUSS ERHÄLT DER FREISTAAT BAYERN ZUNÄCHST EINEN ZWECKERTRAG VON BIS ZU 3 V.H. UND DER BAYERISCHE LANDESSPORTVERBAND EINEN ZWECKERTRAG VON BIS ZU 2 V.H. DER UMSÄTZE AUS WETTEINSÄTZEN. VERBLEIBT NACH ABZUG DIESES BETRAGES EIN WEITERER ÜBERSCHUSS, SO ERHALTEN DARAUS DIE BAYERISCHEN GALOPP- UND TRABRENNVEREINE EINEN ZWECKERTRAG VON BIS ZU 10 V.H. DER UMSÄTZE AUS WETTEINSÄTZEN, HÖCHSTENS JEDOCH 1 300 000 DM PRO JAHR.

Zu 133 02

Im Zusammenhang mit der Liquidation von Beteiligungsunternehmen (StEG, Bayerische Lagerversorgung usw.) sind Forderungen auf den Freistaat Bayern übergegangen, die nur teilweise realisierbar sind bzw. für die Teilzahlungen in nicht vorhersehbarer Höhe eingehen.

Zur Vereinnahmung dieser Beträge ist die Ausbringung eines Leertitels notwendig.

Wirtschaftliche Unternehmen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			
291 01	862	ABLIEFERUNG AUS DEM TRONC DER SPIELBANKEN FUER GE- MEINNUETZIGE ZWECKE	2.820,0	3.230,0	A 3.290,0 B 2.695,9 C 2.606,2
		GESAMTEINNAHMEN	157.649,3	164.001,0	A 152.563,7
		AUSGABEN			
		SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN			
519 12	314	UNTERHALTUNG DER JODHALTIGEN THERMALQUELLE IN EN- DORF BEI ROSENHEIM UND INSTANDHALTUNG DER QUELLEN- EINRICHTUNGEN DER THERMALSOLE IN STEIN BEI IMMEN- STADT IM ALLGAEU DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	-	***	A 15,0 B 3,0 C 2,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			
661 01	643	ZUSCHUESSE AN DIE MUENCHENER MESSE- UND AUSSTEL- LUNGS-GMBH DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 861 24.	940,0	1.140,0	A 375,0 B 290,9 C 37,0
682 01	861	ZUSCHUESSE AN DIE STAATSBÄEDER	100,0	100,0	A 100,0 B 100,0 C 100,0
682 02	643	ZUSCHUESSE AN DIE MUENCHENER MESSE- UND AUSSTEL- LUNGS-GMBH ZUR VERLUSTABDECKUNG DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	-	-	A -
682 03	851	ZUSCHUESSE AN DIE BAYER. BERG-, HUETTEN- UND SALZ- WERKE AG DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	3.000,0	3.000,0	A 3.000,0 B 3.150,0 C 7.440,0
682 04	621	ZUSCHUESSE AN DIE GESELLSCHAFT FUER KERNFORSCHUNG MBH ZUR ABDECKUNG DER VERLUSTE AUS DEM BETRIEB EINSCHLIESSLICH UNGEDECKTER STILLEGUNGSKOSTEN DES KERNKRAFTWERKS NIEDERAICHBACH DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	-	-	A 800,0
682 05	833	ZUSCHUESSE AN DIE BAYER. LLOYD-SCHIFFFAHRTS-AG ZUR VERLUSTABDECKUNG DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	1.200,0	1.200,0	A
-----		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN			
831 01	822	KAPITALERHOEHUNG DER BAYERISCHEN FERNGAS GMBH - BAYERNGAS - UND/ODER UEBERNAHME VON KAPITALAN- TEILEN AN EINER NOCH ZU ERRICHTENDEN UEBERREGIONA- LEN SUEDEDEUTSCHEN GASGESELLSCHAFT KREDITFINANZIERT. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 6.400.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM FOLGENDEN JAHR.	3.400,0	-	A 4.600,0

Erläuterungen

Zu 291 01

Veranschlagt sind nach dem Staffelsatz des Troncaufkommens der Bayerischen Spielbanken und der Spielbank Lindau,

	1975	1976
	DM	DM
a) für die vom Freistaat Bayern betriebenen Spielbanken	2 262 000	2 583 000
b) für die Spielbank Lindau	558 000	647 000
Zusammen	2 820 000	3 230 000

Die Beträge sind zweckgebunden für gemeinnützige Leistungen des Freistaates Bayern im Sinne § 17 StAnpG und der GemeinnützigkeitsV (vgl. Veranschlagung in den Einzelplänen 03 A, 10 und 14).

Zu 519 12

Durch den Verkauf der jodhaltigen Thermalquelle in Endorf bei Rosenheim und die Verfüllung der Quelle der Thermalsole in Stein bei Immenstadt sind weitere Haushaltsmittel nicht mehr erforderlich. Der Vortrag dient zur Abwicklung eines Ausgaberesstes.

Zu 661 01

Vgl. Erläuterung bei Tit. 861 24.

Zu 682 01

Infolge des Investitionsbedarfs bei den Staatsbädern wird ein Teil der steuerlich abzugsfähigen, bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 veranschlagten Verwaltungskosten den Staatsbädern als Zuschuß wieder zugeführt. Im Hinblick auf das Bruttoprinzip ist die Veranschlagung der Zuschüsse an dieser Stelle notwendig.

	1975	1976
	DM	DM
Veranschlagt sind:		
Für Staatsbad Bad Reichenhall	30 000	30 000
Für Staatsbad Bad Steben	30 000	30 000
Für Staatsbad Bad Kissingen	30 000	30 000
Für Staatsbad Bad Brückenau	10 000	10 000
Zusammen	100 000	100 000

Zu 682 02

Der Vortrag dient zur Abwicklung eines Ausgaberesstes.

Zu 682 03

Die Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerte AG (BHS) ist nicht in der Lage, die im Zusammenhang mit der Stilllegung des Kohlenbergwerks Peißenberg entstandenen Folgelasten aus eigener Kraft zu bestreiten. Für die Jahre 1975—2000 betragen die voraussehbaren Belastungen — ohne die Bedienung des Staatsdarlehens aus dem Jahre 1962 — noch etwa 45 Mio DM. Um die künftig dringend notwendigen Investitionsvorhaben der übrigen Unternehmensbereiche nicht zu gefährden, ist die BHS auf die Hilfe des Staates angewiesen. Für die Jahre 1975 und 1976 ist mit einem nicht gedeckten Geldbedarf von jeweils mindestens 3 Mio DM zu rechnen.

Zu 682 04

Der Vortrag dient zur Abwicklung eines Ausgaberesstes.

Zu 682 05 (bisher 891 01)

Da die Frachtsätze auf der Donau wegen der Konkurrenz der staatlich subventionierten Schiffahrtsgesellschaften der Südostrländer den trotz Rationalisierung gestiegenen Kosten nicht angepaßt werden können, ist die wirtschaftliche Lage der Bayerischen Lloyd Schiffahrts-AG schlecht. Es müssen jährlich erhebliche Verluste hingenommen werden (vgl. Anlage D Nr. 51).

Zum Ausgleich dieser Verluste ist es notwendig, daß der Bund und der Freistaat Bayern, die 93 v. H. des Grundkapitals halten, für 1975 und 1976 zusammen je 3 Mio DM Zuschüsse leisten.

Die Modernisierung des Schiffahrtsbetriebs (Ersatz der Schleppschiffahrt durch Schubschiffahrt) kann 1975 zu Ende geführt werden. Vom Bund und Bayern sind zur Finanzierung dieser Maßnahmen 1975 nochmals 2,5 Mio DM Darlehen zu gewähren. Von der Entwicklung der deutschen Donauschiffahrt wird es abhängen, ob die Darlehen zu einem noch zu bestimmenden Zeitpunkt zu verzinsen und zu tilgen oder im Zuge einer Kapitalbereinigung in haftendes Kapital umzuwandeln sein werden.

Entsprechend dem Beteiligungsverhältnis von 3:2 treffen auf den Freistaat Bayern:

1975	
Darlehen	1 000 000 DM
Zuschüsse	1 200 000 DM
1976	
Zuschüsse	1 200 000 DM

Zu 831 01

Der Bezug von Erdgas aus Algerien und die Erweiterung des örtlichen Gasverteilungsnetzes erfordern die Durchführung erheblicher Investitionen. Im Planungszeitraum 1975—1979 wird die Gesellschaft Eigenmittel in Höhe von rd. 118 Mio DM benötigen, die ihr im Wege der Kapitalerhöhung zur Verfügung gestellt werden müssen.

Für das **Haushaltsjahr 1975** ist eine Kapitalerhöhung von 12 Mio DM vorgesehen (bayerischer Anteil 3,4 Mio DM).

Im **Haushaltsjahr 1976** soll eine weitere Kapitalerhöhung in Höhe von 23 Mio DM beschlossen werden (bayerischer Anteil 6,4 Mio DM). Da die Einzahlung auf diese Kapitalerhöhung voraussichtlich erst im Jahre 1977 geleistet werden muß, ist für das Haushaltsjahr 1976 die Aufnahme einer entsprechenden Verpflichtungsermächtigung erforderlich.

Zum Abschluß und zur Durchführung internationaler Gasbezugsverträge ist die Gründung einer leistungsstarken Gasgesellschaft (AG oder GmbH) erforderlich, die für den überregionalen Bereich in Süddeutschland die bisher von verschiedenen Gesellschaften gesondert wahrgenommenen Aufgaben übernehmen soll.

Die Beteiligung des Staates an einer solchen Gesellschaft („Südgas“) ist aus energiepolitischen Gründen erforderlich. Durch die vorgesehene Funktionsverlagerung würde sich der Kapitalbedarf der Bayerngas verringern. Die für die Bayerngas nicht benötigten Mittel würden für die Beteiligung des Staates an der neuen Gesellschaft zur Verfügung stehen.

Wirtschaftliche Unternehmen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
831 02 -----	740	KAPITALERHOEHUNG DER REGENTALBAHN AG EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU LASTEN 891 02.	-	-	A	
831 03	835	KAPITALERHOEHUNG DER FLUGHAFEN-MUENCHEN-GMBH KREDITFINANZIERT. EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU GUNSTEN 861 22.	12.750,0	12.750,0	A B	20.000,0 5.440,0
831 04	835	KAPITALERHOEHUNG DER FLUGHAFEN-NUERNBERG-GMBH	750,0	-	A B	2.000,0 1.500,0
831 05	522	KAPITALERHOEHUNG DER BAYER. LANDESSIEDLUNG GMBH ODER AEHNLICHER DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN SIEDLUNG, STRUKTURVERBESSERUNG ODER IHRER FINANZIERUNG DIE- NENDER JURISTISCHER PERSONEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EIN- NAHMEN BEI 133 01. FORTSETZUNG DES VERMERKS S. ERLAEUTERUNG.	-	-	A B	- 14,7
831 06	411	KAPITALERHOEHUNG DER "NEUEN HEIMAT"-GEMEIN- NUETZIGE WOHNUNGS- UND SIEDLUNGSGESELLSCHAFT MBH DER ANSATZ KANN IM HAUSHALTSJAHR 1975 BIS ZU 750 000 DM AUS DEN EINNAHMEN BEI 13 05/123 05 VERSTAERKT WERDEN.	-	-	A	-
831 07	821	KAPITALERHOEHUNG DER BAYERNWERK AG KREDITFINANZIERT. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 30.000.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 30.000.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM JEWEILS FOLGENDEN JAHR.	60.000,0	60.000,0	A B C	10.000,0 10.500,0 21.000,0
831 08 -----	821	KAPITALERHOEHUNG DER ENERGIEVERSORGUNG OSTBAYERN AG	435,0	-	A	
831 09	411	KAPITALERHOEHUNG DER LANDESWOHNUNGS- UND STAEDTE- BAUGESELLSCHAFT BAYERN GMBH	-	-	A B	- 1.710,0
831 10	853	UEBERTRAGUNG DES GEGENWERTES VON DARLEHENSFORDE- RUNGEN DES STAATES IN DAS VERMOEGEN DER BAYER. LANDESANSTALT FUER AUFBAUFINANZIERUNG	***	***	A B	- 50.000,0
831 11	853	KAPITALERHOEHUNG DER BAYER. LANDESBANK GIROZENTRA- LE VGL VERMERK ZU 861 21.	-	-	A	-
831 12	411	STAMMEINLAGE IN EINE KAPITALGESELLSCHAFT, DIE AUF DEM GEBIETE DER WOHNUNGSFUERSORGE FUER STAATSBE- DIENSTETE TAETIG WERDEN SOLL	***	***	A	-
831 31	834	KAPITALAUSSTATTUNG DER BAYER. LANDESHAFENVERWAL- TUNG KREDITFINANZIERT.	-	-	A B C	1.822,0 5.000,0 9.000,0
831 33	869	KAPITALAUSSTATTUNG DES STAATL. HOFBRAEUHAUSES MUENCHEN KREDITFINANZIERT.	300,0	200,0	A B C	1.000,0 500,0 750,0
831 34 -----	859	KAPITALAUSSTATTUNG DES BAYER. SCHULBUCHVERLAGES KREDITFINANZIERT.	1.000,0	1.000,0	A C	1.000,0

Erläuterungen

Zu 831 02

Vgl. Erläuterung bei Tit. 891 02.

Zu 831 03

Vgl. Erläuterung bei Tit. 861 22.

Zu 831 04

Das Stammkapital der Flughafen Nürnberg GmbH wurde 1973 um 11,5 Mio DM auf 16,5 Mio DM erhöht. Vom Kapitalerhöhungsbetrag wurden von Bayern entsprechend seiner Beteiligungsquote 5,75 Mio DM übernommen. Darauf sind 1975 als letzte Rate 0,75 Mio DM zu leisten.

Zu 831 05

Der Vortrag dient zur Abwicklung eines Ausgaberesstes.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

AUS DEM ANSATZ DÜRFEN AUCH DIE IM ZUSAMMENHANG MIT DER LIQUIDATION DER BAYERISCHEN BAUERNSIEDLUNG GMBH ENTSTEHENDEN KOSTEN BESTRITTEN WERDEN.

Zu 831 06

Der Vortrag dient zur Abdeckung eines Vorgriffs im Haushaltsjahr 1974, da die an sich in 2 Raten (je 750 000 DM) in den Jahren 1974 und 1975 vorgesehene Kapitalerhöhung von 1,5 Mio DM u. a. aus bewertungstechnischen Gründen vor der Fusion mit der Siedlungswerk Nürnberg GmbH in einer Summe im Jahre 1974 eingezahlt werden mußte.

Zu 831 07

Aus der Erhöhung des Grundkapitals 1974 um 100 Mio DM auf 400 Mio DM ist 1975 die 2. Hälfte von 50 Mio DM einzuzahlen.

Zur weiteren Sicherung des Stromverbrauches werden auch 1975/1976 erhebliche Investitionen (1,4 Milliarden DM) für den Bau von Kernkraftwerken großer Leistung und den Ausbau des 220/380 kv-Hochspannungsnetzes notwendig.

Diese Investitionen erfordern 1975 eine Kapitalerhöhung um 100 Mio DM und 1976 um weitere 100 Mio DM. Der Kapitalerhöhungsbetrag 1975 und 1976 wird je zur Hälfte im Jahr der Erhöhung bzw. im darauffolgenden Jahr eingefordert werden müssen.

Entsprechend einer Beteiligungsquote von 60 v. H. entfallen auf Bayern:

	1975	1976
Kapitalerhöhung 1974	30 Mio DM	—
Kapitalerhöhung 1975	30 Mio DM	30 Mio DM
Kapitalerhöhung 1976	—	30 Mio DM
	<hr/> 60 Mio DM	<hr/> 60 Mio DM

Zur Zustimmung zur Kapitalerhöhung 1975 und 1976 und zur Übernahme der jungen Aktien ist für 1975 und 1976 eine Verpflichtungsermächtigung über je 30 Mio DM notwendig.

Zu 831 08

Zur Finanzierung des weiteren Ausbaus des Stromverteilungsnetzes ist 1975 eine Kapitalerhöhung von voraussichtlich 21 Mio DM, bei einem geschätzten Ausgabekurs von 120% erforderlich. Entsprechend einer Beteiligungsquote von 1,72 v. H. entfallen davon auf Bayern 435 000 DM.

Zu 831 11

Es ist zu erwarten, daß das Grundkapital der Bayerischen Landesbank Girozentrale, an der der Freistaat Bayern mit 50 v. H. beteiligt ist, erhöht werden muß. Zeitpunkt und Umfang der Kapitalerhöhung stehen noch nicht fest.

Zu 831 31

Kapitalausstattungen sind in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 nicht erforderlich.

Der Vortrag dient zur Abwicklung eines Ausgaberesstes. Vgl. Anl. C Nr. 9.

Zu 831 33

Die Kapitalausstattung ist zur Finanzierung des betriebsnotwendigen Lagerkellerneubaues (Gesamtkosten ca. 3,8 Mio DM) erforderlich. Vgl. Anl. C Nr. 1.

Zu 831 34

Die Kapitalausstattung ist zur Sicherung einer angemessenen Eigenkapitalbasis notwendig. Vgl. Anl. C Nr. 10.

Wirtschaftliche Unternehmen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
861 01	869	DARLEHEN AN DAS STAATL. HOFBRAEUHAUS MUENCHEN KREDITFINANZIERT. VON DEN IN FRUEHEREN JAHREN AUSGEREICHTEN DARLE- HEN DUERFEN IN EIGENKAPITAL UMGEWANDELT WERDEN: IM HAUSHALTSJAHR 1975 BIS ZU 200 000 DM, IM HAUSHALTSJAHR 1976 BIS ZU 200 000 DM.	1.000,0	1.200,0	A	1.500,0
					B	1.000,0
					C	2.051,0
861 02	869	DARLEHEN AN DIE BAYER. STAATSBRAUEREI WEIHEN- STEPHAN KREDITFINANZIERT.	1.000,0	1.300,0	A	300,0
					B	400,0
					C	200,0
861 03	861	DARLEHEN AN DIE STAATSBAEUER KREDITFINANZIERT. DAVON IM KONJUNKTURHAUSHALT DM 1.100.000. VON DEN IN FRUEHEREN JAHREN AUSGEREICHTEN DARLE- HEN DUERFEN IN EIGENKAPITAL UMGEWANDELT WERDEN: IM HAUSHALTSJAHR 1975 BIS ZU 2 000 000 DM, IM HAUSHALTSJAHR 1976 BIS ZU 3 500 000 DM.	10.300,0	11.240,0	A	9.200,0
					B	7.950,0
					C	7.107,0
861 10	859	DARLEHEN AN DEN BAYER. SCHULBUCHVERLAG KREDITFINANZIERT. VON DEN IN FRUEHEREN JAHREN AUSGEREICHTEN DARLE- HEN DUERFEN IN EIGENKAPITAL UMGEWANDELT WERDEN: IM HAUSHALTSJAHR 1975 BIS ZU 1 000 000 DM, IM HAUSHALTSJAHR 1976 BIS ZU 1 000 000 DM.	-	-	A	-
					B	2.400,0
					C	1.300,0
861 21	411	DARLEHEN AN DIE BAYER. LANDESBANK (BAYER. LANDES- BODENKREDITANSTALT) GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 831 11. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEI 831 11 UND 861 21 BE- MISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 13 06/133 01 UND 133 02. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	-	-	A	-
861 22	835	DARLEHEN AN DIE FLUGHAFEN-MUENCHEN-GMBH KREDITFINANZIERT. EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU LASTEN 831 03. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 12.200.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM FOLGENDEN JAHR.	20.000,0	27.200,0	A	11.000,0
					B	17.739,0
861 23	835	DARLEHEN AN DIE FLUGHAFEN-NUERNBERG-GMBH KREDITFINANZIERT.	-	1.800,0	A	-
					B	500,0
					C	300,0
861 24	643	DARLEHEN AN DIE MUENCHNER MESSE- UND AUSSTELLUNGS- GMBH KREDITFINANZIERT. GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG MIT 661 01.	1.950,0	1.900,0	A	1.436,0
					B	1.435,5
					C	2.035,5
861 25	833	DARLEHEN AN DIE BAYER. LLOYD-SCHIFFFAHRTS-AG KREDITFINANZIERT.	1.000,0	-	A	1.000,0
					B	1.400,0
					C	1.400,0
861 26	740	DARLEHEN AN DIE REGENTALBAHN AG EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU LASTEN 891 02.	-	-	A	-
861 27	411	DARLEHEN AN DIE STADIBAU-GESELLSCHAFT FUER DEN STAATSBEDIENSTETENWOHNUNGSBAU IN BAYERN MBH KREDITFINANZIERT. EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU LASTEN 13 03/862 01.	4.000,0	8.000,0	A	

Erläuterungen

Zu 861 01—861 10

Die Beträge sind bestimmt zur Finanzierung der in den Finanzplänen (Teil B der Wirtschaftspläne, Anlage C Nr. 1 bis 7 und 10) veranschlagten Maßnahmen zur Vermehrung des Anlagevermögens.

	1975	1976
	DM	DM
Zu 861 03		
Veranschlagt sind:		
Für Staatsbad Bad Reichenhall	49 000	25 000
Für Staatsbad Bad Steben	4 344 000	6 086 000
Für Staatsbad Bad Kissingen	3 815 000	3 655 000
Für Staatsbad Bad Brückenau	1 497 000	1 180 000
Für Staatsbad Bad Bocklet	595 000	294 000
Zusammen	10 300 000	11 240 000

Die Finanzierung der bisherigen Ausbaumaßnahmen der Staatsbäder mit langfristigen Investitionsdarlehen hat teilweise zu einer ungünstigen Kapitalstruktur der Betriebe geführt. Zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis ist daher eine Teilumwandlung dieser Darlehen in Eigenkapital notwendig.

	1975	1976
	DM	DM
Im einzelnen sind dies bei		
Bad Steben	—	1 000 000
Bad Kissingen	2 000 000	2 000 000
Bad Bocklet	—	500 000
Zusammen	2 000 000	3 500 000

Zu 861 21

Nach Kap. 13 06 Tit. 133 01 Abschn. b des Vermerks und Tit. 133 02 können die Erlöse aus dem Verkauf von Wertpapieren und die Erlöse aus dem Verkauf von Darlehensforderungen des Staates u. a. auch zur Darlehensgewährung an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt verwendet werden.

Durch den wegen Art. 82 BV aufgenommenen Vermerk ist es möglich, Vorfinanzierungen von niedrig verzinslichen Darlehen, insbesondere zur Finanzierung von Baulandbeschaffungs- und -erschließungsmaßnahmen und der Wohnungsprogramme auch weiterhin aufrechtzuerhalten.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DER BAYERISCHEN LANDESBANK (BAYERISCHE LANDESBODENKREDITANSTALT) DÜRFEN FERNER AUS NOCH NICHT ZUR AUSZAHLUNG BENÖTIGTEN MITTELN (AUSGABERESTE) KURZFRISTIGE DARLEHEN BIS ZUR HÖHE VON 500 MIO DM ZUR VORFINANZIERUNG VON MASSNAHMEN IN IHREM AUFGABENGEBIET GEWÄHRT WERDEN.

Zu 861 22

Der Flughafen München GmbH (FMG) wurde der Bau des neuen Verkehrsflughafens München übertragen. An ihr sind der Freistaat Bayern mit 51 v. H., der Bund mit 26 v. H. und die Landeshauptstadt München mit 23 v. H. beteiligt.

Die Kosten für den neuen Verkehrsflughafen werden nach den derzeitigen Preisverhältnissen und dem gegenwärtigen Stand der technischen Anforderungen auf rd. 2 Milliarden DM geschätzt. Sie sollen je zur Hälfte durch Mittel der Gesellschafter und durch die Aufnahme von Fremdmitteln aufgebracht werden. Die Mittel der Gesellschafter sollen in Form von Kapitalerhöhungen und bedingt verzinslichen und rückzahlbaren Darlehen zugeführt werden.

Die bei den Titeln 831 03 und 861 22 veranschlagten Beträge entsprechen den voraussichtlich von Bayern für 1975 und 1976 aufzubringenden Finanzierungsbeiträgen.

Zu 861 23

Für die Erweiterung der Abfertigungsanlagen und den weiteren Ausbau des Flughafengeländes werden vorerst unverzinsliche und nicht rückzahlbare Gesellschafterdarlehen benötigt. Entsprechend einer Beteiligung von 50 v. H. entfallen davon auf Bayern in 1976 1,8 Mio DM.

Zu 861 24

Die von der Münchener Messe- und Ausstellungsgesellschaft aufgestellten Zahlungspläne rechnen für 1975 und 1976 bei der Tilgung des zur Deckung des notwendigen Finanzbedarfs aufgenommenen bzw. noch aufzunehmenden Fremdkapitals mit einer Deckungslücke von rd. 5,8 Mio DM bzw. rd. 5,7 Mio DM und bei den Zinsen dementsprechend mit rd. 2,8 Mio DM bzw. rd. 3,4 Mio DM. Die in 1976 neu aufzunehmenden Darlehen von rd. 30 Mio DM dienen der Finanzierung eines ersten Bauabschnitts zur notwendigen Erweiterung des Kongresszentrums.

Auf Grund eines mit der Landeshauptstadt München abgeschlossenen Konsortialvertrages hat der Freistaat Bayern in Höhe von einem Drittel die Finanzierungslücke durch unverzinsliche Darlehen (Tit. 861 24) und die Zinsen durch Zuschüsse (Tit. 661 01) abzudecken. Die Landeshauptstadt München übernimmt jeweils zwei Drittel.

Zu 861 25

Vgl. Erläuterung bei Tit. 891 01.

Zu 861 26

Vgl. Erläuterung bei Tit. 891 02.

Zu 861 27

Aus den für 1975 und 1976 veranschlagten Beträgen sollen der im Jahr 1974 gegründeten Stadi-Bau, Gesellschaft für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in Bayern mbH, Darlehen zur Beschaffung und Erschließung von Grundstücken für den Mietwohnungsbau für Staatsbedienstete gewährt werden.

Wirtschaftliche Unternehmen

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
861 69	869	DARLEHEN AN SONSTIGE OEFFENTLICHE UNTERNEHMEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EIN- NAHMEN BEI 13 06/311 69.	-	-	A -
862 01	525	DARLEHEN AN DIE SUEDEDEUTSCHE ZUCKERRUEBEN-VERWER- TUNGS-GENOSSENSCHAFT EGBH, STUTTGART	6,0	6,0	A 6,0 B 5,3 C 5,1
862 03	730	DARLEHEN AN UNTERNEHMEN DER DONAUSCHIFFFAHRT VGL. VERMERK ZU 892 01.	-	-	A -
862 04	740	DARLEHEN AN NICHTBUNDESEIGENE EISENBAHNEN VGL. VERMERK ZU 862 05.	-	-	A - B 1.330,5
862 05	639	DARLEHEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN ZU 862 04 UND 862 05: DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EIN- NAHMEN BEI 13 06 / 311 69.	-	-	A -
891 01	833	ZUSCHUESSE AN DIE BAYER. LLOYD-SCHIFFFAHRTS-AG ZUR VERLUSTABDECKUNG	***	***	A 600,0 B 1.330,0 C 1.260,0
891 02	740	ZUSCHUESSE AN DIE REGENTALBAHN AG FUER INVESTITIO- NEN IM ANSCHLUSS AN DIE FUSION MIT DER AG LOKAL- BAHN LAM-KOETZTING KREDITFINANZIERT. EINSEITIG DECKUNGSFAEHIG ZU GUNSTEN 831 02 UND 861 26.	1.400,0	1.400,0	A 1.900,0 B 500,0
892 01	730	ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN AN UNTERNEHMEN DER DONAUSCHIFFFAHRT ZU 862 03 UND 892 01: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	-	-	A -
GESAMTAUSGABEN			124.531,0	133.436,0	A 70.654,0
ABSCHLUSS					
VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.			154.829,3	160.771,0	A 149.273,7
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIONEN			2.820,0	3.230,0	A 3.290,0
GESAMTEINNAHMEN			157.649,3	164.001,0	A 152.563,7 A 15,0
SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN			-	-	
ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIONEN			5.240,0	5.440,0	A 4.275,0
SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTI- TIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN			119.291,0	127.996,0	A 66.364,0
GESAMTAUSGABEN			124.531,0	133.436,0	A 70.654,0
UEBERSCHUSS			33.118,3	30.565,0	A 81.909,7

Erläuterungen

Zu 861 69

Der Vortrag dient dazu, um etwa aufkommende Durchleitungsdarlehen weiterleiten zu können.

Zu 862 01

Die Süddeutsche Zuckerrübenverwertungsgenossenschaft (SZVG) hat ein Aktienpaket der Süddeutschen Zucker AG Mannheim erworben. Die dazu erforderlichen Mittel werden durch eine Umlage von den zuckerrübenanbauenden Betrieben aufgebracht, welche durch Zeichnung von Anteilscheinen entsprechend der abgelieferten Rübenmenge die Mittel der SZVG darlehensweise zur Verfügung stellen. Der Staat als Eigentümer einer Reihe von landwirtschaftlichen Betrieben kann sich von dieser Gemeinschaftsaktion der süddeutschen Zuckerrübenanbauer nicht ausschließen. Das Darlehen verzinst sich nach Maßgabe der von der Südzucker-AG ausgeschütteten Dividende. Nach den Schätzungen der zuckerrübenanbauenden staatlichen Betriebe sind für die Jahre 1975 bis 1976 je 6 000 DM erforderlich.

Zu 862 03

Vgl. Erläuterung bei Tit. 892 01.

Zu 862 04

Der Vortrag dient dazu, in Ausführung des Abschnittes VI des Verkehrsfinanzgesetzes vom 6. April 1955 (BGBl I S. 166) etwa aufkommende Darlehen des Bundes weiterleiten zu können. Die Darlehen sind für nichtbundeseigene Eisenbahnen in Bayern bestimmt. Vgl. Kap. 13 06 Tit. 311 69.

Zu 862 05

Der Vortrag dient dazu, etwa aufkommende Durchleitungsdarlehen weiterleiten zu können.

Zu 891 01

Vgl. Veranschlagung bei Tit. 682 05.

Zu 891 02

Die veranschlagten Beträge werden zur Finanzierung der im Anschluß an die Fusion dringend erforderlichen Rationalisierungsmaßnahmen (u. a. Bau einer Zentralwerkstätte für den Bahn- und Omnibusbetrieb etc.) benötigt. Nach dem gegenwärtigen Stand der Planung ist mit einem Gesamtaufwand von rd. 5 Mio DM innerhalb einer Bauzeit von etwa 3 Jahren zu rechnen.

Die eingeplanten Mittel sollen der Gesellschaft als Zuschüsse, bedingt verzinsliche und bedingt rückzahlbare Darlehen (mit der Möglichkeit einer späteren Umwandlung in Eigenkapital) und als Kapitalzuführungen zum Zwecke der Kapitalerhöhung gewährt werden.

Die als Darlehen auszureichenden Beträge sind bei Tit. 861 26 und die Zahlungen auf Grund einer Kapitalerhöhung sind bei Tit. 831 02 nachzuweisen.

Für die Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes sind bei Kap. 07 04 Tit. 892 01 (Grenzhilfe-Programm) folgende Zuschüsse vorgesehen:

1975 2,0 Mio DM
1976 2,4 Mio DM

Zu 892 01

Ob und ggf. in welcher Höhe die im Haushaltsjahr 1963 bei Kap. 13 05 Tit. 979 a veranschlagten Darlehen in einen Zuschuß umgewandelt werden müssen, steht noch nicht fest. Um jedoch nötigenfalls die Umwandlung durchführen zu können, ist die Ausbringung eines Leertitels erforderlich.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		KAPITAL UND SCHULDEN			
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.			
119 11	872	ERBSCHAFTEN DES FREISTAATES BAYERN AUSGABEN AUS ANLASS DER VERWALTUNG UND VERWER- TUNG VON NACHLASSGEGENSTAENDEN, DER ERFUELLUNG VON NACHLASSVERBINDLICHKEITEN SOWIE RUECKERS. VON ZU UNRECHT VEREINNAHMEN NACHLASSBETRAE- GEN KOENNEN VON DEN EINNAHMEN ABGESETZT WERDEN.	650,0	650,0	A 450,0 B 958,1 C 685,1
133 01	872	ERLOESE AUS DER VERAEUSSERUNG UND DER EINLOESUNG VON WERTPAPIEREN ETWAIGE ERLOESE DUERFEN VERWENDET WERDEN: A. ALS ALLGEMEINE DECKUNGSMITTEL FUER DIE VERAN- SCHLAGTEN KREDITFINANZIERTEN HAUSHALTSAUSGA- BEN. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	-	-	A - B 14.312,0 C 14.189,1
133 02	872	ERLOESE AUS DER VERAEUSSERUNG UND DER EINLOESUNG VON FORDERUNGEN ERLOESE DUERFEN FUER DIE UNTER 133 01 AUFGE- FUEHRTEN ZWECKE VERWENDET WERDEN. SOWEIT DIE ERLOESE IN WERTPAPIEREN ERBRACHT WER- DEN, SIND SIE GLEICHZEITIG BEI 831 05 ALS AUSGA- BE NACHZUWEISEN.	-	-	A 20.000,0
141 01	872	EINNAHMEN AUS DER INANSPRUCHNAHME VON GEWAHRLEI- STUNGEN AUS DEM INLAND ANTEILE VON RUECKBUERGEN SOWIE SONSTIGE AUSGABEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER ZWECKBESTIMMUNG KOENNEN VON DEN EINNAHMEN ABGESETZT WERDEN. ZINSEINNAHMEN AUS DARLEHEN AN GEMEINDEN UND GV FUER (153 01 - 153 16)	281,0	252,0	A 300,0 B 419,0 C 514,9
153 01	121	VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 101.	73,9	68,0	A 80,0 B 103,8 C 110,3
153 03	123	REALSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 103.	3,4	3,1	A 3,7 B 3,9 C 4,2
153 04	124	GYMNASIEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	7,1	51,5	A 7,7 B 8,2 C 8,7
153 05	126	BERUFSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 106.	1,9	1,8	A 2,1 B 2,2 C 2,3
153 06	235	EINRICHTUNGEN DER SOZIALHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61.	109,9	158,7	A 91,1 B 79,9 C 111,3
153 07	251	ARBEITSLÖSENHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 109.	122,4	102,7	A 148,9 B 253,6 C 228,1

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 13 06

Die Entwicklung des Schuldendienstes gegenüber den Vorjahren ist im Vorwort zum Epl. 13 Abschn. F Nr. 6 „Kapital und Schulden“ (Kap. 13 06) eingehend dargestellt.

Zu 119 11

1975 gegenüber 1974:

Mehr 200 000 DM in Erwartung eines entsprechend höheren Aufkommens.

Zu 133 01

Die Wertpapiere, die zur Veräußerung kommen sollen, sind vom Staat von vornherein zur Erreichung eines bestimmten Zweckes vorübergehend erworben worden und sind daher nicht Bestandteil des Grundstockvermögens geworden.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

- B) ZUR DARLEHENSGEWÄHRUNG AN DIE BAYERISCHE LANDESBODENKREDITANSTALT,
VGL. VERMERK BEI KAP. 13 05 TIT. 861 21,
- C) ZUR KAPITALERHÖHUNG DER BAYERISCHEN LANDESBANK GIROZENTRALE, VGL. VERMERK BEI KAP. 13 05 TIT. 861 21,
- D) ZUR DARLEHENSGEWÄHRUNG AN DIE BAYERISCHE LANDESBANK ANSTALT FÜR AUFBAUFINANZIERUNG FÜR DIE FINANZIERUNG UND REFINANZIERUNG VON AUFTRÄGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBahn,
VGL. VERMERK BEI TIT. 861 01,
- E) ZUM ERWERB VON WERTPAPIEREN,
VGL. VERMERK BEI TIT. 831 07,
- F) ZUR UMFINANZIERUNG VON STAATSANLEIHEN UND SONSTIGEN KREDITEN,
VGL. VERMERK BEI TIT. 595 02,
- G) ZUR GEWÄHRUNG EINES ZUSCHUSSES ZUM WIEDERAUFBAU DES GERMANISCHEN NATIONALMUSEUMS NÜRNBERG,
VGL. VERMERK BEI TIT. 893 01.

Zu 133 01 Vermerk c

Vgl. Erläuterung bei Kap. 13 05 Tit. 831 11.

Zu 133 01 Vermerk g

Die anteiligen Zuschußleistungen Bayerns für den IV. Bauabschnitt des Wiederaufbaues des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg werden durch Wertpapierschuldttitel geleistet.

Zu 133 02

1975 gegenüber 1974:

Weniger 20 000 000 DM, da ein Verkauf von Forderungen nicht mehr vorgesehen ist.

Zu 141 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 19 000 DM nach der voraussichtlichen Einnahmementwicklung.

1976 gegenüber 1975:

Weniger 29 000 DM nach der voraussichtlichen Einnahmementwicklung.

Zu 153 01—162 61

Soweit in den veranschlagten Beträgen dieser Titel mehrere Einzelbeträge aus der Anlage E zu einer Titelsumme zusammengefaßt sind, sind diese Einzelbeträge in den nachstehenden Erläuterungen zur jeweiligen Titelsumme zusammengestellt. Aus Vereinfachungsgründen wurden in diese Zusammenstellungen auch die entsprechenden Tilgungsbeträge einbezogen (vgl. auch Erläuterung zu Tit. 173 01—182 61).

Titel	Anlage E	1975		1976	
		Zins-	Darlehens-	Zins-	Darlehens-
		einnahmen	rückflüsse	einnahmen	rückflüsse
	Nr.	DM	DM	DM	DM
Zu $\frac{153}{173}$ 04	104	7 100	14 800	6 500	15 400
	105	—	—	45 000	45 000
	Zusammen	7 100	14 800	51 500	60 400
06	107	109 900	119 400	158 700	170 600
	108	—	152 700	—	244 700
	125	—	—	—	—
	Zusammen	109 900	272 100	158 700	415 300

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
153 08	312	KRANKENHAEUSER VGL. VERMERK ZU 182 61.	883,1	836,8	A	929,0
					B	759,0
					C	994,4
153 09	313	ANSTALTEN FUER NERVEN- UND GEISTESKRANKE VGL. VERMERK ZU 182 61.	91,8	87,1	A	95,8
					B	44,6
					C	104,5
153 10	439	SONSTIGE LEBENSWICHTIGE KOMMUNALE EINRICHTUNGEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 114.	2.205,8	2.924,6	A	2.154,1
					B	1.909,1
					C	1.792,7
153 11	623	FOERDERUNG DER AUFSUCHUNG UND UNTERSUCHUNG VON WASSERVORKOMMEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 115.	9,3	5,5	A	10,4
					B	12,9
					C	30,9
153 12	692	VERBESSERUNG DER INFRASTRUKTUR VGL. VERMERK ZU 182 61.	775,1	729,4	A	823,4
					B	832,3
					C	904,7
153 13	724	KREISSTRASSEN UND- BRUECKEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 121.	9,7	9,1	A	10,3
					B	10,9
					C	11,5
153 14	725	GEMEINDESTRASSEN UND- BRUECKEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 122.	6,5	6,0	A	7,0
					B	7,5
					C	7,4
153 15	910	UEBERBRUECKUNGSBEIHILFEN FUER VORUEBERGEHENDE GE- WERBESTEUERANFAELLE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 123.	-	-	A	-
153 16	132	ERSCHLIESSUNGSMASSNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM BAU VON HOCHSCHULKLINIKEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 124.	51,7	51,7	A	139,1
					B	6,3
		ZINSEINNAHMEN AUS DARLEHEN AN ZWECKVERBAENDE FUER (157 01 - 157 13)				
157 01	121	VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 201.	3,4	3,2	A	3,7
					B	3,5
					C	3,4
157 04	124	GYMNASIEN UND SCHUELERHEIME VGL. VERMERK ZU 182 61.	10,8	10,0	A	11,5
					B	16,6
					C	19,5
157 05	126	BERUFSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 206.	0,2	0,2	A	0,2
					B	0,1
					C	0,1
157 06	235	EINRICHTUNGEN DER SOZIALHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61.	1,4	1,4	A	1,4
					B	1,5
					C	1,0
157 07	251	ARBEITSLOSENHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 209.	83,8	39,6	A	15,8

Erläuterungen

Titel	Anlage E	1975		1976	
		Zins- einnahmen	Darlehens- rückflüsse	Zins- einnahmen	Darlehens- rückflüsse
		DM	DM	DM	DM
Zu $\frac{153}{173}$ 08	Nr.				
	110	820 900	5 913 800	778 200	5 956 500
	111	62 200	1 779 500	58 600	1 783 100
	Zusammen	883 100	7 693 300	836 800	7 739 600
09	112	91 800	676 300	87 100	681 000
	113	—	72 500	—	72 500
	Zusammen	91 800	748 800	87 100	753 500
12	116	526 400	932 600	499 300	959 700
	117	152 400	559 200	142 200	569 400
	118	34 500	96 700	31 700	99 500
	119	61 800	240 800	56 200	246 400
	120	—	—	—	—
	Zusammen	775 100	1 829 300	729 400	1 875 000
Zu $\frac{157}{177}$ 04	204	400	800	300	900
	205	10 400	20 400	9 700	21 100
	Zusammen	10 800	21 200	10 000	22 000
06	207	1 400	1 500	1 400	1 600
	208	—	6 300	—	6 300
	222	—	—	—	—
	Zusammen	1 400	7 800	1 400	7 900

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
157 08	312	KRANKENHAEUSER VGL. VERMERK ZU 182 61.	24,2	23,0	A	25,4
					B	18,5
					C	47,4
157 10	439	SONSTIGE LEBENSWICHTIGE KOMMUNALE EINRICHTUNGEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 214.	20,1	19,3	A	32,8
					B	14,6
					C	14,9
157 11	623	FOERDERUNG DER AUFsuchUNG UND UNTERSUCHUNG VON WASSERVORKOMMEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 215.	6,3	5,0	A	6,5
					B	2,0
					C	2,1
157 12	692	VERBESSERUNG DER INFRASTRUKTUR VGL. VERMERK ZU 182 61.	34,1	32,6	A	36,7
					B	42,4
					C	45,7
157 13	314	BEREINIGUNG DER VERHAELTNISSE DES THERMALBADES BAD FUESSING VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 221.	11,5	11,3	A	11,6
					B	11,7
					C	11,8
		ZINSEINNAHMEN AUS DARLEHEN AN OEFFENTLICHE UNTERNEHMEN FUER (161 01 - 161 13)				
161 01	044	FONDS ZUR FOERDERUNG DES FEUERLOESCHWESENS VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 643.	***	***	A	-
161 03	522	LAENDLICHE SIEDLUNG VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 503.	-	-	A	-
					B	4,0
161 04	622	ENERGIEWIRTSCHAFT VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 504.	706,2	691,2	A	720,4
					B	733,8
					C	746,5
161 05	851	BERGBAU VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 505.	720,6	720,6	A	695,6
					B	722,5
					C	773,9
161 06	643	MAERKTE UND MESSEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 506.	-	-	A	-
161 08	835	FLUGHAEFEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	1.070,2	56,8	A	1.120,0
					B	1.238,7
					C	1.232,5
161 09	861	STAATSBAEDER VGL. VERMERK ZU 182 61.	104,6	96,4	A	112,3
					B	119,5
					C	126,5
161 10	869	SONSTIGE WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	546,2	492,2	A	462,4
					B	534,0
					C	484,4
161 11	853	BANKEN UND KREDITINSTITUTE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 515.	3.360,0	2.880,0	A	3.840,0
					B	4.320,0
					C	4.745,6

Erläuterungen

Titel	Anlage E	1975		1976	
		Zins- einnahmen DM	Darlehens- rückflüsse DM	Zins- einnahmen DM	Darlehens- rückflüsse DM
Zu $\frac{157}{177}$ 08	210	22 300	651 700	21 200	652 800
	211	1 900	183 700	1 800	183 800
	Zusammen	24 200	835 400	23 000	836 600
12	216	30 900	42 300	29 600	43 700
	217	3 200	6 400	3 000	6 600
	218	—	—	—	—
	219	—	—	—	—
	220	—	—	—	—
	Zusammen	34 100	48 700	32 600	50 300
Zu $\frac{161}{181}$ 08	509	1 070 200	15 500 000	56 800	—
	510	—	—	—	—
	Zusammen	1 070 200	15 500 000	56 800	—
09	301	3 000	5 000	2 600	5 200
	302	30 000	28 400	28 400	30 100
	303	28 800	46 900	25 800	49 900
	304	42 800	44 700	39 600	47 900
	309	—	—	—	—
	501	—	—	—	—
	Zusammen	104 600	125 000	96 400	133 100
10	305	400 000	436 700	368 400	443 300
	306	146 200	317 200	123 800	261 900
	307	—	—	—	—
	Zusammen	546 200	753 900	492 200	705 200

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
161 12	834	LANDESHAFENVERWALTUNG VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 308.	-	-	A	-
161 13	635	LANDESGEWERBEANSTALT BAYERN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 492.	-	-	A	-
		ZINSEINNAHMEN AUS DARLEHEN AN SONSTIGE AUS DEM INLAND FUER (162 01 - 162 61)				
162 01	023	ENTWICKLUNGSHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 491.	178,3	89,1	A B C	267,4 356,5 713,0
162 02	121	VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 601.	2,4	2,2	A B C	2,6 2,7 2,9
162 03	122	SONDERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 602.	28,4	26,6	A B C	36,1 31,8 33,5
162 04	123	REALSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 603.	98,9	93,4	A B C	132,6 108,3 125,7
162 05	124	GYMNASIEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 604.	378,9	359,0	A B C	387,1 366,4 350,0
162 06	152	AUSBILDUNGSFOERDERUNG VON STUDIERENDEN AN WISSEN- SCHAFTLICHEN HOCHSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	4,0	4,0	A B C	3,5 4,7 4,3
162 07	155	BETRIEBLICHE UND UEBERBETRIEBLICHE BERUFLICHE AUS- UND FORTBILDUNG VGL. VERMERK ZU 182 61.	72,3	114,4	A B	87,8 13,5
162 08	190	KIRCHLICHE ANGELEGENHEITEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 608.	37,1	30,4	A B C	37,1 40,5 10,2
162 09	235	EINRICHTUNGEN DER SOZIALHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61.	579,4	588,1	A B C	528,3 434,9 387,1
162 10	244	WIEDERGUTMACHUNG VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 401.	2,0	1,5	A B C	2,5 1,6 2,7
162 11	246	VERTRIEBENE UND FLUECHTLINGE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 611.	4,0	4,0	A B C	4,5 1,9 3,5
162 12	249	DURCHFUEHRUNG DES § 28 DES KRIEGSGEFANGENENENT- SCHAEDIGUNGSGESETZES VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 612.	8,0	6,2	A B C	10,0 5,1 8,6

Erläuterungen

Titel	Anlage E	1975		1976	
		Zins- einnahmen	Darlehens- rückflüsse	Zins- einnahmen	Darlehens- rückflüsse
		DM	DM	DM	DM
Zu $\frac{162}{182}$ 06	Nr. 441	2 000	140 000	2 000	140 000
	605	2 000	600 300	2 000	600 000
	Zusammen	4 000	740 300	4 000	740 000
07	606	—	—	—	—
	607	72 300	175 200	114 400	246 900
	Zusammen	72 300	175 200	114 400	246 900
09	609	579 400	737 100	588 100	756 400
	610	—	637 200	—	1 037 200
	642	—	—	—	—
	Zusammen	579 400	1 374 300	588 100	1 793 600

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
162 13	251	ARBEITSLOSENHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 613.	43,7	25,3	A	72,4
					B	55,3
					C	214,5
162 14	312	KRANKENHAUSER VGL. VERMERK ZU 182 61.	171,9	164,0	A	179,7
					B	102,9
					C	194,8
162 15	324	ORGANISATIONSKOMITEE FUER DIE SPIELE DER XX. OLYM- PIADE MUENCHEN 1972 E. V. VGL. VERMERK ZU 13 03/ 891 02. VGL. ANL. E NR. 616.	-	-	A	-
162 16	411	ALLGEMEINE FOERDERUNG DES WOHNUNGSBAUES VGL. VERMERK ZU 182 61.	10.797,9	10.714,2	A	9.967,8
					B	43.517,9
					C	22.114,4
162 23	411	LANDESMITTEL FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU GEMAESS § 19 ABS. 3 ZWEITES WOHNUNGSBAUGESETZ VEL. VERMERK ZU 03 63/ 863 12. VGL. ANL. E NR. 449.	12.335,0	16.109,0	A	17.500,0
					C	16.155,8
162 25	411	BUNDESMITTEL FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU GEMAESS § 19 ABS. 3 ZWEITES WOHNUNGSBAUGESETZ VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 451.	8.501,0	8.308,0	A	9.300,0
					B	8.753,9
					C	8.964,3
162 27	411	LASTENAUSGLEICHSMITTEL FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGS- BAU GEM. § 19 ABS. 3 ZWEITES WOHNUNGSBAUGESETZ VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 453.	3.564,0	3.483,0	A	4.200,0
					B	3.918,8
					C	4.245,3
162 33	522	LAENDLICHE SIEDLUNG VGL. VERMERK ZU 182 61.	938,0	887,0	A	1.231,0
					B	1.084,9
					C	1.213,2
162 34	523	AUFSTOCKUNG UND AUSSIEDLUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER BETRIEBE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 455.	2,1	2,2	A	2,0
					B	2,0
					C	2,2
162 35	526	RATIONALISIERUNGSMASSNAHMEN IN LANDWIRTSCHAFTLI- CHEN FOERDERUNGSGEBIETEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 456.	8,1	7,9	A	8,6
					B	8,9
					C	9,1
162 36	529	WIEDERAUFBAU KRIEGSZERSTOERTER LANDWIRTSCHAFTLI- CHER ANWESEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 457.	43,0	41,0	A	46,0
					B	48,1
					C	51,2
162 37	532	REFINANZIERUNG VON KREDITEN AN UNWETTERGESCHAEDIG- TE USW. VGL. VERMERK ZU 182 61.	23,2	20,6	A	26,1
					B	16,2
					C	18,2
162 38	526	GEMEINSCHAFTSAUFGABE "VERBESSERUNG DER AGRARSTRUK- TUR UND DES KUESTENSCHUTZES" VGL. VERMERK ZU 641 01. VGL. ANL. E NR. 643.	965,0	1.620,0	A	-

Erläuterungen

Titel	Anlage E	Nr.	1975		1976	
			Zins- einnahmen DM	Darlehens- rückflüsse DM	Zins- einnahmen DM	Darlehens- rückflüsse DM
Zu $\frac{162}{182}$	14	614	157 700	2 050 100	150 400	2 057 400
		615	14 200	332 500	13 600	332 500
		Zusammen	171 900	2 382 600	164 000	2 389 900
16		442	8 800	29 200	7 300	30 700
		443	250 000	5 600 000	250 000	6 000 000
		444	180 000	1 800 000	100 000	1 800 000
		446	10 000 000	—	10 000 000	—
		447	300 000	2 400 000	300 000	2 300 000
		464	2 000	200 000	1 000	100 000
		617	—	1 300	—	—
		618	46 200	59 000	45 000	60 200
		619	—	—	—	—
		620	10 900	43 700	10 900	50 800
		Zusammen	10 797 900	10 133 200	10 714 200	10 341 700
33		621	915 000	6 420 000	865 000	6 020 000
		622	10 000	1 400 000	9 000	1 350 000
		623	9 000	19 000	9 000	19 000
		625	4 000	110 000	4 000	110 000
		627	—	—	—	—
		Zusammen	938 000	7 949 000	887 000	7 499 000
37		628	23 100	63 300	20 500	63 400
		629	—	1 400	—	1 400
		630	100	2 200	100	1 200
		Zusammen	23 200	66 900	20 600	66 000

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
162 39	622	FERNGAS NORDBAYERN GMBH, BAMBERG VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 631.	-	-	A - B - C -
162 40	623	AUFSUCHUNG UND UNTERSUCHUNG VON WASSERVORKOMMEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	598,5	467,6	A 780,8 B 921,0 C 1.052,2
162 41	624	TALSPERREN, HOCHWASSERRUECKHALTEBECKEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 512.	-	-	A - B - C 0,4
162 43	632	SONSTIGER BERGBAU VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 634.	1,5	0,8	A 6,0 B 4,9 C 0,0
162 44	634	VERARBEITENDE INDUSTRIE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 514.	1,7	-	A 16,9 B 33,9 C 50,1
162 47	643	MAERKTE UND MESSEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 403.	63,8	58,1	A 69,1 B 74,2 C 79,2
162 48	650	FOERDERUNG DES FREMDENVERKEHRS VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 404.	276,0	280,2	A 332,6 B 138,8 C 293,1
162 49	691	BETRIEBLICHE INVESTITIONEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	259,0	253,5	A 572,2 B 468,9 C 727,4
162 50	692	VERBESSERUNG DER INFRASTRUKTUR VGL. VERMERK ZU 182 61.	4.599,5	4.631,0	A 5.050,1 B 11.641,5 C 3.778,0
162 51	730	WASSERSTRASSEN UND HAEFEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 416.	-	-	A - B - C -
162 52	740	SCHIENENVERKEHR VGL. VERMERK ZU 182 61.	1.556,6	1.073,3	A 2.054,0 B 2.515,6 C 2.881,7
162 61	960	SONSTIGE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 699.	49,8	44,5	A 1,1 B 46,2 C 37,9
		ZWISCHENSUMME TIT. 15301 - 16261	57.248,2	59.628,9	A 64.514,8 B - C -
162 65	950	EINNAHMEN AUS SONDERVERMOEGEN BIS ZUR VERWENDUNG SIND DIE SONDERVERMOEGEN NACH VV NR. 9 ZU ART. 43 BAYHO ZU VERWALTEN; NEBENKOS- TEN UND KURSUNTERSCHIEDE SIND BEI DIESEM ANSATZ NACHZUWEISEN.	10.000,0	10.000,0	A 3.000,0 B 11.793,6 C 3.173,1
162 66	872	ZINSEN AUS WERTPAPIEREN ANFALLENDE BOERSENUMSATZSTEUERN UND SONSTIGE NE- BENKOSTEN DUERFEN AN DEN EINNAHMEN GEKUERZT WER- DEN.	11.200,0	10.100,0	A 8.800,0 B 8.716,9 C 9.526,9

Erläuterungen

Titel	Anlage E	1975		1976		
		Zins- einnahmen DM	Darlehens- rückflüsse DM	Zins- einnahmen DM	Darlehens- rückflüsse DM	
Zu $\frac{162}{182}$	40	463	224 000	800 000	168 000	800 000
		632	—	—	—	—
		633	374 500	1 070 000	299 600	1 070 000
		Zusammen	598 500	1 870 000	467 600	1 870 000
49		405	—	—	—	—
		407	259 000	187 900	253 500	193 400
		Zusammen	259 000	187 900	253 500	193 400
50		408	2 000	4 000	1 800	4 200
		410	6 400	—	86 400	—
		411	27 700	73 100	24 600	73 500
		413	4 000 000	—	4 000 000	—
		417	—	—	—	500 000
		458	276 300	828 000	248 100	857 900
		459	56 300	187 700	51 600	191 700
		460	27 300	126 000	25 400	128 600
		461	—	—	—	—
		462	—	—	—	—
		636	188 000	306 500	178 000	316 500
		637	—	—	—	—
		638	6 900	13 300	6 800	13 400
	639	8 600	8 800	8 300	9 000	
		Zusammen	4 599 500	1 547 400	4 631 000	2 094 800
52		415	1 520 000	12 000 000	1 040 000	11 000 000
		641	36 600	136 400	33 300	136 400
		Zusammen	1 556 600	12 136 400	1 073 300	11 136 400

Zu 162 65

Vgl. Anlage B Nr. 1 und 2.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 7 000 000 DM auf Grund der voraussichtlichen Bestandsentwicklung.

Zu 162 66

Die Wertpapiere im Depot allgemeiner Art der Staatsschuldenverwaltung (vgl. Anlage E Abschnitt 8) werden durch Einlösungen und Auslosungen laufend vermindert.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 3 300 000 DM, da die Zinseinnahmen aus Kursstützungskäufen ab 1975 bei diesem Titel vereinnahmt werden

Weniger 900 000 DM aufgrund der Verminderung des Bestandes

Somit mehr 2 400 000 DM

1976 gegenüber 1975:

Weniger 1 100 000 DM wegen Verminderung des Bestandes.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
162 69	872	ZINSEN AUS GIROBESTAENDEN, UEBERBRUECKUNGSKREDITEN UND FESTGELDDANLAGEN ANFALLENDE SOLLZINSEN BEI DEN GIROKONTEN UND ZINSERSTATTUNGEN AN DIE STAATSBETRIEBE FUER VORUEBERGEHEND ABGELIEFERTE KASSENBESTAENDE KOENNEN VON DEN EINNAHMEN ABGESETZT WERDEN. DARLEHENS RUECKFLUESSE VON GEMEINDEN UND GV FUER (173 01 - 173 16)	8.000,0	8.000,0	A	8.000,0
					B	15.627,0
					C	6.031,2
173 01	121	VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 101.	153,2	159,3	A	147,3
					B	170,9
					C	164,3
173 03	123	REALSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 103.	7,1	7,4	A	6,8
					B	6,5
					C	6,3
173 04	124	GYMNASIEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	14,8	60,4	A	14,2
					B	13,6
					C	13,1
173 05	126	BERUFSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 106.	4,1	4,2	A	3,9
					B	3,7
					C	3,6
173 06	235	EINRICHTUNGEN DER SOZIALHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61.	272,1	415,3	A	230,0
					B	186,9
					C	251,1
173 07	251	ARBEITSLOSENHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 109.	917,8	832,1	A	1.339,6
					B	2.127,9
					C	1.937,2
173 08	312	KRANKENHAEUER VGL. VERMERK ZU 182 61.	7.693,3	7.739,6	A	7.664,8
					B	5.961,5
					C	6.949,6
173 09	313	ANSTALTEN FUER NERVEN- UND GEISTESKRANKE VGL. VERMERK ZU 182 61.	748,8	753,5	A	764,6
					B	274,6
					C	710,9
173 10	439	SONSTIGE LEBENSWICHTIGE KOMMUNALE EINRICHTUNGEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 114.	2.744,9	3.629,3	A	2.542,7
					B	2.160,0
					C	2.041,7
173 11	623	FOERDERUNG DER AUFsuchUNG UND UNTERSUCHUNG VON WASSERVORKOMMEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 115.	153,4	82,3	A	163,9
					B	220,6
					C	348,6
173 12	692	VERBESSERUNG DER INFRASTRUKTUR VGL. VERMERK ZU 182 61.	1.829,3	1.875,0	A	1.797,6
					B	1.811,2
					C	1.686,5
173 13	724	KREISSTRASSEN UND- BRUECKEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 121.	18,5	19,2	A	17,9
					B	17,3
					C	17,0
173 14	725	GEMEINDESTRASSEN UND- BRUECKEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 122.	12,3	12,8	A	12,5
					B	14,0
					C	12,7

Erläuterungen

Zu 162 69

In den Haushaltsjahren 1975 und 1976 werden die jeweils veranschlagten Beträge erwartet.

Zu 173 01—182 61

Soweit in den veranschlagten Beträgen dieser Titel mehrere Einzelbeträge aus der Anlage E zu einer Titelsumme zusammengefaßt sind, wird auf die Zusammenstellungen bei den Titeln 153 01—162 61 hingewiesen.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
173 15	910	UEBERBRUECKUNGSBEIHILFEN FUER VORUEBERGEHENDE GEWERBESTEUERHAUSFAELLE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 123.	28,3	0,3	A	28,1
					B	28,0
					C	28,0
173 16	132	ERSCHLIESSUNGSMASSNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DEM BAU VON HOCHSCHULKLINIKEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 124.	48,3	48,3	A	327,8
					B	5,9
		DARLEHENS RUECKFLUESSE VON ZWECKVERBAENDEN FUER (177 01 - 177 13)				
177 01	121	VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 201.	7,1	7,3	A	6,8
					B	8,4
					C	5,2
177 04	124	GYMNASIEN UND SCHUELERHEIME VGL. VERMERK ZU 182 61.	21,2	22,0	A	20,5
					B	24,4
					C	25,7
177 05	126	BERUFSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 206.	0,3	0,3	A	0,3
					B	0,2
					C	0,2
177 06	235	EINRICHTUNGEN DER SOZIALHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61.	7,8	7,9	A	7,9
					B	8,6
					C	3,4
177 07	251	ARBEITSLÖSENHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 209.	202,7	193,1	A	139,0
177 08	312	KRANKENHÄUSER VGL. VERMERK ZU 182 61.	835,4	836,6	A	871,9
					B	667,0
					C	747,3
177 10	439	SONSTIGE LEBENSWICHTIGE KOMMUNALE EINRICHTUNGEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 214.	25,4	26,2	A	36,7
					B	16,6
					C	16,0
177 11	623	FOERDERUNG DER AUFsuchUNG UND UNTERSUCHUNG VON WASSERVORKOMMEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 215.	58,9	58,5	A	59,4
					B	30,2
					C	40,4
177 12	692	VERBESSERUNG DER INFRASTRUKTUR VGL. VERMERK ZU 182 61.	48,7	50,3	A	49,0
					B	77,6
					C	61,7
177 13	314	BEREINIGUNG DER VERHAELTNISSE DES THERMALBADES BAD FUESSING VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 221.	3,5	3,7	A	3,4
					B	3,2
					C	3,1
		DARLEHENS RUECKFLUESSE VON OEFFENTLICHEN UNTERNEHMEN FUER (181 01 - 181 13)				
181 01	044	FONDS ZUR FOERDERUNG DES FEUERLOESCHWESENS VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 643.	***	***	A	-

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
181 03	522	LAENDLICHE SIEDLUNG VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 503.	-	-	A	-
					B	750,7
					C	1.783,5
181 04	622	ENERGIEWIRTSCHAFT VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 504.	268,8	283,8	A	254,6
					B	241,1
					C	228,4
181 05	851	BERGBAU VGL. VERMERK ZU 182 61 UND TG 73 (AUSGABEN). VGL. ANL. E NR. 505.	500,0	500,0	A	500,0
					B	500,0
					C	1.081,8
181 06	643	MAERKTE UND MESSEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 506.	-	-	A	-
181 08	835	FLUGHAFEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	15.500,0	-	A	-
181 09	861	STAATSBÄEDER VGL. VERMERK ZU 182 61.	125,0	133,1	A	117,2
					B	110,0
					C	111,7
181 10	869	SONSTIGE WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	753,9	705,2	A	654,9
					B	693,1
					C	631,7
181 11	853	BANKEN UND KREDITINSTITUTE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 515.	6.000,0	6.000,0	A	6.000,0
					B	6.000,0
					C	5.155,8
181 12	834	LANDESHAFENVERWALTUNG VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 308.	-	-	A	-
					B	1.330,5
181 13	635	LANDESGEWERBEANSTALT BAYERN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 492.	284,3	649,7	A	346,9
					B	45,0
		DARLEHENS RUECKFLUESSE VON SONSTIGEN AUS DEM INLAND FUER (182 01 - 182 61)				
182 01	023	ENTWICKLUNGSHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 491.	2.970,9	2.970,9	A	2.970,9
					B	2.970,9
					C	5.941,8
182 02	121	VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 601.	6,0	6,2	A	5,8
					B	5,6
					C	5,4
182 03	122	SONDERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 602.	59,4	61,2	A	63,8
					B	55,9
					C	54,3
182 04	123	REALSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 603.	169,3	174,2	A	197,6
					B	157,7
					C	510,6

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
182 05	124	GYMNASIEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 604.	636,3	656,2	A	608,9
					B	553,0
					C	504,8
182 06	152	AUSBILDUNGSFOERDERUNG FUER STUDIERENDE WISSENSCHAFTLICHER HOCHSCHULEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	740,3	740,0	A	2.140,0
					B	6.247,7
					C	2.738,2
182 07	155	BETRIEBLICHE UND UEBERBETRIEBLICHE BERUFLICHE AUS-UND FORTBILDUNG USW. VGL. VERMERK ZU 182 61.	175,2	246,9	A	409,1
					B	100,9
					C	30,7
182 08	190	KIRCHLICHE ANGELEGENHEITEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 608.	112,5	112,5	A	112,5
					B	112,5
					C	15,0
182 09	235	EINRICHTUNGEN DER SOZIALHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61.	1.374,3	1.793,6	A	1.117,9
					B	897,2
					C	810,1
182 10	244	WIEDERGUTMACHUNG VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 401.	15,0	10,0	A	20,0
					B	43,1
					C	49,5
182 11	246	VERTRIEBENE UND FLUECHTLINGE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 611.	15,0	15,0	A	20,0
					B	8,2
					C	9,4
182 12	249	DURCHFUEHRUNG DES § 28 DES KRIEGSGEFANGENENENT-SCHAEDIGUNGSGESETZES VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 612.	450,0	440,0	A	470,0
					B	418,5
					C	480,2
182 13	251	ARBEITSLÖSENHILFE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 613.	471,7	272,8	A	706,5
					B	572,0
					C	1.673,6
182 14	312	KRANKENHAEUSER VGL. VERMERK ZU 182 61.	2.382,6	2.389,9	A	2.375,4
					B	1.547,8
					C	2.246,2
182 15	324	ORGANISATIONSKOMITEE FUER DIE SPIELE DER XX. OLYMPIADE MUENCHEN 1972 E. V. VGL. ANL. E NR. 616.	-	-	A	-
182 16	411	ALLGEMEINE FOERDERUNG DES WOHNUNGSBAUES VGL. VERMERK ZU 182 61.	10.133,2	10.341,7	A	13.240,5
					B	12.096,7
					C	12.523,6
182 22	411	INSTANDSETZUNG VON WOHNGEBAEUDEN AUS BUNDESHAUSHALTMITTELN- AUSSERPLANMAESSIGE TILGUNG- VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 448.	400,0	400,0	A	300,0
					C	399,0
182 23	411	LANDESMITTEL FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU GEMAESS § 19 ABS. 3 ZWEITES WOHNUNGSBAUGESETZ VGL. VERMERK ZU 03 63/ 863 12. VGL. ANL. E NR. 449.	25.494,0	35.005,0	A	29.400,0
					C	26.529,8

Erläuterungen

Zu 182 15

Die in den Jahren 1966 bis 1972 gewährten Darlehen werden nach Vorliegen der endgültigen Schlußrechnung teilweise in Zuschüsse umgewandelt.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
182 24	411	LANDESMITTEL FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU GEMAESS DEN §§ 69 UND 70 ZWEITES WOHNUNGSBAUGESETZ VGL. VERMERK ZU 03 63/ 863 12. VGL. ANL. E NR. 450.	7.135,0	8.886,0	A 23.100,0 C 28.439,1
182 25	411	BUNDESMITTEL FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU GEMAESS § 19 ABS. 3 ZWEITES WOHNUNGSBAUGESETZ VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 451.	17.646,0	18.161,0	A 16.213,0 B 15.393,2 C 14.720,5
182 26	411	BUNDESMITTEL FUER DEN WOHNUNGSBAU. DIE GEMAESS § 70 ABS. 4 DES II. WOBaug DEM LAND VERBLEIBEN VGL. VERMERK ZU 03 63/ 863 13. VGL. ANL. E NR. 452.	4.000,0	6.000,0	A 15.000,0 C 15.694,3
182 27	411	LASTENAUSGLEICHSMITTEL FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU GEMAESS § 19 ABS. 3 ZWEITES WOHNUNGSBAUGESETZ VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 453.	7.398,0	7.614,0	A 7.322,0 B 11.904,7 C 6.971,3
182 28	411	LASTENAUSGLEICHSMITTEL FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU GEMAESS DEN §§ 69 UND 70 ZWEITES WOHNUNGSBAUGESETZ VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 454.	2.000,0	1.900,0	A 6.000,0 C 7.869,8
182 33	522	LAENDLICHE SIEDLUNG VGL. VERMERK ZU 182 61.	7.949,0	7.499,0	A 9.749,0 B 8.902,9 C 9.421,9
182 34	523	AUFSTOCKUNG UND AUSSIEDLUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER BETRIEBE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 455.	9,5	137,9	A 13,2 B 251,4 C 4,2
182 35	526	RATIONALISIERUNGSMASSNAHMEN IN LANDWIRTSCHAFTLICHEN FOERDERUNGSGEBIETEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 456.	34,1	34,6	A 34,3 B 61,2 C 33,0
182 36	529	WIEDERAUFBAU KRIEGSZERSTOERTER LANDWIRTSCHAFTLICHER ANWESEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 457.	78,3	77,7	A 80,8 B 107,1 C 111,3
182 37	532	REFINANZIERUNG VON KREDITEN AN UNWETTERGESCHAEDIGTE USW. VGL. VERMERK ZU 182 61.	66,9	66,0	A 80,6 B 26,7 C 62,3
182 38	526	GEMEINSCHAFTSAUFGABE "VERBESSERUNG DER AGRARSTRUKTUR UND DES KUESTENSCHUTZES" VGL. VERMERK ZU 641 01. VGL. ANL. E NR. 643.	301,0	546,0	A -
182 39	622	FERNGAS NORDBAYERN GMBH, BAMBERG VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 631.	-	-	A -
182 40	623	AUFSUCHUNG UND UNTERSUCHUNG VON WASSERVORKOMMEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	1.870,0	1.870,0	A 1.870,0 B 1.873,7 C 1.875,0

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
182 41	624	TALSPERREN, HOCHWASSERRUECKHALTEBECKEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 512.	-	-	A	-
					C	11,3
182 43	632	SONSTIGER BERGBAU VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 634.	21,0	21,0	A	28,0
					B	32,8
					C	4,1
182 44	634	VERARBEITENDE INDUSTRIE VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 514.	59,2	-	A	310,4
					B	293,2
					C	277,1
182 47	643	MAERKTE UND MESSEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 403.	148,5	155,2	A	142,0
					B	135,8
					C	129,9
182 48	650	FOERDERUNG DES FREMDENVERKEHRS VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 404.	110,0	110,0	A	400,0
182 49	691	BETRIEBLICHE INVESTITIONEN VGL. VERMERK ZU 182 61.	187,9	193,4	A	3.247,4
					B	3.251,5
					C	3.316,6
182 50	692	VERBESSERUNG DER INFRASTRUKTUR VGL. VERMERK ZU 182 61.	1.547,4	2.094,8	A	7.997,1
					B	8.104,8
					C	8.157,2
182 51	730	WASSERSTRASSEN UND HAEFEN VGL. VERMERK ZU 182 61. VGL. ANL. E NR. 416.	-	-	A	-
182 52	740	SCHIENENVERKEHR VGL. VERMERK ZU 182 61.	12.136,4	11.136,4	A	155,7
					B	198,6
					C	199,4
182 61	960	SONSTIGE VGL. ANL. E NR. 699. ZU 153 01-162 14, 162 16, 162 25-162 61, 173 01 BIS 182 14, 182 16, 182 22, 182 25, 182 27 - 182 61: VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	53,9	45,0	A	25,0
					B	52,3
					C	67,2
		ZWISCHENSUMME TIT. 17301 - 18261	147.647,0	147.300,8	A	170.057,6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
221 02	920	SCHULDENDIENSTHILFEN VOM BUND FUER ZINSVERBILLI- GUNGZUSCHUESSE	-	-	A	-
241 01	920	ERSTATTUNGEN DES BUNDES FUER DIE BEI 573 02 VERAN- SCHLAGTEN AUFWENDUNGEN DES FREISTAATES BAYERN AN ZINSEN FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN DER VERLAGERTEN DEUTSCHEN PFANDBRIEFANSTALT IN WIESBADEN VGL. VERMERK ZU 573 02.	98,0	95,0	A	103,0
					B	104,5
					C	107,8
241 02	920	ERSTATTUNGEN DES BUNDES NACH § 32 DES GESETZES ZUR AUSFUEHRUNG DES ABKOMMENS VOM 27. 2. 1953 UEBER DEUTSCHE AUSLANDSSCHULDEN VOM 24. 8. 1953 (BGBl I S. 1003)	30,0	30,0	A	30,0
					B	9,8
					C	18,9

Erläuterungen

Zu 241 01 und 241 02

Siehe nächste Erläuterungsseite.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
241 04	920	ERSTATTUNGEN DES BUNDES FUER ZINSEN FUER AUS- GLEICHSFORDERUNGEN VGL. VERMERK ZU 573 03.	20.654,0	19.513,0	A 20.442,0 B 23.968,8 C 22.560,8
242 01	920	ERSTATTUNG VON ZINSEN DURCH DIE LAENDER FUER AUS- GLEICHSFORDERUNGEN DER VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND BAUSPARKASSEN (§ 10 DER 23., § 3 ABS. 2 DER 33. DVO/UG)	3.179,0	3.095,0	A 3.259,0 B 3.336,2 C 3.404,7
281 11	920	EINNAHMEN, DIE DEN LAENDERN NACH DEN VORSCHRIFTEN ZUR NEUORDNUNG DES GELDWESENS ODER DAMIT ZUSAMMEN- HAENGENDEN VEREINBARUNGEN VON DEN GELDINSTITUTEN, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND BAUSPARKASSEN ODER VON IHREN FRUEHEREN SCHULDNERN ZUFLIESSEN VGL. VERMERK ZU 593 03.	-	-	A - B 16,5 C 31,1
281 12	920	EINNAHMEN GEMAESS § 7 ABS. 4 SATZ 2 UG ABZUFUEH- RENDER STEUER- UND STRAFBETRAEGE ZUR TILGUNG VON AUSGLEICHSFORDERUNGEN VGL. VERMERK ZU 593 01.	-	-	A -
281 13	920	UEBERWEISUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK GEMAESS § 3 (1) DER 45. DVO/UG ZUR TILGUNG DER SONDERAUS- GLEICHSFORDERUNGEN VGL. VERMERK ZU 593 02.	-	-	A -
281 14	920	UEBERWEISUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK GEMAESS § 3 (1) DER 45. DVO/UG ZUR VERZINSUNG DER SONDER- AUSGLEICHSFORDERUNGEN VGL. VERMERK ZU 573 01.	-	-	A -
291 01	920	ERSTATTUNGEN DES BUNDES FUER TILGUNGEN FUER AUS- GLEICHSFORDERUNGEN VGL. VERMERK ZU 593 03.	32.472,0	31.138,0	A 30.978,0 B 31.726,7 C 29.697,8
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN			
		SCHULDENAUFNAHMEN BEIM BUND (311 02 - 311 69)			
311 02	920	ZUR MODERNISIERUNG VON WOHNGEBAEUDEN NACH DEN RICHTLINIEN DES BUNDES VGL. VERMERK ZU 03 63/863 02.	4.830,0	4.830,0	A 1.500,0 B 2.249,3 C 4.407,9
311 05	920	ZUR FOERDERUNG DES STUDENTENWOHNRAUMBAUES VGL. VERMERK ZU 03 63/863 05.	-	-	A - B 254,0 C 420,0
311 14	920	FUER DEN ALLGEMEINEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU VGL. VERMERK ZU 03 63/863 14.	30.000,0	30.000,0	A 29.700,0 B 15.974,8 C 47.786,0
311 15	920	ZU VERSUCHS- UND VERGLEICHSBAUTEN VGL. VERMERK ZU 03 63/863 15.	2.000,0	2.000,0	A 3.000,0 B 950,0 C 2.800,0
311 16	920	FUER WOHNUNGSBAUMASSNAHMEN AUS DEM SONDERFONDS DES BUNDESMINISTERS FUER RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STAEDTEBAU VGL. VERMERK ZU 03 63/863 16.	2.000,0	2.000,0	A 2.000,0 B 1.300,0 C 7.300,0

Erläuterungen

Zu 241 01

Veranschlagt ist eine Erstattung an Zinsen für Ausgleichsforderungen der verlagerten Deutschen Pfandbriefanstalt in Höhe von 98 000 DM im Haushaltsjahr 1975 und 95 000 DM im Haushaltsjahr 1976.

Zu 241 02

Zur Regelung der US-Dollar-Anleihe von 1925/26 begebene Schuldverschreibungen und anerkannte, nicht verbriefte Ansprüche sind spätestens am 1. August 1965 zur Rückzahlung fällig geworden.

Nach dem 1. August 1965 können noch weiterhin Ansprüche gemäß den §§ 51 und 52 AuslWBG (BGBl 1952 I S. 553) und Art. 4 des Gesetzes zum Zweiten Abkommen vom 16. August 1960 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika über gewisse Angelegenheiten, die sich aus der Bereinigung deutscher Dollarbonds ergeben, vom 26. April 1961 (BGBl II S. 461), geltend gemacht werden.

Veranschlagt sind für die (vgl. Anlage F Abschn. D)	Verzinsung DM	Tilgung DM	insgesamt DM
Haushaltsjahre 1975 und 1976 je	122 000	200 000	322 000
Davon sind voraussichtlich vom Bund zu erstatten	10 000	20 000	30 000

Zu 241 04 und 291 01

Nach § 7 Abs. 1 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 30. Juli 1965 (BGBl I S. 650) erstattet der Bund den Ländern die Aufwendungen für die Tilgung von Ausgleichsforderungen und ab 1. Januar 1967 50 v. H. der Zinsen für Ausgleichsforderungen. Veranschlagt sind

	1975 DM	1976 DM
Tilgung	32 472 000	31 138 000
Zinsen 50 v. H. der Aufwendungen	20 654 000	19 513 000
Zusammen	53 126 000	50 651 000

Zu 242 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 80 000 DM infolge Minderung der Ausgleichsforderungen.

1976 gegenüber 1975:

Weniger 84 000 DM infolge Minderung der Ausgleichsforderungen.

Zu 281 11

Bei diesem Ansatz sind die Beträge zu vereinnahmen, die dem Freistaat Bayern im Zusammenhang mit der Zuteilung von Ausgleichsforderungen zufließen. $\frac{2}{3}$ dieser Zuflüsse sind nach § 7 Abs. 2 des Gesetzes über die Tilgung von Ausgleichsforderungen vom 30. Juli 1965 (BGBl I S. 650) an den Bund weiterzuleiten.

Zu 281 12—281 14

Ob und in welcher Höhe in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 Beträge anfallen, steht noch nicht fest.

Zu 311 02

Vgl. Erläuterung bei Kap. 03 63 Tit. 863 02.

Zu 311 05

Zur Förderung des Studentenwohnraumbaus werden in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 Bundesdarlehen nicht erwartet.

Zu 311 14

Aus Bundesmitteln stehen für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau 1975 und 1976 voraussichtlich je 30,0 Mio DM zur Verfügung.

Die Bundesmittel für den allgemeinen sozialen Wohnungsbau werden den Ländern als Globaldarlehen gegen Schuldschein gewährt. Sie sind vom Rechnungsjahr 1961 an nach Maßgabe des §19 Abs.3 Satz 2 des II. WoBauG zu verzinsen und mit mindesten 1% jährlich zu tilgen.

Zu 311 15—311 28

Die Bundeswohnungsbaumittel für Sonderzwecke werden 1975 und 1976 auf je 83,2 Mio DM geschätzt. Sie werden ebenfalls gegen Schuldschein den Ländern überlassen. Die Verzinsung und Tilgung richtet sich in der Regel nach § 19 Abs. 3 Satz 2 des II. WoBauG.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD,DM	TSD,DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD,DM	
					6	
311 17	920	ZUR WOHNRAUMBESCHAFFUNG FUER ZUWANDERER UND AUS- SIEDLER VGL. VERMERK ZU 03 63/863 17.	9.700,0	9.700,0	A	9.700,0
					B	13.067,2
					C	27.000,0
311 18	920	ZUR RAEUMUNG VON VERTRIEBENENWOHNLAGERN VGL. VERMERK ZU 03 63/863 18.	-	-	A	-
					C	100,0
311 19	920	ZUR FREIMACHUNG VON LIEGENSCHAFTEN FUER VERTEIDI- GUNGZWECKE VGL. VERMERK ZU 03 63/863 19.	-	-	A	-
					C	3,8
311 20	920	ZUR FREIMACHUNG VON LIEGENSCHAFTEN IM ZUGE DES AUSBAUES VON BUNDESSTRASSEN VGL. VERMERK ZU 03 63/863 20.	2.000,0	2.000,0	A	2.000,0
					B	3.118,6
					C	1.904,0
311 21	920	ZUR FREIMACHUNG VON LIEGENSCHAFTEN IM ZUGE DES AUSBAUES VON BUNDESAUTOBAHNEN VGL. VERMERK ZU 03 63/863 21.	2.000,0	2.000,0	A	2.000,0
					B	60,0
311 22	920	ZUR SONSTIGEN FOERDERUNG VON MASSNAHMEN ZUGUNSTEN DES SOZIALEN WOHNUNGSBAUS AUS 25 03/ 852 36 DES BUNDESHAUSHALTS VGL. VERMERK ZU 03 63/ 863 22.	10.200,0	10.200,0	A	5.000,0
					B	6.079,1
					C	10.692,0
311 23	920	FUER DEN WOHNUNGSBAU FUER "JUNGE EHEPAARE"	***	***	A	-
311 24	920	FUER DEN WOHNUNGSBAU FUER ALTE MENSCHEN VGL. VERMERK ZU 03 63/ 863 24.	5.200,0	5.200,0	A	3.000,0
					B	4.034,0
					C	6.100,0
311 25	920	FUER DEN WOHNUNGSBAU FUER AUSLAENDISCHE FLUECHT- LINGE	***	***	A	-
311 26	920	FUER DEN WOHNUNGSBAU FUER EVAKUIERTENRUECKFUEHRUNG	***	***	A	-
					B	263,5
					C	1.290,0
311 27	920	FUER DEN WOHNUNGSBAU FUER AUSLAENDISCHE ARBEITS- KRAEFTE VGL. VERMERK ZU 03 63/ 863 27.	500,0	500,0	A	500,0
					B	900,0
					C	634,5
311 28	920	FUER DAS INTENSIVPROGRAMM VGL. VERMERK ZU 03 63/ 863 28.	49.600,0	49.600,0	A	42.700,0
					B	69.447,8
311 33	920	AN GEMEINDEN FUER VORHABEN NACH DEM STAEDTEBAU- FOERDERUNGSGESETZ UND ZUR FOERDERUNG VON STAEDTE- BAULICHEN STUDIEN UND MODELLVORHABEN VGL. VERMERK ZU 03 63/ 853 02.	17.500,0	17.500,0	A	4.000,0
					B	7.453,7
					C	1.291,8
311 34	920	ZUR FOERDERUNG DES WOHNUNGSBAUES UND ZUR MODERNI- SIERUNG IM RAHMEN DES SONDERPROGRAMMS 1974 ZUR RE- GIONALEN UND LOKALEN ABSTUETZUNG DER BESCHAEFTI- GUNG VGL. VERMERK ZU 03 63/TG 77.	15.669,3	-	A	-

311 43	920	ZUR FOERDERUNG VON STUDIEN UND MODELLVORHABEN ZUR ENTWICKLUNG UND ERNEUERUNG VON STAEDTEN UND DOER- FERN UND FUER VORHABEN IM VOLLZUG DES STAEDTEBAU- FOERDERUNGSGESETZES AN SONSTIGE	***	***	A	3.500,0
					B	63,3
					C	761,9

Erläuterungen

Zu 311 33

Vgl. Erläuterung zu Kap. 03 63 Tit. 853 02.

Zu 311 34

Vgl. Erläuterung zu Kap. 03 63 TG 77
und Kap. 13 03 Tit. 331 10.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
311 69	920	FUER SONSTIGE DURCHLAUFENDE ANLEHEN VGL. VERMERK ZU 13 05/861 69, 862 05 UND 13 06/ 831 07.	-	-	A	-
					B	1.330,5
		ZWISCHENSUMME TIT. 31102 - 31169	151.199,3	135.530,0	A	108.600,0
315 01	920	SCHULDAUFNAHMEN BEIM ERP- SONDERVERMOEGEN	-	-	A	-
		SCHULDENAUFNAHMEN AM KREDITMARKT FUER (322 01 - 325 22)				
322 01	920	SCHULDENAUFNAHMEN BEI SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGERN, DER BUNDESANSTALT FUER ARBEIT UND DER VERSORGUNGS- ANSTALT DES BUNDES UND DER LAENDER	-	-	A	-
					B	90.000,0
325 01	920	SCHULDENAUFNAHMEN AUF DEM SONSTIGEN INLAENDISCHEN KREDITMARKT DAVON 1975 UND 1976 JE 20 000 000 DM AUS RUECK- FLUSSMITTELN DER BAYERISCHEN LANDESBODENKREDIT- ANSTALT NACH § 4 ABS. 2 DES TREUHANDVERTRAGES FUER DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU (VGL. VERANSCHLA- GUNG BEI 03 63/863 09).	2.144.500,0	1.942.000,0	A	1.008.000,0
					B	141.414,0
					C	437.954,9
325 02	920	MINDEREINNAHME AUF GRUND DER VERORDNUNG UEBER DIE BEGRENZUNG DER KREDITAUFNAHME DURCH BUND, LAENDER, GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBAENDE IM HAUSHALTSJAHR 1974	***	***	A	380.180,0-
325 03	920	KREDITMARKTMITTEL ZUR LEISTUNG VON ZUSAETZLICHEN AUSGABEN GEM. ART. 3 ABS. 3 DES HAUSHALTSGESETZES 1975/1976	-	-	A	-
325 10	920	SCHULDENAUFNAHMEN BEI DER BAYER. LANDESBODENKRE- DITANSTALT AUS RUECKFLUSSMITTELN FUER DEN ALLGE- MEINEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU	***	***	A	22.000,0
					B	28.500,0
					C	13.500,0
325 11	920	SCHULDENAUFNAHMEN BEI DER BAYER. LANDESBODENKRE- DITANSTALT FUER SONSTIGE WOHNUNGSBAUZWECKE	***	***	A	-
325 12	920	SCHULDENAUFNAHMEN BEI DER BAYER. LANDESBODENKRE- DITANSTALT AUS RUECKFLUSSMITTELN FUER DEN WOHN- UNGSBAU FUER STAATSBEDIENSTETE VGL. VERMERK ZU 1303/862 01.	-	-	A	-
325 21	920	ERLOES AUS DER AUSGABE VON STEUERGUTSCHEINEN UND SCHATZANWEISUNGEN, NENNWERT	40.000,0	40.000,0	A	40.000,0
					B	37.978,0
					C	2.357,0
325 22	920	EINLOESUNG VON STEUERGUTSCHEINEN UND SCHATZANWEI- SUNGEN	40.000,0-	40.000,0-	A	40.000,0-
					B	37.296,0-
					C	14.515,0-
355 01	960	ENTNAHMEN AUS DER INVESTITIONSSTEUER (LANDESAN- TEIL) UND DER KONJUNKTURAUSGLEICHSRUECKLAGE DES LANDES FUER MASSNAHMEN DES SONDERPROGRAMMS 1974 ZUR REGIONALEN UND LOKALEN ABSTUETZUNG DER BE- SCHAEFTIGUNG VGL. VERMERKE ZU 03 63/TG 77, 07 04/883 69, 08 03/892 45.	61.475,0	-	A	-

Erläuterungen

Zu 311 69

Der Vortrag dient dazu, in Ausführung des Abschnittes VI des Verkehrsfinanzgesetzes vom 6. April 1955 (BGBl I S. 166) etwa aufkommende Darlehen des Bundes vereinnahmen zu können. Die Darlehen sind für nichtbundeseigene Eisenbahnen in Bayern bestimmt. Vgl. Kap. 13 05 Tit. 862 04.

Zu 315 01

Ob und ggf. in welcher Höhe Schuldaufnahmen erfolgen, ist nicht vorhersehbar.

Zu 322 01

Ob und ggf. in welcher Höhe im Rahmen der Kreditermächtigung auch Schuldaufnahmen bei den Sozialversicherungsträgern usw. erfolgen, läßt sich nicht vorhersehen.

Zu 325 01

Aus den veranschlagten Kreditmarktmitteln werden folgende Ausgaben finanziert:

<u>Kap.</u> Titel	Zweckbestimmung (Kurzform)	1975 DM	1976 DM
03 63 853 01—893 11	Zuschüsse und Darlehen für den Wohnungsbau	214 130 000	196 930 000
03 76 750 01—758 02	Um- und Ausbau der Staatsstraßen	150 000 000	150 000 000
03 77 861 01	Darlehen an die Rhein-Main-Donau AG	20 000 000	20 000 000
883 97—893 98	Zuschüsse zum Bau von Wasserversorgungs- und Abwasseranlagen	260 000 000	260 000 000
05 04—05 84	Darlehen, Investitionen, Zuschüsse und Baukostenersatz im Epl. 05	150 000 000	150 000 000
07 03, 07 04 und 07 05	Darlehen und Investitionszuschüsse im Epl. 07	113 770 000	122 850 000
08 03 und 08 04 08 36 und 08 72	Darlehen, Investitionen und Investitionszuschüsse im Epl. 08	213 407 600	204 347 600
10 05 und 10 07	Darlehen für Maßnahmen des Landesplanes für Behinderte und für Altenhilfe u. a.	82 190 000	92 000 000
13 03 862 01 und 891 04	Darlehen und Einmalzinszuschüsse zur Gewinnung von Wohnungen für Staatsbedienstete	74 500 000	33 000 000
893 02	Sonderprogramm der Bayerischen Staatsregierung	—	10 000 000
13 05 831 01 und 831 07	Kapitalerhöhung der Beteiligungsunternehmen	76 150 000	72 750 000
831 33 und 831 34, 861 01—861 03	Kapitalausstattung und Darlehen an Unternehmen im Sinne des Art. 26 Abs. 1 BayHO	12 500 000	14 940 000
861 22—891 02	Darlehen und Zuschüsse an Beteiligungsunternehmen	28 350 000	40 300 000
13 10 853 22—883 52	Darlehen und Investitionszuschüsse an Gemeinden und GV	566 500 000	251 000 000
14 03 und 14 09	Zuschüsse und Zuweisungen für Investitionen im Epl. 14	35 000 000	35 000 000
Epl. 01—14 Obergruppen 710—749	Staatlicher Hochbau abzüglich Sperre gem. Art. 4 Abs. 2 des Haushaltsgesetzes (15 v. H. bzw. 20 v. H.)	346 000 000	491 000 000
	Zwischensumme	2 342 497 600	2 144 117 600
	Abzüglich haushaltsgesetzliche Sperre gem. Art. 4 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes	197 997 600	202 117 600
	verbleiben	2 144 500 000	1 942 000 000

Mitveranschlagt sind 1975 und 1976 je 20 Mio DM Rückflüsse auf Wohnungsbaudarlehen aus Landesmitteln bis einschl. Haushaltsjahr 1956, die in das Vermögen der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt übergegangen sind. Diese Rückflüsse werden als Darlehen gemäß § 4 Abs. 2 des Treuhandvertrages vom 10. Februar 1964 und dem Vertrag vom 28. April 1966 in der Fassung des Änderungsvertrages vom 28. Juni 1972 für den sozialen Wohnungsbau wieder zur Verfügung gestellt.

Zu 325 10

Die Rückflußmittel sind ab 1975 bei Tit. 325 01 mitveranschlagt.

Zu 325 12

Die für den Staatsbedienstetenwohnungsbau in den Jahren 1948 bis 1952 bereitgestellten Darlehensmittel sind in das Vermögen der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt übertragen worden.

Die Rückflüsse auf die ausgereichten Darlehen sind nach § 4 Abs. 2 des Treuhandvertrages zwischen dem Freistaat Bayern und der Anstalt auf Verlangen dem Freistaat Bayern als Darlehen zu überlassen.

Zu 355 01

Vgl. Erläuterung bei Kap. 13 03 Tit. 331 10.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
355 02 -----	960	ENTNAHMEN AUS DER KONJUNKTURAUSGLEICHSRUECKLAGE	270.000,0	220.000,0	A
355 11 -----	950	ENTNAHME AUS DER AUSGLEICHSRUECKLAGE	-	-	A
GESAMTEINNAHMEN			2.918.633,5	2.587.332,7	A 1.088.354,4
AUSGABEN					
SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN					
546 66	920	HERSTELLUNG VON SCHULDURKUNDEN UND SONSTIGE AUSGABEN AUS ANLASS DES ANLEIHEDIENSTES	551,0	534,0	A 490,0 B 269,5 C 337,9
AUSGABEN FUER DEN SCHULDENDIENST					
561 01	920	ZINSAUSGABEN AN BUND VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	8.947,0	8.737,0	A 442,0 B 2.611,1 C 510,8
565 01	920	ZINSAUSGABEN AN ERP- SONDERVERMOEGEN VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	124,0	104,0	A 143,0 B 160,5 C 177,6
573 01	920	ZINSAUSGABEN FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN DER GELD-INSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND BAUSPARKASSEN GEGEN DEN FREISTAAT BAYERN GEMAESS §§ 11, 24 UND 25 UG AUS UEBERWEISUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDES-BANK NACH § 3 (1) DER 45. DVO/UG DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI 281 14.	-	-	A -
573 02	920	ZINSAUSGABEN FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN DER VERLAGERTEN DEUTSCHEN PFANDBRIEFANSTALT IN WIESBADEN GEGEN DEN FREISTAAT BAYERN GEM. §§ 11, 24 UND 25 UG AUS UEBERWEISUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDES-BANK DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI 241 01.	98,0	95,0	A 103,0 B 104,5 C 107,8
573 03	920	ZINSAUSGABEN FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN DER GELD-INSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND BAUSPARKASSEN GEGEN DEN FREISTAAT BAYERN GEMAESS §§ 11, 24 UND 25 UG DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHT SICH UM DIE MEHREINNAHME BEI 241 04, SIE VERMINDERT SICH UM DAS DOPPELTE DER MINDEREINNAHME BEI 241 04.	41.308,0	39.026,0	A 40.884,0 B 47.937,7 C 45.121,6
575 01	920	ABGELD BEI DER AUSGABE VON STEUERGUTSCHEINEN UND SCHATZANWEISUNGEN VGL. VERMERK ZU 575 02.	2.800,0	2.800,0	A 3.000,0 B 1.851,4
575 02	920	AUFGELD FUER IN BAR EINGELOESTE STEUERGUTSCHEINE ZU 575 01 UND 575 02: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	1.000,0	1.000,0	A 1.000,0 B 912,3
575 03	920	ZINSAUSGABEN FUER KURZFRISTIGE (KASSEN-) KREDITE	1.000,0	1.000,0	A 1.000,0

Erläuterungen

Zu 355 02

Es ist vorgesehen, konjunkturpolitisch bedeutsame Ausgaben im Jahre 1975 aus Konjunkturausgleichsrücklagen zu finanzieren (vgl. Anlage K zum Haushaltsgesetz 1975/1976). Die Mittel sind gemäß Art. 7 und 8 des Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung vom 23. Dezember 1974 (BGBl I S. 3676) freigegeben.

Für 1976 sind die dann noch verbleibenden Mittel aus Konjunkturausgleichsrücklagen in Höhe von rd. 220 Mio DM veranschlagt.

Zu 546 66

Veranschlagt und gebucht werden bei dem Titel die mit der Aufbringung der Darlehen und Anleihen verbundenen Sachkosten wie z. B. die Kosten für Papierbeschaffung, Druck, Inserate, Zeichnungsformulare, Wertpapierbereinigung, Regelaufträge u. ä.

Im einzelnen sind veranschlagt:	1975	1976
	DM	DM
1. Gebühren und Spesen der Zahlstellen		
a) für Inlandsanleihen	311 000	294 000
b) für Auslandsanleihe	30 000	30 000
2. Kosten der Inserate für begebene Anleihen	50 000	50 000
3. Kosten für die Begebung neuer Anleihen	140 000	140 000
4. Sonstiges	20 000	20 000
Zusammen	551 000	534 000

Zum Schuldendienst

Die Tilgungsbeträge und Zinsen sind nach dem durch Einzelberechnungen ermittelten und in der Anlage F auf die verschiedenen Schuldarten aufgeteilten Bedarf veranschlagt.

Zu 573 02

Vgl. Erläuterung bei Tit. 241 01.

Zu 573 03

Vgl. Erläuterung zu Tit. 241 04.

Zu 575 01 und 575 02

Veranschlagt sind für Auf- und Abgeld in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 je 3,8 Mio DM.

Zu 575 03

Bei Spitzenbelastungen der staatlichen Kassen muß vorübergehend mit der Inanspruchnahme von Kassenkrediten gerechnet werden.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
575 04	920	AUSGABEN AUS ANLASS DER BESCHAFFUNG VON MITTELN IM WEGE DES KREDITS VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN). DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	30.000,0	30.000,0	A	15.000,0
					B	3.897,5
576 01	920	ZINSAUSGABEN AN AUSLAND VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	122,0	122,0	A	122,0
					B	6,1
581 01	920	PLANMAESSIGE TILGUNGS-AUSGABEN AN BUND VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	21.228,0	21.670,0	A	3.573,0
					B	11.625,4
					C	4.064,2
581 02	920	AUSSERPLANMAESSIGE TILGUNGS-AUSGABEN AN BUND VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	400,0	400,0	A	300,0
					B	405,0
					C	571,0
584 01	920	TILGUNGS-AUSGABEN AN LASTENAUSGLEICHSFONDS VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	23.076,0	22.637,0	A	1.648,0
					B	1.647,8
					C	1.647,8
584 02	920	AUSSERPLANMAESSIGE TILGUNGS-AUSGABEN AN LASTENAUSGLEICHSFONDS VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	2.000,0	1.900,0	A	-
585 01	920	TILGUNGS-AUSGABEN AN ERP- SONDERVERMOEGEN VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN).	394,0	384,0	A	376,0
					B	356,7
					C	341,1
593 01	920	TILGUNGS-AUSGABEN FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN DER GELDINSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND BAUSPARKASSEN GEGEN DEN FREISTAAT BAYERN GEMAESS §§ 11, 24 UND 25 UG AUS STEUER- UND STRAFBETRAEGEN NACH § 7 ABS. 4 SATZ 2 UG DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI 281 12.	-	-	A	-
593 02	920	TILGUNGS-AUSGABEN FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN DER GELDINSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND BAUSPARKASSEN GEGEN DEN FREISTAAT BAYERN GEMAESS §§ 11, 24 UND 25 UG AUS UEBERWEISUNGEN DER DEUTSCHEN BUNDESBANK NACH § 3 (1) DER 45. DVO/ UG DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI 281 13.	-	-	A	-
593 03	920	TILGUNGS-AUSGABEN FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN DER GELDINSTITUTE, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND BAUSPARKASSEN GEGEN DEN FREISTAAT BAYERN GEMAESS §§ 11, 24 UND 25 UG DIE AUSGABEBEF. ERHOEHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINN. BEI 241 03, SIE ERHOEHT SICH FERNER UM 2/3 DER EINNAHME BEI 281 11.	32.472,0	33.138,0	A	30.978,0
					B	31.726,7
					C	29.697,8
595 01	920	ANKAUF VON SCHULDITITELN DES STAATES ZUR KURSPFLEGE KREDITFINANZIERT. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH ART. 2 ABS. 3 DES HAUSHALTSGESETZES. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	-	-	A	-
					B	6.539,2-

Erläuterungen

Zu 575 04

Bei Tit. 325 01 sind im Haushaltsjahr 1975 1965 Mio DM und im Haushaltsjahr 1976 1932 Mio DM Kreditmarktschuldaufnahmen veranschlagt. Daneben besteht noch ein Kreditbedarf aus Ermächtigungen früherer Haushaltsjahre. Die Aufnahme dieser Mittel hängt zeitlich von der jeweiligen tatsächlichen Inanspruchnahme der kreditfinanzierten Mittel und der Entwicklung der Kassenlage ab.

Veranschlagt sind die bei der Aufnahme der Darlehensmittel voraussichtlich entstehenden Kosten wie Disago, Bonifikationen usw.

Zu 595 01

In den Haushaltsjahren 1975 und 1976 sind Mittel für Kursstützungen nicht vorgesehen. Ein etwaiger Bedarf zur Fortführung der Kurspflege der Schuldtitel des Staates muß aus Ausgaberesten bzw. aus den bei Titelgruppe 73 veranschlagten Mitteln gedeckt werden (vgl. Vermerk bei Titelgruppe 73). Über diesen Titel sind auch Kursstützungskäufe auf Grund der Ermächtigung des Art. 2 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes abzuwickeln.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

EINNAHMEN AUS DER VERÄUSSERUNG VON AUS DIESEM ANSATZ ERWORBENEN SCHULDITITELN DÜRFEN VON DER AUSGABE ABGESETZT WERDEN.

DER ANSATZ DARF AUS DEN MITTELN DER TITELGRUPPE 73 (AUSGABEN) VERSTÄRKT WERDEN.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	B IST 1973	C IST 1972
			TSD.DM	TSD.DM	TSD.DM		
1	2	3	4	5	6		
595 02	920	UMFINANZIERUNG VON STAATSANLEIHEN UND VON SONSTIGEN KREDITEN KREDITFINANZIERT. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH ART. 2. ABS. 3 DES HAUSHALTSGESETZES. SIE BEMISST SICH AUSSERDEM NACH DER EINNAHME BEI 133 01. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	-	-	A	-	-
596 01	920	TILGUNGS-AUSGABEN AN AUSLAND VGL. VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN). ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	200,0	200,0	A B	200,0 11,8	
641 01	529	ERSTATTUNGEN AN DEN BUND GEMAESS § 11 DES GESETZES UEBER DIE GEMEINSCHAFTSAUFGABE "VERBESSERUNG DER AGRARSTRUKTUR UND DES KUESTENSCHUTZES" DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH AUF 60 V.H. DER ISTEINNAHME BEI 162 38 UND 182 38.	759,6	1.299,6	A	-	
642 01	920	ERSTATTUNG VON ZINSEN AN ANDERE LAENDER FUER AUSGLEICHSFORDERUNGEN DER VERLAGERTEN GELDINSTITUTE, FILIALBANKEN, VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN UND BAUSPARKASSEN MIT SITZ IN ANDEREN LAENDERN	3.407,0	3.318,0	A B C	3.493,0 3.576,1 3.534,7	
661 01	740	LEISTUNGEN NACH ART. 8 ABS. 4 DES VERTRAGES UEBER DIE GRUNDLAGEN EINES VERKEHRS- UND TARIFVERBUNDES IM VERKEHRSRAUM MUENCHEN (MVV GRUNDVERTRAG) DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	***	***	A	5.000,0	
681 01	920	ENTSCHAEDIGUNGEN USW. NACH § 63 DES GESETZES ZUR AUSFUEHRUNG DES ABKOMMENS VOM 27. FEBRUAR 1953 UEBER DEUTSCHE AUSLANDSSCHULDEN VOM 24. AUGUST 1953 (BGBL I S. 1003)	***	***	A B C	- 2,3 2,4	
681 02	920	ENTSCHAEDIGUNGEN USW. ZUR VERZINSUNG UND TILGUNG DER DECKUNGSFORDERUNGEN NACH DEM ALTSPARERGESETZ (§ 19 ABS. 2 ALTSPARERGESETZ I. D. F. VOM 1. APRIL 1959- BGBI I S. 170) SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN	25,0	25,0	A B C	25,0 17,7 21,3	
831 05	920	ERWERB VON WERTPAPIEREN ODER SONSTIGEN SCHULDTITELN AUS DER VERAEUSSERUNG VON DARLEHENSFORDERUNGEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 133 02, SOWEIT DIESE IN WERTPAPIEREN ERBRACHT WERDEN.	-	-	A	-	
831 06	920	RUECKKAUF VON AUF ZEIT VERAEUSSERTEN WERTPAPIEREN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 133 01.	-	-	A	-	
831 07	920	ERWERB VON WERTPAPIEREN ODER SONSTIGEN SCHULDTITELN FUER SONSTIGE MASSNAHMEN KREDITFINANZIERT. DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 133 01, 133 02 UND 311 69.	-	-	A	-	

Erläuterungen

Zu 595 02

Über diesen Titel sind insbesondere Umfinanzierungen auf Grund der Ermächtigung des Art. 2 Abs. 3 des Haushaltsgesetzes abzuwickeln. Ob und inwieweit Umfinanzierungen möglich und zweckmäßig sind, kann noch nicht übersehen werden.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

EINNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT UMFINANZIERUNGEN DÜRFEN VON DER AUSGABE ABGESETZT WERDEN.

Zu 642 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 86 000 DM wegen der fortschreitenden Tilgung (vgl. Erläuterung bei Tit. 242 01).

1976 gegenüber 1975:

Weniger 89 000 DM wegen der fortschreitenden Tilgung (vgl. Erläuterung bei Tit. 242 01).

Zu 661 01

Die Leistungen nach Art. 8 Abs. 4 des Vertrages über die Grundlagen eines Verkehrs- und Tarifverbundes im Verkehrsraum München sind ab 1975 bei Kap. 07 05 Tit. 661 04 veranschlagt.

Zu 681 01

Entschädigungsleistungen fallen nicht mehr an.

Zu 681 02

Nach § 19 Abs. 2 ASpG in der Fassung vom 1. April 1959 (BGBl I S. 170) haben die Schuldner der als Altsparanlagen anerkannten Schuldverschreibungen dem Ausgleichsfonds die zur Verzinsung und Tilgung der Deckungsforderungen erforderlichen Beträge zur Verfügung zu stellen, soweit den Deckungsforderungen Entschädigungsgutschriften an Sparanlagen im Sinne des § 2 b Abs. 1 Nr. 2 ASpG (Schuldverschreibungen der Länder usw.) gegenüberstehen.

Zu 831 05

Vgl. Vermerk und Erläuterungen zu Tit. 133 02.

Zu 831 06

Die Verwertung von im Staatsbesitz befindlichen oder vorübergehend erworbenen Wertpapieren ist teilweise nur dadurch möglich, daß bei der Veräußerung eine Rücknahmeverpflichtung für diese Wertpapiere eingegangen wird. Ob und in welcher Höhe von der Rücknahmevereinbarung durch die Käufer Gebrauch gemacht wird, steht nicht fest, da dies weitgehend von der Kursentwicklung und der Verwertbarkeit dieser Wertpapiere abhängig ist. Es kann jedoch angenommen werden, daß die Rücknahmeverpflichtungen, falls sie tatsächlich beansprucht werden sollten, durch anderweitige Verwertung dieser oder anderer im Staatsbesitz befindlicher Wertpapiere eingelöst werden können. Zu diesem Zweck ist die Ausbringung des Vortrages auf der Einnahmeseite bei Tit. 133 01 (Abschn. e des Vermerks) und auf der Ausgabe-seite bei Tit. 831 06 erforderlich.

Zu 831 07

Anlässlich der Umfinanzierung bestehender Staatsanleihen und sonstiger Kredite (vgl. Tit. 595 02) kann es erforderlich werden und zweckmäßig sein, daß der Freistaat Bayern Wertpapiere vorübergehend in Depot nimmt. Der Gegenwert für diese Wertpapiere muß bei Tit. 831 07 verausgabt werden. Bei der Verwertung dieser Wertpapiere wird der Gegenwert bei Tit. 133 01 vereinnahmt und bei dem zutreffenden Zweckausgabebetitel verausgabt.

Das gleiche gilt, soweit Wertpapiere oder Forderungen im sonstigen staatlichen Interesse, z. B. anlässlich der Rückzahlung von Darlehen, übernommen werden müssen.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
861 01	740	DARLEHEN AN DIE BAYER. LANDESANSTALT FUER AUFBAU-FINANZIERUNG, INSBESONDERE ZUR FINANZIERUNG UND REFINANZIERUNG VON AUFTRAEEN DER DEUTSCHEN BUNDESBAHN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 133 01 UND 133 02. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	-	-	A - B - C -
861 04	260	ZUR FINANZIERUNG UND REFINANZIERUNG VON KREDITEN AN DURCH ELEMENTARSCHAEDEN BETROFFENE KREDITFINANZIERT.	-	-	A - B 4,5 C 168,6
870 01	680	INANSPRUCHNAHME AUS GEWAHRLEISTUNGEN VGL. VERMERK ZU 911 01. DIE MITTEL KOENNEN AUCH ZUR ABWENDUNG VON SCHADENSAEELLEN UND ZUR REALISIERUNG VON SICHERHEITEN FUER STAATSVERBUERGTE KREDITE VERWENDET WERDEN. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	500,0	500,0	A 500,0 B 13,5 C 16,8
891 01	622	ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN ZUR VERBILLIGUNG DES PREISES ELEKTRISCHER ENERGIE AN OEFFENTLICHE UMTERNEHMEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOECHT SICH UM DIE MEHREINNAHME BEI 13 04/122 01. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	1.390,0	1.390,0	A 950,0 B 1.111,0 C 700,0
893 01	183	ZUSCHUESSE ZU DEN KOSTEN DES WIEDERAUFBAUES DES GERMANISCHEN NATIONALMUSEUMS NUERNBERG DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DEN EINNAHMEN BEI 133 01. BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	-	-	A - B 500,0 C 781,0
911 01	950	ZUFUEHRUNG AN DIE AUSGLEICHSRUECKLAGE DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOECHT SICH UM DIE MINDER-AUSGABE BEI 870 01. VGL. AUCH VERMERK ZU TG 73 (AUSGABEN). FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	-	-	A - B 225.486,4 C 160.483,1
915 01	950	ZUFUEHRUNG AN DIE KONJUNKTURAUSGLEICHSRUECKLAGE	-	-	A -
971 01	960	ZUSAETZLICHE AUSGABEN NACH MASSGABE DES GESETZES ZUR FOERDERUNG DER STABILITAET UND DES WACHSTUMS DER WIRTSCHAFT IN VERBINDUNG MIT ART. 3 ABS. 2 UND 3 DES HAUSHALTSGESETZES 1975/1976	-	-	A -
TITELGRUPPEN					
71 SCHULDENDIENSTHILFEN FUER DARLEHEN ZUR FINANZIERUNG VON IM STAATLICHEN INTERESSE GELEGENEN, BESONDERS FOERDERUNGSWUERDIGEN MASSNAHMEN DIE TITEL DER TG SIND GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.					
623 71	181	SCHULDENDIENSTHILFEN AN GEMEINDEN UND GV VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 4.156.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 2.556.000 FAELIGKEIT ERGIBT SICH AUS DEN ERLAEUTERUNGEN.	800,0	800,0	A 600,0 B 106,8 C 300,0

Erläuterungen

Zu 861 01

- a) Der Staat gewährte der Deutschen Bundesbahn in den Haushaltsjahren 1949 bis 1951 aus Geldanlage- und Ausgleichsrücklagemitteln und in den Haushaltsjahren 1952 bis 1959 auf Grund der Gesetze vom 21. März 1952 und vom 17. November 1956 (BayBS III S. 549) aus Haushaltsmitteln Finanzierungshilfen zur Elektrifizierung der Strecken Nürnberg—Aschaffenburg und Regensburg—Passau sowie für sonstige volkswirtschaftlich, verkehrs- und arbeitsmarktpolitisch förderungswürdige Maßnahmen in Bayern in Form der Übernahme von Bundesbahn-Schatzanweisungen im Gesamtbetrage von 212,5 Mio DM. Die Schatzanweisungen konnten zum größten Teil wieder anderweitig verwendet werden.
- b) Ferner hat die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (LfA) für volkswirtschaftlich, verkehrs- und sozialpolitisch gleich wichtige Maßnahmen der Deutschen Bundesbahn (DB) zinsgünstige Darlehen gewährt oder zugesagt, und zwar
- aa) zur Finanzierung von Aufträgen der DB an bayer. Unternehmen der Waggon-, Fahrzeug- und Maschinenindustrie und zum Wiederaufbau von Bahnhofgebäuden in Bayern Darlehen im Betrag von 46,7 Mio DM; die dazu erforderliche und durch den Haushaltsplan 1956 grundsätzlich bewilligte Refinanzierungshilfe des Staates erfolgte durch die Anlage von Kassenmitteln und den Ankauf von Schuldtiteln der DB;
- bb) zur Finanzierung von Maßnahmen wie unter aa), ferner zur Elektrifizierung der Strecke Dachau—Ingolstadt, zur Erweiterung der Bahnhofsanlagen München und zur Erneuerung der Signalanlagen im Hauptbahnhof München Darlehen im Betrag von 72,8 Mio DM;
- cc) zur Elektrifizierung der Strecken Treuchtlingen—Würzburg und Gemünden—Jossa Darlehen im Betrag von 104 Mio DM.

Die zu bb) und cc) erforderliche und durch den Nachtrags Haushaltsplan 1961 grundsätzlich bewilligte Refinanzierungshilfe des Staates erfolgte bisher durch die Anlage von Kassenmitteln und den Ankauf von Schuldtiteln der DB. Eine weitere Refinanzierungshilfe wird wie bisher in Form der Gewährung kurzfristiger Darlehen aus noch nicht zur Auszahlung benötigten Mitteln (Ausgabereste) ermöglicht (vgl. hierzu den insbes. wegen Art. 82 BV aufgenommenen Vermerk). Bisher wurden solche Darlehen in Höhe von insgesamt 80 Mio DM gewährt. Für weitere Elektrifizierungen werden der Deutschen Bundesbahn seit 1971 Zinsverbilligungszuschüsse aus Kap. 07 05 Tit. 661 03 gewährt.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DER BAYERISCHEN LANDESANSTALT FÜR AUFBAUFINANZIERUNG DÜRFEN AUS NOCH NICHT ZUR AUSZAHLUNG BENÖTIGTEN MITTELN (AUSGABERESTE) ÜBER DIE IN DEN HAUSHALTSJAHREN 1963 MIT 1966 GEWÄHRTEN BETRÄGE HINAUS WEITERE KURZFRISTIGE DARLEHEN ZUR VORFINANZIERUNG VON MASSNAHMEN IN IHREM AUFGABENGEBIET BIS ZU 120 MIO DM GEWÄHRT WERDEN.

Zu 861 04

Der Vortrag dient zur Abwicklung eines Ausgaberestes. Aus diesem Ausgaberest werden auf Grund der Landtagsbeschlüsse vom 12. März 1963 (Beilage 220) und vom 14. März 1969 (Beilage 1861) nach Maßgabe der Finanzhilferichtlinien 1962 auch Darlehen bei Notständen infolge Schäden an Spannbetondecken, die unter Verwendung von Tonerdeschmelzement oder chloridhaltiger Zemente hergestellt worden sind, gewährt (vgl. auch Erläuterungen bei Kap. 13 03 Titelgruppe 73 [Ausgaben] und bei Kap. 13 06 Titelgruppe 71 [Ausgaben]).

Zu 870 01

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

GRUNDSTÜCKE UND BETEILIGUNGEN, DIE AUF DIESEM WEGE ERWORBEN WERDEN, SIND NICHT BESTANDTEIL DES GRUNDSTOCKVERMÖGENS, DA SIE ZUR WEITERVERÄUSSERUNG BESTIMMT SIND. NICHTVERBRAUCHTE MITTEL DES TITELS WERDEN ZUR VERWENDUNG IN SPÄTEREN HAUSHALTSJAHREN DER AUSGLEICHSRÜCKLAGE ZUGEFÜHRT.

Zu 891 01 (bisher 891 72)

Die Einnahmen aus Wasserbenutzungsgebühren (vgl. Kap. 13 04 Tit. 122 01) sollen dazu verwendet werden, in wirtschaftlich besonders dringenden Fällen den Preis elektrischer Energie zu verbilligen. Die Mittel werden nach Richtlinien der Staatsministerien des Innern, der Finanzen und für Wirtschaft und Verkehr gewährt. Der Erlaß der von der Innwerk AG und Bayerischen Wasserkraftwerke AG geschuldeten Wasserbenutzungsgebühren steht mit dem vorgesehenen Staatszuschuß zum Bau der Innstufen Feldkirchen bei Rosenheim und Perach, Landkreis Altötting, bzw. Ausbau des Lechs zwischen Landsberg und Schwabstadt (Lechstaustufe 18) in Zusammenhang (vgl. Erl. zu Kap. 03 77 Tit. 780 01—780 63). Durch den Erlaß soll eine Senkung des Preises des in den Kraftwerken zu erzeugenden Stroms bewirkt werden, wodurch der Bau der Staustufen wirtschaftlich ermöglicht wird. Der Erlaß ist gemäß den Art. 15 und 35 Abs. 1 BayHO als Ausgabe bei diesem Ansatz nachzuweisen.

1975 gegenüber 1974:

Mehr	250 000 DM	wegen Erhöhung des Erlasses von Wasserbenutzungsgebühren der Bayerischen Wasserkraftwerke AG von 250 000 DM auf 500 000 DM
	190 000 DM	wegen Erlasses von Wasserbenutzungsgebühren der Innwerk AG für den Bau der Innstaustufe Perach, Landkreis Altötting
Zusammen	440 000 DM	

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DER INNWERK AG, TÖGING, KÖNNEN AB 1967 AUF DIE DAUER VON 20 JAHREN JÄHRLICH 700 000 DM SOWIE AB 1976 AUF DIE DAUER VON 3 JAHREN JÄHRLICH 190 000 DM UND DER BAYERISCHEN WASSERKRAFTWERKE AG, MÜNCHEN, IN DEN HAUSHALTSJAHREN 1975 UND 1976 JE 500 000 DM WASSERBENUTZUNGSGEBÜHREN ZU LASTEN DIESES ANSATZES ERLASSEN WERDEN.

Zu 893 01

Zur Abwicklung der sich für den Freistaat Bayern aus dem IV. Bauabschnitt des Wiederaufbaues des Germanischen Nationalmuseums in Nürnberg noch ergebenden anteiligen Zuschußleistungen ist ein Sonderfinanzierungsbeitrag vorgesehen, der durch Wertpapierschuldtitel erbracht werden soll (vgl. Tit. 133 01 Abschn. g des Vermerks). Für den I. bis IV. Bauabschnitt dieses Wiederaufbaues hat der Freistaat Bayern bis einschließlich 1974 Leistungen in Höhe von rund 13,5 Mio DM erbracht.

Zu 911 01, Vermerk Buchst. B

Um die Vorbelastung der künftigen Haushaltspläne möglichst niedrig zu halten, dürfen aus einem etwaigen Haushaltsüberschuß mehrjährige Zinszuschüsse aus wirtschaftlichen Gründen durch Einmalzinszuschüsse abgedeckt werden.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

EIN ÜBERSCHUSS DER EINNAHMEN ÜBER DIE AUSGABEN DES HAUSHALTS IST ZU VERWENDEN:

- A) GEMÄSS ART. 25 ABS. 2 BAYHO ZUR VERMINDERUNG DES KREDITBEDARFS, ZUR TILGUNG VON SCHULDEN UND ZUR ZUFÜHRUNG AN DIE AUSGLEICHSRÜCKLAGE,
- B) ZUR GEWÄHRUNG VON EINMALZINSZUSCHÜSSEN ANSTELLE VON MEHRJÄHRIGEN ZINSZUSCHÜSSEN.
- VGL. AUCH VERMERK BEI TITELGRUPPE 73 (AUSGABEN).

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
661 71	699	SCHULDENDIENSTHILFEN AN OEFFENTLICHE UNTERNEHMEN	10.956,0	10.768,0	A	6.196,0
					B	5.755,5
					C	23.069,1
662 71	523	SCHULDENDIENSTHILFEN AN PRIVATE UNTERNEHMEN	930,0	930,0	A	790,0
		VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 1.280.000			B	305,5
		VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 1.280.000			C	309,0
		FAELLIGKEIT ERGIBT SICH AUS DEN ERLAEUTERUNGEN.				
663 71	184	SCHULDENDIENSTHILFEN AN SONSTIGE IM INLAND	10,0	10,0	A	10,0
					B	6,8
					C	8,0
SUMME DER TITELGRUPPE			12.696,0	12.508,0	A	7.596,0
73 SCHULDENDIENSTLEISTUNGEN FUER SCHULDEN BEI SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGERN USW., BEI OEFFENT- LICHEN UNTERNEHMEN, AUS KREDITMARKTMITTELN UND BEI SONSTIGEN IM INLAND UND IM AUSLAND DIE TITEL DER TG SIND GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG. DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.						
571 73	920	ZINSAUSGABEN AN OEFFENTLICHE UNTERNEHMEN	-	-	A	-
572 73	920	ZINSAUSGABEN AN SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGER, DIE BUNDESANSTALT FUER ARBEIT UND DIE VERSORGUNGSAN- STALT DES BUNDES UND DER LAENDER	47.186,0	41.522,0	A	36.382,0
					B	25.501,5-
					C	86.988,9
575 73	920	ZINSAUSGABEN AN SONSTIGEN INLAENDISCHEN KREDIT- MARKT	213.975,0	373.419,0	A	62.504,0
					B	131.664,1
591 73	920	TILGUNGS-AUSGABEN AN OEFFENTLICHE UNTERNEHMEN	-	-	A	-
592 73	920	TILGUNGS-AUSGABEN AN SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGER, DIE BUNDESANSTALT FUER ARBEIT UND DIE VERSORGUNGS- ANSTALT DES BUNDES UND LAENDER	82.025,0	81.104,0	A	55.658,0
					B	23.777,7
					C	293.879,1
595 73	920	TILGUNGS-AUSGABEN AN SONSTIGEN INLAENDISCHEN KRE- DITMARKT	263.152,0	320.455,0	A	225.448,0
					B	203.489,9
SUMME DER TITELGRUPPE			606.338,0	816.500,0	A	379.992,0
GESAMTAUSGABEN			790.835,6	999.287,6	A	496.815,0

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 71	1975 DM	1976 DM
1. Frei	—	—
2. zur Sanierung akut gefährdeter Spannbetondecken aus Tonerdeschmelzzement oder chloridhaltigen Zementen in landwirtschaftlichen Betrieben und in Familienheimen des sozialen Wohnungsbaues unter Einbeziehung der in den Vermerken zu Kap. 13 03 Tit. 892 73 genannten Fälle:		
a) aus Zusagen der Vorjahre	180 000	180 000
b) aus neuen Zusagen	120 000	120 000
3. Frei	—	—
4. im Zusammenhang mit der Ansiedlung der Süddeutschen Kalkstickstoffwerke AG in Münchsmünster	1 329 000	1 141 000
5. für Darlehen an durch Elementarereignisse Geschädigte		
a) aus Zusagen der Vorjahre	150 000	150 000
b) aus neuen Zusagen	300 000	300 000
6. für Darlehen zur Instandsetzung von Kunstdenkmälern in nicht-staatlichem Besitz	10 000	10 000
7. Frei	—	—
8. zur Abdeckung des Refinanzierungsrisikos der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung bei der Durchführung staatlicher Förderungsprogramme ...	9 627 000	9 627 000
9. für Darlehen zu kulturellen Bau- maßnahmen		
a) aus Zusagen der Vorjahre	800 000	800 000
b) aus neuen Zusagen	—	—
10. für unvorhersehbare besonders förderungswürdige Maßnahmen	180 000	180 000
Zusammen	12 696 000	12 508 000

Zur Durchführung der Maßnahmen wird sich der Staat in den Fällen der Nr. 2 b und 5 b zur Leistung von Zuschüssen für die Dauer von bis zu 10 Jahren verpflichten müssen (vgl. Art. 16 und 38 Abs. 1 BayHO).

Für die Durchführung der neuen Programme der Nr. 2 b und 5 b werden voraussichtlich 1975 und 1976 Zinszuschüsse bis zum Gesamtbetrag von je rd. 1,7 Mio DM zugesagt werden müssen, wofür zunächst je 420 000 DM veranschlagt sind. Damit können Darlehen bis zum Gesamtbetrag von etwa je 8,5 Mio DM verbilligt werden. Solche Verpflichtungen wurden in den Fällen der Nrn. 2 a, 3, 4, 5 a und 9 a auf Grund früherer Ermächtigungen des Haushaltsplans, in den Fällen der Nr. 6 auf Grund gesetzlicher Ermächtigung bereits eingegangen. Zur Erfüllung dieser früher gegebenen Zusagen sind 1975 2 469 000 DM und 1976 2 361 000 DM veranschlagt.

Aus Nr. 2 werden Zinszuschüsse im Rahmen der Sanierungshilfe für akut gefährdete Spannbetondecken aus Tonerdeschmelzzement oder chloridhaltigen Zementen (in Sonderfällen zur Sanierung noch nicht akut gefährdeter Spannbetondecken) gewährt (vgl. Vermerke bei Kap. 13 03 Tit. 892 73 und Erläuterungen zu Kap. 13 03 Titelgruppe 73 [Ausgaben]). Darüber hinaus können nach Maßgabe der Finanzhilferichtlinien 1962 aus lfd. Nr. 5 auf Grund der Landtagsbeschlüsse vom 12. März 1963 (Beilage 220) und vom 14. März 1969 (Beilage 1861) Zinszuschüsse bei Notständen infolge von Schäden an Spannbetondecken, die unter Verwendung von Tonerdeschmelzzement oder chloridhaltiger Zemente hergestellt worden sind, gewährt werden.

Zu Nr. 4

Der Ansiedlung der Süddeutschen Kalkstickstoffwerke AG in Münchsmünster kommt im Hinblick auf die Landesentwicklung große Bedeutung zu. Sie wird deshalb vom Freistaat Bayern im erforderlichen Umfang gefördert.

Zu Nr. 8

Die Mittel sind — im Rahmen jeweils getroffener Vereinbarungen — zur Abdeckung erhöhter Refinanzierungskosten der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung bei der Durchführung staatlicher Förderungsprogramme bestimmt.

(Noch zu Titelgruppe 71)

1975 gegenüber 1974:

Mehr	40 000 DM bei Nr. 2 b	} infolge erhöhten Bedarfs
	100 000 DM bei Nr. 5 b	
	5 627 000 DM bei Nr. 8	
	200 000 DM bei Nr. 9	
Zusammen	5 967 000 DM	
Weniger	680 000 DM bei Nr. 3	} infolge geringeren Bedarfs
	187 000 DM bei Nr. 4	
Zusammen	867 000 DM	
Somit mehr	5 100 000 DM	

Zu 623 71

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

VON DER VERANSCHLAGTEN VERPFLICHTUNGSMÄCHTIGUNG 1975 IN HÖHE VON 4 156 000 DM WERDEN FÄLLIG FRÜHESTENS IN DEN HAUSHALTSJAHREN

	DM
1976	684 000
1977	684 000
1978	684 000
1979	684 000
1980	284 000
1981	284 000
1982	284 000
1983	284 000
1984	284 000

VON DER VERANSCHLAGTEN VERPFLICHTUNGSMÄCHTIGUNG 1976 IN HÖHE VON 2 556 000 DM WERDEN FÄLLIG FRÜHESTENS IN DEN HAUSHALTSJAHREN

	DM
1977	284 000
1978	284 000
1979	284 000
1980	284 000
1981	284 000
1982	284 000
1983	284 000
1984	284 000
1985	284 000

Zu 662 71

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

VON DER VERANSCHLAGTEN VERPFLICHTUNGSMÄCHTIGUNG 1975 IN HÖHE VON 1 280 000 DM WERDEN FÄLLIG FRÜHESTENS IN DEN HAUSHALTSJAHREN

	DM
1976	360 000
1977	295 000
1978	235 000
1979	175 000
1980	110 000
1981	50 000
1982	35 000
1983	20 000

VON DER VERANSCHLAGTEN VERPFLICHTUNGSMÄCHTIGUNG 1976 IN HÖHE VON 1 280 000 DM WERDEN FÄLLIG FRÜHESTENS IN DEN HAUSHALTSJAHREN

	DM
1977	360 000
1978	295 000
1979	235 000
1980	175 000
1981	110 000
1982	50 000
1983	35 000
1984	20 000

Zu TG 73

Siehe nächste Erläuterungsseite.

Kapital und Schulden

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973
1	2	3	4	5	C IST 1972
					TSD.DM
					6
		ABSCHLUSS			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.	235.026,2	235.931,7	A 275.122,4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	56.433,0	53.871,0	A 54.812,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	2.627.174,3	2.297.530,0	A 758.420,0
		GESAMTEINNAHMEN	2.918.633,5	2.587.332,7	A 1.088.354,4
		SAECHLICHE VERWALTUNGSAusGABEN	551,0	534,0	A 490,0
		AUSGABEN FUER DEN SCHULDENDIENST	771.507,0	979.713,0	A 478.761,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	16.887,6	17.150,6	A 16.114,0
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN	1.890,0	1.890,0	A 1.450,0
		BESONDERE FINANZIERUNGSAusGABEN	-	-	A -
		GESAMTAUSGABEN	790.835,6	999.287,6	A 496.815,0
		UEBERSCHUSS	2.127.797,9	1.588.045,1	A 591.539,4

Erläuterungen

Zu Titelgruppe 73

Einzelberechnung siehe Anlage F Abschn. G.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DIE TITEL DER TITELGRUPPE SIND GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG UND ÜBERTRAGBAR.

DIE TITEL DER TITELGRUPPE SIND FERNER MIT DEN TITELN 561 01, 565 01, 575 04, 576 01, 581 01, 585 01 UND 596 01 GEGENSEITIG DECKUNGSFÄHIG.

DIE AUSGABEBEFUGNIS DER TITELGRUPPE SOWIE DER VORGENANNTEN TITEL ERHÖHT SICH UM DIE MEHREINNAHME BEI DEN TITELN 153 01-162 14, 162 16, 162 25-162 61, 173 01-182 14, 182 16, 182 22, 182 25, 182 27-182 61. EIN ÜBERSCHUSS DER EINKÜNFEN ÜBER DIE AUSGABEN DES HAUSHALTS IST ZU VERWENDEN:

- A) GEMÄSS ART. 25 ABS. 2 BAYHO ZUR VERMINDERUNG DES KREDITBEDARFS, ZUR TILGUNG VON SCHULDEN UND ZUR ZUFÜHRUNG AN DIE AUSGLEICHSRÜCKLAGE,
- B) ZUR GEWÄHRUNG VON EINMALZINZSCHÜSSEN ANSTELLE VON MEHRJÄHRIGEN ZINZSCHÜSSEN.

DIE ENTSPRECHENDEN AUSGABEN SIND BEI DEN EINSCHLÄGIGEN TITELN DER KAPITEL DES HAUSHALTSPLANS RECHNUNGSMÄSSIG NACHZUWEISEN.

VGL. VERMERK BEI TIT. 595 01 UND 911 01.

Allgemeine Finanzaufweisungen usw.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
		ALLGEMEINE FINANZZUWEISUNGEN, ZWECKZUWEISUNGEN UND DARLEHEN AN GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBAENDE (GV), SOWEIT NICHT IN ANDEREN KAPITELN DES HAUSHALTS-PLANS VERANSCHLAGT DIE MITTEL DER AUSGABETITEL DIESES KAPITELS SIND UEBERTRAGBAR.				
		EINNAHMEN				
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
213 01	910	LANDESUMLAGE DER BEZIRKE	100.000,0	100.000,0	A	100.000,0
					B	94.262,2
					C	87.131,3
221 01	740	ZUWEISUNGEN GEMAESS § 1 GEMEINDEVERKEHRSFINANZIERUNGSGESETZ FUER DEN ZINSDIENST VON DARLEHEN, DIE ANDERWEITIG ANSTELLE VON ZUSCHUESSEN AUFGENOMMEN WURDEN VGL. VERMERK ZU 623 01.	-	-	A	-
					B	3.310,9
					C	3.265,9
221 02	740	ZUWEISUNGEN GEMAESS § 1 GEMEINDEVERKEHRSFINANZIERUNGSGESETZ FUER DIE TILGUNG VON DARLEHEN, DIE ANDERWEITIG ANSTELLE VON ZUSCHUESSEN AUFGENOMMEN WURDEN VGL. VERMERK ZU 623 02.	-	-	A	-
					B	2.452,7
					C	2.138,7
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN				
331 01	725	ZUWEISUNGEN GEMAESS § 1 GEMEINDEVERKEHRSFINANZIERUNGSGESETZ FUER DEN KOMMUNALEN STRASSENBAU VGL. VERMERK ZU 883 08.	200.000,0	215.000,0	A	185.000,0
					B	202.585,5
					C	152.195,5
331 02	740	ZUWEISUNGEN GEMAESS § 1 GEMEINDEVERKEHRSFINANZIERUNGSGESETZ FUER DEN OEFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR VGL. VERMERK ZU 883 09.	120.000,0	125.000,0	A	115.000,0
					B	109.712,4
					C	74.120,6
331 03	312	ZUWEISUNGEN DES BUNDES NACH DEM KRANKENHAUSFINANZIERUNGSGESETZ VGL. VERMERK ZU 883 52.	160.000,0	165.000,0	A	150.000,0
					B	168.510,0
					C	68.900,0
333 01	312	ZUWEISUNGEN DER GEMEINDEN UND GEMEINDEVERBAENDE NACH DEM KRANKENHAUSFINANZIERUNGSGESETZ VGL. VERMERK ZU 883 52.	290.000,0	310.000,0	A	250.000,0
					B	119.480,7
		GESAMTEINNAHMEN	870.000,0	915.000,0	A	800.000,0
		AUSGABEN				
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
613 01	910	SCHLUESSELZUWEISUNGEN AN DIE GEMEINDEN VGL. VERMERK ZU 613 03.	603.900,0	663.500,0	A	532.800,0
					B	451.454,9
					C	416.557,1

Allgemeine Finanzausweisungen usw.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
613 02	910	SCHLUESSELZUWEISUNGEN AN DIE LANDKREISE VGL. VERMERK ZU 613 03.	339.700,0	373.200,0	A	299.700,0
					B	253.149,1
					C	235.497,3
613 03	910	SCHLUESSELZUWEISUNGEN UND FOERDERUNGSBETRAEGE AN DIE GEMEINDEN FUER GEMEINDEZUSAMMENSCHLUESSE UND FOERDERUNGSBETRAEGE FUER VERWALTUNGSGEMEINSCHAFTEN VGL. VERMERK ZU 887 41. ZU 613 01 - 613 03: DIESE TITEL UMFASSEN DIE AN- TEILMASSE AUS DEM ALLGEMEINEN STEUERVERBUND NACH ABZUG VON JE 230 MIO DM, DIE BEI TIT. 883 11 MITVERANSCHLAGT SIND.	120.000,0	120.000,0	A	120.000,0
					B	94.078,9
					C	71.024,4
613 04	910	ZUWEISUNGEN (KOPFBETRAEGE) AN DIE GEMEINDEN UND LANDKREISE ZUM VERWALTUNGS-AUFWAND FUER DIE AUFGA- BEN DES UEBERTRAGENEN WIRKUNGSKREISES VGL. VERMERK ZU 653 10.	145.000,0	160.000,0	A	121.000,0
					B	107.886,2
					C	95.585,9
613 11	910	UEBERLASSUNG DES AUFKOMMENS AN GRUNDEWERBSTEUER AN DIE GEMEINDEN UND GV DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHT ODER VERMINDERT SICH UM DAS MEHR- ODER MINDER-AUFKOMMEN AN GRUNDE- WERBSTEUER BEI 13 01/053 01.	131.000,0	144.000,0	A	131.000,0
					B	125.588,1
					C	109.189,9
613 21	910	ZUWEISUNG DES KOSTENAUFKOMMENS DER LANDRATSAEMTER (STAATSBEOERDE) AN DIE LANDKREISE DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI 03 09/ 111 01 UND 112 01.	122.230,0	122.240,0	A	122.160,0
					B	117.988,8
					C	113.981,3
613 22	910	UEBERLASSUNG DES AUFKOMMENS AUS VERWARNUNGSGELDERN AN DIE LANDKREISE UND GEMEINDEN DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHOEHT ODER VERMINDERT SICH UM DAS MEHR- ODER MINDER-AUFKOMMEN BEI 03 08/ 112 02 UND 03 09/112 03.	6.450,0	2.450,0	A	8.450,0
					B	7.893,5
					C	8.955,5
623 01	740	ZUWEISUNGEN GEMAESS § 1 GEMEINDEVERKEHRSFINANZIE- RUNGSGESETZ FUER DEN ZINSDIENST VON DARLEHEN, DIE ANDERWEITIG ANSTELLE VON ZUSCHUESSEN AUFGENOM- MEN WURDEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EINNAHME BEI 221 01.	-	-	A	-
					B	3.310,9
					C	3.265,9
623 02	740	ZUWEISUNGEN GEMAESS § 1 GEMEINDEVERKEHRSFINANZIE- RUNGSGESETZ FUER DIE TILGUNG VON DARLEHEN, DIE AN- DERWEITIG ANSTELLE VON ZUSCHUESSEN AUFGENOMMEN WURDEN DIE AUSGABEBEFUGNIS BEMISST SICH NACH DER EIN- NAHME BEI 221 02. SCHULDENDIENSTHILFEN AN GEMEINDEN UND GV (623 11 - 623 31)	-	-	A	-
					B	2.452,7
					C	2.138,7
623 11	121	FUER DEN BAU VON VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	112.000,0	124.000,0	A	100.000,0
					B	44.921,5
					C	39.028,5
623 12	121	FUER DEN BAU VON SONDRSCHULEN (EINSCHL. HEIME UND AEHNLICHE EINRICHTUNGEN) VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A	-
					B	847,5
					C	9.085,2
623 13	123	FUER DEN BAU VON REALSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A	-
					B	10.703,5
					C	10.029,2

Erläuterungen

Zu 613 03

Nach Art. 3a FAG werden zusätzliche Schlüsselzuweisungen und Förderungsbeträge für Gemeindezusammenlegungen und nach Art. 3b FAG Förderungsbeträge für Verwaltungsgemeinschaften gewährt. Im übrigen siehe auch Vorbemerkung zu den Steuerverbänden — a) Allgemeiner Steuerverbund.

Zu 613 04

Die Leistungen an die Landkreise und Gemeinden bemessen sich nach Art. 7 FAG. Die Zuschüsse werden jeweils nach dem Stand der fortgeschriebenen Wohnbevölkerung am 30. Juni des vorangehenden Jahres berechnet.

	je Einwohner DM	
	1975	1976
kreisfreie Gemeinden	12,60—13,75	13,60—14,35
kreisangehörige Gemeinden ..	5,75— 7,95	6,25— 8,45
Landkreise insgesamt mit kreisangehörigen Gemeinden .	12,80	13,80
für Landkreise Mindestbetrag	6,50	7,—

1975 gegenüber 1974:

Mehr 24 000 000 DM infolge Erhöhung der Kopfbeträge und Zunahme der Bevölkerung.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 15 000 000 DM infolge Erhöhung der Kopfbeträge und Zunahme der Bevölkerung.

Zu 613 11

Die Grunderwerbsteuer fließt den Gemeinden — für Grundstücke in gemeindefreien Gebieten den Landkreisen — nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens zu.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 13 000 000 DM auf Grund des Einnahmeansatzes 1976.

Zu 613 21

Die Landkreise erhalten als Ersatz des Verwaltungsaufwands für die Aufgaben des jeweils übertragenen Wirkungsbereichs und für die Staatsbehörde Landratsamt (Art. 53 Abs. 2 der Landkreisordnung) neben den Kopfbeträgen nach Art. 7 FAG (vgl. Tit. 613 04) das volle Aufkommen der vom Landratsamt als Staatsbehörde festgesetzten Kosten (Gebühren und Auslagen).

1975 gegenüber 1974:

Mehr 70 000 DM infolge höherer Veranschlagung bei Kap. 03 09 Tit. 112 01.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 10 000 DM infolge höherer Veranschlagung bei Kap. 03 09 Tit. 112 01.

Zu 613 22

Den Gemeinden und Landkreisen werden die von ihnen vereinnahmten und an den Staat abgeführten Verwarnungsgelder als zusätzliche Finanzausweisungen nach Maßgabe des örtlichen Aufkommens (Art. 7 Abs. 2 Buchst. d FAG) überlassen.

1975 gegenüber 1974:

Weniger 2 000 000 DM infolge Verstaatlichung von Gemeindepolizeien.

1976 gegenüber 1975:

Weniger 4 000 000 DM infolge Verstaatlichung Gemeindepolizei München.

Zu 623 01 und 623 02

Siehe Erläuterung zu Tit. 221 01 und 221 02.

Zu 623 11—623 22 und 627 11—627 22

Auf Grund des Gesetzes über die Gewährung von Beihilfen des Bayerischen Staates für den kommunalen Schulhausbau vom 12. Juni 1956 (BayBS III S. 550) i. d. Fassung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 1975 gewährt der Freistaat Bayern für Darlehen bis zum festgesetzten Höchstbetrag Zinszuschüsse sowie Zins- und Tilgungszuschüsse (vgl. auch Erläuterung bei Tit. 887 41).

1975 und 1976:

Mehr je 12 000 000 DM zur Fortführung der Förderung.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DIE FÖRDERUNG UMFASST AUCH DEN BAU DER NOTWENDIGEN SCHULSPORTANLAGEN. AUSSERDEM DARF AUS DEN MITTELN IM RAHMEN DES GESETZES ÜBER DIE GEWÄHRUNG VON BEIHILFEN DES BAYERISCHEN STAATES FÜR DEN KOMMUNALEN SCHULHAUSBAU VOM 12. JUNI 1956 (BAYBS III S. 550) I. D. FASSUNG DES FINANZAUSGLEICHSÄNDERUNGSGESETZES 1975 AUCH DER BAU VON HEIMEN UND ÄHNLICHEN EINRICHTUNGEN PRIVATER SONDERSCHULEN (ART. 11 ABS. 2 SOSCHG) GEFÖRDERT WERDEN. SCHULDENDIENSTHILFEN FÜR DIESE EINRICHTUNGEN SIND GGF. BEI KAP. 13 03 TIT. 663 02 NACHZUWEISEN. GEGENSEITIG UND MIT KAP. 13 03 TIT. 663 02 DECKUNGSFÄHIG.

Allgemeine Finanzausweisungen usw.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973
1	2	3	4	5	C IST 1972
			TSD.DM		
			6		
623 14	124	FUER DEN BAU VON GYMNASIEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - B 12.848,3 C 2.451,7
623 15	126	FUER DEN BAU VON BERUFSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - B 2.861,7
623 16	126	FUER DEN BAU VON BERUFSAUFAUSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - C 355,2
623 17	127	FUER DEN BAU VON BERUFSFACHSCHULEN (EINSCHL. WIRTSCHAFTSSCHULEN) VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - B 369,5
623 18	128	FUER DEN BAU VON FACHSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A -
623 19	126	FUER DEN BAU VON FACHOBERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A -
623 20	126	FUER DEN BAU VON BERUFSOBERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A -
623 21	125	FUER DEN BAU VON GESAMTSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - B 645,4
623 22	155	FUER DEN BAU VON BERUFSBILDUNGSZENTREN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A -
623 31	312	FUER DEN BAU VON KRANKENHAUSEN VGL. VERMERK ZU 627 31.	-	-	A -
SCHULDENDIENSTHILFEN AN ZWECKVERBAENDE (627 11 - 627 31)					
627 11	121	FUER DEN BAU VON VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - B 13.501,6 C 10.876,5
627 12	121	FUER DEN BAU VON SONDERSCHULEN (EINSCHL. HEIME UND AEHNLICHE EINRICHTUNGEN) VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - C 202,9
627 13	123	FUER DEN BAU VON REALSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - B 218,0 C 1.410,0
627 14	124	FUER DEN BAU VON GYMNASIEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - B 2.002,9 C 878,1
627 15	126	FUER DEN BAU VON BERUFSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A - B 874,1
627 16	126	FUER DEN BAU VON BERUFSAUFAUSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A -
627 17	127	FUER DEN BAU VON BERUFSFACHSCHULEN (EINSCHL. WIRTSCHAFTSSCHULEN) VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A -

Erläuterungen

Zu 623 31 und 627 31

Vgl. auch Erläuterung zu Tit. 853 21 und 857 21.
Auf Grund der Ermächtigung im Vermerk Nr. 3 bei Tit. 887 41
können zu Darlehen, die für den Bau von Krankenhäusern
aufgenommen werden, Zinszuschüsse gewährt werden.

Allgemeine Finanzaufweisungen usw.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
627 18	128	FUER DEN BAU VON FACHSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A	-
627 19	126	FUER DEN BAU VON FACHOBERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A	-
627 20	126	FUER DEN BAU VON BERUFSOBERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A	-
627 21	125	FUER DEN BAU VON GESAMTSCHULEN VGL. VERMERK ZU 627 22.	-	-	A B	- 66,4
627 22	155	FUER DEN BAU VON BERUFSBILDUNGSZENTREN ZU 623 11-623 22 UND 627 11-627 22: GEGENSEITIG UND MIT 13 03/663 02 DECKUNGSFAEHIG. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	-	-	A	-
627 31	312	FUER DEN BAU VON KRANKENHAEUSERN ZU 623 31 UND 627 31: GEGENSEITIG UND MIT 883 31 DECKUNGSFAEHIG. VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
653 01	042	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN ZU DEN POLIZEIKOSTEN VGL. VERMERK ZU 653 10.	43.000,0	-	A B C	69.000,0 78.456,8 88.775,3
653 02	311	ZUWEISUNGEN ZU DEN KOSTEN DER STAEDTISCHEN GESUND- HEITSAEMTER UND DER CHEMISCHEN UNTERSUCHUNGSAN- STALTEN VGL. VERMERK ZU 653 10.	12.700,0	13.800,0	A B C	10.700,0 10.032,2 8.587,3
653 03	151	ZUWEISUNGEN ZU DEN BEFOERDERUNGSKOSTEN DER VOLKS- UND SONDERSCHUELER GEMAESS ART. 10 A FAG VGL. VERMERK ZU 653 10 UND 883 01.	135.000,0	140.500,0	A B C	130.000,0 103.935,5 91.777,4
653 04	910	BEDARFSZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV NACH ART. 11 FAG VGL. VERMERK ZU 653 10. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 6.000.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM FOLGENDEN JAHR.	27.000,0	33.000,0	A B C	16.000,0 14.894,8 1.326,1
653 05	910	BEDARFSZUWEISUNGEN -UEBERBRUECKUNGSBEIHILFEN- AN GEMEINDEN NACH ART. 11 FAG VGL. VERMERK ZU 653 10.	15.500,0	15.500,0	A B C	15.500,0 5.886,4 11.051,8
653 06	910	BEDARFSZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN ZUR FOERDERUNG DES ZUSAMMENSCHLUSSES VON GEMEINDEN VGL. VERMERK ZU 653 10.	4.000,0	4.000,0	A B C	4.000,0 172,9 3.628,3
653 07	910	ZUWEISUNGEN FUER STRUKTURVERBESSERENDE MASSNAHMEN IN ORTEN, DIE DEN KREISSITZ VERLIEREN VGL. VERMERK ZU 653 10. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	15.000,0	15.000,0	A B	15.000,0 11.849,7
653 08	234	ZUWEISUNGEN AN GV GEMAESS ART. 13 ABS. 1 DES GE- SETZES ZUR AUSFUEHRUNG DES BUNDESSOZIALHILFEGESE- TZES UND ART. 8 ABS. 4 DES GESETZES ZUR DURCHFUEH- RUNG DER KRIEGSOFFERFUERSORGE	40.000,0	42.000,0	A B C	38.000,0 31.744,1 27.499,9

Erläuterungen

Zu 627 22

Fortsetzung des Haushaltsvermerks siehe Seite 101.

Zu 653 01

Im Haushaltsjahr 1975 erhält nur noch die Stadt München Polizeikostenzuschüsse. Sie betragen für jeden Polizeivollzugsbeamten 12 912 DM (Jahresbetrag).

1975 gegenüber 1974:

Weniger 26 000 000 DM wegen weiterer Verstaatlichungen.

1976 gegenüber 1975:

Weniger 43 000 000 DM wegen Abschluß der Verstaatlichung am 1. Oktober 1975.

Zu 653 02

Die kreisfreien Städte München, Nürnberg und Augsburg, die Träger eines städtischen Gesundheitsamtes sind, erhalten jährlich einen nach der Einwohnerzahl bemessenen Zuschuß (Art. 9 FAG). Er wird im Haushaltsjahr 1975 auf 5,50 DM und im Haushaltsjahr 1976 auf 6 DM je Einwohner erhöht. Die Stadt Nürnberg erhält für ihre Städt. Chemische Untersuchungsanstalt einen Zuschuß von 1 DM je Einwohner.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 2 000 000 DM wegen Erhöhung der Kopfbeträge.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 1 100 000 DM wegen Erhöhung der Kopfbeträge.

Zu 653 03

Nach Art. 40 Abs. 2 Nr. 5 VoSchG vom 17. November 1966 (GVBl S. 402) gehören bei Volksschulen die Aufwendungen für die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg zu dem von den Gemeinden und Schulverbänden zu tragenden Schulaufwand. Hierzu gewährt der Staat nach Art. 10 a FAG Finanzhilfen in Höhe von grundsätzlich 80 v. H. Bei Gemeinden und GV mit besonders ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen können Beihilfen bis zu 100 v. H. des Beförderungsaufwands gewährt werden.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 2 000 000 DM wegen Erhöhung der Kopfbeträge.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 1 100 000 DM wegen Erhöhung der Kopfbeträge.

Zu 653 04

Die Bedarfswweisungen nach Art. 11 FAG sind dazu bestimmt, der außergewöhnlichen Lage und den besonderen Aufgaben von Gemeinden (GV) im Einzelfall (z. B. zur Erstattung von Gastschulbeiträgen für Schüler aus außerbayerischen Gemeinden) Rechnung zu tragen. Sie können auch zum Ausgleich von Härten gewährt werden, die sich bei der Verteilung der Schlüsselzuweisungen ergeben.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 11 000 000 DM nach dem voraussichtlichen Bedarf.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 6 000 000 DM nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 653 05

Diejenigen Gemeinden, die auf Grund von Sonderabschreibungen der Grenzlandbetriebe vorübergehend Gewerbesteuerfälle erleiden, können Überbrückungsbeihilfen erhalten.

Zu 653 06

Der Zusammenschluß von Gemeinden wird allgemein durch zusätzliche Schlüsselzuweisungen nach Art. 3 a FAG gefördert. Darüber hinaus wurden bei Zusammenschlüssen, die bis einschließlich 1. April 1971 in Kraft traten, aus Mitteln dieses Ansatzes Zuwendungen gewährt. Bei Zusammenschlüssen, die nach diesem Zeitpunkt in Kraft treten, kann eine Förderung aus diesem Ansatz nur noch in besonderen Härtefällen erfolgen.

Zu 653 07

Der Ministerrat hat in seiner Sitzung vom 17. Oktober 1972 beschlossen, daß Orte, die den Kreissitz verloren haben, folgende Förderungsmittel erhalten:

Bedarfswweisungen	DM
15 000 000	
Mittel aus Art. 10 FAG	20 000 000
Mittel aus der Gewinnverteilung der Bayerischen Landesbank zur Ausreichung zinsverbilligter Darlehen (voraussichtlich)	6 000 000
Zusammen	41 000 000

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DIE MITTEL BEI TIT. 653 07 KÖNNEN AUS DEN BEI KAP. 13 10 TIT. 883 11 VERANSCHLAGTEN MITTELN BIS ZUR HÖHE VON 20 MIO DM VERSTÄRKT WERDEN, SOWEIT DIESE NICHT FÜR STRUKTURFÖRDERNDE MASSNAHMEN GEM. ART. 10 FAG BENÖTIGT WERDEN.

Zu 653 08

Veranschlagt sind die Ausgleichsbeträge an die Bezirke gemäß Art. 13 Abs. 1 AGBSHG vom 26. Oktober 1962 (GVBl S. 272) i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juni 1971 (GVBl S. 267) und Art. 8 Abs. 4 DG—KOF vom 20. Juli 1964 (GVBl S. 148) i. d. Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 1974 (GVBl S. 124) und der AusfV vom 1. August 1966 (GVBl S. 250).

1975 gegenüber 1974:

Mehr 2 000 000 DM infolge höherer Sozialhilfeleistungen.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 2 000 000 DM infolge höherer Sozialhilfeleistungen.

Im Haushaltsplan sind ferner Aufwendungen des Staates im ursächlichen Zusammenhang mit dem Bundessozialhilfegesetz und zur Entlastung der Gemeinden und Gemeindeverbände veranschlagt:

bei Kap. 10 03 Tit. 684 04

(Leistungen an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrts-
pflege gemäß Art. 13 Abs. 4 AGBSHG),

bei Kap. 04 05 Tit. 643 01

(Maßnahmen der Sicherung und Besserung in Anstalten an-
derer Verwaltungen),

bei Kap. 10 03 Tit. 681 01

(Pflegegeld für Zivilblinde).

Allgemeine Finanzausweisungen usw.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
653 09	239	ZUWEISUNGEN AN GV NACH DEM JUGENDAMTSGESETZ VGL. VERMERK ZU 653 10.	16.000,0	18.000,0	A	9.000,0
					B	10.899,7
					C	9.324,1
653 10	151	ZUWEISUNGEN ZU DEN BEFOERDERUNGSKOSTEN DER SCHUE- LER WEITERFUEHRENDER UND BERUFSBILDENDER SCHULEN GEM ART. 4 DES GESETZES UEBER DIE KOSTENFREIHEIT DES SCHULWEGS ZU 613 04, 653 01 - 653 07, 653 09, 653 10, 883 01, 883 06: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	98.500,0	100.000,0	A	98.500,0
					B	76.279,2
					C	54.367,0
653 11	439	ZUWEISUNGEN GEM. ART. 13 EDVG AN TRAEGER KOMMUNA- LER DATENVERARBEITUNGSANLAGEN	8.000,0	5.000,0	A	-
653 21	725	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN ZUR UNTERHALTUNG DER GE- MEINDESTRASSEN AUS DER UEBERLASSUNG DES AUFKOMMENS AN DER KRAFTFAHRZEUGSTEUER VGL. VERMERK ZU 883 03.	-	-	A	-
					B	62.414,2
					C	57.902,5
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN				
853 22	439	FUER DEN BAU VON SONSTIGEN LEBENSWICHTIGEN OEF- FENTLICHEN EINRICHTUNGEN KREDITFINANZIERT. VGL. VERMERK ZU 857 22.	25.000,0	25.000,0	A	25.000,0
					B	5.340,5
					C	6.833,0
857 22	439	FUER DEN BAU VON SONSTIGEN LEBENSWICHTIGEN OEF- FENTLICHEN EINRICHTUNGEN ZU 853 22 UND 857 22: GEGENSEITIG UND MIT 13 03/ 862 06 DECKUNGSFAEHIG.	-	-	A	-
					C	55,0
883 01	151	ZUWEISUNGEN GEMAESS ART. 10A FAG ZU DEN ANSCHAF- FUNGSKOSTEN FUER SCHULBUSSE DECKUNGSFAEHIG MIT 653 03.	-	-	A	-
					B	3.061,8
					C	2.975,4
883 02	724	ZUWEISUNGEN AN LANDKREISE ZUM BAU ODER AUSBAU VON KREISSTRASSEN AUS DER UEBERLASSUNG DES AUFKOMMENS AN DER KRAFTFAHRZEUGSTEUER VGL. VERMERK ZU 883 03.	-	-	A	-
					B	101.710,5
					C	103.394,4
883 03	725	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN AUS DER UEBERLASSUNG DES AUFKOMMENS AN DER KRAFTFAHRZEUGSTEUER GEM. ART. 13 FAG ZU 653 21, 883 02 UND 883 03: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG. RUECKFLUESSE UND ZINSEN DUERFEN VON DER AUSGABE ABGESETZT WERDEN. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG.	673.500,0	692.600,0	A	651.500,0
					B	433.332,5
					C	403.484,6
883 05	910	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN ZUM AUSGLEICH VON BESON- DEREN HAERTEN AUS ANLASS DER GEMEINDEFINANZREFORM VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	4.200,0
					B	811,0
					C	200,0
883 06	151	ZUWEISUNGEN GEM. ART. 4 DES GESETZES UEBER DIE KOSTENFREIHEIT DES SCHULWEGS ZU DEN ANSCHAFFUNGS- KOSTEN FUER SCHULBUSSE DECKUNGSFAEHIG MIT 653 10.	-	-	A	-
					B	11,4
					C	2,7
883 07	439	ZUWEISUNGEN GEM. ART. 13 EDVG AN TRAEGER KOMMUNA- LER DATENVERARBEITUNGSANLAGEN FUER ANSCHAFFUNGEN	-	***	A	2.300,0
					B	2.000,0
					C	2.000,0

Erläuterungen

Zu 653 09

Der Staat beteiligt sich an den Kosten der freiwilligen Erziehungshilfe und der Fürsorgeerziehung gemäß Art. 46 Abs. 4 des JAG vom 23. Juli 1965 (GVBl S. 194).

1975 gegenüber 1974:

Mehr 7 000 000 DM nach dem voraussichtlichen Bedarf.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 2 000 000 DM nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 653 10

Nach dem Gesetz über die Kostenfreiheit des Schulwegs vom 12. Oktober 1970 (GVBl S. 460) ist die notwendige Beförderung der Schüler auf dem Schulweg bei öffentlichen und staatlich anerkannten privaten Berufsschulen und Berufsaufbauschulen, Berufsoberschulen, Fachoberschulen, Berufsfachschulen (einschließlich Handelsschulen), Realschulen und Gymnasien Aufgabe der kreisfreien Stadt oder des Landkreises, in dem der Schüler seinen gewöhnlichen Aufenthalt hat. Die den Aufgabenträgern entstehenden Kosten ersetzt der Freistaat Bayern zu 80 v. H.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 1 500 000 DM nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Zu 653 11

Nach Art. 13 des Gesetzes über die Organisation der elektronischen Datenverarbeitung in Bayern (EDVG) vom 12. Oktober 1970 (GVBl S. 457) gewährt der Staat nach Maßgabe des Haushalts für den Aufbau kommunaler Datenverarbeitungsanlagen, die Programmentwicklung und die Aus- und Fortbildung des Personals finanzielle Förderung.

1975 gegenüber 1974:

Mehr	2 300 000 DM	wegen Übertragung von Tit. 883 07
	2 200 000 DM	zur Abdeckung eines Vorgriffs
	<u>3 500 000 DM</u>	wegen erhöhten Bedarfs

Zusammen 8 000 000 DM

1976 gegenüber 1975:

Weniger 3 000 000 DM wegen Wegfalls der Vorgriffsabdeckung und wegen geringerem Bedarf.

Zu 653 21

Vgl. Erläuterung zu Tit. 883 02 und 883 03.

Zu 853 22 und 857 22

Der Ansatz dient insbesondere zur Förderung der durch die Kreisreform erforderlich werdenden Um- und Erweiterungsbauten von Landratsamtsgebäuden.

Zu 883 01

Vgl. Erläuterung zu Tit. 653 03.

Zu 883 02 und 883 03

Die Mittel dienen zum Bau oder Ausbau und zur Unterhaltung von Kreisstraßen und Gemeindestraßen sowie von Ortsdurchfahrten im Zuge von Bundesstraßen, Staatsstraßen und Kreisstraßen, soweit die Straßenbaulast für die Ortsdurchfahrten den Gemeinden obliegt. Sie dürfen auch für sonstige Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden, insbesondere für den Bau von den in § 4 Abs. 2 des Personenbeförderungsgesetzes vom 21. März 1961 (BGBl I S. 241) näher bezeichneten Einrichtungen sowie zur Förderung des Baues von Abwasseranlagen verwendet werden.

Aus der Ausgleichsmasse werden auch die staatlichen Beihilfen für Nahverkehrsinvestitionen (vgl. das Nahverkehrsprogramm der Bayerischen Staatsregierung vom 3. Juli 1972) erbracht.

Die ausgewiesenen Mittel dienen erforderlichenfalls auch zur Bindung von Mitteln der Bundesanstalt für Arbeit, soweit Maßnahmen aus arbeitsmarktpolitischen Gründen durch Einsatz verstärkter Förderungsmittel im Rahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenhilfe durchgeführt werden.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 22 000 000 DM wegen höherer Steuereinnahmen im Verbundzeitraum.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 19 100 000 DM aus dem gleichen Grund wie 1975.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

AUS DIESEN ANSÄTZEN DARF ZU LASTEN DER MITTEL NACH ART. 13c FAG DER KAPITALDIENST FÜR ANDERWEITIG AUFGENOMMENE DARLEHEN MIT EINER LAUFZEIT VON HÖCHSTENS 10 JAHREN GELEISTET WERDEN, WENN DIE DARLEHEN ZUR FINANZIERUNG DES BAUES VON EINRICHTUNGEN, DIE NACH ART. 13 ABS. 1 SATZ 3 FAG FÖRDERUNGSFÄHIG SIND, UND DIE DARLEHENAUFNAHME ZUR TERMINGERECHTEN FERTIGSTELLUNG DER EINRICHTUNGEN ERFORDERLICH IST: AB 1. JANUAR 1975 FÜR DARLEHEN BIS ZUR HÖHE VON 10 000 000 DM, AB 1. JANUAR 1976 FÜR WEITERE DARLEHEN BIS ZUR HÖHE VON 10 000 000 DM. DIE DARLEHEN DÜRFEN AUS NOCH NICHT IN ANSPRUCH GENOMMENEN HAUSHALTSMITTELN VORÜBERGEHEND VORFINANZIERT WERDEN. DAS VOLUMEN FÜR DARLEHEN UND VORFINANZIERUNGEN ERHÖHT SICH INSOWEIT, ALS IM HAUSHALTSJAHR 1969 UND IN DEN FOLGENDEN HAUSHALTSJAHREN WEDER ANDERWEITIGE DARLEHENAUFNAHMEN ZU LASTEN DER MITTEL NACH ART. 13c FAG NOCH UNABGERECHNETE VORFINANZIERUNGEN VORLIEGEN.

Zu 883 05

Nach Art. 1 Abs. 2 FAG wurde aus der Anteilmasse des allgemeinen Steuerverbunds vorab ein Sonderfonds gebildet, aus dem gezielte Beihilfen an solche Gemeinden gewährt werden, die durch die Gemeindefinanzreform nicht tragbare Einbußen erleiden. Soweit der Fonds nicht vollständig verbraucht wird, dient er insoweit zur Verstärkung der Zuschußmittel nach Art. 10 FAG (Vgl. Tit. 883 11).

Zur Abwicklung von Ausgaberesten muß die Zweckbestimmung noch beibehalten werden.

Zu 883 06

Vgl. Erläuterung zu Tit. 653 10.

Zu 883 07

Vgl. Erläuterung zu Tit. 653 11.

Allgemeine Finanzzuweisungen usw.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
883 08	725	ZUWEISUNGEN GEMAESS § 2 GEMEINDEVERKEHRSFINANZIERUNGSGESETZ FUER DEN KOMMUNALEN STRASSENBAU VGL. VERMERK ZU 883 09.	200.000,0	215.000,0	A	185.000,0
					B	195.775,3
					C	149.276,5
883 09	740	ZUWEISUNGEN GEMAESS § 2 GEMEINDEVERKEHRSFINANZIERUNGSGESETZ FUER DEN OEFFENTLICHEN PERSONENNAHVERKEHR AUS DEN MITTELN DUERFEN AUSSER AN GEMEINDEN (GV) AUCH AN ANDERE BAUTRAEGER ZUSCHUESSE (BEIHILFEN) GEWAEHRT WERDEN. ZU 883 08 UND 883 09: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG	120.000,0	125.000,0	A	115.000,0
					B	109.532,4
					C	74.300,6
		ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV (883 11 - 883 41)				
883 11	121	FUER DEN BAU VON VOLKSSCHULEN DAVON KREDITFINANZIERT: IM HAUSHALTSJAHR 1975 DM 251.500.000 IM HAUSHALTSJAHR 1976 DM 146 000 000 DAVON IM KONJUNKTURHAUSHALT DM 79.000.000	551.000,0	650.000,0	A	441.000,0
					B	184.111,9
					C	111.525,9
883 12	121	FUER DEN BAU VON SONDRSCHULEN (EINSCHL. HEIME UND AEHNL. EINRICHTUNGEN) VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	12.189,0
					C	26.230,0
883 13	123	FUER DEN BAU VON REALSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	35.897,8
					C	32.243,8
883 14	124	FUER DEN BAU VON GYMNASIEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	38.883,6
					C	5.960,0
883 15	126	FUER DEN BAU VON BERUFSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	12.756,3
					C	1.017,7
883 16	126	FUER DEN BAU VON BERUFSAUFBUSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	100,0
					C	2.370,0
883 17	127	FUER DEN BAU VON BERUFSFACHSCHULEN (EINSCHL. WIRTSCHAFTSFACHSCHULEN) VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	2.900,0
883 18	128	FUER DEN BAU VON FACHSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	595,0
883 19	126	FUER DEN BAU VON FACHOBERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	2.494,5
883 20	126	FUER DEN BAU VON BERUFSOBERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
883 21	125	FUER DEN BAU VON GESAMTSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-
					B	5.110,0
					C	6.820,0
883 22	155	FUER DEN BAU VON BERUFSBILDUNGSZENTREN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-

Erläuterungen

Zu 883 08 und 883 09

Vgl. Erläuterungen zu Tit. 221 01, 221 02, 331 01 und 331 02.

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI TIT. 331 01 UND 331 02.

Zu 883 11—883 41 und 887 11—887 41

Zum Bau von Schulen und sonstigen lebenswichtigen öffentlichen Einrichtungen gewährt der Staat nach Maßgabe der Bewilligungen im Haushalt Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden Zuschüsse und Darlehen nach Art. 10 FAG.

Aus diesem Ansatz werden jährlich bis zu 20 Mio DM bereitgestellt für Investitionen in Orten, die den Kreissitz verloren haben (s. auch Erläuterung zu Tit. 653 07).

	1975	1976
	Mio DM	Mio DM
Ingesamt sind veranschlagt:		
Zuschüsse bei diesen Titeln	551,0	650,0
(davon Verstärkungsbetrag gem. Art. 1 Abs. 2 FAG)	230,0	230,0
Darlehen bei Tit. 853 22	25,0	25,0
Schulddienstbeihilfen bei Tit. 623 11	112,0	124,0

Allgemeine Finanzzuweisungen usw.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
883 31	312	FUER DEN BAU VON KRANKENHAEUERN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A - B 1.126,0
883 41	439	FUER SONSTIGE LEBENSWICHTIGE KOMMUNALE EINRICHTUN- GEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A - B 1.000,8 C 608,0
883 51	312	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV GEMAESS § 22 ABS. 1 SATZ 1 KRANKENHAUSFINANZIERUNGSGESETZ DARON KREDITFINANZIERT: IM HAUSHALTSJAHR 1975 DM 100.000.000 VGL. VERMERK ZU 883 52	300.000,0	300.000,0	A 300.000,0 B 142.560,7 C 105.522,9
883 52	312	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV GEMAESS § 22 ABS. 1 SATZ 2 KRANKENHAUSFINANZIERUNGSGESETZ DARON KREDITFINANZIERT: IM HAUSHALTSJAHR 1975 DM 190.000.000 IM HAUSHALTSJAHR 1976 DM 80 000 000 ZU 883 51, 883 52, 887 51, 887 52 UND 986 01: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 485.000.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 485.000.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM JEWEILS FOLGENDEN JAHR.	440.000,0	485.000,0	A 350.000,0 B 167.565,0
883 61	238	ZUWEISUNGEN AN GEMEINDEN UND GV NACH DEM KINDER- GARTENGESETZ DARON IM KONJUNKTURHAUSHALT DM 12 000 000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 46.000.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 30.000.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM JEWEILS FOLGENDEN JAHR.	42.000,0	46.000,0	A 48.500,0 B 10.677,6
ZUWEISUNGEN AN ZWECKVERBAENDE (887 11 - 887 41)					
887 11	121	FUER DEN BAU VON VOLKSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A - B 82.201,2 C 51.289,1
887 12	121	FUER DEN BAU VON SONDRERSCHULEN (EINSCHL. HEIME UND AEHNLICHE EINRICHTUNGEN) VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A -
887 13	123	FUER DEN BAU VON REALSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A - B 1.840,0 C 3.315,0
887 14	124	FUER DEN BAU VON GYMNASIEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A - B 2.885,0. C 1.205,0
887 15	126	FUER DEN BAU VON BERUFSSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A - B 200,0 C 10,0
887 16	126	FUER DEN BAU VON BERUFSAUFBBAUSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A -
887 17	127	FUER DEN BAU VON BERUFSFACHSCHULEN (EINSCHL. WIRT- SCHAFTSFACHSCHULEN) VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A - B 450,0

Erläuterungen

Zu 883 51 und 883 52

Vgl. Erläuterung zu Tit. 331 03, 333 01.

Nach dem Gesetz zur wirtschaftlichen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze (KHG) vom 29. Juni 1972 (BGBl I S. 1009) werden die Krankenhäuser, die die Voraussetzungen des KHG erfüllen, durch Übernahme der Investitionskosten öffentlich gefördert. Der Bund beteiligt sich an der Aufbringung der Kosten des KHG durch Gewährung von Finanzhilfen an die Länder. Hierbei wird unterschieden zwischen

- a) den gesetzlich festgelegten Leistungen im Sinne des § 22 Abs. 1 Satz 1 KHG (insbesondere Pauschalen für kurzfristige Anlagegüter und Übernahme des bisherigen Schuldendienstes) und
- b) den übrigen Leistungen im Sinne des § 22 Abs. 1 Satz 2 KHG (insbesondere Neu-, Um- und Erweiterungsbauten, Wiederbeschaffung mittelfristiger Anlagegüter).

Der Bund beteiligt sich an der Finanzierung der gesetzlich festgelegten Leistungen mit einem Drittel; die Finanzhilfen des Bundes zu den übrigen Leistungen sind plafondiert.

zu a)

In den Jahren 1975 und 1976 werden in Bayern voraussichtlich Kosten in Höhe von 300 Mio DM anfallen. Der Bund stellt zu den gesetzlich festgelegten Leistungen im Bundesgebiet ein Drittel bereit. Dieser Betrag wird auf die Länder nach der Einwohnerzahl verteilt. Auf Bayern werden von den Bundesleistungen rd. 100 Mio DM, das ist ein Drittel der voraussichtlich anfallenden Kosten, entfallen.

zu b)

Das Land Bayern wird nach seiner Einwohnerzahl rd. 60 bzw. 65 Mio DM erhalten.

Voraussetzung für die Gewährung der Finanzhilfen des Bundes ist u. a., daß sich die Leistungen des Bundes auf nicht mehr als ein Drittel der vom Land oder den Gemeinden und Gemeindeverbänden an die Krankenhausträger gewährten Beträge belaufen.

Durch Art. 10 b FAG wird bestimmt, daß die nach Abzug des Bundesanteils nicht finanzierten Beträge je zur Hälfte vom Land und den Kommunen aufzubringen sind. Für 1975 und 1976 hat der Gesetzentwurf folgende finanzielle Auswirkungen:

- a) gesetzlich festgelegte Leistungen:

Von dem voraussichtlich anfallenden Betrag von 300 Mio DM werden vom Bund, vom Land sowie von den Gemeinden und Gemeindeverbänden jeweils ein Drittel, also 100 Mio DM, aufgebracht werden.

- b) übrige Leistungen:

Vom Bund werden zur Finanzierung der übrigen Leistungen 60 bzw. 65 Mio DM bereitgestellt. Um in den Jahren 1975 und 1976 Krankenhausneubauten in einem entsprechenden Umfang durchführen zu können, ist vorgesehen, daß vom Land und den Kommunen zu den übrigen Leistungen, also insbesondere für den Krankenhausneubau, 190 bzw. 210 Mio DM bereitgestellt werden.

Folgende Leistungen sind vorgesehen:	1975	1976
Anteil des Landes	290 Mio DM	310 Mio DM
Anteil der Kommunen	290 Mio DM	310 Mio DM
Anteil des Bundes	160 Mio DM	165 Mio DM
Förderungsvolumen		
insgesamt	740 Mio DM	785 Mio DM
Davon für gesetzlich festgelegte Leistungen	300 Mio DM	300 Mio DM
verbleiben für die übrigen Leistungen	440 Mio DM	485 Mio DM

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

AUS DIESEN MITTELN DÜRFEN AUCH ZUSCHÜSSE ZUM BAU FREIGEMEINNÜTZIGER KRANKENHÄUSER GEWÄHRT WERDEN, DIE GGF. BEI KAP. 13 03 TIT. 892 03 BZW. 892 04 NACHZUWEISEN SIND.

ÜBERGANGSWEISE DÜRFEN FÜR ZINSLOSE ODER ALLENFALLS BIS ZU 3% P. A. VERZINSLICHE DARLEHEN, DIE FÜR DEN BAU VON KRANKENHÄUSERN AUFGENOMMEN WORDEN SIND, SCHULDDIENSTBEIHILFEN VON JÄHRLICH HÖCHSTENS 450 000 DM FÜR EIN DARLEHENSVOLUMEN BIS ZU 10 MIO DM ZUGESAGT WERDEN.

DIE AUSGABEBEFUGNIS ERHÖHT ODER VERMINDERT SICH UM DIE MEHR- ODER MINDEREINNAHME BEI TIT. 331 03 UND TIT. 333 01.

Zu 883 61

Durch das Bayerische Kindergartengesetz vom 25. Juli 1972 (GVBl S. 297) wurde u. a. die Errichtung und Finanzierung von Kindergärten neu geregelt. Danach haben die Gemeinden dafür zu sorgen, daß die nach einem von den Aufsichtsbehörden zu erstellenden Bedarfsplan erforderlichen Kindergärten zur Verfügung stehen. Hierzu gewährt der Staat Beihilfen.

Um den großen Nachholbedarf abbauen zu können, wurde im Haushaltsjahr 1974 ein Sonderprogramm durchgeführt. Dieses Sonderprogramm wird in den Jahren 1975 und 1976 fortgesetzt.

1974	Stammprogramm	28,5 Mio DM
	Sonderprogramm	20,0 Mio DM
	Zusammen	48,5 Mio DM
1975	Stammprogramm	30,0 Mio DM
	Sonderprogramm	12,0 Mio DM
	Zusammen	42,0 Mio DM
1976	Stammprogramm	30,0 Mio DM
	Sonderprogramm	16,0 Mio DM
	Zusammen	46,0 Mio DM

1975 gegenüber 1974:

Weniger 6 500 000 DM wegen Verringerung des Sonderprogramms.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 4 000 000 DM nach dem voraussichtlichen Bedarf.

Allgemeine Finanzausweisungen usw.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	B IST 1973	C IST 1972
			TSD.DM	TSD.DM	TSD.DM		
1	2	3	4	5	6		
887 18	128	FUER DEN BAU VON FACHSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-	-
887 19	126	FUER DEN BAU VON FACHOBERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-	-
887 20	126	FUER DEN BAU VON BERUFSOBERSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-	-
887 21	125	FUER DEN BAU VON GESAMTSCHULEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-	-
					B	570,0	
					C	2.280,0	
887 22	155	FUER DEN BAU VON BERUFSBILDUNGSZENTREN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-	-
887 31	312	FUER DEN BAU VON KRANKENHAUSEN VGL. VERMERK ZU 887 41.	-	-	A	-	-
					B	1.574,0	
887 41	439	FUER SONSTIGE LEBENSWICHTIGE KOMMUNALE EINRICHTUN- GEN ZU 883 11-883 41, 887 11-887 41: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG. FORTSETZUNG DES VERMERKS SIEHE ERLAEUTERUNG. VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1975 DM 405.000.000 VERPFLICHTUNGSERMAECHT. 1976 DM 455.000.000 FAELLIG FRUEHESTENS IM JEWEILS FOLGENDEN JAHR.	-	-	A	-	-
					B	600,0	
					C	150,0	
887 51	312	ZUWEISUNGEN AN ZWECKVERBAENDE GEMAESS § 22 ABS. 1 SATZ 1 KRANKENHAUSFINANZIERUNGSGESETZ VGL. VERMERK ZU 883 52.	-	-	A	-	-
					B	10.969,2	
887 52	312	ZUWEISUNGEN AN ZWECKVERBAENDE GEMAESS § 22 ABS. 1 SATZ 2 KRANKENHAUSFINANZIERUNGSGESETZ VGL. VERMERK ZU 883 52.	-	-	A	-	-
					B	23.425,0	
BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN							
986 01	312	ZUWEISUNGEN FUER INVESTITIONEN NACH DEM KRANKEN- HAUSFINANZIERUNGSGESETZ FUER DAS HERZZENTRUM MUEN- CHEN VGL. 10 70/386 01. DIE AUSGABEBEFUGNIS RICHTET SICH NACH DER EIN- PLANUNG IM JAHRESBAUPROGRAMM. VGL. VERMERK ZU 883 52.	-	-	A	-	-
GESAMTAUSGABEN			4.346.480,0	4.634.790,0	A	3.963.310,0	

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
		ABSCHLUSS				
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	100.000,0	100.000,0	A	100.000,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	770.000,0	815.000,0	A	700.000,0
		GESAMTEINNAHMEN	870.000,0	915.000,0	A	800.000,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	1.994.980,0	2.096.190,0	A	1.840.810,0
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTITIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN	2.351.500,0	2.538.600,0	A	2.122.500,0
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	-	-	A	-
		GESAMTAUSGABEN	4.346.480,0	4.634.790,0	A	3.963.310,0
		ZUSCHUSS	3.476.480,0	3.719.790,0	A	3.163.310,0

Erläuterungen

Zu 887 41

FORTSETZUNG DES HAUSHALTSVERMERKS:

1. DER ANSATZ DARF AUS DEN MITTELN DER TIT. 613 03 UND 883 05 VERSTÄRKT WERDEN. AUS DIESEM ANSATZ KÖNNEN DIE MITTEL BEI KAP. 07 04 TIT. 883 71 VERSTÄRKT WERDEN.
2. ZU TIT. 883 11-883 22, 887 11-887 22 DIE FÖRDERUNG UMFASST AUCH DEN BAU DER NOTWENDIGEN SCHULSPORTANLAGEN. AUSSERDEM DÜRFEN AUS DEN MITTELN AUCH ZUWENDUNGEN FÜR DEN BAU VON HEIMEN UND ÄHNLICHEN EINRICHTUNGEN PRIVATER SONDERSCHULEN (ART. 11 ABS. 2 SOSCHG) GEWÄHRT WERDEN. ZUSCHÜSSE FÜR DIESE EINRICHTUNGEN SIND GGF. BEI KAP. 13 03 TIT. 892 01 NACHZUWEISEN.
3. ZU TIT. 883 31 UND 887 31 AUS DIESEN MITTELN DÜRFEN AUF GRUND VON ERMÄCHTIGUNGEN IN FRÜHEREN JAHREN AUCH ZINSZUSCHÜSSE ZU DARLEHEN, DIE FÜR DEN BAU VON KRANKENHÄUSERN AUFGENOMMEN WURDEN, GEWÄHRT WERDEN. DIESE ZINSZUSCHÜSSE SIND BEI TIT. 623 31 BZW. 627 31 UND BEI KAP. 13 03 TIT. 663 03 NACHZUWEISEN.

Zu 887 51 und 887 52

Vgl. Erläuterung zu Tit. 883 51 und 883 52.

Zu 986 01

Die nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) für die Errichtung des Herzzentrums München bereitzustellenden Beträge sind wegen der Koppelung der Zuweisungen des Bundes, der Gemeinden und der Gemeindeverbände nach diesem Gesetz mit den Ausgabeansätzen bei Tit. 883 51 und 883 52 bei diesen Titeln mitveranschlagt. In der Haushaltsrechnung sind diese Beträge jedoch als haushaltstechnische Verrechnungen zu behandeln, da die Ausgaben im Zusammenhang mit der Errichtung des Herzzentrums München in voller Höhe bei Kap. 10 70 veranschlagt sind und auch rechnungsmäßig nachgewiesen werden.

Zivilversorgung

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZIVILVERSORGUNG			
		EINNAHMEN			
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.			
119 69	930	VERMISCHTE EINNAHMEN	-	-	A -
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			
246 01	930	ERSTATTUNG VON ARBEITNEHMERBEITRAEGEN DURCH TRAE- GER DER SOZIALVERSICHERUNG GEMAESS § 73 ABS. 2 IN VERBINDUNG MIT § 63 DES GES. ZU ART. 131 GG I.D.F. VOM 13. OKTOBER 1965 (BGBl I S. 1685)	-	-	A -
		TITELGRUPPEN			
		71 ERSTATTUNG VON VERSORGUNGSBEZUEGEN U. A.			
241 71	930	ERSTATTUNG VOM BUND	120.000,0	127.200,0	A 104.120,0 B 111.798,2 C 91.750,0
242 71	930	ERSTATTUNG VON ANDEREN LAENDERN	2.450,0	2.600,0	A 1.220,0 B 2.044,9 C 1.960,7
243 71	930	ERSTATTUNG VON GEMEINDEN UND GV	5.800,0	6.150,0	A 3.900,0 B 4.685,8 C 4.048,9
246 71	930	ERSTATTUNG VON SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGERN	870,0	920,0	A 390,0 B 689,8 C 750,7
247 71	930	ERSTATTUNG VON ZWECKVERBAENDEN	140,0	148,0	A 85,0 B 118,2 C 67,7
281 71	930	ERSTATTUNG VON SONSTIGEN AUS DEM INLAND	2.650,0	2.800,0	A 2.200,0 B 2.390,1 C 1.832,4
382 71	990	ERSTATTUNG VON VERSORGUNGSANTEILEN DES LANDESPRUE- FUNGSAMTES FUER SOZIALVERSICHERUNG VGL. 10 04 / 981 02.	544,0	576,0	A 500,0 B 347,9 C 343,5
		SUMME DER TITELGRUPPE	132.454,0	140.394,0	A 112.415,0
		GESAMTEINNAHMEN	132.454,0	140.394,0	A 112.415,0

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 13 20

In diesem Kapitel sind die gesamten Aufwendungen des Landes für die Zivilversorgung veranschlagt. Sie setzen sich in der Hauptsache zusammen aus den Ausgaben für die Versorgung der Ruhestandsbeamten und deren Hinterbliebenen sowie den damit im Zusammenhang stehenden Erstattungen von anteiligen Versorgungsbezügen von und an Träger der Versorgungsbezüge anderer Verwaltungen (Bund, andere Länder, Gemeinden usw.).

Zu 119 69

Der Vortrag dient auch zur Vereinnahmung von Rückersätzen.

Zu 241 71—281 71

Nach § 42 Abs. 1 des Gesetzes zu Art. 131 GG und der Verwaltungsvorschriften hierzu hat der nach Kap. I dieses Gesetzes zuständige Träger der Versorgungslast (z. B. Bund, andere Länder, Gemeinden) den auf ihn entfallenden Anteil an den Versorgungsbezügen zu erstatten, die auf dem (neuen) Dienstverhältnis des vom Freistaat Bayern wiederverwendeten Beamten beruhen. Soweit für diese Beamten Zuschüsse gemäß §§ 71 e—k G 131 gewährt werden, sind diese Zuschüsse seit dem Haushaltsjahr 1973 wegen des vom Bund eingeführten Vereinfachungsverfahrens ebenfalls hier veranschlagt.

Zu 241 71

Auf Grund der von den Pensionsfestsetzungsbehörden vorgenommenen Ermittlung der den Bund treffenden Erstattungsleistungen an den Freistaat Bayern kann mit folgenden Erstattungsbeträgen gerechnet werden:

1975 120 000 000 DM,

1976 127 200 000 DM.

Zu 242 71—281 71

Die bei diesen Titeln veranschlagten Erstattungen sind z. T. erheblichen Schwankungen unterworfen, so daß die in den Haushaltsplan einzustellenden Beträge jeweils nur geschätzt werden können.

Zu 382 71

Das Landesprüfungsamt für Sozialversicherung erstattet den Versorgungsaufwand global in Höhe von 40 v. H. der Dienstbezüge der Beamten.

Zivilversorgung

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
		AUSGABEN				
		PERSONALAUSGABEN				
422 41	940	ABFINDUNGEN UND UEBERGANGSGELDER NACH ART. 166, 167 UND 195 BAYBG	10.000,0	11.500,0	A	7.900,0
					B	8.409,5
					C	6.406,4
431 01	930	VERSORGUNGSBEZUEGE FUER MITGLIEDER DER BAYER. STAATSREGIERUNG UND IHRE HINTERBLIEBENEN EINSCHL. STERBEGELD VGL. VERMERK ZU 432 03.	2.450,0	2.600,0	A	2.200,0
					B	2.052,3
					C	1.879,3
432 01	930	BEZUEGE DER VON IHREN AMTLICHEN VERPFLICHTUNGEN ENTBUNDENEN HOCHSCHULLEHRER VGL. VERMERK ZU 432 03.	20.300,0	21.500,0	A	16.500,0
					B	16.602,8
					C	14.737,2
432 02	930	RUHEGEHAELTER VGL. VERMERK ZU 432 03.	830.000,0	880.000,0	A	710.000,0
					B	685.492,0
					C	603.492,8
432 03	930	WITWENGELD UND WAISENGELD SOWIE WITWENABFINDUNG (ART. 137 A BAYBG) ZU 431 01-432 03: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG. ZU 432 02 UND 432 03: AUS DEN ANSAETZEN DUERFEN RUHELOEHNE UND DAMIT ZUSAMMENHAENGENDE HINTERBLIEBENENBEZUEGE GEZAHLT WERDEN.	385.000,0	408.000,0	A	353.000,0
					B	327.194,5
					C	296.021,0
442 01	940	EINMALIGE UNTERSTUETZUNGEN FUER BEAMTE IM RUHESTAND UND IHRE HINTERBLIEBENEN SOWIE FUER FRUEHERE BEAMTE UND IHRE HINTERBLIEBENEN AUF GRUND DER UNTERSTUETZUNGSGRUNDSAETZE VGL. VERMERK ZU 442 02.	200,0	200,0	A	200,0
					B	53,0
					C	61,5
442 02	940	EINMALIGE UNTERSTUETZUNGEN FUER FRUEHERE ANGESTELLTE UND ARBEITER SOWIE IHRE HINTERBLIEBENEN AUF GRUND DER UNTERSTUETZUNGSGRUNDSAETZE ZU 442 01 UND 442 02: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	40,0	40,0	A	40,0
					B	15,7
					C	11,4
442 03	940	LAUFENDE UNTERSTUETZUNGEN AN NICHTVERSORGUNGSBE-RECHTIGTE FRUEHERE BEAMTE UND NICHTVERSORGUNGSBE-RECHTIGTE HINTERBLIEBENE VON BEAMTEN AUF GRUND DER UNTERSTUETZUNGSGRUNDSAETZE VGL. VERMERK ZU 442 04.	150,0	150,0	A	160,0
					B	93,2
					C	95,5
442 04	940	LAUFENDE UNTERSTUETZUNGEN FUER FRUEHERE ANGESTELLTE UND ARBEITER SOWIE IHRE HINTERBLIEBENEN AUF GRUND DER UNTERSTUETZUNGSGRUNDSAETZE ZU 442 03 UND 442 04: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	40,0	40,0	A	30,0
					B	34,5
					C	18,4
446 01	940	BEIHILFEN AUF GRUND DER BEIHILFEVORSCHRIFTEN FUER VERSORGUNGSEMPFAENGER UND DGL. ZU 13 03/441 01, 441 02 UND 13 20/446 01: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	65.000,0	75.000,0	A	57.000,0
					B	48.816,3
					C	42.957,3

Erläuterungen

Zu 422 41

Auf Grund der Art. 166 und 167 BayBG i. d. F. vom 9. November 1970 (GVBl S. 569) erhalten ausscheidende verheiratete Beamtinnen, die auf Antrag entlassen werden, eine Abfindung; Beamte, die nicht auf eigenen Antrag entlassen werden, erhalten ein Übergangsgeld. Ferner erhalten Polizeivollzugsbeamte nach Art. 195 BayBG bei Eintritt in den Ruhestand eine einmalige Abfindung.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 2 100 000 DM in Auswirkung der Besoldungserhöhungsgesetze und der bisherigen Ist-Entwicklung.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 1 500 000 DM aus dem gleichen Grund wie 1975.

Zu 431 01

Die Mitglieder der Staatsregierung und ihre Hinterbliebenen erhalten Versorgung nach dem Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung vom 4. Dezember 1961 (GVBl S. 243), geändert durch die Gesetze vom 22. Mai 1970 (GVBl S. 189) und vom 1. Januar 1974 (GVBl S. 1). Zahl der Versorgungsempfänger nach dem Stand vom 1. Mai 1974: 43 (1972: 50).

1975 gegenüber 1974:

Mehr 250 000 DM in Auswirkung der Besoldungserhöhungsgesetze.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 150 000 DM aus dem gleichen Grund wie 1975.

Zu 432 01—432 03

Die Gesamtzahl der Versorgungsempfänger hat sich gegenüber dem letzten Stichtag (1. Mai 1972) von 56 405 auf 55 382 nach dem Stand vom 1. Mai 1974 vermindert. Am 1. Mai 1974 (in der Klammer die Zahlen des letzten Stichtages) waren festgestellt:

Empfänger von Ruhegehalt	28 813	(28 659)
Empfänger von Emeritenbezügen	301	(303)
Empfänger von Witwengeld	23 083	(24 057)
Empfänger von Halbwaisengeld	2 599	(2 827)
Empfänger von Vollwaisengeld	542	(559)

Die Mehranforderungen haben ihre Ursache in den Auswirkungen der Besoldungsänderungsgesetze.

Von den bei Tit. 432 01—432 03 veranschlagten Beträgen treffen auf den

(Noch zu 432 01—432 03)

	1975	1976
	rd. Mio DM	
Epl. 01 Bayerischer Landtag und Senat ..	0,519	0,537
Epl. 02 Bayerischer Ministerpräsident und Staatskanzlei	1,334	1,401
Epl. 03 A Bayerisches Staatsministerium des Innern		
— Allg. Innere Verwaltung — ..	223,873	237,229
darunter für Polizei etwa 159,1 bzw. 168,6 Mio DM		
Epl. 03 B Bayerisches Staatsministerium des Innern		
— Staatsbauverwaltung —	28,214	29,909
Epl. 04 Bayerisches Staatsministerium der Justiz	143,493	152,072
Epl. 05 Bayerisches Staatsministerium für Unterricht und Kultus	552,364	585,569
darunter		
a) für Volksschulen etwa 366,7 bzw. 388,7 Mio DM		
b) für Staatliche Gymnasien etwa 103,3 bzw. 109,6 Mio DM		
Epl. 06 Bayerisches Staatsministerium der Finanzen	165,728	175,656
darunter für Finanzämter etwa 105,9 bzw. 112,3 Mio DM		
Epl. 07 Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr	6,461	6,836
Epl. 08 Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten — Ernährung und Landwirtschaft —	29,437	31,205
Epl. 09 Bayerisches Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten		
— Staatsforstverwaltung —	45,360	48,072
darunter für Forstämter etwa 35,9 bzw. 38,1 Mio DM		
Epl. 10 Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung	32,674	34,833
Epl. 11 Bayerischer Oberster Rechnungshof	5,843	6,181
Epl. 12 Bayerisches Staatsministerium für Bundesangelegenheiten	—	—
Epl. 14 Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltschutz	—	—
Zusammen	1 235,300	1 309,500

Zu 432 02

Bei diesem Ansatz sind auch die Aufwendungen gemäß Art. 8 des Rechtsstellungsgesetzes vom 23. Juni 1966 i. d. F. des Gesetzes vom 24. September 1970 (GVBl S. 421), vom 27. Juli 1971 (GVBl S. 251) und vom 27. Juni 1972 (GVBl S. 219) zu verrechnen.

Zu 432 03

Bei diesem Ansatz sind ab 1975 auch die Sterbegelder für die Hinterbliebenen von Beamten und Ruhestandsbeamten mitveranschlagt. Damit wird den Verwaltungsvorschriften zur Haushaltssystematik des Freistaates Bayern (VV-BayHS) — Teil II „Bayerischer Gruppierungsplan (BayGPI)“ vom 8. April 1974 (FMBI S. 177) Rechnung getragen.

Zu 442 01 und 442 02

Die einmaligen Unterstützungen für Versorgungsempfänger sind getrennt von dem Bedarf für die im Dienst befindlichen Staatsbediensteten nach dem voraussichtlichen Anfall veranschlagt.

Zu 442 03 und 442 04

Die Höchstbeträge für laufende Unterstützungen sind in der FMBek vom 31. Oktober 1962 (StAnz Nr. 45—FMBI S. 1867) festgesetzt.

Zahl der Empfänger nach dem Stand vom 1. Mai 1974: 138 (1. Mai 1972: 189).

Zu 446 01

Auf die Erläuterungen zu Kap. 13 03 Tit. 441 01 und 441 02 wird hingewiesen.

Zivilversorgung

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			
646 01	930	ERSTATTUNG VON RENTENLEISTUNGEN UND VERWALTUNGSKO- STEN AN DIE SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGER GEMAESS § 72 ABS. 11 DES GESETZES ZU ART. 131 GG UND § 99 AKG VGL. VERMERK ZU TG 71 (AUSGABEN).	1.500,0	1.500,0	A 1.500,0 B 1.083,7 C 1.206,4
		TITELGRUPPEN			
		71ERSTATTUNG VON VERSORGUNGSBEZUEGEN SOWIE ZU- SCHUESSE ZU DEN VERSORGUNGSBEZUEGEN TITEL DER TG GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG. TG IST MIT 646 01 GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.			
641 71	930	ERSTATTUNG AN DEN BUND	7.500,0	8.000,0	A 8.200,0 B 6.433,2 C 5.173,5
642 71	930	ERSTATTUNG AN ANDERE LAENDER	850,0	900,0	A 730,0 B 714,3 C 391,2
643 71	930	ERSTATTUNG AN GEMEINDEN UND GV	26.900,0	28.500,0	A 24.300,0 B 22.887,1 C 21.449,8
646 71	930	ERSTATTUNG AN SOZIALVERSICHERUNGSTRAEGER	300,0	320,0	A 320,0 B 234,3 C 134,5
647 71	930	ERSTATTUNG AN ZWECKVERBAENDE	10,0	10,0	A 30,0 B 5,4
671 71	930	ERSTATTUNG AN SONSTIGE IM INLAND	2.400,0	2.550,0	A 1.580,0 B 2.018,4 C 1.074,9
		SUMME DER TITELGRUPPE	37.960,0	40.280,0	A 35.160,0
		GESAMTAUSGABEN	1.352.640,0	1.440.810,0	A 1.183.690,0

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973
1	2	3	4	5	C IST 1972
			TSD.DM		
			6		
ABSCHLUSS					
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.	-	-	-
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	131.910,0	139.818,0	A 111.915,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	544,0	576,0	A 500,0
		GESAMTEINNAHMEN	132.454,0	140.394,0	A 112.415,0
		PERSONALAUSGABEN	1.313.180,0	1.399.030,0	A 1.147.030,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	39.460,0	41.780,0	A 36.660,0
		GESAMTAUSGABEN	1.352.640,0	1.440.810,0	A 1.183.690,0
		ZUSCHUSS	1.220.186,0	1.300.416,0	A 1.071.275,0

Erläuterungen

Zu 646 01

Nach § 72 Abs. 11 des Gesetzes zu Art. 131 GG und § 99 des Allgemeinen Kriegsfolgengesetzes (AKG) haben die Dienstherren den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung im Versicherungsfall für die unter Art. 131 GG und § 99 AKG fallenden Personen, die nach den Regelungen keinen Anspruch oder keine Anwartschaft auf Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben, die auf die Zeiten versicherungsfreier Beschäftigung vor dem 8. Mai 1945 entfallenden Leistungen (einschl. eines angemessenen Verwaltungskostenersatzes) zu erstatten.

Zu Titelgruppe 71

Veranschlagt sind die Ausgaben aus der Beteiligung des Freistaates Bayern an der Versorgungslast anderer Dienstherren gemäß § 42 Abs. 2 des G zu Art. 131 GG, die an die Städte gemäß Art. 210 Abs. 2 BayBG zu erstattenden Versorgungsbezüge für die Angehörigen der früheren staatlichen Polizeiverwaltungen und ihre Hinterbliebenen sowie die Zuschüsse auf Grund der §§ 71e bis 71k des G zu Art. 131 GG und auf Grund des Art. II § 3 des Dritten G zur Änderung des G zu Art. 131 GG vom 21. August 1961 (BGBl I S. 1557).

1975 gegenüber 1974:

Mehr 2 800 000 DM auf Grund des von den Pensionsfestsetzungsbehörden ermittelten Bedarfs unter Berücksichtigung der Auswirkungen der Besoldungserhöhungsgesetze.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 2 320 000 DM wegen weiterer Erhöhung der Erstattungsleistungen in Auswirkung der Besoldungserhöhungsgesetze.

Übrige Versorgung

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		UEBRIGE VERSORGUNG			
		EINNAHMEN			
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN			
241 01	223	ERSTATTUNG DER AUFWENDUNGEN FUER DIE GESETZLICHE UNFALLVERSICHERUNG DER AUF DEN BUNDESFERNSTRASSEN TAETIGEN ARBEITER DURCH DEN BUND	870,0	870,0	A 600,0 B 875,2
242 01	930	ERSTATTUNG VON ANTEILIGEN VERSORGUNGSLEISTUNGEN DURCH DIE LAENDER FUER FRUEHERE ANGEOERIGE DES REICHSSNAEHRSTANDES GEMAESS § 3 DER DREISSIGSTEN VO ZUR DURCHFUEHRUNG DES G 131 VOM 20. MAERZ 1964 (BGBL I S. 221)	700,0	750,0	A 440,0 B 583,1 C 695,5
271 01	223	ENTSCHAEDIGUNGSLEISTUNGEN VON UNTERNEHMEN, DIE IM RAHMEN DER EIGENUNFALLVERSICHERUNG DES FREISTAATES BAYERN VERSICHERUNGSSCHUTZ GENIESSEN	400,0	424,0	A 100,0 B 345,9
281 11	930	SONSTIGE ERSTATTUNGEN AUS DEM INLAND	-	-	A - C 0,4
		GESAMTEINNAHMEN	1.970,0	2.044,0	A 1.140,0
		AUSGABEN			
		PERSONALAUSGABEN			
425 21	940	UEBERGANGSGELDER, ABFINDUNGEN UND NACHVERSICHERUNG FUER ZUSICHERUNGSINHABER DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR.	5,0	5,0	A 5,0 B 0,3 C 6,7
428 01	960	UMLAGE DES FREISTAATES BAYERN ZUR VERSORGUNGSAN- STALT DES BUNDES UND DER LAENDER VGL. VERMERK ZU 428 02.	1.000,0	-	A 22.500,0 B 26.376,4 C 27.254,9
428 02	960	PAUSCHALIERTE STEUERBETRAEGE AUF DIE UMLAGE DES FREISTAATES BAYERN ZUR VERSORGUNGSANSTALT DES BUN- DES UND DER LAENDER ZU 428 01 UND 428 02:GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	300,0	-	A 1.010,0 B 1.259,3 C 1.229,2
435 01	056	UEBERGANGSVERSORGUNG FUER DIE ANGESTELLTEN IM JU- STIZVOLLZUGSDIENST	-	-	A
437 01	930	ENTLASSUNGSGELD AN FRUEHERE BEAMTE AUF WIDERRUF VGL. VERMERK ZU 437 02.	15,0	15,0	A 15,0
437 02	930	UEBERGANGSBEZUEGE UND ENTLASSUNGSGELDER FUER ANGE- STELLTE UND ARBEITER ZU 437 01 UND 437 02:GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	8,0	8,0	A 8,0 B 5,5 C 4,5

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Kapitel 13 21

In diesem Kapitel sind die Aufwendungen des Landes für die übrige Versorgung veranschlagt, die sich im wesentlichen aus den Versorgungsleistungen für frühere Angehörige des Reichsnährstandes und damit zusammenhängende Einnahmen sowie aus Einnahmen und Ausgaben für die Durchführung der gesetzlichen Unfallversicherung zusammensetzen. Die bisherige zentrale Veranschlagung der Umlage zur Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder wurde ab dem Haushaltsjahr 1975 aufgegeben. Diese Umlage ist nunmehr bei dem Titel mitveranschlagt, bei dem die Vergütungen bzw. die Löhne der Staatsbediensteten ausgebracht sind. Neu in das Kapitel aufgenommen wurden die Zuweisungen an das Versorgungswerk des Bayerischen Landtags.

Zu 241 01

1975 gegenüber 1974:

Mehr 270 000 DM wegen höherer Erstattungen auf Grund der laufend steigenden Unfallversicherungsleistungen.

Zu 242 01

1975 gegenüber 1974:

Mehr 260 000 DM wegen Anpassung an die Entwicklung der Istergebnisse und wegen höherer Erstattungen auf Grund der Besoldungsänderungsgesetze.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 50 000 DM wegen höherer Erstattungen auf Grund der Besoldungsänderungsgesetze.

Zu 242 01 und 439 01

Die gemäß § 18 Abs. 1 Satz 2 des Reichsnährstandsabwicklungsgesetzes vom 23. Februar 1961 (BGBl I S. 119) in Verbindung mit § 2 der Dreißigsten V zur Durchführung des G 131 vom 20. März 1964 (BGBl I S. 221) vom Freistaat Bayern zu leistenden Versorgungsbezüge, über die nach § 3 Abs. 1 der Dreißigsten V zur Durchführung des G 131 nach Ablauf eines jeden Haushaltsjahres ein Ausgleich zwischen den Ländern durchzuführen ist, sind bei Tit. 439 01 brutto veranschlagt. Auf diesen Ansatz sind alle mit dem einzelnen Versorgungsfall zusammenhängenden Ausgaben, also auch Sterbegeld, Beihilfen, einmalige Unterstützungen usw. zu verrechnen. Wegen der Einnahme aus dem Länderausgleich vgl. Tit. 242 01.

Zu 271 01

Zur Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen durch eine kostenlose gesetzliche Unfallversicherung werden die in selbständiger Rechtsform betriebenen, gemäß §§ 653 Abs. 1 Nr. 2, 655 Abs. 1 RVO durch „Bezeichnung“ in die Eigenunfallversicherung des Freistaates Bayern überführten Unternehmen seit 1973 zur Beteiligung an den Ausgaben (Entschädigungsleistungen, Kosten der Unfallverhütung und Verwaltungskosten) herangezogen. Die Beteiligungsleistungen werden zunächst in Höhe von 0,5 v. H. der Lohnsumme erhoben.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 300 000 DM, da bei Beginn der Beteiligung der bezeichneten Unternehmen an den Kosten der gesetzlichen Unfallversicherung das Aufkommen an Entschädigungsleistungen auch nicht annähernd bekannt war.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 24 000 DM auf Grund der voraussichtlichen Entwicklung der Entschädigungsleistungen.

Zu 428 01 und 428 02

Im Zuge der Übernahme der Berechnung der Vergütungen und Löhne auf das EDV-Verfahren wird die zentrale Abführung der Umlage zur Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder ab 1. Januar 1975 aufgegeben. Die Umlage ist nunmehr bei dem Titel mitveranschlagt, bei dem die Vergütungen bzw. die Löhne ausgebracht sind. Die veranschlagten Beiträge werden für Nachzahlungen für frühere Jahre benötigt.

Zu 435 01

Auf Grund des § 1 Nr. 8 des 35. Änderungstarifvertrages zum BAT vom 4. Oktober 1974 (StAnz Nr. 49/1974) erhalten die Angestellten im Justizvollzugsdienst eine Übergangsversorgung. Die Übergangsversorgung wird zunächst nach Maßgabe der Nr. 6—8 der Sonderregelung 2 n BAT in der Fassung des 35. Änderungstarifvertrages zum BAT von der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder gezahlt; sie ist vom Arbeitgeber nach Maßgabe einer noch ausstehenden Vereinbarung zu erstatten. Da das Ausmaß der Erstattungen nicht bekannt ist, wird vorerst ein Leertitel ausgebracht und anfallende Erstattungsleistungen zu Lasten der Verstärkungsmittel bei Kap. 13 03 Tit. 461 01 verrechnet.

Zu 437 01 und 437 02

Unter die §§ 52, 52 a—c und 70 in Verbindung mit § 63 G 131 fallenden früheren Beamten und ehemaligen Angestellten und Arbeiter des Freistaates Bayern erhalten unter bestimmten Voraussetzungen ein Entlassungsgeld in Höhe von 1500 DM bis 2500 DM oder Übergangsbezüge.

Veranschlagt sind:

bei Tit. 437 01 für 7 Fälle an frühere Beamte
zu durchschnittlich 2 150 DM
= rd. 15 000 DM,
bei Tit. 437 02 für 4 Fälle an ehem. Angestellte und Arbeiter
zu durchschnittlich 2 000 DM
= 8 000 DM.

Übrige Versorgung

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975	1976	A SOLL 1974	
			TSD.DM	TSD.DM	B IST 1973	C IST 1972
1	2	3	4	5	TSD.DM	
					6	
439 01	930	VERSORGENSLEISTUNGEN FUER FRUEHERE ANGEHOERIGE DES REICHSNAEHRSTANDES GEMAESS § 18 ABS. 1 SATZ 2 UND ABS. 3 DES REICHSNAEHRSTANDSABWICKLUNGSGESETZES VOM 23. FEBRUAR 1961 (BGBl I S. 119)	2.100,0	2.100,0	A	2.200,0
					B	1.757,4
					C	1.790,5
439 02	930	AUSGABEN FUER DIE ZUSAETZLICHE ALTERS- UND HINTERBLIEBENENVERSORUNG DER ANGESTELLTEN UND ARBEITER (ERSATZZUSATZRENTEN) UND LEISTUNGEN NACH DER FMBEK. VOM 4. 9. 1957 (FMBl S. 950)	35,0	35,0	A	35,0
					B	40,5
					C	34,7
443 01	940	RENTEN AN EHEMALIGE LANDESPOLIZEIBEAMTE VGL. VERMERK ZU 443 02.	193,0	204,0	A	190,0
					B	164,2
					C	146,9
443 02	940	RENTEN AN DIE HINTERBLIEBENEN VON EHEMALIGEN LANDESPOLIZEIBEAMTEN ZU 443 01 UND 443 02: GEGENSEITIG DECKUNGSFAEHIG.	269,0	285,0	A	220,0
					B	239,8
					C	203,2
443 03	940	HEILBEHANDLUNGSKOSTEN FUER DIE DIENSTBESCHAEDIGTEN EHEMALIGEN ANGEHOERIGEN DER LANDESPOLIZEI UND DEREN HINTERBLIEBENE	35,0	38,0	A	35,0
					B	24,1
					C	34,4
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN				
636 01	211	VERWALTUNGSKOSTENANTEIL ZUM GEMEINDEUNFALLVERSICHERUNGSVERBAND	1.980,0	2.230,0	A	1.560,0
					B	1.354,7
					C	1.074,4
681 01	223	DURCHFUEHRUNG DER GESETZLICHEN UNFALLVERSICHERUNG IN DEN BETRIEBEN UND SONSTIGEN EINRICHTUNGEN DES FREISTAATES BAYERN DIE MITTEL SIND UEBERTRAGBAR. RUECKERSAETZE DRITTER KOENNEN VON DEN AUSGABEN ABGESETZT WERDEN.	15.100,0	18.150,0	A	10.000,0
					B	10.439,8
684 01	011	ZUWEISUNGEN AN DAS VERSORGENSWERK DES BAYERISCHEN LANDTAGS	500,0	1.000,0	A	

		GESAMTAUSGABEN	21.540,0	24.070,0	A	37.778,0
		ABSCHLUSS				
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	1.970,0	2.044,0	A	1.140,0
		GESAMTEINNAHMEN	1.970,0	2.044,0	A	1.140,0
		PERSONALAUSGABEN	3.960,0	2.690,0	A	26.218,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVESTITIONEN	17.580,0	21.380,0	A	11.560,0
		GESAMTAUSGABEN	21.540,0	24.070,0	A	37.778,0
		ZUSCHUSS	19.570,0	22.026,0	A	36.638,0

Erläuterungen

Zu 439 01

1975 gegenüber 1974:
Weniger 100 000 DM in Anpassung an die Entwicklung der Istergebnisse.

Zu 443 01—443 03

Bei den hier veranschlagten Renten und Heilbehandlungskosten handelt es sich nicht um eigentliche Versorgungsbezüge für eine zurückgelegte Dienstzeit im Sinne der Beamtenversorgung, sondern um Renten und Heilbehandlungskosten für eine bei der ehem. Bayerischen Landespolizei erlittene Dienstbeschädigung, die seit 1. April 1951 auf Grund des Art. 26 des Landespolizeibeamtengesetzes vom 26. August 1922 (GVBl S. 427) in Verbindung mit den §§ 66 und 66 a des Gesetzes zu Art. 131 GG i. d. F. vom 13. Oktober 1965 (BGBl I S. 1685) und des Haushaltssicherungsgesetzes vom 20. Dezember 1965 (BGBl I S. 2065) sowie des Finanzplanungsgesetzes vom 23. Dezember 1966 (BGBl I S. 697) nach Maßgabe des Bundesversorgungsgesetzes in der jeweils gültigen Fassung gewährt werden.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 52 000 DM wegen Erhöhung der Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 30 000 DM aus dem gleichen Grund wie 1975 sowie wegen Erhöhung der Heilbehandlungskosten.

Zu 636 01

Der Anteil ist nach dem Umfang der Geschäfte der staatlichen Ausführungsbehörde für Unfallversicherung im Rahmen der Gesamtgeschäfte des Gemeindeunfallversicherungsverbands bemessen.

1975 gegenüber 1974:

Mehr 420 000 DM auf Grund der laufenden Erhöhung der Verwaltungskosten.

1976 gegenüber 1975:

Mehr 250 000 DM aus dem gleichen Grund wie 1975.

Zu 681 01

Die Leistungen werden auf Grund des Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetzes vom 30. April 1963 (BGBl I S. 241) und dem jeweils gültigen Rentenanpassungsgesetz gewährt.

Nach dem Gesetz über Unfallversicherung für Schüler und Studenten vom 18. März 1971 (BGBl I S. 237) genießen Schüler und Studenten ab 1. April 1971 Versicherungsschutz im Rahmen der gesetzlichen Unfallversicherung.

1975 gegenüber 1974:

Mehr	3 100 000 DM	auf Grund der Auswirkung des Rentenanpassungsgesetzes und der Ausdehnung des Versicherungsschutzes auf Schüler und Studenten
------	--------------	--

	2 000 000 DM	weil im Haushaltsjahr 1974 auf einen Ausgabereist in Höhe von rd. 2 Mio DM zurückgegriffen werden konnte
--	--------------	--

Somit mehr	5 100 000 DM	
------------	--------------	--

1976 gegenüber 1975:

Mehr 3 050 000 DM nach dem zu erwartenden Umfang des Unfallgeschehens und der weiteren gesetzlichen Ausgestaltung des Leistungsrechts (z. B. Rentendynamik).

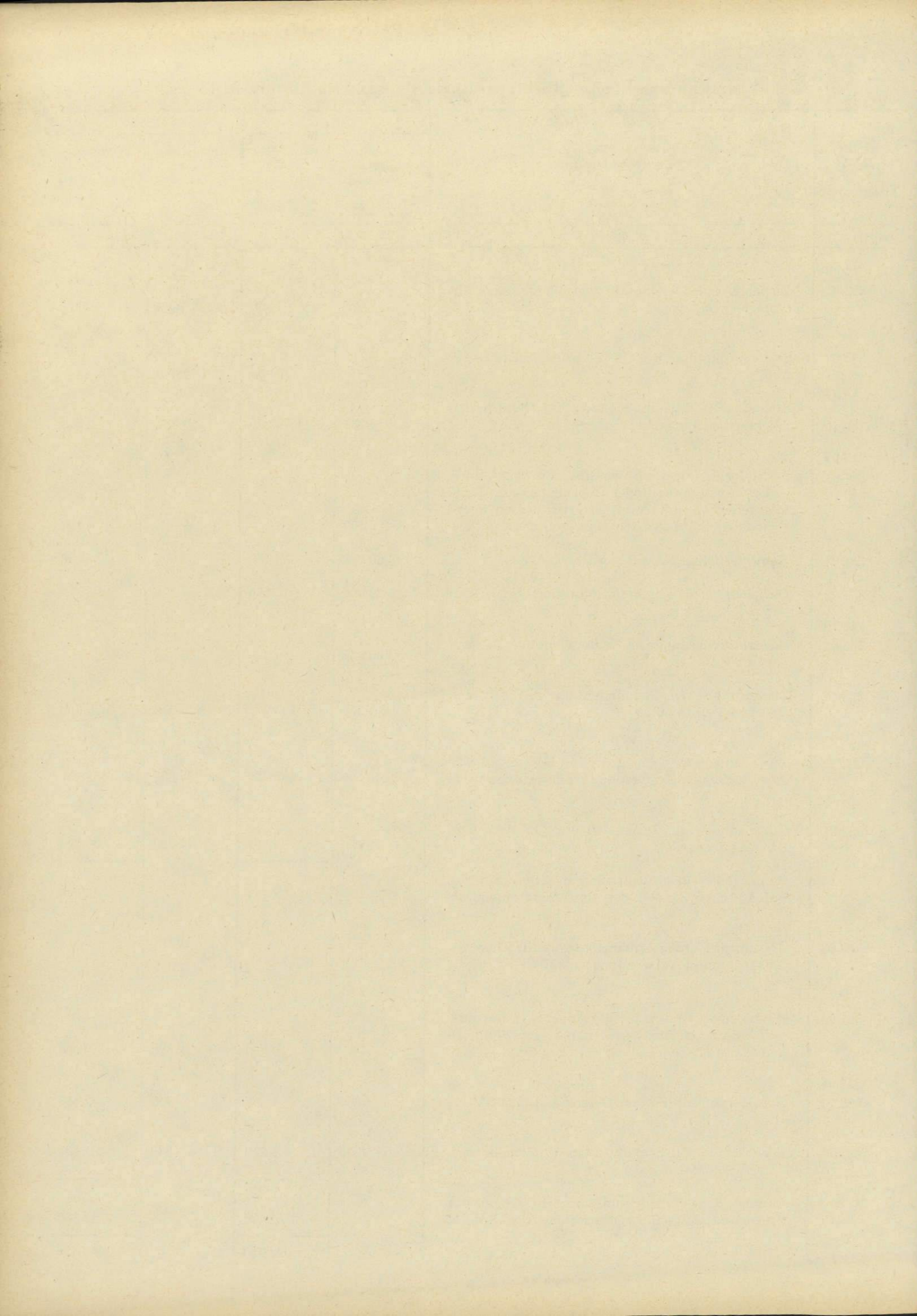
Zu 684 01

Nach § 4 Abs. 3 der Satzung des Versorgungswerkes des Bayerischen Landtags, Körperschaft des öffentlichen Rechts, vom 28. Mai 1968 (GVBl S. 211), zuletzt geändert durch Satzung zur Änderung des Versorgungswerkes des Bayerischen Landtags vom 30. April 1974 (GVBl S. 271), sind etwa fehlende Mittel zur Erfüllung der Aufgaben des Versorgungswerks vom Freistaat Bayern zur Verfügung zu stellen. Die Beitrags- und Rentenentwicklung führt im Jahre 1975 nach den Berechnungen der Bayerischen Versicherungskammer unter Außerachtlassung der Rücklagen zu einem Fehlbetrag von rd. 1,4 Mio DM und im Jahre 1976 zu einem Fehlbetrag von rd. 1,8 Mio DM. Um die mittelfristig angelegten Deckungskapitalien nicht vorzeitig mit Kursverlusten veräußern zu müssen, wird zunächst nur auf die kurzfristig angelegten Deckungskapitalien zurückgegriffen, so daß in den Haushaltsjahren 1975 und 1976 Zuweisungen in Höhe von 0,5 Mio DM bzw. 1,0 Mio DM erforderlich werden.

TITEL	FKZ	ZWECKBESTIMMUNG	1975 TSD.DM	1976 TSD.DM	A SOLL 1974 B IST 1973 C IST 1972 TSD.DM
1	2	3	4	5	6
		ABSCHLUSS EPL. 13			
		STEUERN UND STEUERAEHNliche ABGABEN	14.500.600,0	16.230.000,0	A 14.541.700,0
		VERWALTUNGSEINNAHMEN UND DGL.	416.345,4	423.912,4	A 450.871,1
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIONEN	854.018,0	715.753,0	A 674.142,6
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE FUER INVESTITIONEN, BESONDERE FINANZIERUNGSEINNAHMEN	3.834.024,0	3.698.606,0	A 1.959.445,0
		GESAMTEINNAHMEN	19.604.987,4	21.068.271,4	A 17.626.158,7
		PERSONALAUSGABEN	1.431.869,5	1.466.025,5	A 1.953.827,5
		SAECHLICHE VERWALTUNGS-AUSGABEN	17.665,6	19.516,7	A 84.685,3
		AUSGABEN FUER DEN SCHULDENDIENST	771.507,0	979.713,0	A 478.761,0
		ZUWEISUNGEN UND ZUSCHUESSE MIT AUSNAHME FUER INVE- STITIONEN	2.514.144,1	2.651.362,7	A 2.244.091,0
		BAUMASSNAHMEN	78.066,6	159.920,0	A 110.645,0-
		SONSTIGE AUSGABEN FUER INVESTITIONEN UND INVESTI- TIONSFOERDERUNGSMASSNAHMEN	3.270.684,4	3.352.836,0	A 2.981.302,5
		BESONDERE FINANZIERUNGS-AUSGABEN	464.442,0-	574.442,0-	A 209.894,0-
		GESAMTAUSGABEN	7.463.362,0	7.735.091,9	A 7.422.128,3
		UEBERSCHUSS	12.141.625,4	13.333.179,5	A 10.204.030,4

Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen im Einzelplan 13

Kap. Titel Titelgruppe	Zweckbestimmung	1975		1976	
		Haushalts- ansatz Tsd. DM	Verpflich- tungs- ermächtigung Tsd. DM	Haushalts- ansatz Tsd. DM	Verpflich- tungs- ermächtigung Tsd. DM
1	2	3	4	5	6
13 03					
862 01	Darlehen zur Gewinnung von Wohnungen für Staatsbedienstete	31 000	66 000	77 000	71 000
893 02	Sonderprogramm der Bayerischen Staatsregierung	—	20 000	10 000	—
13 04					
712 11— 746 13	Staatliche Hochbaumaßnahmen im Bereich der Allgemeinen Finanzverwaltung (Anlage S)	9 733	8 200	10 380	6 200
13 05					
831 01	Kapitalerhöhung der Bayerischen Ferngas GmbH — Bayerngas — und/oder Übernahme von Kapitalanteilen an einer noch zu errichtenden überregionalen Süddeutschen Gasgesellschaft	3 400	—	—	6 400
831 07	Kapitalerhöhung der Bayernwerk AG	60 000	30 000	60 000	30 000
861 22	Darlehen an die Flughafen-München GmbH	20 000	12 200	27 200	—
13 10					
653 04	Bedarfszuweisungen an Gemeinden und GV nach Art. 11 FAG	27 000	6 000	33 000	—
883 11	Zuweisungen an Gemeinden und GV für den Bau von Volksschulen	551 000	405 000	650 000	455 000
883 52	Zuweisungen an Gemeinden und GV gemäß § 22 Abs. 1 Satz 2 Krankenhausfinanzierungsgesetz	440 000	485 000	485 000	485 000
883 61	Zuweisungen an Gemeinden und GV nach dem Kindergartengesetz	42 000	46 000	46 000	30 000
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen des Epl. 13 (ohne Zins- und Aufwendungszuschüsse)		1 078 400		1 083 600
13 03	Verpflichtungsermächtigungen für Zins- und Aufwendungszuschüsse				
891 05	Einmalzinszuschüsse für die Abgeltung von Aufwendungszuschüssen für den Bau von Wohnungen für Staatsbedienstete	—	9 000	8 000	9 000
13 06					
623 71	Schuldendiensthilfen an Gemeinden und GV ...	800	4 156	800	2 556
662 71	Schuldendiensthilfen an private Unternehmen ..	930	1 280	930	1 280
	Summe der Verpflichtungsermächtigungen für Zins- und Aufwendungszuschüsse des Epl. 13		14 436		12 836
	Insgesamt		1 092 836		1 096 436



Stellenplan

für die allgemeine Finanzverwaltung

- Einzelplan 13 -

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr.	1975	1976	1974	
Zu TG 71					1975
Betriebsarbeiter (Voll- und Teilzeitbeschäftigte)		41	41	45	Abgang: Stellen
Abgang		4			Betriebsarbeiter 4 Wegfall der Aufgaben
13 05					
Wirtschaftliche Unternehmen					
Zu Titel 121 13					
Staatsbäder					
Planmäßige Beamte					
Aufsteigende Gehälter					
Bad Reichenhall					
Regierungsdirektor	A 15	1	1	1	
Oberamtsrat	A 13	1	1	1	
Regierungsoberinspektor	A 10	1	1	1	1975
Regierungshauptsekretär	A 8	1	1	1	Abgang: Stellen
Bad Steben					Bad Kissingen
Regierungsrat	A 13	1	1	1	BesGr. A 14 1 Wegfall der Aufgaben
Regierungsamtmann	A 11	1	1	1	
Regierungsoberinspektor	A 10	1	1	1	1976
Bad Kissingen					Abgang: Stellen
Regierungsdirektor mit Stellenzulage nach Fußnote 1 zur BesGr. A 15	A 15	1	1	1	Bad Kissingen
Oberchemikerat kw	A 14	—	—	1	BesGr. A 12 1 Umwandlung nach VergGr. III
Oberamtsrat	A 13	1	1	1	
Gartenamtsrat ku	A 12	1	—	1	
Regierungsamtmann	A 11	1	1	1	
Regierungsoberinspektor	A 10	1	1	1	
Regierungshauptsekretär	A 8	1	1	1	
Bad Brückenau					
Oberregierungsrat (DW)	A 14	1	1	1	
Regierungsamtmann (DW)	A 11	1	1	1	
Regierungsoberinspektor	A 10	1	1	1	
Zusammen		16	15	17	
Abgang		1	1		
Zu Titel 121 18					1975
Staatliche Seenschiffahrt					Zugang: Stellen
Planmäßige Beamte					BesGr. A 5 1 Verbesserung des Stellenschlüssels
Aufsteigende Gehälter					BesGr. A 4 2
Oberregierungsrat	A 14	—	1	—	Zusammen 3
Regierungsrat	A 13	1	—	1	Abgang:
Betriebsinspektoren	A 9	2	2	2	BesGr. A 4 1 Hebung nach BesGr. A 5
Hauptwerkmeister	A 8	5	5	5	BesGr. A 3 2 Hebung nach BesGr. A 4
Oberwerkmeister und Schiffskapitäne	A 7	11	11	11	Zusammen 3
Werkmeister und Schiffsführer	A 6	2	2	2	Bleibt <u>Zugang</u> —
Steuermann	A 5	1	1	1	<u>Abgang</u> —
Betriebsobermeister	A 5	5	5	4	
Betriebsmeister	A 4	8	8	7	1976
Betriebshauptwarte	A 3	1	1	3	Zugang: Stellen
Betriebsoberwart	A 2	1	1	1	BesGr. A 14 1 Hebung von BesGr. A 13
Zusammen		37	37	37	Abgang:
					BesGr. A 13 1 Hebung nach BesGr. A 14
					Bleibt <u>Zugang</u> —
					<u>Abgang</u> —

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr.	1975	1976	1974	
Zu Titel 121 19					
Landeshafenverwaltung					
Planmäßige Beamte					
Aufsteigende Gehälter					
Oberbaudirektor	A 16	1	1	1	1975 Abgang: Stellen BesGr. A 13 1 Stelleneinsparung BesGr. A 11 1 Stelleneinsparung BesGr. A 10 2 Stelleneinsparung Zusammen 4
Regierungsdirektor	A 15	1	1	1	
mit Stellenzulage nach Fußnote 1 zur BesGr. A 15					
Baudirektoren		3	3	3	
davon 1 Stelle mit Stellenzulage nach Fußnote 1 zur BesGr. A 15					
Oberbaurat	A 14	1	1	1	
Bauräte	A 13	1	1	2	
Amtsräte	A 12	2	2	2	
Regierungsamtmann	A 11	—	—	1	
Regierungsoberinspektoren	A 10	—	—	2	
Technischer Hauptsekretär	A 8	1	1	1	
Zusammen		10	10	14	
Abgang		4			
Zu Titel 121 21					
Staatliches Sägewerk Spiegelau					
Planmäßige Beamte					
Aufsteigende Gehälter					
Forstdirektor	A 15	1	1	1	
Zu Titel 121 22					
Landeskraftwerke					
Planmäßige Beamte					
Aufsteigende Gehälter					
Amtsrat	A 12	1	1	1	1975 Abgang: Stellen BesGr. A 7 1 Stelleneinsparung
Regierungsobersekretär	A 7	—	—	1	
Zusammen		1	1	2	
Abgang		1			
Zu Titel 121 24					
Staatliche Molkerei Weihenstephan					
Planmäßige Beamte					
Aufsteigende Gehälter					
Amtsrat	A 12	1	1	1	

Stellenplan

Bezeichnung	BesGr.	Stellenzahl			Erläuterungen
	VergGr.	1975	1976	1974	
Zu Titel 123 01—123 04 und 123 06					1975
Staatliche Lotterieverwaltung					Zugang: Stellen
Planmäßige Beamte					BesGr. A 14 1 Hebung von BesGr. A 13
Feste Gehälter					BesGr. A 13 2 Hebung von BesGr. A 13 (Oberamtsräte)
a) Staatslotterie					BesGr. A 9 4 Übertragung von Kap. 06 05
Präsident der Lotterieverwaltung	B 4	1	1	1	Zusammen 7
Aufsteigende Gehälter					Abgang:
Oberregierungsdirktor	A 16	1	1	1	BesGr. A 13 1 Hebung nach BesGr. A 14
Regierungsdirektoren	A 15	2	2	2	BesGr. A 13 2 Hebung nach BesGr. A 13 (Oberamtsräte)
Oberregierungsrat	A 14	1	1	1	BesGr. A 12 1
Regierungsrat	A 13	1	1	1	BesGr. A 11 1 Übertragung auf Kap. 06 17
Oberamtsräte	A 13	2	2	2	Zusammen 5
Amtsräte	A 12	3	3	4	Bleiben Zugang 2
Regierungsamtmänner	A 11	3	3	4	
Regierungsoberinspektor	A 10	1	1	1	
Amtsinspektoren	A 9	3	3	3	
b) Betrieb der Spielbanken					1976
Oberregierungsrat	A 14	1	1	—	Zugang: Stellen
Regierungsräte	A 13	3	3	2	BesGr. A 11 3 Hebung von BesGr. A 10
Oberamtsräte	A 13	—	—	2	Abgang:
					BesGr. A 10 3 Hebung nach BesGr. A 11
c) Spielbanküberwachung					Bleibt $\frac{\text{Zugang}}{\text{Abgang}}$ —
(Außenstellen in Garmisch- Partenkirchen, Bad Wiessee, Bad Kissingen und Bad Reichenhall)					
Amtsrat	A 12	1	1	1	
Regierungsamtmänner	A 11	4	7	4	
Regierungsoberinspektoren	A 10	12	9	12	
Regierungsinspektoren	A 9	4	4	—	
Zusammen		43	43	41	
Zugang		2			
Zu Titel 123 01—123 04 und 123 06					
Staatliche Lotterieverwaltung					
c) Spielbanküberwachung					
Abgeordnete Beamte	A 10	2	2	—	
Einzelplan 13					
Gesamtübersicht					
Kapitel 13 04 TG 71					
Betriebsarbeiter		41	41	45	
Kapitel 13 05					
Staatsbäder		16	15	17	
Staatliche Seenschifffahrt		37	37	37	
Landeshafenverwaltung		10	10	14	
Staatliches Sägewerk Spiegelau		1	1	1	
Landeskraftwerke		1	1	2	
Staatliche Molkerei Weihenstephan		1	1	1	
Staatliche Lotterieverwaltung		43	43	41	
Personalsoll insgesamt		150	149	158	
ohne abgeordnete Beamte					
Titel 422 31					

Übersicht

über die

Leistungen

an und für Gemeinden,

Gemeinde- und gemeindliche Zweckverbände,

die in anderen Kapiteln des Haushalts

veranschlagt sind

(Zu Kapitel 13 10)

Anlage A

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
03 03					
653 01	012	Zuschüsse zur Landkreisentwicklungsplanung ..	—	—	200 000
633 71	011	Wahlen zum Landtag und Volksentscheide	—	—	1 580 000
633 72	011	Wahlen zum Bundestag	—	4 500 000	—
643 75	314	Erstattung des ungedeckten Betriebsaufwandes des Tuberkulosekrankenhauses Parsberg	400 000	400 000	400 000
653 77	314	Zuweisungen zur Förderung der Hebammen ...	150 000	180 000	—
03 08					
633 01	311	Erstattung von Eigenleistungen für die staatl. Gesundheitsämter	400 000	435 000	295 000
633 02	511	Pauschvergütungen für die städt. Veterinärärzte	—	—	20 000
633 03	215	Entschädigungen an die kreisfreien Städte zu den Kosten der Ausgleichsämter	13 300 000	15 800 000	14 650 000
633 04	215	Entschädigungen an die örtlichen Träger der Sozialhilfe für die Verwaltungskosten bei der Krankenversorgung der Unterhaltshilfeempfän- ger	1 130 000	—	988 000
633 05	215	Erstattung von Verwaltungsausgaben	20 000	20 000	—
653 01	012	Zur Entrichtung bürgerlich-rechtlicher Reich- nisse	12 000	12 000	12 000
633 73	314	Erstattung von Verwaltungsausgaben für die Röntgenreihenuntersuchungen	230 000	230 000	205 000
03 09					
633 01	215	Erstattungen der Personalausgaben der zu den staatl. Ausgleichsämtern abgeordneten Bedien- steten der Städte und Landkreise	430 000	430 000	500 000
883 01	012	Leistungen des Freistaates Bayern nach § 2 Abs. 2, § 14 Abs. 2 und § 16 der Rahmenverein- barung vom 31. Juli 1959 (GVBl S. 169)	—	100 000	100 000
03 21					
633 01	042	Erstattung der Aufwendungen des Bußgeldver- fahrens	40 000	—	50 000
03 23					
883 01	044	Zuweisungen zur Beschaffung von Feuerlösch- geräten sowie zur Errichtung von Feuerweh- rgerätehäusern usw.	19 778 400	19 799 800	19 638 400
03 35					
633 01	511	Kosten der Veterinärämter	1 600 000	1 680 000	1 400 000
03 63		<i>Förderung von städtebaulichen Studien und Modellvorhaben und für Vorhaben nach dem Städtebauförderungsgesetz</i>			
853 01	422	Darlehen des Landes	17 500 000	17 500 000	4 000 000
		Verpflichtungsermächtigung 1975 40 Mio DM			
		Verpflichtungsermächtigung 1976 40 Mio DM			
853 02	422	Darlehen des Bundes	17 500 000	17 500 000	4 000 000
		damit im Zusammenhang stehende Einnahmen:			
		1975 17,5 Mio DM,			
		1976 17,5 Mio DM.			

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
(03 63)					
853 03	422	Darlehen des Landes für städtebauliche Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Bayerischen Städtebauförderungsprogramms	1 500 000	1 500 000	—
883 03	422	Zuschüsse des Bundes	—	—	4 000 000
883 04	422	Zuschüsse des Landes	—	—	4 000 000
883 77	422	Zuschüsse für städtebauliche Förderungsprogramme zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung	9 311 500	—	—
03 77		<i>Schuldendiensthilfen für Darlehen zur Unterhaltung und zum Ausbau von Gewässern sowie zu Bodenkulturunternehmen</i>			
623 01	623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1 200 000	1 200 000	1 100 000
		<i>Schuldendiensthilfen für Darlehen zu Wirtschaftswegebauten</i>			
623 02	524	an Gemeinden und Gemeindeverbände	1 480 000	1 450 000	3 093 000
		<i>Schuldendiensthilfen für Darlehen zum Bau von Wasserversorgungsanlagen</i>			
623 03	623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	31 400 000	31 100 000	28 077 000
627 03	623	an Zweckverbände	62 707 000	58 755 800	55 400 000
		<i>Schuldendiensthilfen für Darlehen zum Bau von Abwasseranlagen</i>			
623 04	623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	33 200 000	31 100 000	28 786 000
627 04	623	an Zweckverbände	13 992 500	13 863 500	12 250 000
		<i>Zuweisungen für Investitionen zu Bodenkulturunternehmen</i>			
883 95	623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	6 500 000	7 000 000	2 000 000
887 95	623	an Zweckverbände	500 000	500 000	200 000
883 96	524	Zuweisungen für Investitionen zu Wirtschaftswegebauten an Gemeinden und Gemeindeverbände	2 000 000	2 500 000	1 800 000
		<i>Zuweisungen für Investitionen zum Bau von Wasserversorgungsanlagen</i>			
883 97	623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	47 000 000	47 000 000	25 000 000
887 97	623	an Zweckverbände	110 000 000	110 000 000	52 000 000

Anlage A

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
(03 77)		<i>Zuweisungen für Investitionen zum Bau von Abwasseranlagen</i>			
883 98	623	an Gemeinden und Gemeindeverbände	80 000 000	80 000 000	50 500 000
887 98	623	an Zweckverbände	68 000 000	70 000 000	40 000 000
04 05					
643 01	056	Vollzug von Maßregeln der Sicherung und Besserung in Anstalten anderer Verwaltungen	12 000 000	13 500 000	11 000 000
05 02					
653 73	960	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für Projekte auf dem Gebiet der elektronischen Datenverarbeitung	95 000	140 000	100 000
05 04					
653 02	122	Zuweisungen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Förderung des Gehörlosen- und Blindenunterrichts	—	—	30 000
653 05	124	Zuweisungen zum Betrieb von Gymnasien	67 400 000	71 160 000	59 215 000
653 06	123	Zuweisungen zum Betrieb von Realschulen	45 790 000	49 730 000	43 873 000
657 01	124	Zuweisungen an den Zweckverband Bayerischer Landschulheime nach dem Schulfinanzierungsgesetz	3 500 000	3 750 000	2 700 000
657 02	124	Zuweisungen an den Zweckverband Bayerischer Landschulheime nach Maßgabe der Umlagepflicht des Freistaates Bayern als Verbandsmitglied	4 460 000	4 730 000	3 300 000
883 71	239	Zuweisungen für Investitionen zur Förderung der Jugendarbeit aus Bundesmitteln	—	—	500 000
		<i>Zur Förderung von Turn- und Sportstätten aus Bundesmitteln</i>			
883 72	323	Zuweisungen für Investitionen	5 000 000	5 000 000	1 000 000
		damit im Zusammenhang stehende Einnahmen: 1975 5 Mio DM, 1976 5 Mio DM.			
		<i>Zur Förderung von sonstigen kulturellen Maßnahmen im Zonenrand- und Grenzgebiet aus Bundesmitteln</i>			
653 73	189	Zuweisungen für laufende Zwecke	1 000 000	1 000 000	100 000
		damit im Zusammenhang stehende Einnahmen: 1975 1 Mio DM, 1976 1 Mio DM.			
883 73	189	Zuweisungen für Investitionen	1 000 000	1 000 000	600 000
		damit im Zusammenhang stehende Einnahmen: 1975 1 Mio DM, 1976 1 Mio DM.			
883 74	121	Zuweisungen zur Förderung von Schul- und Kindergartenbauten im Zonenrand- und Grenzgebiet aus Bundesmitteln	10 000 000	10 000 000	7 000 000
		damit im Zusammenhang stehende Einnahmen: 1975 10 Mio DM, 1976 10 Mio DM.			

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
(05 04)		<i>Ausgaben für Schulversuche</i>			
653 76	125	Zuweisungen an Gemeinden	1 048 000	1 619 000	904 000
657 76	125	Zuweisungen an Zweckverbände	400 000	430 000	321 000
		<i>Ausgaben auf Grund des Gesetzes über die Lernmittelfreiheit</i>			
653 77	121	Zuweisungen an Gemeinden	21 200 000	22 500 000	18 100 000
657 77	121	Zuweisungen an Zweckverbände	1 500 000	1 500 000	—
		<i>Ausgaben für gewerbliche, kaufmännische und hauswirtschaftliche Berufsschulen</i>			
653 78	126	Zuweisungen an Gemeinden	56 400 000	58 000 000	100 000 000
657 78	126	Zuweisungen an Zweckverbände	—	—	19 000 000
		<i>Ausgaben für nichtstaatliche Berufsoberschulen</i>			
653 79	126	Zuweisungen an Gemeinden	3 000 000	3 500 000	1 650 000
653 80	127	Zuweisungen für nichtstaatl. Berufsfachschulen	33 400 000	35 000 000	27 000 000
653 81	128	Zuweisungen für nichtstaatl. Fachschulen	3 000 000	3 300 000	6 900 000
653 82	126	Zuweisungen für Fachoberschulen	4 800 000	5 000 000	4 500 000
653 83	128	Zuweisungen für Fachakademien	3 000 000	3 500 000	—
643 85	126	Erstattungen an Gemeinden (Telekolleg)	—	—	200 000
887 86	125	Zuweisungen für nichtstaatliche Schulen und Schülerheime	—	—	60 000
883 88	238	Zuweisungen zur Errichtung von Kinderhorten und Kinderspielplätzen	1 650 000	1 650 000	1 650 000
		<i>Ausgaben der freien Jugendpflege</i>			
653 89	239	Zuweisungen für laufende Zwecke	600 000	600 000	600 000
883 89	239	Zuweisungen für Investitionen	3 000 000	3 000 000	2 750 000
		<i>Ausgaben für den Schulsport</i>			
653 90	324	Zuweisungen für laufende Zwecke	1 000 000	1 000 000	1 300 000
883 90	324	Zuweisungen für Investitionen	—	—	100 000
		<i>Förderung des Turn- und Sportwesens</i>			
653 91	324	Zuweisungen für laufende Zwecke	600 000	600 000	75 000
883 91	324	Zuweisungen für Investitionen	16 000 000	16 000 000	15 000 000
653 95	238	Zuweisungen für das pädagogische Personal an Kindergärten	50 000 000	50 000 000	18 000 000

Anlage A

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
(05 04) 653 96	238	Zuweisungen für den Austausch von deutschen und französischen Kindergärtnerinnen und Erzieherinnen	200 000	200 000	200 000
05 05		<i>Förderung nichtstaatlicher Theater und von Einrichtungen auf dem Gebiet der darstellenden Kunst</i>			
653 73	181	Zuweisungen an Gemeinden	24 999 000	25 916 000	21 493 500
657 73	181	Zuweisungen an Zweckverbände	3 523 900	3 655 200	2 250 400
653 75	182	Zuweisungen für künstlerische Musikpflege, Jugend- und Volksmusikpflege, Förderung bedeutender Orchester, von Konservatorien und Musikschulen	255 000	255 000	255 000
		<i>Förderung und Pflege der bildenden Kunst</i>			
653 77	189	Zuweisungen für laufende Zwecke	40 000	40 000	10 000
883 77	189	Zuweisungen für Investitionen	—	—	110 000
653 78	189	Zuweisungen zur Förderung der Heimatpflege ..	40 000	40 000	33 000
		<i>Förderung des öffentlichen Büchereiwesens</i>			
653 80	186	Zuweisungen für laufende Zwecke	2 505 000	2 785 000	1 585 000
883 80	186	Zuweisungen für Investitionen	800 000	800 000	450 000
653 81	188	Zuweisungen zur Förderung der Erwachsenenbildung	—	—	500 000
05 08 643 01	132	Erstattung von Mehrkosten bei der Chirurgischen Klinik an die Stadt München	200 000	200 000	200 000
05 12 643 01	133	Erstattung von Personal- und Sachkosten an die Landeshauptstadt München	—	—	50 000
05 13 643 01	132	Erstattung von Zinsen und Tilgungsraten für äußere Schulden an die Stadt München	267 000	225 000	302 000
643 02	132	Erstattung anteiliger Personal- und Sachkosten an die Stadt München	300 000	300 000	530 000
883 01 05 19 643 01	132 131	Zuweisung an die Stadt München für Baukosten Erstattung von Personalkosten an die Stadt Nürnberg	— 16 600	— 17 600	250 000 11 000
05 28		<i>Ausgaben für Lehrkrankenhäuser</i>			
653 76	131	Zuweisungen für laufende Zwecke	—	1 200 000	—
883 76	131	Zuweisungen für Investitionen	—	—	7 500 000
05 33 643 01	149	Sonstige Erstattungen an Gemeinden und GV für den Fachhochschulbereich	70 000	75 000	—

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
05 44 883 01	178	Beteiligung an den Instandsetzungs- und Umbaukosten des städtischen Gebäudes Michaeligasse 15 in Passau	150 000	175 000	—
653 74	178	Zuweisungen für die Betreuung staatlicher Buchbestände	13 000	13 000	13 000
05 45 653 01	186	Zuweisungen an Gemeinden für öffentliche Büchereien	170 000	170 000	170 000
		damit im Zusammenhang stehende Einnahmen: je Haushaltsjahr 170 000 DM			
05 55 633 01	126	Erstattungen an Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 000	1 000 000	1 000 000
05 56 633 01	126	Erstattung von Personalkosten an Gemeinden	30 000	30 000	30 000
05 57 643 73	134	Erstattung von Personalkosten an Gemeinden ..	135 000	145 000	125 000
05 58 653 01	111	Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Bereitstellung des Raum- und Sachbedarfs der Ministerialbeauftragten für die Realschulen	16 200	16 200	14 400
05 60 633 01	124	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände	680 000	600 000	880 000
883 01	124	Leistungen des Freistaates Bayern nach Art. 12 Abs. 2 und 4 des Schulfinanzierungsgesetzes	500 000	500 000	1 000 000
883 02	124	Zuweisung an die Stadt Augsburg im Zusammenhang mit der Errichtung von Räumen für ein EDV-Forschungsprojekt beim Gymnasium St. Anna in Augsburg	70 000	—	—
05 61 643 01	126	Erstattungen an Gemeinden und GV im Rahmen der fachpraktischen Ausbildung und für die Abordnung von Lehrkräften	100 000	100 000	100 000
647 01	126	Erstattungen an Berufsschulverbände im Rahmen der fachpraktischen Ausbildung und für die Abordnung von Lehrkräften	60 000	60 000	100 000
653 01	126	Leistungen an Gemeinden und Gemeindeverbände für die Bereitstellung des Raum- und Sachbedarfs der Ministerialbeauftragten für die Fachoberschulen	15 000	10 000	6 400
05 84 883 75	184	Zuweisungen zur Erhaltung und Sicherung von Kunst- und Geschichtsdenkmälern	5 000 000	5 000 000	2 500 000
623 76	184	Zinszuschüsse für Darlehen zur Instandsetzung von Kunstdenkmälern	20 000	20 000	20 000
883 77	184	Zuweisungen zur Förderung der Orts- und Heimatmuseen	60 000	65 000	60 000
07 04 883 01	692	Zuschüsse im Rahmen des Bayerischen Grenzhilfeprogramms	8 000 000	8 000 000	6 500 000
883 03	692	Zuschüsse im Rahmen des Programms für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungs-fähigen Gebieten	4 800 000	4 800 000	4 000 000

Anlage A

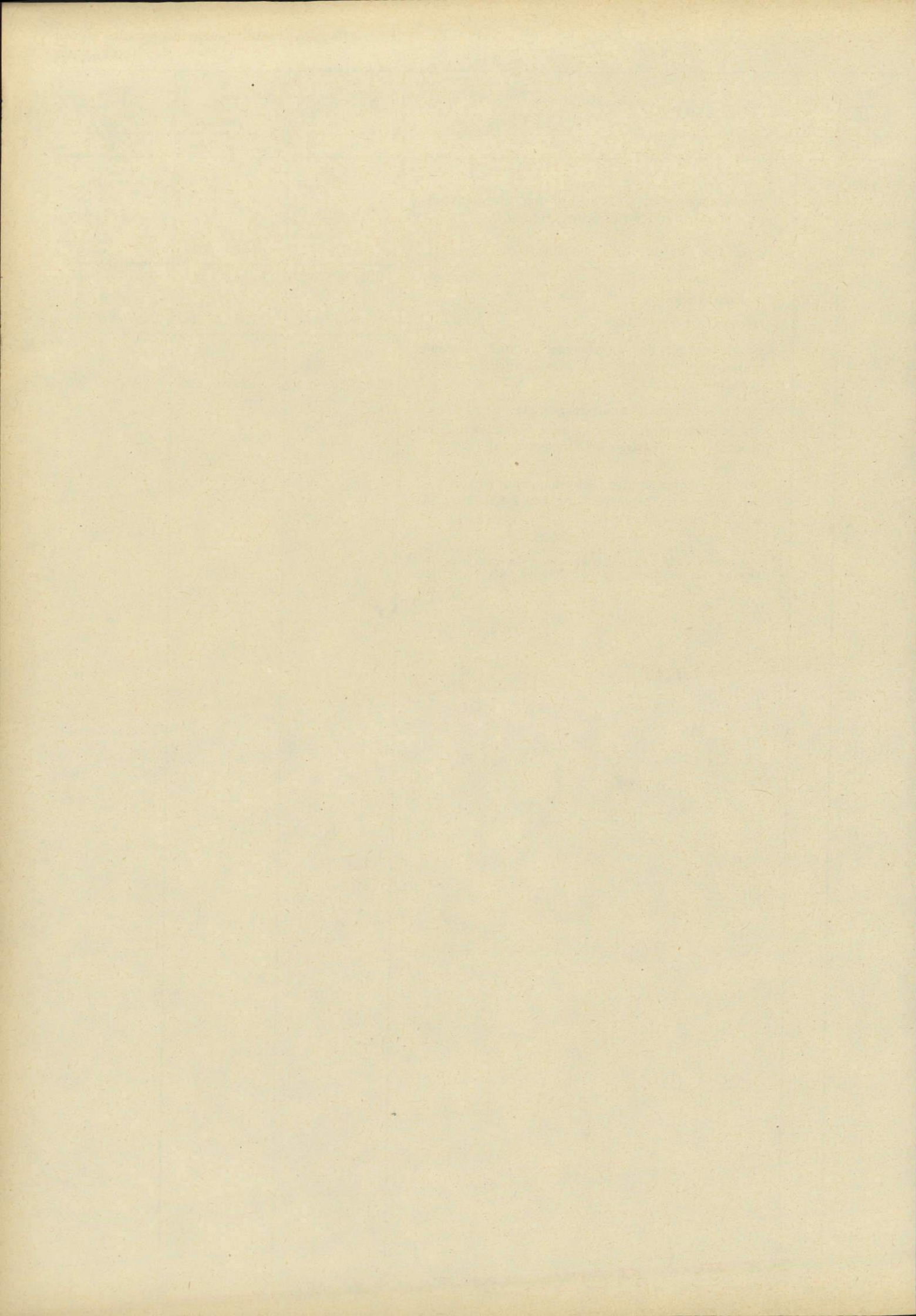
Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
(07 04) 883 05	692	Zuschüsse und sonstige Ausgaben für Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur ..	12 300 000	12 300 000	8 400 000
883 07	650	Zuschüsse zur Förderung von unmittelbar dem Fremdenverkehr, insbesondere der Saisonverlängerung dienenden Einrichtungen	3 000 000	3 500 000	2 000 000
883 69	692	Zuweisungen für Infrastrukturmaßnahmen im Rahmen des Sonderprogramms 1974 zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung	70 000 000	—	—
883 71	692	Zuschüsse zur Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“	77 500 000	77 500 000	75 500 000
883 73	692	Zuschüsse für das Konjunkturauffangprogramm, insbesondere für das Zonenrandgebiet	—	—	12 000 000
07 05 853 01	623	Darlehen zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung bergbaulicher Minerallagerstätten und Wasservorkommen	20 000	100 000	100 000
653 71	740	Zuschüsse zu den Kosten für Erhebungen und Zählungen im Vollzug des Nahverkehrsprogramms	230 000	280 000	780 000
08 03 883 86	128	Förderung des Baues, Umbaues und Erstaussstattung von nichtstaatlichen Landwirtschaftsschulen und Zuwendungen an Landkreise für den Bau von Ämtergebäuden	1 990 000	1 990 000	400 000
08 04 653 01	529	Durchführung von Vorplanungen im ländlichen Nahbereich	1 650 000	1 650 000	800 000
887 99	623	Förderung wasserwirtschaftlicher und kulturbautechnischer Maßnahmen	93 700 000	90 700 000	69 150 000
09 03 653 02	549	Zuweisungen für Personalaufwand	1 000 000	1 800 000	—
09 05 653 01	812	Zuweisungen für Wegeunterhaltung und sonstige dem Forstbetrieb dienende Maßnahmen ..	100 000	100 000	—
883 01	812	Einmalige Abfindung für Übertragung der Straßenbaulast für Forststraßen	800 000	800 000	—
883 02	812	Zuweisungen für Wegebauten und sonstige dem Forstbetrieb dienende Maßnahmen	100 000	100 000	—
09 06 883 01	729	Einmalige Abfindung für Übertragung der Straßenbaulast für Forststraßen	—	—	1 000 000
883 02	729	Zuweisungen zu Wegebauten	—	—	300 000
10 03 883 92	314	Zuweisungen zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmisßbrauchs	150 000	150 000	1 000 000
10 05 653 71	252	Zuweisungen für Maßnahmen der Berufsförderung und der Förderung der Berufsausbildung und -weiterbildung Jugendlicher	20 000	20 000	30 000
		<i>Leistungen für aus Landes-, Bundes- und Bundesanstaltsmitteln verstärkt geförderte Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen</i>			
853 75	253	Darlehen an Gemeinden und GV	800 000	400 000	—

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
(10 05)					
857 75	253	Darlehen an Zweckverbände	300 000	150 000	—
883 75	253	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und GV	200 000	100 000	—
887 75	253	Zuweisungen für Investitionen an Zweckver- bände	200 000	100 000	—
		<i>Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen für Behinderte und sozial Gefährdete</i>			
653 78	235	Zuweisungen	180 000	180 000	180 000
883 78	235	Zuweisungen für Investitionen	70 000	70 000	70 000
653 79	253	Zuweisungen zur Förderung der sozialen und kulturellen Betreuung ausländischer Arbeits- kräfte	130 000	130 000	—
10 06					
643 01	234	Zuweisungen an die Träger der Sozialhilfe zur Erstattung von Leistungen der Kriegsfolgenhilfe	3 000	3 000	5 000
643 02	249	Aufwendungen für Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft	1 200 000	1 300 000	950 000
643 03	234	Anteil des Freistaates Bayern an der Erholungs- und Wohnungsfürsorge	1 100 000	1 200 000	1 100 000
643 74	234	Erstattungen an andere Träger der Kriegsopfer- fürsorge	20 000	20 000	20 000
10 07		<i>Landesplan für Altenhilfe</i>			
653 71	235	Zuweisungen für Maßnahmen der offenen Alten- hilfe	200 000	200 000	100 000
853 71	235	Darlehen	9 538 000	15 050 000	7 370 000
883 71	235	Zuweisungen	3 002 000	3 750 000	3 200 000
653 72	235	Zuweisungen zur Förderung von Sozialdiensten	200 000	300 000	100 000
		<i>Zuschüsse und Beiträge an Anstalten, Einrich- tungen und Vereine der Jugendwohlfahrt</i>			
653 74	238	Zuweisungen	1 350 000	1 900 000	1 000 000
883 74	238	Zuweisungen für Investitionen	700 000	800 000	600 000
653 75	238	Zuweisungen zur Jugenderholungsfürsorge, so- weit die Kinder nicht zum Kreis der Kriegsfol- genhilfeempfänger zählen, und zu Sporterho- lungskuren für körperversehrte Jugendliche, auch wenn sie zum Kreis der Kriegsfolgenhilfe- empfänger gehören	150 000	150 000	220 000
653 76	238	Zuweisungen zur Förderung der vorbeugenden Jugendhilfe und von Jugendschutzmaßnahmen .	10 000	10 000	10 000
10 24					
643 01	242	Ausgaben für Kurtaxe	350 000	350 000	270 000

Anlage A

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
10 53					
633 01	249	Erstattung von Verwaltungsausgaben	23 500	23 500	23 500
13 01					
653 71	910	Anteile der Spielbankgemeinden an der Spielbankabgabe der Spielbanken im Freistaat Bayern	6 675 000	7 125 000	6 543 000
13 03					
633 01	312	Ablösung der Verpflichtung des Freistaates Bayern gegenüber dem Krankenhausverband Coburg	2 800 000	2 800 000	5 200 000
653 01	910	Zahlung an die Stadt Neustadt bei Coburg	1 000 000	—	2 000 000
883 01	643	Zuweisungen zur Errichtung eines Messezentrums in Nürnberg	4 111 400	—	5 000 000
		<i>Tuberkulosehilfe für die staatlichen Bediensteten, Versorgungsempfänger und deren Familienangehörige</i>			
633 71	940	Verwaltungskostenbeitrag	20 000	20 000	20 000
643 71	940	Ersatz der Aufwendungen	405 000	410 000	395 000
13 06					
623 71	181	Schuldendiensthilfen für Darlehen zur Finanzierung von im staatlichen Interesse gelegenen, besonders förderungswürdigen Maßnahmen	800 000	800 000	600 000
		<i>Erstattung von Versorgungsbezügen sowie Zuschüsse zu den Versorgungsbezügen</i>			
13 20					
643 71	930	an Gemeinden und Gemeindeverbände	26 900 000	28 500 000	24 300 000
647 71	930	an Zweckverbände	10 000	10 000	30 000
14 03					
637 71	422	Erstattung von Verwaltungsausgaben an Regionale Planungsverbände	3 575 000	3 575 000	3 275 000
		<i>Förderung von Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege</i>			
653 72	185	Zuweisungen an Gemeinden	250 000	250 000	250 000
657 72	185	Zuweisungen an Zweckverbände	100 000	100 000	100 000
883 72	185	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden ..	200 000	200 000	200 000
887 72	185	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	200 000	200 000	200 000
		<i>Förderung von Maßnahmen für Freizeit und Erholung</i>			
653 73	329	Zuweisungen an Gemeinden	225 000	225 000	225 000
657 73	329	Zuweisungen an Zweckverbände	75 000	75 000	75 000
883 73	329	Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden ..	9 200 000	9 200 000	9 200 000
887 73	329	Zuweisungen für Investitionen an Zweckverbände	200 000	200 000	200 000

<u>Kap.</u> Titel	<u>Funk-</u> <u>tion</u>	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM
1	2	3	4	5	6
(14 03) 883 77	330	Zuweisungen zur Förderung von Maßnahmen auf dem Gebiet der Abfallbeseitigung	—	—	5 835 000
883 79	330	Zuschüsse für die Abfallwirtschaft	5 835 000	5 835 000	—
		Summe	1 291 028 000*)	1 234 879 600	1 006 347 600
		Nachrichtlich:			
		Hierzu Ausgaben Kap. 13 10	4 346 480 000	4 634 790 000	3 963 310 000
		Gesamtsumme der Leistungen an und für Gemeinden, Gemeinde- und gemeindliche Zweckverbände	5 637 508 000*)	5 869 669 600	4 969 657 600
		Ferner Verrentungsermächtigungen: Staatszuschußdarlehen für den nichtstaatlichen Wasser- und Wegebau im Haushaltsjahr 1974 125 000 000 DM. Für den kommunalen Schulhausbau wurde die Willigung zur Teilverrentung von 2 000 Mio DM auf 2 200 Mio DM erhöht.			
		*) Davon Zuweisungen im Rahmen des Sonderprogramms 1974 zur regionalen und lokalen Abstützung der Beschäftigung — 70 000 000 DM.			



Nachweisung

der

Rücklagen und Sondervermögen

im Sinne des Art. 26 Abs. 2 BayHO

(Zu Kapitel 13 04, 13 05 und 13 06)

1. Ausgleichs- und Bürgschaftssicherungsrücklage

Vermögensbestand am Ende des Haushaltsjahres (1975 voraussichtlich)	1974	1975
a) an nichtverwendeten Mitteln für die Inanspruchnahme aus Sicherheitsleistungen (Kap. 13 06 Tit. 870 01)	23 681 086 DM	24 000 000 DM
b) sonstiger Bestand	502 232 065 DM	502 300 000 DM
Zusammen	525 913 151 DM	526 300 000 DM
Einnahmen im Haushaltsjahr	1975	1976
Zuführung des Haushalts an die Ausgleichsrücklage (Kap. 13 06 Tit. 911 01)	— DM	— DM
Ausgaben im Haushaltsjahr		
Entnahme aus der Ausgleichsrücklage (Kap. 13 06 Tit. 355 11)	— DM	— DM
Bis zu ihrer Auflösung ist die Ausgleichsrücklage nach VV Nr. 9 zu Art. 43 BayHO zu verwalten.		

2. Grundstock A. Allgemeine Landesverwaltung

Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Istergebnis a) 1972 b) 1973 in 1000 DM
A. Allgemeine Landesverwaltung						
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen und dgl.						
121 01	869	Einnahmen aus Abschreibungen und Rücklagen von Staatsbetrieben Vgl. Vermerk bei Tit. 861 01.	—	—	—	a) 54 b) 145
131 01	871	Einnahmen aus der Veräußerung von Grundstockvermögen	12 200 000	5 000 000	9 600 000	a) 46 159 b) 45 988
131 02	871	Sonstige Einnahmen	500 000	200 000	500 000	a) 566 b) 6 547
181 01	869	Darlehensrückflüsse von Staatsbetrieben	500 000	500 000	1 000 000	a) 473 b) 404
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen						
356 01	950	Zuweisungen aus Haushaltsmitteln an den Grundstock	35 500 000	25 500 000	34 100 000	a) 6 500 b) 67 050
		Vgl. Kap. 13 04 Tit. 916 01.				
356 02	950	Überweisungen aus dem Forstgrundstock	10 000 000	15 000 000	15 000 000	a) 15 000 b) 6 000
Gesamteinnahmen			58 700 000	46 200 000	60 200 000	
Ausgaben						
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen						
820 01	871	Erwerb von Grundstockvermögen	90 400 000	52 500 000	95 000 000	a) 38 409 b) 109 041
820 02	871	Sonstige Ausgaben (Nebenausgaben)	100 000	100 000	100 000	a) 131 b) 422
831 01	869	Kapitalausstattung für Eigenbetriebe des Staates aus den Einnahmen des Grundstocks bei Tit. 121 01 und 181 01	—	—	—	—
861 01	869	Darlehen für Eigenbetriebe des Staates aus den Einnahmen des Grundstocks bei Tit. 181 01 Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahmen bei Tit. 121 01.	500 000	500 000	1 000 000	—
Besondere Finanzierungsausgaben						
916 01	950	Ablieferung an den Haushalt	—	—	—	a) 22 000
		Vgl. Kap. 13 04 Tit. 356 01.				
Gesamtausgaben			91 000 000	53 100 000	96 100 000	
Abschluß						
Verwaltungseinnahmen und dgl.			13 200 000	5 700 000	11 100 000	
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen, besondere Finanzierungseinnahmen			45 500 000	40 500 000	49 100 000	
Gesamteinnahmen			58 700 000	46 200 000	60 200 000	
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			91 000 000	53 100 000	96 100 000	
Besondere Finanzierungsausgaben			—	—	—	
Gesamtausgaben			91 000 000	53 100 000	96 100 000	
Zuschuß			32 300 000	6 900 000	35 900 000	

Erläuterungen

Vorbemerkung zu Anlage B 2. Grundstock

Die Verwaltung des Grundstocks als Sondervermögen richtet sich nach der Bekanntmachung über das Grundstockvermögen des Staates und den Grundstock vom 29. Juli 1974 (FMBI S. 331).

Zu 131 01 und 131 02

In den Jahren 1975 und 1976 werden die veranschlagten Beträge erwartet.

Zu 356 01

Vgl. Erläuterung zu Kap. 13 04 Tit. 916 01.

Zu 356 02

Veranschlagt sind die Überweisung zur Abdeckung eines entsprechenden Bedarfs beim Grundstock Allgemeine Landesverwaltung.

Zu 820 01, 820 02 und 861 01

Der Bedarf ist geschätzt.

Nachrichtlich:	1974	1975
Vermögensbestand (Bargeld, Forderungen und Verbindlichkeiten) am Ende des Haushaltsjahres (1975 voraussichtlich)	DM 111 658 285	DM —

2. Grundstock B. Forstgrundstock

Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Istergebnis b) 1973 a) 1972 in 1000 DM
B. Forstgrundstock						
Einnahmen						
Verwaltungseinnahmen und dgl.						
131 01	871	Einnahmen aus der Veräußerung von Forstgrundstücken und Abbaurechten	20 000 000	20 000 000	25 000 000	a) 33 888 b) 31 946
131 02	871	Einnahmen aus der Ablösung von Berechtigungen und sonstigen einmaligen Abfindungen	1 500 000	1 500 000	1 500 000	a) 1 615 b) 4 609
131 03	873	Einnahmen im Vollzug der Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände nach dem MRG Nr. 59 (Veräußerung rückerstatteter Forstgrundstücke oder Abbaurechte, Rückgewähr des Kaufpreises bei Rückerstattungspflicht des Freistaates Bayern)	—	—	—	—
131 04	871	Sonstige Einnahmen	—	—	—	—
Gesamteinnahmen			21 500 000	21 500 000	26 500 000	
Ausgaben						
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen						
820 01	871	Für den Erwerb von bebauten und unbebauten Grundstücken	15 000 000	15 000 000	15 000 000	a) 15 960 b) 23 562
820 02	871	Ausgaben für die Ablösung von Berechtigungen	2 500 000	2 500 000	3 000 000	a) 2 790 b) 2 825
820 03	873	Ausgaben im Vollzug der Rückerstattung feststellbarer Vermögensgegenstände (Rückgewähr des Kaufpreises an Rückerstattungspflichtige) ..	—	—	—	—
820 04	871	Sonstige Ausgaben (Nebenausgaben)	300 000	300 000	300 000	a) 447 b) 661
Besondere Finanzierungsausgaben						
916 01	950	Ablieferung an den Haushalt (Tit. 356 01 der Kap. 09 04, 09 05, 09 07, 09 08 und 09 09)	7 657 000	7 913 000	6 953 000	a) 5 453 b) 7 386
916 02	950	Überweisung an den Grundstock Allgemeine Landesverwaltung	10 000 000	15 000 000	15 000 000	a) 15 000 b) 6 000
Gesamtausgaben			35 457 000	40 713 000	40 253 000	
Abschluß						
Verwaltungseinnahmen und dgl.			21 500 000	21 500 000	26 500 000	
Zugleich Gesamteinnahmen						
Sonstige Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen			17 800 000	17 800 000	18 300 000	
Besondere Finanzierungsausgaben			17 657 000	22 913 000	21 953 000	
Gesamtausgaben			35 457 000	40 713 000	40 253 000	
Zuschuß			13 957 000	19 213 000	13 753 000	

Erläuterungen

Zu 131 01

1975 gegenüber 1974:

Weniger 5 000 000 DM infolge Rückläufigkeit der Grundabtretungen (nachlassendes Kaufinteresse) stagnierende Bodenpreise).

Zu 820 02

1975 gegenüber 1974:

Weniger 500 000 DM infolge geringeren Mittelbedarfs für die anstehenden Ablösungen.

Zu 916 02

1975 gegenüber 1974:

Weniger 5 000 000 DM infolge fehlender Grundstockmittel.

Nachrichtlich:	1974	1975
Vermögensbestand am Schluß des Haushaltsjahres (1975 voraussichtlich)	DM 15 649 883	DM 17 500 000
hierzu fällige Forderungen	8 000 000	8 000 000
Zusammen	23 649 883	25 500 000

3. Coburger Domänenfonds

Vermögensbestand am Schluß der Haushaltsjahre (1975 voraussichtlich)

	1974	1975
a) Bargeld	7 854 DM	5 000 DM
b) Kapitalanlagen (Sparbuch)	448 000 DM	300 000 DM
c) Forderungen	21 132 DM	— DM
d) Wertpapiere Nennwert	1 527 800 DM	707 000 DM
Zusammen	2 004 786 DM	1 012 000 DM
	1975	1976
Einnahmen im Haushaltsjahr	200 000 DM	200 000 DM
Ausgaben im Haushaltsjahr	800 000 DM	600 000 DM

Erläuterung

Der Domänenfonds ist ein Bestandteil des Coburger Domänenguts, das gemäß § 7 Abs. 1 des Staatsvertrages zwischen Bayern und Coburg vom 14. Februar 1920 als eine in sich geschlossene Vermögensmasse zu verwalten ist. Seine Einnahmen bilden im wesentlichen die Erlöse aus veräußertem Domänengrundbesitz. Nach § 7 Abs. 2 des Staatsvertrages dient der Fonds zur Erhaltung, Verbesserung und Vermehrung des Domänenguts. Die Zinsen aus dem Domänenfonds werden im Einzelplan 09 (Staatsforstverwaltung) vereinnahmt.

4. Schlagintweit-Fonds für das Staatsbad Bad Brückenau

Vermögensbestand am Schluß des Haushaltsjahres (1975 voraussichtlich)

	1974	1975
a) Bargeld	6 770 DM	5 000 DM
b) Wertpapiere Nennwert	216 850 DM	217 000 DM
(Außerdem RM-Wertpapiere 2 000 RM)		
Zusammen	223 620 DM	222 000 DM
	1975	1976
Einnahmen im Haushaltsjahr	35 000 DM	35 000 DM
Ausgaben im Haushaltsjahr	35 000 DM	35 000 DM

Erläuterung

Der Fonds, der aus dem Vermächtnis der am 16. April 1959 verstorbenen Frau Friederike Schlagintweit gebildet wurde, ist mit seinem Ertrag und der Substanz zur Unterstützung kranker und bedürftiger Kurgäste in Bad Brückenau zu verwenden.

Insbesondere sollen Personen, für die die Durchführung einer Kur ärztlich geboten erscheint und die hierzu aus eigener Kraft wirtschaftlich nicht in der Lage sind, die notwendigen Zuschüsse zu Unterkunft, Verpflegung oder Arztkosten erhalten.

5. Konjunkturausgleichsrücklage

Vermögensbestand am Schluß des Haushaltsjahres (1975 voraussichtlich)

	1974	1975
a) allgemeine Konjunkturausgleichsrücklage	225 921 000 DM	
b) aus dem Zuschlag zur Einkommensteuer und zur Körperschaftsteuer (Landesanteil)	247 523 497 DM	
c) wie b) Gemeindeanteil	59 612 957 DM	
d) aus der Steuer für den Selbstverbrauch ..	59 557 122 DM	
Zusammen	592 614 576 DM	220 000 000 DM
(davon Gemeindeanteil)	(59 612 957) DM	(—)
	1975	1976
Einnahmen im Haushaltsjahr		
Erwartet werden:		
Zuweisungen von anderen Ländern (Länderausgleich)	18 473 383 DM	
Ausgaben im Haushaltsjahr		
a) Entnahmen für Maßnahmen des Sonder- programms 1974 zur regionalen und loka- len Abstützung der Beschäftigung Kap. 13 06 Tit. 355 01)	61 475 000 DM	— DM
b) Sonstige Entnahmen (Kap. 13 06 Tit. 355 02)	270 000 000 DM	220 000 000 DM
c) Auszahlung des Gemeindeanteils aus dem Stabilitätzuschlag	59 612 957 DM	

(Noch zu 5.)

Erläuterung

1. Nach den Verordnungen über die Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen durch Bund und Länder in den Haushaltsjahren 1969 und 1970 vom 24. Juli 1969 (BGBl I S. 940) und vom 21. April 1970 (BGBl I S. 411) hat der Freistaat Bayern in den Haushaltsjahren 1969 und 1970 eine Konjunkturausgleichsrücklage aus den Steuermehreinnahmen der Haushaltsjahre 1969 und 1970 gebildet. Diese Konjunkturausgleichsrücklage ist gemäß § 7 StWG vom 8. Juni 1967 (BGBl I S. 582) bei der Deutschen Bundesbank bzw. bei der Landeszentralbank in Bayern angesammelt worden.
2. Nach Art. 4 des Steueränderungsgesetzes 1973 vom 26. Juni 1973 (BGBl I S. 676) wurde für die Kalenderjahre 1973 und 1974 (vom 1. Juli 1973—30. Juni 1974) zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer ein Stabilitätzuschlag erhoben. Das Aufkommen aus diesem Zuschlag ist als Konjunkturausgleichsrücklage auf Sonderkonten bei der Deutschen Bundesbank bzw. bei der Landeszentralbank von Bayern angesammelt worden.
3. Nach Art. 6 § 1 Nr. 12 des Steueränderungsgesetzes 1973 vom 26. Juni 1973 (BGBl I S. 676) wird vorübergehend für den Selbstverbrauch Umsatzsteuer (sog. Investitionssteuer) erhoben. Das Aufkommen aus der Steuer für den Selbstverbrauch ist ebenfalls als Konjunkturausgleichsrücklage auf einem Sonderkonto bei der Deutschen Bundesbank bzw. bei der Landeszentralbank in Bayern angesammelt worden.
4. Mit V über die Freigabe von Mitteln aus den Konjunkturausgleichsrücklagen vom 13. November 1974 — BGBl I S. 3135 — (vgl. Nr. 1) wurde ein Teilbetrag von 5,696 Mio DM freigegeben. Ferner wurde mit Gesetz zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung vom 23. Dezember 1974 (BGBl I S. 3676) die Stillelegungspflicht für die Mittel aus dem Zuschlag zur Einkommensteuer, zur Körperschaftsteuer sowie zur Steuer für den Selbstverbrauch (vgl. Nr. 2 und 3) aufgehoben und die stillgelegten Mittel freigegeben.

6. Sondervermögen des ehemaligen Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg

Vermögensbestand am Schluß des Haushaltsjahres (1975 voraussichtlich)

	1974	1975
Grund und Boden	3 500 000 DM	3 500 000 DM
Gebäude nebst Inventar	6 500 000 DM	6 500 000 DM
Sparkonto bei der Stadtparkasse Nürnberg	43 000 DM	46 000 DM
Girokonto bei der Stadtparkasse Nürnberg	6 000 DM	1 000 DM
Zusammen	10 049 000 DM	10 047 000 DM
Einnahmen im Haushaltsjahr	1975	1976
a) Zuführung aus dem Haushalt (Kap. 13 04 Tit. 916 02)	50 000 DM	50 000 DM
b) Zinserträge	3 000 DM	3 000 DM
Ausgaben im Haushaltsjahr		
a) Grundsteuer und Fettabscheidergebühren	47 950 DM	47 950 DM
b) Sonstige (Versicherungsbeiträge, Nebenvergütungen u. a.)	5 050 DM	5 050 DM

Erläuterung

Das Vermögen des ehemaligen Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg ist gemäß Artikel V der Kontrollratsdirektive Nr. 50 (KRD 50) als früheres NS-Vermögen auf den Freistaat Bayern übertragen worden (Übertragungsurkunde Nr. 1676/V vom 10. März/8. April 1950).

Das Sondervermögen wird von dem Beauftragten des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen für das Vermögen des ehemaligen Zweckverbandes Reichsparteitag Nürnberg, verwaltet.

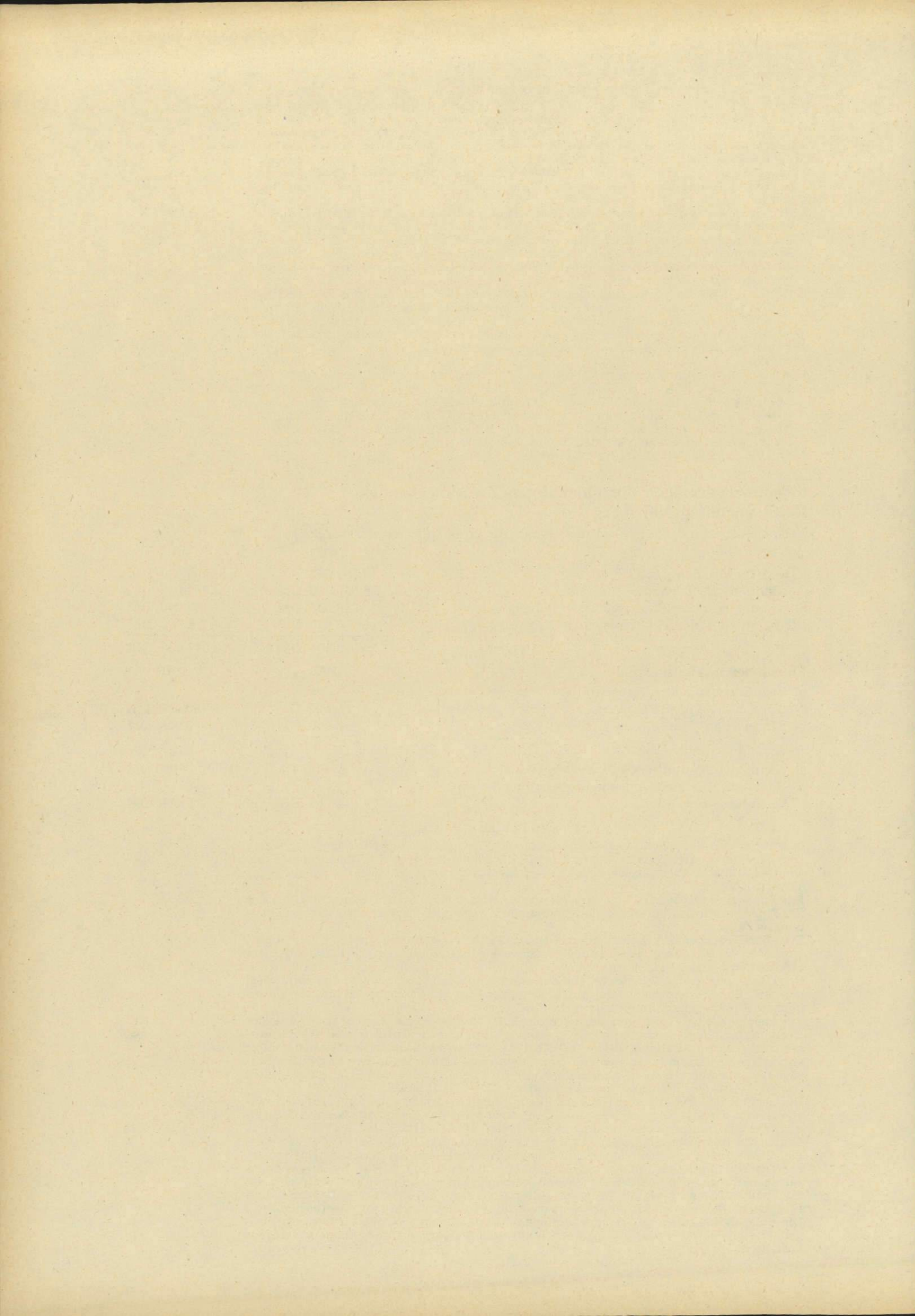
Zum Sondervermögen gehören das früher als Gästehaus genutzte Anwesen Gleißbühlstraße 20 in Nürnberg nebst Inventar sowie ein Spar- und ein Girokonto bei der Städtischen Sparkasse in Nürnberg.

Das Gästehaus ist bei Kriegsende von der amerikanischen Besatzungsmacht konfisziert worden. Die Stationierungstreitkräfte benutzen das Anwesen weiterhin als Hotelbetrieb. Ein Freigabezeitpunkt ist nicht absehbar.

Für ehemaliges NS-Vermögen, das nach der KRD 50 übertragen worden ist, sind weder Belegungsschäden zu ersetzen noch Nutzungsvergütungen zu zahlen (Urteil des Bundesgerichtshofs vom 30. Januar 1967 — III ZR 140/64). Gleichwohl unterliegt das ehemalige Gästehaus als Grundbesitz, der von den Betreuungseinrichtungen der in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Streitkräfte genutzt wird, der Grundsteuerpflicht (Urteil des Bundesfinanzhofs vom 14. Januar 1972 — III R 50/69).

Bis 30. Juni 1971 hat das Amt für Verteidigungslasten Nürnberg die anfallende Grundsteuer dem Freistaat Bayern als Ausgleichsleistung auf der Grundlage des Rundschreibens des Bundesfinanzministeriums vom 31. März 1954 — II C/1 — BL 1520 — 9/54 zu Lasten des Bundeshaushalts erstattet. Seit dem genannten Zeitpunkt werden die Ausgleichszahlungen mit den vom Bund ohne Rechtsgrund an den Freistaat Bayern gezahlten Nutzungsvergütungen verrechnet. Grundsteuer und Fettabscheidergebühren für das Anwesen Gleißbühlstraße 20 sind nunmehr bis zum endgültigen Ausgleich der überzahlten Nutzungsvergütungen aus Haushaltsmitteln des Freistaates Bayern aufzubringen, da die eigenen Mittel des Sondervermögens hierzu nicht mehr ausreichen.

Die übrigen Ausgaben des Sondervermögens (Versicherungsbeiträge, Nebenvergütungen, Kosten des Sachbedarfs u. a.) werden aus dem Giroguthaben des Sondervermögens bestritten.



Wirtschaftspläne der Unternehmen des Freistaates Bayern

im Sinne des Art. 26 Abs. 1 BayHO

(Zu Kapitel 13 05)

Wirtschaftsjahre 1975 und 1976

Verzeichnis der Wirtschaftspläne:

	Seite
1 Staatliches Hofbräuhaus in München	152
2 Bayerische Staatsbrauerei Weiherstephan	154
3 Staatsbad Bad Reichenhall	156
4 Staatsbad Bad Steben	158
5 Staatsbad Bad Kissingen	160
6 Staatsbad Bad Brückenau	162
7 Staatsbad Bad Bocklet	164
8 Staatliche Seenschiffahrt	166
9 Landeshafenverwaltung	168
10 Bayerischer Schulbuchverlag	170
11 Staatliches Sägewerk Spiegelau	172
12 Landeskraftwerke	174
13 Bayerische Zweige der Staatslotterie	176
14 Staatliche Molkerei Weiherstephan	182

Bemerkungen:

1. Die Ausgabeansätze des Wirtschaftsplans sind für die Geschäftsführung bindend.
2. Betriebsnotwendige Abweichungen in den Ausgabeansätzen des Erfolgsplans bedürfen der schriftlichen Einwilligung der obersten Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen, sofern dadurch der Gesamtbetrag der Aufwendungen überschritten wird.
3. Abweichungen von den Ansätzen und Maßnahmen des Finanzplans bedürfen in jedem Fall der Einwilligung der obersten Aufsichtsbehörde im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen.
4. Die im Finanzplan aufgeführten Maßnahmen dürfen nicht eingeleitet werden, wenn nach der Entwicklung des Betriebes anzunehmen ist, daß die zu ihrer Finanzierung vorgesehenen Deckungsmittel nicht erwirtschaftet werden.

Aufwendungen

A. Erfolgsplan

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläute- rungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	1 736 400	1 996 800	1 447 000	1 591 700	1	1
b. des Betriebs	6 365 600	6 962 200	5 239 000	4 919 665	1	1
c. Versorgungsleistungen	163 000	164 000	153 000	131 842		
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung	818 000	818 000	488 000	903 836	2	2
b. im Betrieb	9 744 000	9 932 000	9 701 000	9 054 595	3	3
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	2 278 000	2 494 000	2 493 000	2 202 740	4	4
4. Wertberichtigung Umlaufvermögen	11 000	11 000	11 000	205		
5. Aufwandszinsen	638 000	755 000	654 000	660 968	5	5
6. Steuern und öffentliche Abgaben						
a. Steuern vom Einkommen, Ertrag usw.	3 963 000	3 702 000	3 986 000	2 999 477	6	6
b. Lastenausgleich (Vermögensabgabe)	108 000	108 000	108 000	107 100		
7. Betriebsfremde Aufwendungen	77 000	77 000	3 000	62 427		
8. Zuführung zu Rückstellungen	100 000	50 000	—	374 956		
9. Gewinn	367 000	143 000	440 000	13 281		
Zusammen	26 369 000	27 213 000	24 723 000	23 022 792		

Bedarf

B. Finanzplan

1. Vermehrung des Anlagevermögens	3 104 000	3 231 000		8	8
2. Vermehrung des Umlaufvermögens	530 000	450 000		9	9
3. Darlehens- und Hypothekentilgung	666 000	711 000		10	10
4. Gewinnabführung an den Haushalt	120 000	120 000		11	11
Zusammen	4 420 000	4 512 000			

Erläuterungen:

Nr. 1:	Mehr wegen Erhöhung der Lohn- und Gehaltstarife sowie steigender Produktion; Einsparungen durch Rationalisierungsmaßnahmen.
Nr. 2:	Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag von 50 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.
Nr. 3:	Mehr wegen steigender Produktion und höherer Sachkosten.
Nr. 4:	Anpassung an tatsächlichen Aufwand 1973 und die geplanten Investitionen (vgl. Erl. Nr. 8)
Nr. 5:	Erhöhung entsprechend Fremdkapitalbedarf (vgl. Erl. Nr. 12)
Nr. 6:	Mehr wegen Ausstoßsteigerungen.
Nr. 7:	Mehr infolge Ausstoß- und Umsatzsteigerungen.

Erläuterungen (Fortsetzung):

	1975	1976
	DM	DM
Nr. 8: Veranschlagt sind:		
a. Maschinen und Betriebsanlagen	406 000	254 000
b. Neubau Lagerkeller, Gesamtkosten ca. 3,8 Mio DM; davon bis 1974 veranschlagt		
2 215 000,— DM	1 000 000	585 000
c. Transportmetallfässer	100 000	105 000
d. Flaschen und Träger	353 000	371 000
e. Fuhrpark	227 000	366 000
f. Trafostation	—	250 000
g. Wirtschaftsinventar	435 000	485 000
h. Um-, Ausbau und Renovierung eigener Absatzstätten und Gebäude	583 000	815 000
Zusammen	3 104 000	3 231 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläute- rungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
	1	2	3	4	5	6
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ...	26 072 000	26 906 000	24 428 000	22 624 330	7	7
2. Zinsen	79 000	79 000	79 000	74 200		
3. Sonstige Erträge	218 000	228 000	216 000	324 262		
Zusammen	26 369 000	27 213 000	24 723 000	23 022 792		

B. Finanzplan

Deckung

1. Gewinn	367 000	143 000				
2. Abschreibungen auf Anlagevermögen	2 278 000	2 494 000				
3. Darlehensrückflüsse	275 000	275 000				
4. Investitionsdarlehen	1 000 000	1 200 000			12	12
5. Kapitalausstattung	500 000	400 000			13	13
Zusammen	4 420 000	4 512 000				

Erläuterungen (Fortsetzung):

Nr.9: Darlehen an Kunden.

Nr.10: Planmäßige Tilgung von Investitionsdarlehen.

Nr.11: Werden als Haushaltseinnahmen bei Kap. 13 05 Tit. 121 11 / 1976 und 1977 veranschlagt.

Nr.12: Veranschlagt bei Kap. 13 05 Tit. 861 01.

Nr.13: Davon sind bei Kap. 13 05 Tit. 831 33 1975 300 000 DM und 1976 200 000 DM veranschlagt. Je 200 000 DM werden dem Betrieb durch Umwandlung von Investitionsdarlehen zugeführt.

Die Kapitalerhöhungen sind für die betriebsnotwendige Baumaßnahme Lagerkeller (vgl. Nr. 8 b) erforderlich.

Bemerkung: Die Ansätze unter Nr. 8 g — Wirtschaftsinventar — und Nr. 9 — Darlehen an Kunden — sind gegenseitig deckungsfähig.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	2 159 000	2 332 000	1 557 000	1 765 578	1	1
b. des Betriebs	3 810 000	4 111 000	3 340 000	3 340 373	1	1
c. Versorgungsleistungen	103 000	103 000	75 000	74 567		
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung	194 000	202 000	135 000	181 259	2	2
b. im Betrieb	9 982 000	10 678 000	8 120 000	8 802 749	3	3
3. Abschreibung auf Anlagevermögen	1 806 000	1 861 000	1 399 000	1 776 800	4	4
4. Wertberichtigung Umlaufvermögen	1 000	1 000	1 000	—		
5. Aufwandszinsen	349 000	409 000	193 000	295 342	5	5
6. Steuern und öffentliche Abgaben						
a. Steuern vom Einkommen, Ertrag usw.	2 508 000	2 981 000	2 808 000	2 432 805	6	6
b. Lastenausgleich (Vermögensabgabe)	40 000	40 000	40 000	38 633		
7. Betriebsfremde Aufwendungen	3 000	3 000	3 000	15 193		
8. Zuführung zu Rückstellungen	92 000	92 000	40 000	218 374		
9. Gewinn	101 000	385 000	354 000	149 053		
Zusammen	21 148 000	23 198 000	18 065 000	19 090 726		

Bedarf

1. Vermehrung des Anlagevermögens	3 267 000	2 906 000		9	9
2. Vermehrung des Umlaufvermögens	500 000	424 000		10	10
3. Darlehenstilgung	362 000	338 000		11	11
4. Gewinnabführung an den Haushalt	50 000	50 000		12	12
Zusammen	4 179 000	3 718 000			

B. Finanzplan

Erläuterungen:

- Nr. 1: Mehr wegen Erhöhung der Lohn- und Gehaltstarife sowie steigender Produktion; teilweise weniger durch weitere Rationalisierungsmaßnahmen.
- Nr. 2: Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag von 30 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.
- Nr. 3: Mehr wegen Produktions- und Absatzsteigerung sowie Preiserhöhungen.
- Nr. 4: Anfall auf Grund Altbestand Anlagevermögen und der geplanten Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen (vgl. Erl. Nr. 9).
- Nr. 5: Erhöhung entsprechend Fremdkapitalbedarf (vgl. Erl. Nr. 13).
- Nr. 6: Mehr wegen Ausstoßsteigerung und höherer Gewinne.
- Nr. 7: Mehr wegen Ausstoß- und Umsatzsteigerungen.
- Nr. 8: Anpassung an das Ergebnis 1973.

Erläuterungen (Fortsetzung):

	1975	1976
Nr. 9: Veranschlagt sind:	DM	DM
a. Betriebsanlagen	104 000	127 000
b. Fuhrpark	203 000	174 000
c. Faß- und Flaschenemballagen	310 000	472 000
d. Gaststätten- und Leihinventar	300 000	300 000
e. Ausbau eigener Gaststätten und Messestand	470 000	80 000
f. Ausbau Brauerei; 1. Abschnitt: Ausbau Faß- und Flaschenkeller mit Stapelhalle für Voll- und Leergut; Gesamtkosten 3 733 000 DM	1 880 000	1 753 000
Zusammen	3 267 000	2 906 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläute- rungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
	1	2	3	4	5	6
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	20 343 000	22 369 000	17 181 000	18 296 774	7	7
2. Zinsen	46 000	46 000	30 000	45 870		
3. Sonstige Erträge	759 000	783 000	854 000	748 082	8	8
Zusammen	21 148 000	23 198 000	18 065 000	19 090 726		

B. Finanzplan

Deckung

1. Gewinn	101 000	385 000				
2. Abschreibungen	1 806 000	1 861 000				
3. Darlehensrückflüsse	80 000	80 000				
4. Investitionsdarlehen	1 000 000	1 300 000			13	13
5. Sonstige Deckungsmittel	1 192 000	92 000			14	
Zusammen	4 179 000	3 718 000				

Erläuterungen (Fortsetzung):

- Nr.10: Darlehen an Kunden.
 Nr.11: Planmäßige Tilgung von Investitionsdarlehen.
 Nr.12: Werden als Haushaltseinnahmen bei Kap. 13 05 Tit. 121 12/1976 und 1977 veranschlagt.
 Nr.13: Veranschlagt bei Kap. 13 05 Tit. 861 02.
 Nr.14: Enthalten ein Zuschuß aus Epl. 05 (400 000 DM) zur Errichtung von Parkplätzen für TU-München-Weihenstephan.

Bemerkung: Die Ansätze unter Nr. 9 d — Gaststätten- und Leihinventar — und unter Nr. 10 — Darlehen an Kunden — sind gegenseitig deckungsfähig.

Aufwendungen

A. Erfolgsplan

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen					
					DM	DM	DM	DM		
									1975	1976
1	2	3	4	5	6	7				
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)										
a. der Verwaltung	519 000	573 000	452 000	428 429	1	1				
b. des Betriebs	2 510 000	2 654 000	1 644 000	2 023 651	2	2				
c. Versorgungsleistungen	—	—	—	31 262						
2. Sachausgaben										
a. in der Verwaltung	99 000	102 000	106 000	114 659	3	3				
b. im Betrieb	2 231 000	2 277 000	1 744 000	1 878 437	4	4				
3. Abschreibungen des Anlagevermögens	545 000	545 000	590 000	1 085 426						
4. Zinsen	29 000	26 000	32 000	41 203						
5. Steuern und öffentliche Abgaben										
a. Steuern vom Einkommen, Ertrag usw.	53 000	53 000	32 000	46 579						
b. Lastenausgleich (Vermögensabgabe)	24 000	24 000	24 000	23 646						
6. Gewinn	—	—	—	—						
Zusammen	6 010 000	6 254 000	4 624 000	5 673 292						

Bedarf

B. Finanzplan

1. Vermehrung des Anlagevermögens	387 000	330 000			6	6
2. Darlehenstilgung	45 000	50 000				
3. Verlust	192 000	220 000				
Zusammen	624 000	600 000				

Erläuterungen:

Nr. 1 u. 2: Mehr infolge Stellenhebungen und Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Nr. 3: Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 40 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.

Nr. 4: Mehr infolge erhöhten Anfalls.

Nr. 5: Mehr infolge Steigerung des Kurbetriebes und Erhöhung der Kurtaxe und Kurmittelpreise.

Nr. 6: Veranschlagt sind:

a. Ausgestaltung der Saalachauen u. sonstigen Grünanlagen (u. a. Kirchholz)

b. Errichtung eines Kurgastzentrums (Planungskosten) ..

c. Teilerneuerung der Soleleitung (Fußgängerzone)

d. Umbaumaßnahmen im Kurhaus u. Wandelhallen-Café

e. Kurgartenerweiterung und Ausgestaltung

f. Anschaffung von Zusatzeinrichtungen zum Buchungsmaschinen und einer Buchungsmaschine

g. Erweiterungsmaßnahmen am Rupertusbad

h. Beihilfe zu kurbetriebsfördernden Maßnahmen der Gemeinden Bayerisch Gmain und Karlstein

i. Leasing (Buchungsautomat)

k. Verbesserung der Promenaden- und Höhenwege

l. Fassung der Kirchholzquelle

m. Erstellung einer Heilwasser- u. Klimaanalyse

n. Erneuerung der Bestuhlung im Kursaal und Lesesaal

o. Anschaffung eines Elektrokarrens mit Ersatzbatterie, eines Unimogs, Kleinfahrzeuges u. Anhänger sowie Gartenmaschinen

Gesamtkosten DM	davon veranschlagt			
	bis 1974 DM	1975 DM	1976 DM	
—	749 000	—	200 000	
20 000 000 (geschätzt)	1 100 000	—	—	
—	—	30 000	—	
390 000 (geschätzt)	390 000	—	—	
—	234 000	—	—	
34 000	—	34 000	—	
1 000 000	968 000	32 000	—	
410 000	300 000	110 000	—	
66 000	—	66 000	—	
250 000	250 000	—	—	
—	20 000	—	—	
—	8 000	—	—	
—	130 000	—	—	
225 000	125 000	45 000	55 000	
zu übertragen	22 375 000	4 274 000	317 000	255 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen					
					DM	DM	DM	DM	1975	1976
									6	7
1	2	3	4	5	6	7				
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	5 576 000	5 790 000	4 047 000	4 590 751	5	5				
2. Zinsen	10 000	10 000	3 000	24 495						
3. Erträge aus Beteiligungen	—	—	—	4 038						
4. Sonstige Erträge	32 000	34 000	33 000	67 877						
5. Unkostenbeitrag der Staatl. Spielbanken	200 000	200 000	150 000	150 000						
6. Verlust	192 000	220 000	391 000	836 131						
Zusammen	6 010 000	6 254 000	4 624 000	5 673 292						

B. Finanzplan

Deckung

1. Abschreibungen	545 000	545 000		
2. Einlage	30 000	30 000	7	7
3. Investitionsdarlehen	49 000	25 000	8	8
Zusammen	624 000	600 000		

Erläuterungen (Fortsetzung):

	Gesamtkosten DM	davon veranschlagt		
		bis 1974 DM	1975 DM	1976 DM
Übertrag	22 375 000	4 274 000	317 000	255 000
p. Beschaffung eines Konzertflügels	—	20 000	—	—
q. Sonstige Anschaffungen	—	—	70 000	75 000
Zusammen	22 375 000	4 294 000	387 000	330 000

Nr. 7: Als Haushaltsausgabe bei Kap. 13 05 Tit. 682 01 veranschlagt.

Nr. 8: Veranschlagt bei Kap. 13 05 Tit. 861 03.

Aufwendungen

A. Erfolgsplan

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	506 000	550 000	402 000	405 366	1	1
b. des Betriebs	1 719 000	1 840 000	1 283 000	1 315 576	2	2
c. Versorgungsleistungen	42 000	52 000	34 000	29 882		
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung	91 000	97 000	82 000	81 306	3	3
b. im Betrieb	1 032 000	1 122 000	723 000	795 458	4	4
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	902 000	935 000	827 000	675 134	5	5
4. Zinsen	34 000	30 000	38 000	41 380		
5. Steuern und öffentliche Abgaben						
a. Steuern und Einkommen, Ertrag usw.	145 000	147 000	119 000	104 499		
b. Lastenausgleich (Vermögensabgabe)	9 000	9 000	9 000	9 296		
6. Gewinn	—	27 000	—	261 029		
Zusammen	4 480 000	4 809 000	3 517 000	3 718 926		

Bedarf

B. Finanzplan

1. Vermehrung des Anlagevermögens	7 210 000	7 010 000		7	7
2. Darlehenstilgung	66 000	68 000			
3. Verminderung des langfristigen Fremdkapitals	—	1 000 000			8
Zusammen	7 276 000	8 078 000			

Erläuterungen:

Nr. 1 u. 2: Mehr infolge Stellenhebungen und Lohn- und Gehaltserhöhungen.

Nr. 3: Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 40 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.

Nr. 4 u. 5: Mehr infolge erhöhten Anfalls.

Nr. 6: Mehr infolge Steigerung des Kurbetriebs und Preiserhöhungen.

Nr. 7: Veranschlagt sind:

	Gesamtkosten DM	davon veranschlagt bis 1974 DM	1975 DM	1976 DM
a. Zentralisierung und Erneuerung der gesamten Heizanlage, der Mooraufbereitungsanlage, der Wäscherei sowie Errichtung von Werkstätten und Garagen	4 650 000	4 580 000	—	—
b. Umbau, Erweiterung und Neubau des Badehauses I einschließlich Heilwasserspeicherung und Außenanlagen	19 800 000	1 200 000	7 000 000	6 500 000
c. Sanierung der Tempelquelle	340 000	340 000	—	—
d. Neubau Kurhotel und Sanatorium (Planungskosten) ..	28 000 000 (geschätzt)	100 000	100 000	300 000
e. Errichtung weiterer Moorablagerungsbecken	—	120 000	—	—
f. Modernisierung von Fremdenzimmern im Kurhotel und Sanatorium einschließlich Instandsetzung der Personenaufzüge	—	163 000	—	—
g. Erweiterung der Gewächshäuser in der Kurgärtnerei und Schaffung von Einstellplätzen für Geräte und Maschinen	100 000	100 000	—	—
h. Sanierungsmaßnahmen an der Max-Marien-Quelle ..	100 000	—	—	100 000
i. Überholung der Parkanlagen und Wege	—	—	50 000	50 000
k. Sonstige Anschaffungen	—	—	60 000	60 000
Zusammen		52 990 000	6 603 000	7 210 000
				7 010 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
	1	2	3	4	5	6
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ...	4 242 000	4 646 000	3 441 000	3 396 630	6	6
2. Zinsen	2 000	2 000	1 000	2 280		
3. Sonstige Erträge	236 000	161 000	5 000	320 016		
4. Verlust	—	—	70 000	—		
Zusammen	4 480 000	4 809 000	3 517 000	3 718 926		

B. Finanzplan

Deckung

1. Abschreibungen	902 000	935 000				
2. Einlage	30 000	30 000			9	9
3. Kapitalausstattung aus dem Grundstock	2 000 000	—				
4. Kapitalaufstockung	—	1 000 000				10
5. Investitionsdarlehen	4 344 000	6 086 000			11	11
6. Gewinn	—	27 000				
Zusammen	7 276 000	8 078 000				

Erläuterungen (Fortsetzung):

Nr. 8 u. 10: Die Finanzierung der Ausbaumaßnahmen mit langfristigen Investitionsdarlehen, die bis auf einen Betrag von 950 000 DM zunächst zins- und tilgungsfrei bis 31. Dezember 1975 bzw. 31. Dezember 1976 gewährt wurden, führt zu einer für den Betrieb ungünstigen Kapitalstruktur. Zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis ist daher eine weitere Teilumschuldung der in Anlage E zu Kap. 13 06 unter Nr. 302 ausgewiesenen Darlehensverpflichtungen in Eigenkapital notwendig (vgl. Vermerk bei Kap. 13 05 Tit. 861 03). Im Jahre 1973 wurden bereits 2,1 Mio DM Investitionsdarlehen in Eigenkapital umgewandelt.

Nr. 9: Als Haushaltsausgabe bei Kap. 13 05 Tit. 682 01 veranschlagt.

Nr. 11: Veranschlagt bei Kap. 13 05 Tit. 861 03.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Ergebnis 1973 DM	Erläuterungen	
					1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	465 000	510 000	331 000	370 720	1	1
b. des Betriebs	3 075 000	3 355 000	2 242 000	2 264 700	2	2
c. Balneologische Forschungsstelle	—	—	174 000	15 490		
d. Versorgungsleistungen	224 000	244 000	77 000	184 395		
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung	89 000	92 000	76 000	82 230	3	3
b. im Betrieb	2 485 000	2 670 000	2 042 000	1 786 420	4	4
c. Balneologische Forschungsstelle	55 000	60 000	30 000	77 000		
d. Verkehrsbüro	100 000	110 000	—	—		
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	800 000	1 000 000	600 000	620 735		
4. Zinsen	98 000	90 000	100 000	113 355		
5. Steuern und öffentliche Abgaben						
a. Steuern vom Einkommen, Ertrag usw.	285 000	330 000	227 000	253 815		
b. Lastenausgleich (Vermögensabgabe)	59 000	59 000	59 000	58 955		
6. Gewinn	—	—	—	—		
Zusammen	7 735 000	8 520 000	5 958 000	5 827 815		

Bedarf

B. Finanzplan

1. Vermehrung des Anlagevermögens	4 370 000	4 010 000		6	6
2. Darlehenstilgung	175 000	180 000			
3. Verminderung des langfristigen Fremdkapitals	2 000 000	2 000 000		7	7
4. Verlust	100 000	495 000			
Zusammen	6 645 000	6 685 000			

Erläuterungen:

- Nr. 1—2: Mehr infolge Stellenhebungen sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen.
 Nr. 3: Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 40 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.
 Nr. 4: Mehr infolge erhöhten Anfalls sowie Inbetriebnahme des Kurgastzentrums.
 Nr. 5: Mehr infolge Steigerung des Kurbetriebes und Erhöhung der Kurtaxe.

Nr. 6: Veranschlagt sind:	Gesamtkosten DM	davon veranschlagt		
		bis 1974 DM	1975 DM	1976 DM
a. Sicherungsmaßnahmen an den Heilquellen (Rakoczy-, Pandurquelle, Maxbrunnen und Luitpoldsprudel)	1 000 000	1 000 000	—	—
b. Erneuerung und Befestigung von Promenadewegen und sonstigen Anlagen (u. a. Altenberger Anlage), Ausbau und Neuanlage von Park-, Wander- und Waldwegen	335 000	335 000	—	—
c. Modernisierung der öffentlichen Abortanlagen und Schaffung neuer Abortanlagen	230 000	180 000	—	—
d. Neugestaltung des Kurgartens im Bereich des Kurhaushotels wegen Einbeziehung der Kurhausstraße und im Bereich der Wandelhalle	700 000	—	300 000	—
e. Errichtung und Erneuerung von Wetterschutzhallen und Waldaborten	170 000	50 000	—	—
f. Errichtung eines Bewegungszentrums (1973/74 mit geschätzten Gesamtkosten von 15 Mio DM und 1. Teilbetrag von 3 000 000 DM veranschlagt)	20 000 000	3 000 000	—	1 900 000
g. Neubau eines Kurgastzentrums, Erweiterung des Kurhaushotels mit Garagen und Abstellplätzen sowie Erneuerung der Heizungsanlagen für das Kurhaushotel und Kurhausbad (einschließlich Einrichtung)	15 000 000	9 920 000	3 700 000	1 780 000
h. Erweiterung und Verbesserung der Sportanlagen	125 000	90 000	—	—
i. Ausbau der Gaststätte und Pächterwohnung im Golfhaus (1973/74 mit Gesamtkosten von 180 000 DM und einem Ausgabebetrag von 180 000 DM veranschlagt) sowie Mehrkosten für die Erneuerung des Golfhauses	280 000	180 000	100 000	—
k. Zuleitung des Heilwassers in Sanatorien	400 000	320 000	—	80 000
l. Beiträge zur Flurbereinigung	100 000	75 000	—	—
m. Zuschüsse zu wasserwirtschaftlichen Maßnahmen	160 000	60 000	50 000	50 000
zu übertragen	38 500 000	15 210 000	4 150 000	3 810 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM		DM	1975
1	2	3	4	5	6	7
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	6 580 000	6 950 000	5 310 000	5 183 930	5	5
2. Zinsen	15 000	15 000	12 000	18 070		
3. Außerordentliche Erträge	650 000	660 000	83 000	195 745		
4. Zuschüsse Dritter für die Balneologische Forschungsstelle und für das Verkehrsbüro	190 000	200 000	30 000	20 000		
5. Unkostenbeitrag der Staatlichen Spielbanken	200 000	200 000	200 000	200 000		
6. Verlust	100 000	495 000	323 000	210 070		
Zusammen	7 735 000	8 520 000	5 958 000	5 827 815		

B. Finanzplan

Deckung

1. Abschreibungen	800 000	1 000 000				
2. Einlage	30 000	30 000			8	8
3. Kapitalaufstockung	2 000 000	2 000 000			9	9
4. Investitionsdarlehen	3 815 000	3 655 000			10	10
Zusammen	6 645 000	6 685 000				

Erläuterungen (Fortsetzung):

	Gesamtkosten DM	davon veranschlagt		
		bis 1974 DM	1975 DM	1976 DM
Übertrag	38 500 000	15 210 000	4 150 000	3 810 000
n. Umbau und Überholung der Abortanlagen und der Garderobe im Kurssaalgebäude, Erneuerung des Bodens sowie Überholung der Be- und Entlüftung in den Lesesälen und in der Wandelhalle	300 000	300 000	—	—
o. Instandsetzung des Regentenbaues (Großer Saal, Grüner Saal und Schmuckhof)	1 500 000 (geschätzt)	—	100 000	100 000
p. Zuschuß für den Ausbau der Ruine Trimbung	200 000	200 000	—	—
q. Ankauf von Grundstücken	130 000	100 000	—	—
r. Verlegung und Neuerrichtung der Kurgärtnerei (Finanzierung erfolgt zum überwiegenden Teil aus dem Verkaufserlös für das Grundstück der Kurgärtnerei)	5 000 000	—	—	—
s. Modernisierung des Maschinenparks und größere Ersatzbeschaffungen (u. a. Traktoren, Großflächenschleppmäher, Grasmäher, Sprengwagen)	175 000	75 000	60 000	40 000
t. Sonstige Anschaffungen	—	—	60 000	60 000
Zusammen	45 805 000	15 885 000	4 370 000	4 010 000

Nr. 7 u. 9: Die Finanzierung der bisherigen Ausbaumaßnahmen mit langfristigen Investitionsdarlehen, die bis auf einen Betrag von 3 919 000 DM zunächst zins- und tilgungsfrei bis 31. Dezember 1974 bzw. 31. Dezember 1975 gewährt wurden, hat zu einer für den Betrieb ungünstigen Kapitalstruktur geführt. Zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis ist daher eine Teilumwandlung der in Anlage E zu Kap. 13 06 unter Nr. 301 ausgewiesenen Darlehensverpflichtungen in Eigenkapital betriebsnotwendig (vgl. Vermerk bei Kap. 13 05 Tit. 861 03).

Nr. 8: Als Haushaltsausgabe bei Kap. 13 05 Tit. 682 01 veranschlagt.

Nr. 10: Veranschlagt bei Kap. 13 05 Tit. 861 03.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM		1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	325 000	372 000	230 000	258 995	1	1
b. des Betriebs	1 306 000	1 387 000	930 000	1 043 470	2	2
c. Versorgungsleistungen	—	—	—	—		
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung	66 000	73 000	46 000	51 747	3	3
b. im Betrieb	1 399 000	1 467 000	974 000	1 088 375	4	4
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	780 000	780 000	784 000	760 000		
4. Zinsen	42 000	39 000	46 000	48 833		
5. Steuern und öffentl. Abgaben						
a. Steuern vom Einkommen, Ertrag usw.	70 000	70 000	29 000	67 787	5	5
b. Lastenausgleich (Vermögensabgabe)	34 000	34 000	35 000	34 649		
6. Gewinn	—	—	—	737 229		
Zusammen	4 022 000	4 222 000	3 074 000	4 091 085		

Bedarf

B. Finanzplan

1. Vermehrung des Anlagevermögens	3 187 000	2 675 000		7	7
2. Darlehenstilgung	45 000	48 000			
3. Verlust	1 155 000	1 247 000			
Zusammen	4 387 000	3 970 000			

Erläuterungen:

- Nr. 1 u. 2: Mehr wegen Stellenhebungen sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen.
 Nr. 3: Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 20 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.
 Nr. 4 u. 5: Mehr infolge erhöhten Anfalls.
 Nr. 6: Mehr infolge Steigerung des Kurbetriebes und Erhöhung der Kurtaxe sowie der Kurmittelpreise.
 Nr. 7: Veranschlagt sind:
- a. Neugestaltung des Fürstenhofs u. Schloßhotels sowie Errichtung eines Anbaues
 - b. Renovierung der historischen Häuser „Widder“, „Löwe“, „Neuer Schwan“ und „Villa Maria“
 - c. Modernisierung des Badhotels unter Einbeziehung des aufgelassenen alten Badehauses einschließlich Straßenanschluß
 - d. Renovierung u. Winterfestmachung des Kurhotels einschließlich Erneuerung des Küchenherdes u. der Personalunterkünfte (1973/74 mit geschätzten Gesamtkosten von 2 000 000 DM veranschlagt) — letzter Abschnitt —
 - e. Kostenbeteiligung für den Bau einer Umgehungsstraße (einschließlich Fußgängerunterführung), Auflassung der Staatsstraße 3180 im Kurgarten, Neuanlage von Verbindungswegen u. Umgestaltung des Kurgartens (1973/74 mit Gesamtkosten von 600 000 DM veranschlagt)
 - f. Instandsetzung der Wandelhalle
 - g. Abschließende Sanierungsmaßnahmen an den Heilquellen, Wasserleitungen u. Hochbehältern (1973 mit Gesamtkosten von 700 000 DM veranschlagt)
 - h. Erneuerung der Kanalisation im Bereich des Staatsbades einschließlich Anschlußgebühr (1973 mit Gesamtkosten von 900 000 DM veranschlagt)
 - i. Anschluß der Häuser „Widder“, „Löwe“, „Alter Schwan“ und „Neuer Schwan“ an die Fernheizzentrale (1973/74 mit Gesamtkosten von 125 000 DM veranschlagt)
- zu übertragen

	Gesamtkosten		davon veranschlagt	
	DM	DM	1975 DM	1976 DM
a.	7 000 000 (geschätzt)	—	—	—
b.	1 400 000 (geschätzt)	—	—	—
c.	4 500 000 (geschätzt)	—	—	1 500 000
d.	2 500 000 (geschätzt)	1 000 000	1 400 000	—
e.	1 200 000 (geschätzt)	800 000	500 000	—
	300 000	—	150 000	150 000
f.	700 000 (geschätzt)	600 000	100 000	—
g.	1 800 000 (geschätzt)	265 000	—	—
h.	225 000	125 000	100 000	—
i.	19 625 000	2 790 000	2 250 000	1 850 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
	1	2	3	4	5	6
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	2 717 000	2 825 000	2 064 000	3 941 085	6	6
2. Unkostenbeitrag der Staatlichen Spielbanken	150 000	150 000	150 000	150 000		
3. Verlust	1 155 000	1 247 000	860 000	—		
Zusammen	4 022 000	4 222 000	3 074 000	4 091 085		

B. Finanzplan

Deckung

1. Abschreibungen	780 000	780 000				
2. Einlage	10 000	10 000			8	8
3. Kapitalausstattung aus dem Grundstock	2 100 000	2 000 000				
4. Investitionsdarlehen	1 497 000	1 180 000			9	9
Zusammen	4 387 000	3 970 000				

	Gesamtkosten DM	davon veranschlagt		1976 DM
		bis 1974 DM	1975 DM	
Übertrag	19 625 000	2 790 000	2 250 000	1 650 000

Erläuterungen (Fortsetzung):

k. Sanierung des Kursaalgebäudes (1973/74 mit geschätzten Gesamtkosten von 1 500 000 DM und 1. Teilbetrag von 100 000 DM veranschlagt)	2 000 000 (geschätzt)	100 000	300 000	600 000
l. Errichtung von Verkaufsläden auf dem Parkplatz einschließlich Bereinigung der Verkehrsverhältnisse im dortigen Bereich	700 000	—	300 000	200 000
m. Zuschuß für Neuanlage der Tennisplätze (1973/74 veranschlagt)	100 000	100 000	—	—
n. Renovierung des Hauses „Alter Schwan“ u. der Verkaufshalle	140 000	—	40 000	100 000
o. Erneuerung der Kurhotelstraße	100 000	—	100 000	—
p. Einbau einer Heizung in der evangelischen Kirche ..	—	—	50 000	—
q. Kaufpreisreste Füglein	—	—	30 000	32 000
r. Sonstige Anschaffungen	—	—	117 000	93 000
Zusammen	22 665 000	2 990 000	3 187 000	2 675 000

Nr. 8: Als Haushaltsausgabe bei Kap. 13 05 Tit. 682 01 veranschlagt.

Nr. 9: Veranschlagt bei Kap. 13 05 Tit. 861 03.

Bemerkung:

Im Falle einer Neuverpachtung der staatlichen Hotelbetriebe und des Wasserversandbetriebes ist beabsichtigt, daß der Pächter die Objekte zu Erl. Nr. 7 Buchstabe a—d modernisiert bzw. neu- und umbaut. Der nach der derzeitigen Kostenschätzung ermittelte Kostenaufwand in Höhe von rd. 32 Mio DM soll zu ca. 60 v. H. vom Verpächter und zu ca. 40 v. H. vom Pächter finanziert werden. Bei Zustandekommen eines Pachtvertrages ist der in einem Zeitraum von ca. 8 Jahren vom Verpächter aufzubringende Anteil für das 1. und 2. Jahr aus den für 1975 und 1976 veranschlagten Ausgabebeträgen zu Erläuterung Nr. 7 Buchstabe c., d. und k. zu decken.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
					DM	DM
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung						
b. des Betriebs	234 000	258 000	144 000	176 150	1	1
c. Versorgungsleistungen						
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung						
b. im Betrieb	330 000	348 000	244 000	262 990	2	2
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	180 000	180 000	140 000	140 000		
4. Zinsen	9 000	8 000	10 000	10 805		
5. Steuern und öffentliche Abgaben	12 000	12 000	9 000	9 565		
6. Gewinn	—	—	—	—		
Zusammen	765 000	806 000	547 000	599 510		

Bedarf

1. Vermehrung des Anlagevermögens	673 000	355 000		4	4
2. Darlehenstilgung	17 000	18 000			
3. Verminderung des langfristigen Fremdkapitals	—	500 000			5
4. Verlust	85 000	101 000			
Zusammen	775 000	974 000			

B. Finanzplan

Erläuterungen:

- Nr.1: Mehr wegen Stellenmehrung sowie Lohn- und Gehaltserhöhungen.
 Nr.2: Mehr infolge erhöhten Anfalls.
 Nr.3: Mehr infolge Steigerung des Kurbetriebs und Erhöhung der Kurtaxe.

Nr.4: Veranschlagt sind:

- a. Errichtung eines 40-Betten-Hauses (1973/74 mit geschätzten Gesamtkosten von 1 800 000 DM und 1. Teilbetrag von 1 700 000 DM veranschlagt)
- b. Umbau des sogen. ehemaligen Hofküchengebäudes (1973/74 mit geschätzten Gesamtkosten von 200 000 DM und einem Ausgabebetrag von 200 000 DM veranschlagt; lt. Kostenanschlag betragen die Gesamtkosten 630 000 DM)
- c. Errichtung von öffentlichen Abortanlagen (1973/74 mit 50 000 DM veranschlagt)
- d. Verbesserung der Promenadewege (1973/74 mit Gesamtkosten von 120 000 DM und einem Ausgabebetrag von 90 000 DM veranschlagt)
- e. Umgestaltung und Erweiterung des Kungartens (1973/74 mit Planungskosten von 10 000 DM veranschlagt) ..
- f. Erneuerung von Registerbadewannen und Wasserboilern im Badehaus
- g. Erneuerung der Heizungsanlagen und der Fußböden des Gebäudes „Neuer Bau“
- h. Zuschüsse für wasserwirtschaftliche Maßnahmen

Gesamtkosten DM	davon veranschlagt			
	bis 1974 DM	1975 DM	1976 DM	
1 810 000	1 700 000	—	110 000	
630 000	200 000	400 000	30 000	
50 000	50 000	—	—	
120 000	90 000	—	10 000	
350 000 (geschätzt)	10 000	—	—	
255 000 (geschätzt)	—	100 000	155 000	
105 000	—	105 000	—	
90 000	30 000	—	—	
zu übertragen	3 410 000	2 080 000	605 000	305 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
	2	3	4	5	6	7
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	580 000	605 000	410 000	424 045	3	3
2. Unkostenbeitrag der Staatlichen Spielbanken	100 000	100 000	—	—		
3. Verlust	85 000	101 000	137 000	175 465		
Zusammen	765 000	806 000	547 000	599 510		

B. Finanzplan

Deckung

1. Abschreibungen	180 000	180 000			
2. Kapitalaufstockung	—	500 000			6
3. Investitionsdarlehen	595 000	294 000			7
Zusammen	775 000	974 000			

Erläuterungen (Fortsetzung):	Übertrag	davon veranschlagt			
		Gesamtkosten DM	bis 1974 DM	1975 DM	1976 DM
		3 410 000	2 080 000	605 000	305 000
i. Beiträge zur Flurbereinigung		100 000	15 000	—	15 000
k. Erweiterung bzw. Neuanlage der Moorgärten		600 000	100 000	—	—
l. Einbau einer Meßeinrichtung und Reinigung der Balthasar-Neumann-Quelle		58 000	20 000	38 000	—
m. Modernisierung und Erweiterung des Maschinenparks		—	—	10 000	5 000
n. Sonstige Anschaffungen		—	—	20 000	30 000
Zusammen		4 168 000	2 215 000	673 000	355 000

Nr. 5 u. 6: Die Finanzierung der bisherigen Ausbaumaßnahmen mit langfristigen Investitionsdarlehen und Grundstockdarlehen, die bis auf einen Betrag von 287 000 DM zunächst zins- und tilgungsfrei bis 31. Dezember 1974 bzw. 31. Dezember 1975 gewährt wurden, hat zu einer ungünstigen Kapitalstruktur geführt. Zur Verbesserung der Eigenkapitalbasis ist daher eine weitere Teilumwandlung der in Anlage E zu Kap. 13 06 unter Nr. 309 ausgewiesenen Darlehensverpflichtungen in Eigenkapital im Jahre 1976 notwendig (vgl. Vermerk bei Kap. 13 05 Tit. 861 03). 1973 und 1974 wurde bereits ein Betrag von zusammen 2 000 000 DM in Eigenkapital umgewandelt (vgl. Wirtschaftsplan 1973/74).

Nr. 7: Veranschlagt bei Kap. 13 05 Tit. 861 03.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Ergebnis 1973 DM	Erläuterungen	
					1975	1976
					6	7
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	401 000	432 000	310 000	325 626	1	1
b. des Betriebs	5 103 000	5 488 000	4 039 000	4 177 619	1	1
c. Versorgungsleistungen	456 000	490 000	360 000	368 830	2	2
d. Zuführung zur Pensionsrückstellung	62 000	12 000	10 000	159 165	2	—
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung	131 000	140 000	99 000	108 175	3	3
b. im Betrieb	791 000	849 000	653 000	595 699	3	3
3. Abschreibungen	480 000	480 000	500 000	553 123	4	—
4. Pacht (Seegebühren)	751 000	794 000	618 000	659 905	5	5
5. Steuern und öffentliche Abgaben						
a. vom Einkommen, Ertrag usw.	44 000	46 000	55 000	46 701	—	—
b. Lastenausgleich (Vermögensabgabe)	24 000	24 000	24 000	24 031	—	—
6. Gewinn	—	—	—	459 437		
Zusammen	8 243 000	8 755 000	6 668 000	7 478 311		

Bedarf

B. Finanzplan

1. Vermehrung des Anlagevermögens	1 424 000	1 330 000	8	8
Zusammen	1 424 000	1 330 000		

Erläuterungen:

		1975 DM	1976 DM
Nr. 1:	Mehr nach dem Istergebnis 1973, wegen Personalverstärkung bei der Schiffahrt Königssee sowie wegen allgem. Besoldungs- und Tariferhöhung.		
Nr. 2:	Mehr wegen allgem. Besoldungs- und Tariferhöhungen und Zunahme der Pensionisten.		
Nr. 3:	Mehr wegen erhöhten Instandsetzungsbedarfes, Erhöhung der Energiekosten, Gebührenerhöhungen und sonstiger allgem. Preissteigerungen. In den Sachausgaben für die Verwaltung ist ein Verwaltungskostenbeitrag von 65 000 DM enthalten, der bei Kap. 06 16 Tit. 271 01 mitveranschlagt ist.	400 000	400 000
Nr. 4:	Weniger wegen Auslaufens der Abschreibung bei verschiedenen Anlagegütern.	6 000	—
Nr. 5:	Mehr wegen höherer Schiffahrtsumsätze. Die Seegebühren sind als Haushaltseinnahmen bei Kap. 06 16 Tit. 122 01 mitveranschlagt.	72 000	52 000
Nr. 6:	Mehr im Anhalt an das Ergebnis 1973 und wegen Steigerung der Schiffahrtseinnahmen.	30 000	—
Nr. 7:	Mehr im Anhalt an das Ergebnis 1973.	120 000	65 000
Nr. 8:	Veranschlagt sind:		
	a. für Grundstücke und Gebäude: Neubau Unterstell- und Reparaturhalle mit Werkstätten in Königssee (Gesamtkosten geschätzt 1,5 Mio DM, bisher bereits veranschlagt 700 000 DM)	400 000	400 000
	Schaffung eines Büroraumes im Verwaltungsgebäude Tegernsee	6 000	—
	b. für Werkanlagen: Erneuerung von Hüttenfundamenten und Hüttendächern	72 000	52 000
	Erneuerung der Klärgrube bei der Stegwarthütte Salet	30 000	—
	Erneuerung von Stegen und Piloten	120 000	65 000
	zu übertragen	628 000	517 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen					
					DM	DM	DM	DM	1975	1976
									6	7
1	2	3	4	5	6	7				
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	7 953 000	8 465 000	6 290 000	6 991 536	6	6				
2. Finanzerträge	290 000	290 000	140 000	486 775	7	7				
3. Verlust	—	—	238 000	—						
Zusammen	8 243 000	8 755 000	6 668 000	7 478 311						

B. Finanzplan

Deckung

1. Abschreibung auf Anlagevermögen	480 000	480 000		
2. Eigenmittel	944 000	850 000	9	9
Zusammen	1 424 000	1 330 000		

Erläuterungen (Fortsetzung):

	1975	1976		1975	1976
	DM	DM		DM	DM
Übertrag	628 000	517 000	Übertrag	837 000	780 000
c. für Werkeinrichtungen:			Ersatzbeschaffung von Bootsbatterien	110 000	120 000
Maschinen, Werkzeuge und Geräte	29 000	32 000	Ersatzbau eines Motorbootes für die Schifffahrt Tegernsee (Gesamtkosten geschätzt 500 000 DM; davon 1974 bereits veranschlagt 100 000 DM)		400 000
Ersatzbeschaffung eines Dienstkraftwagens für die Schifffahrt Starnberg	—	11 000	Umbau des Dampfschiffes Dießen der Schifffahrt Ammersee	415 000	—
d. für den Schiffspark:			Motor- und Getriebeüberholungen	35 000	18 000
Absenkung des Mitteldeckes und Verlegung des Steuerstandes bei 2 Motorbooten der Schifffahrt Königssee	180 000	—	Sonstige Maßnahmen	27 000	12 000
Bootskörper-Erneuerung, Mitteldeckabsenkung und Verlegung des Steuerstandes bei einem Motorboot der Schifffahrt Königssee	—	220 000	Zusammen	1 424 000	1 330 000
zu übertragen	837 000	780 000			

Nr. 9: Nicht verbrauchte Deckungsmittel der Vorjahre.

Aufwendungen

A. Erfolgsplan

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM		DM	1975
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen sowie Zulagen und Zuwendungen)						
a. der Verwaltung	2 026 000	2 154 000	1 801 000	2 070 000	1	1
b. des Betriebes	8 104 000	8 618 000	7 012 000	6 952 000	1	1
2. Sachausgaben						
a. der Verwaltung	352 000	381 000	321 000	294 000	2	2
b. des Betriebes	6 610 000	7 130 000	4 765 000	5 540 000	2	2
3. Abschreibungen	4 545 000	4 698 000	4 145 000	4 038 000	3	3
4. A. o. und betriebsfremde Aufwendungen	83 000	90 000	—	296 000	4	4
5. Steuern						
a. vom Einkommen	—	—	—	22 000		
b. Lastenausgleich (Vermögensabgabe)	14 000	14 000	14 000	14 000		
6. Zinsaufwendungen	—	67 000	—	—	5	5
7. Gewinn	—	—	—	11 000		
Zusammen	21 734 000	23 152 000	18 058 000	19 237 000		

Bedarf

B. Finanzplan

1. Vermehrung des Anlagevermögens (ohne Nürnberg)	1 223 000	1 254 000			9	9
2. Verlust	908 000	844 000				
3. Tilgung part. Darlehen						
a. Freistaat Bayern	1 735 000	1 875 000			10	10
b. Stadt Nürnberg	579 000	625 000			10	10
4. Hafen Nürnberg						
a. Erneuerung	100 000	100 000			11	11
b. Neubau	3 726 000	5 380 000			12	12
Zusammen	8 271 000	10 078 000				

Erläuterungen:

- | | |
|--|--|
| Nr. 1: Mehr wegen Gehalts- und Lohnerhöhungen. Der Betrieb erstattet zur Abgeltung der Versorgungslast für die Beamten 1975 = 161 000 DM und 1976 = 170 000 DM, die die Kap. 13 20 Tit. 281 71 mitveranschlagt sind. | Nr. 6: Mehr wegen Tariferhöhungen. |
| Nr. 2: Mehr wegen Kostensteigerungen. | Nr. 7: Mehr wegen gesondertem Ausweis. Die Beträge waren bisher im Jahresertrag mit enthalten. |
| Nr. 3: Mehr wegen Erhöhung des abschreibungsfähigen Vermögens. | Nr. 8: Mehr wegen Kostensteigerungen. |
| Nr. 4: Mehr wegen gesondertem Ausweis. Die Beträge waren bisher in den Sachausgaben des Betriebs mit enthalten. | |
| Nr. 5: Zinsen für die partiarischen Darlehen des Freistaates Bayern und der Stadt Nürnberg für den Hafen Nürnberg gem. Vertrag v. 11. November 1966. | |

	1975	1976
	DM	DM
Nr. 9: Veranschlagt sind:		
Baulichkeiten	370 000	217 000
Hafen, Ufer, Straßen	332 000	132 000
Verladeanlagen; Gesamtkosten		
1 913 500 DM	88 000	626 000
zu übertragen	790 000	975 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen					
					DM	DM	DM	DM		
									1975	1976
1	2	3	4	5	6	7				
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ...	20 593 000	22 064 000	17 705 000	17 685 000	6	6				
2. Zinsen	51 000	56 000	22 000	178 000						
3. A. o. und betriebsfremde Erträge	182 000	188 000	—	1 374 000	7	7				
4. Verlust	908 000	844 000	331 000	—	8	8				
Zusammen	21 734 000	23 152 000	18 058 000	19 237 000						

B. Finanzplan

Deckung

1. Abschreibungen	4 545 000	4 698 000				
2. Sonstige Deckungsmittel	3 726 000	5 380 000			13	13
Zusammen	8 271 000	10 078 000				

Erläuterungen (Fortsetzung):	1975	1976
	DM	DM
Übertrag	790 000	975 000
Bahnanlagen	—	22 000
Maschinen und maschinelle Anlagen	97 000	48 000
Betriebs- und Geschäftsausstattung	181 000	55 000
Unvorhergesehenes	155 000	154 000
Zusammen	1 223 000	1 254 000

Nr. 10: Tilgung der partiarischen Darlehen des Freistaates Bayern und der Stadt Nürnberg gemäß Vertrag vom 11. November 1966.

Nr. 11: Die Mittel sind für unvorhersehbare Erneuerungsmaßnahmen eingestellt.

Nr. 12: In den Haushaltsjahren 1975 und 1976 sind für den

Ausbau des Hafens Nürnberg weitere Mittel notwendig. Die Gesamtkosten sind mit 112 Mio DM veranschlagt. Hiervon entfällt auf die Stadt Nürnberg ein Betrag von 31 Mio DM. Der Bund hat zu den Maßnahmen des Freistaates Bayern Zuschüsse in Höhe von rd. 6,912 Mio DM geleistet, so daß sich der Anteil des Freistaates Bayern auf 74,088 Mio DM beläuft. Bis einschließlich 1974 werden hiervon voraussichtlich 64,427 Mio DM verausgabt.

Nr. 13: Die sonstigen Deckungsmittel werden durch Tilgungsbeträge für partiarische Darlehen des Freistaates Bayern (siehe Erläuterung Nr. 10), die dem Betrieb belassen werden, sowie durch Ausgabe-reste bei Kap. 13 05 Tit. 831 31 und Eigenmittel der Bayer. Landeshafenverwaltung aus früheren Jahren aufgebracht.

Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Ergebnis 1973 DM	Erläuterungen	
					1975	1976
					6	7
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)	3 560 000	4 035 000	1 900 000	3 142 100	1	1
2. Sachausgaben						
a. Fremde Herstellungskosten	5 200 000	5 550 000	4 300 000	4 493 300	2	2
b. Sonstige Sachausgaben	3 326 000	3 650 000	2 520 000	3 133 425	2	2
3. Abschreibungen						
a. auf Anlagevermögen	170 000	180 000	209 000	151 600	3	3
b. auf Umlaufvermögen	50 000	50 000	120 000	19 800		
4. Zinsen	200 000	175 000	215 000	213 200	4	4
5. Steuern und öffentliche Abgaben	104 000	109 000	55 000	114 100		
6. Außerordentl. Aufwendungen	—	—	5 000	—		
7. Zuführung zu Rückstellungen	30 000	30 000	20 000	15 000		
8. Gewinn	—	37 000	6 000	—		
Zusammen	12 640 000	13 816 000	9 350 000	11 282 525		

Bedarf

1. Vermehrung des Anlagevermögens	125 000	100 000
2. Vermehrung des Umlaufvermögens	200 000	200 000
3. Darlehenstilgung durch Umwandlung in Kapital	1 000 000	1 000 000
4. Verlustabdeckung aus Vorjahren	620 000	917 000
5. Verlust	225 000	—
Zusammen	2 170 000	2 217 000

B. Finanzplan

		6	6
		7	7
		8	8
		9	9
		9	

Erläuterungen:

Nr. 1:	Mehr wegen tariflicher Verbesserungen und im Wirtschaftsjahr 1976 auch wegen Personalmehrungen.	Nr. 6:	Veranschlagt sind:	1975	1976
				DM	DM
Nr. 2:	Anpassung an die zu erwartende Umsatzentwicklung (vgl. Erl. Nr. 5) und die gestiegenen Papier- und Herstellungspreise. Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag von 15 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.				
Nr. 3:	Anpassung an den tatsächlichen Aufwand 1973 und die geplanten Investitionen (vgl. Erl. Nr. 6).				
Nr. 4:	Aufwand für den Kreditbedarf zur Finanzierung betriebsnotwendiger Lagerbestände.				
Nr. 5:	An die Ist-Ergebnisse 1973 und 1974 angepasste Umsatzerwartung.				
				17 000	—
				48 000	—
				55 000	20 000
				5 000	15 000
				—	55 000
				—	10 000
				Zusammen	125 000 100 000
		Nr. 7:	Langfristige Verstärkung der Lagerbestände auf Grund der Umsatzentwicklung.		

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Ergebnis 1973 DM	Erläuterungen	
					1975	1976
					6	7
1	2	3	4	5	6	7
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	12 200 000	13 600 000	9 140 000	8 977 600	5	5
2. Sonstige und außerordentliche Erträge	215 000	216 000	210 000	652 600		
3. Verlust	225 000	—	—	1 652 325		
Zusammen	12 640 000	13 816 000	9 350 000	11 282 525		

B. Finanzplan

Deckung

1. Gewinn	—	37 000		
2. Abschreibung auf Anlagevermögen	170 000	180 000		
3. Kapitalausstattung	1 000 000	1 000 000	10	10
4. Kapitalausstattung durch Darlehensumwandlung	1 000 000	1 000 000	11	11
Zusammen	2 170 000	2 217 000		

Erläuterungen (Fortsetzung)

Nr. 8 u. 11: Die Finanzierung des Lagerhallen-Neubaus in Karlsfeld (Gesamtkosten 3,8 Mio DM) ist in Höhe von 3,7 Mio DM aus langfristigen Investitionsdarlehen des Haushalts (Kap. 13 05 Tit. 861 10) erfolgt. Die daraus sich ergebenden Zinsbelastungen und Tilgungsbeträge kann der Verlag bei seiner schwierigen Ertragslage nicht erwirtschaften. Zur Verbesserung seiner Eigenkapitalstruktur ist daher ein Teilbetrag (2,0 Mio DM) der in der Anlage E zu Kap. 13 06 unter Nr. 307 ausgewiesenen Darlehensverpflichtungen in Eigenkapital umzuwandeln.

Nr. 9 u. 10: Bei Kap. 13 05 Tit. 831 34 veranschlagt. Zum Ausgleich der in den Jahren 1971 bis 1974 entstandenen (rd. 2,5 Mio DM) Verluste und den für das Wj. 1975 zu erwartenden Fehlbetrag (225 000 DM) müssen dem Verlag zur Sicherung einer angemessenen Eigenkapitalbasis 1975 und 1976 je 1,0 Mio DM Kapital zugeführt werden.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	143 000	133 000	118 000	120 006	1	1
b. des Betriebs	732 000	820 000	650 000	682 766	1	1
c. Versorgungsleistungen	16 000	17 000	14 000	13 348	2	2
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung	42 000	45 000	32 000	39 293	3	3
b. im Betrieb	1 938 000	1 952 000	1 950 000	1 793 491	4	4
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	90 000	100 000	97 000	78 966	5	5
4. Steuern und Abgaben	8 000	8 000	7 000	6 774		
5. Außerordentliche Aufwendungen	8 000	8 000	2 000	10 728		
6. Gewinn	10 000	20 000	—	43 053		
Zusammen	2 987 000	3 103 000	2 870 000	2 788 425		

Bedarf

B. Finanzplan

1. Vermehrung des Anlagevermögens	160 000	205 000			8	8
2. Tilgung Forstgrundstockdarlehen	20 000	20 000				
Zusammen	180 000	225 000				

Erläuterungen:

- Nr.1: Mehr infolge Lohn- und Gehaltserhöhungen sowie sonstiger tariflicher Verbesserungen; teilweise Minderung durch Rationalisierungsmaßnahmen.
- Nr.2: Zur Abgeltung der Versorgungslasten für den beamteten Betriebsleiter erstattet der Betrieb rd. 16 000 DM bzw. 17 000 DM an den Staatshaushalt. Diese Beträge sind bei Kap. 13 20 Tit. 281 71 mitveranschlagt.
- Nr.3: Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag von 3 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.
- Nr.4: Erhöhung durch steigende Rundholzeinkaufspreise, Rundholzanfuhrkosten, Fremdstrom- und Betriebsstoffkosten, sowie durch vermehrten Einschnitt (i. Vergl. zu 1973).
- Nr.5: Mehr wegen betriebsnotwendiger Erneuerungs- und Rationalisierungsinvestitionen (vgl. Erl. Nr. 8).
- Nr.6: Steigerung durch vermehrten Einschnitt und zu erwartende günstigere Schnittholzerlöse.
- Nr.7: Anpassung an das tatsächliche Ergebnis 1973.

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
	2	3	4	5	6	7
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ...	2 931 000	3 047 000	2 810 000	2 737 544	6	6
2. Sonstige Erträge	50 000	50 000	50 000	45 098	7	7
3. Außerordentliche Erträge	6 000	6 000	10 000	5 783		
Zusammen	2 987 000	3 103 000	2 870 000	2 788 425		

B. Finanzplan

Deckung

1. Gewinn	10 000	20 000		
2. Abschreibungen auf Anlagevermögen	90 000	100 000		
3. Investitionsdarlehen aus dem Forstgrundstock	80 000	105 000		
Zusammen	180 000	225 000		

Erläuterungen (Fortsetzung):		1975	1976
Nr. 8:	Veranschlagt sind:	DM	DM
	a. Öltränk-Imprägnieranlage ..	10 000	—
	b. Gabelstapler-Ersatzbeschaffung	65 000	—
	c. Maschinen-Ersatzbeschaffungen	32 000	—
	d. Trockenkammer-Spezialtüren-Ersatzbeschaffung	10 000	—
	e. Ausbau der Schnittholzplatzanlage	10 000	—
	f. Lehr- und Unterkuftgebäude: Dacherneuerung/ Substanzerhaltung	12 000	—
	g. Dienstwohngebäude: Erneuerung der Heizungsanlage	6 000	—
	h. Sonstige kleinere Anschaffungen	15 000	15 000
	i. Schwachholz-Gatteranlage; Gesamtkosten: 300 000 DM, davon 1. Teilbetrag	—	120 000
	k. Niederdruckkessel-Ersatzbeschaffung	—	70 000
	Zusammen	160 000	205 000

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM		DM	1975
1	2	3	4	5	6	7
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	59 800	64 000	61 700	37 239	1	1
b. des Betriebs	—	—	—	—		
c. Versorgungsleistungen	12 600	13 600	22 500	10 273	1,2	1,2
2. Sachausgaben						
a. in der Verwaltung	20 800	20 800	13 800	11 121	3	
b. im Betrieb	296 300	308 600	272 700	244 286	4	4
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	191 600	191 600	196 700	159 260	5	
4. Pachtzinsen für die Mitbenutzung der Anlageteile der Speicher	302 800	302 800	302 800	299 814	6	6
5. Steuern	1 400	1 400	1 300	1 358		
6. Gewinn	—	—	—	24 656		
Zusammen	885 300	902 800	871 500	788 007		

Bedarf

1. Vermehrung des Anlagevermögens	120 000	70 000
2. Abführung an Epl. 13 Anl. B Nr. 2 Grundstock A, Allgem. Landesverwaltung, Einnahmen Tit. 121 01	67 800	100 300
3. Verlust	3 800	21 300
Zusammen	191 600	191 600

B. Finanzplan

	8	8
--	---	---

Erläuterungen:

- Nr. 1: Weniger wegen Personaleinsparung, mehr wegen Gehaltserhöhungen.
- Nr. 2: Der Betrieb erstattet zur Abgeltung der Versorgungslasten für den Verwaltungsbeamten an den Staatshaushalt 12 600 DM bzw. 13 600 DM, die bei Kap. 13 20 Tit. 281 71 mitveranschlagt sind.
- Nr. 3: Mehr wegen höherer Geschäftsraummiete und Preissteigerungen.
- Nr. 4: Mehr wegen tariflich bedingter Erhöhungen der Entgelte für Dienstleistungen der Wasserwirtschaftsämter.
- Nr. 5: Weniger infolge geringeren Anfalls.
- Nr. 6: Als Haushaltseinnahmen bei Kap. 03 77 Tit. 124 02 veranschlagt.
- Nr. 7: Mehr infolge Strompreiserhöhungen.

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	873 500	873 500	777 100	764 700	7	
2. Zinsen	8 000	8 000	8 000	23 307		
3. Verlust	3 800	21 300	86 400	—		
Zusammen	885 300	902 800	871 500	788 007		

B. Finanzplan

Deckung

1. Abschreibungen auf Anlagevermögen	191 600	191 600		
Zusammen	191 600	191 600		

Erläuterungen (Fortsetzung):		1975	1976
Nr. 8:	Veranschlagt sind:	DM	DM
	a. Betriebs- und Geschäftsausstattung	10 000	7 000
	b. Maschinen und maschinelle Anlagen	75 000	35 000
	c. Baumaßnahmen	35 000	28 000
	Zusammen	120 000	70 000

Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Ergebnis 1973 DM	Erläuterungen	
					1975	1976
					6	7
1	2	3	4	5	6	7
a. Staatliche Bayerische Losbrieflotterie						
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)	469 000	498 000	438 000	407 024	1	1
2. Sachausgaben						
a. Gewinnauszahlungen	4 104 000	4 294 000	4 370 000	3 819 317		
b. Sonstige	2 189 000	2 262 000	2 239 000	1 974 258		
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Anlagevermögen	28 000	27 000	20 000	20 408	3	3
4. Steuern	1 939 000	1 972 000	2 050 000	1 873 951	4	4
5. Gewinn	2 424 000	2 535 000	2 682 000	2 488 347		
Zusammen	11 153 000	11 588 000	11 799 000	10 583 305		
b. Bayerischer Fußballtoto						
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)	827 000	843 000	697 000	722 079	1	1
2. Sachausgaben						
a. Gewinnauszahlungen	19 000 000	19 500 000	18 000 000	18 060 891	2	2
b. Sonstige	6 135 000	6 300 000	5 011 000	4 929 879		
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Anlagevermögen	112 000	145 000	82 000	176 673	3	3
4. Steuern	6 566 000	6 733 000	6 190 000	6 201 089		
5. Zuwendungen an den Süddeutschen Fußballverband für die Bereitstellung der Terminlisten	760 000	780 000	720 000	722 436	6	6
6. Gewinn	6 420 000	6 529 000	6 680 000	7 210 958		
Zusammen	39 820 000	40 830 000	37 380 000	38 024 005		

Erläuterungen:

- Nr. 1: Mehr wegen Erhöhung der Löhne und Gehälter.
 Nr. 2: Mehr wegen des erhöhten Umsatzes.
 Nr. 3: Mehr wegen Erhöhung des abschreibungsfähigen Vermögens.
 Nr. 4: Einschließlich 133 000 DM (1975) bzw. 83 000 DM (1976) Lotteriesteuer aus der Veranstaltung von Städtetombolen.
 Nr. 5: Mehr entsprechend dem voraussichtlichen Aufkommen.
 Nr. 6: Der Süddeutsche Fußballverband erhält 2 v. H. der Umsätze aus Fußballwetten für die Bereitstellung der Terminlisten.

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
	1	2	3	4	5	6
a. Staatliche Bayerische Losbrieflotterie						
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	10 800 000	11 300 000	11 500 000	10 059 695		
2. Zinsen und sonstige Erträge	353 000	288 000	299 000	523 610		
Zusammen	11 153 000	11 588 000	11 799 000	10 583 305		
b. Bayerischer Fußballtoto						
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	39 400 000	40 400 000	37 140 000	37 206 535	5	5
2. Zinsen und sonstige Erträge	420 000	430 000	240 000	817 470		
Zusammen	39 820 000	40 830 000	37 380 000	38 024 005		

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
c. Südlotto						
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)	3 462 000	3 394 000	3 000 000	3 018 534	1	1
2. Sachausgaben						
a. Gewinnauszahlungen	171 000 000	178 500 000	156 000 000	151 785 737	2	2
b. Einnehmergevergütungen	34 542 000	36 057 000	28 798 000	27 822 697	2	2
c. Sonstige	5 347 000	5 364 000	4 443 000	3 950 356	2	2
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Anlagevermögen	831 000	1 086 000	601 000	1 359 873	3	3
4. Steuern	59 650 000	62 200 000	54 025 000	52 491 654		
5. Gewinn	89 124 000	92 591 000	86 216 000	83 356 136		
Zusammen	363 956 000	379 192 000	333 083 000	323 784 987		
d. Rennquintett-Wette						
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)	235 000	229 000	286 000	97 358	7,8	7,8
2. Sachausgaben						
a. Gewinnauszahlungen	7 000 000	7 250 000	5 000 000	3 351 910	2,8	2,8
b. Einnehmergevergütungen	1 540 000	1 595 000	920 000	662 503	2,8	2,8
c. Sonstige	826 000	855 000	581 000	732 555	2,8	2,8
3. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Anlagevermögen	52 000	60 000	5 000	18 582	3,8	3,8
4. Steuern	2 423 000	2 510 000	1 729 000	1 147 910	2,8	2,8
5. Überschuß (einschließlich Zweckertrag)	2 504 000	2 601 000	1 894 000	913 147	2,9	2,9
Zusammen	14 580 000	15 100 000	10 415 000	6 923 965		
e. Spielbanküberwachung						
1. Personalausgaben (Gehälter und Versorgungsbezüge)	910 000	965 000	749 000	778 158	10	10
2. Sachausgaben						
a. für die Bayerischen Spielbanken	190 000	205 000	131 000	153 088	11	11
b. für die Spielbank Lindau	45 000	49 000	31 000	36 184		
Zusammen	1 145 000	1 219 000	911 000	967 430		

Bedarf

1. Vermehrung des Anlagevermögens	2 023 000	2 010 000			12	12
2. Zuführung zur Erneuerungsrücklage	861 000	1 248 000			13	13
3. Gewinnabführung an den Haushalt	100 472 000	104 256 000			14	14
Zusammen	103 356 000	107 514 000				

B. Finanzplan zu a.—e.

Erläuterungen:

- Nr. 7: Weniger entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.
- Nr. 8: Die Rennquintett-Wette wird seit dem 9. Juli 1973 veranstaltet. Die Zahlen in Spalte 5 beziehen sich daher nur auf das 2. Halbjahr 1973.
- Nr. 9: Der Überschuß wird bei Kap. 13 05 Tit. 123 06 vereinnahmt. Aus dem Überschuß erhält der Freistaat Bayern zunächst einen Betrag von bis zu 3 v. H. und der Bayer. Landessportverband einen Zweck-ertrag von bis zu 2 v. H. der Umsätze aus Wett-einsätzen. Verbleibt nach Abzug dieses Betrages ein weiterer Überschuß, so erhalten daraus die Bayer. Galopp- und Trabrennvereine einen Zweck-ertrag von bis zu 10 v. H. der Umsätze aus Wett-einsätzen, höchstens jedoch 1 300 000 DM pro Jahr.
- Nr. 10: Die Dienstbezüge und Versorgungslasten werden der Staatslotterie aus der Spielbankabgabe ersetzt.

- Nr. 11: Die sonstigen Aufwendungen für die Spielbank-überwachung werden der Staatslotterie ersetzt:
a. bei den Bayerischen Spielbanken durch die Spielbanken.
b. bei der Spielbank Lindau aus der Spielbank-abgabe.
- Nr. 12: Veranschlagt sind:
- | | 1975 | 1976 |
|--|-----------|---------------------|
| | DM | DM |
| 1 500 Registriergeräte | 1 800 000 | 1 800 000 |
| 1 Pkw | 13 000 | — |
| 1 elektronisch gesteuerte Lose-mischmaschine | 50 000 | — |
| Geräte für Unterhalt der Dienstgrundstücke | 10 000 | — |
| 1 Drehmaschine (Werkstätte). | 8 000 | — |
| 1 Ständerbohrmaschine (Werkstätte) | 2 000 | — |
| zu übertragen | | 1 883 000 1 800 000 |

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen					
					DM	DM	DM	DM		
									1975	1976
1	2	3	4	5	6	7				
c. Südlotto										
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	357 900 000	373 200 000	324 150 000	314 949 925	5	5				
2. Zinsen und sonstige Erträge	6 056 000	5 992 000	8 933 000	8 835 062						
Zusammen	363 956 000	379 192 000	333 083 000	323 784 987						
d. Rennquintett-Wette										
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	14 540 000	15 060 000	10 375 000	6 887 458	5	5				
2. Zinsen und sonstige Erträge	40 000	40 000	40 000	36 507						
Zusammen	14 580 000	15 100 000	10 415 000	6 923 965						
e. Spielbanküberwachung										
Ausgabenerstattung für die Spielbanküberwachung										
1. durch die öffentlichen Spielbanken	190 000	205 000	131 000	153 088						
2. als Ersatz aus Kap. 13 01 Tit. 682 71	955 000	1 014 000	780 000	814 342						
Zusammen	1 145 000	1 219 000	911 000	967 430						

B. Finanzplan zu a.—e.

				Deckung	
1. Abschreibungen auf Anlagevermögen	1 024 000	1 318 000			
2. Auflösung der Rücklage für die Automation (in Höhe der diesbezüglichen Aufwendungen)	1 860 000	1 940 000			
3. Gewinn	100 472 000	104 256 000			
Zusammen	103 356 000	107 514 000			

Erläuterungen (Fortsetzung):	1975	1976
	DM	DM
Übertrag	1 883 000	1 800 000
1 Schleifmaschine (Werkstätte)	10 000	—
1 Digitales Meßinstrument (Elektronik)	3 000	—
1 Digitale Zählleinheit (Elektronik)	2 000	—
1 Speicher-Oszilloscope (Elektronik)	35 000	—
1 Mikrofilmgerät mit automatischen Feeder	20 000	—
Zimmerausstattung und sonstige Geräte	70 000	70 000
4—5 Entwicklermaschinen (Verfilmung)	—	80 000
5 Filmprüfgeräte mit Kopiereinrichtung	—	60 000
Zusammen	2 023 000	2 010 000

Nr. 13:	Die Erneuerungsrücklage wird u. a. benötigt für unvorhergesehene Ersatz- und Neubeschaffungen, für Sicherheitsmaßnahmen beim Fußballtoto, Südlotto und Rennquintett sowie für größere Reparaturen an Dienstgebäuden.	
Nr. 14:	Als Haushaltseinnahme veranschlagt bei Kap. 13 05 und zwar bei	
	1975	1976
	DM	DM
Tit. 123 01	2 424 000	2 535 000
Tit. 123 02	6 420 000	6 529 000
Tit. 123 03	89 124 000	92 591 000
Tit. 123 06	2 504 000	2 601 000
Zusammen	100 472 000	104 256 000

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Ergebnis 1973 DM	Erläuterungen	
					1975	1976
1	2	3	4	5	6	7
f. Spielbanken						
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)						
a. der Verwaltung	4 692 000	5 027 000	3 468 000	3 871 629	1	1
b. des spieltechnischen Betriebs	13 895 000	14 533 000	15 187 000	13 428 006	15	15
2. Sachausgaben	1 853 000	1 940 000	1 624 000	1 661 515	16	16
3. Steuern und sonstige Abgaben	33 000 000	35 000 000	31 600 000	27 605 908	17	17
4. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Anlagevermögen	402 000	409 000	375 000	281 895	3	3
5. Troncanteil für gemeinnützige Zwecke	2 262 000	2 583 000	2 708 000	2 173 474	18	18
6. Gewinn	8 528 000	9 089 000	7 713 000	6 929 542		
Zusammen	64 632 000	68 581 000	62 675 000	55 951 969		

Bedarf

1. Vermehrung des Anlagevermögens	365 000	640 000
2. Troncabführung für gemeinnützige Zwecke ..	2 262 000	2 583 000
3. Unkostenbeitrag an Staatl. Kurverwaltungen	650 000	650 000
4. Gewinnabführung an den Haushalt	7 915 000	8 208 000
Zusammen	11 192 000	12 081 000

B. Finanzplan zu f.

19	19
20	20
21	21
22	22

Erläuterungen (Fortsetzung):

Nr. 15: Weniger entsprechend dem voraussichtlichen Troncaufkommen.

Nr. 16: Mehr entsprechend dem voraussichtlichen Bedarf.

Nr. 17: Mehr wegen erhöhter Bruttospielerträge. Von der 80 v. H. des Bruttospielertrages (= 100 v. H.) betragenden Spielbankabgabe verbleiben 60 v. H. dem Freistaat Bayern, 15 v. H. den Gemeinden, 5 v. H. der Bundesrepublik Deutschland. Der dem Freistaat Bayern verbleibende Anteil ist als Haushaltseinnahme bei Kap. 13 01 Tit. 093 10 veranschlagt.

Nr. 18: Weniger wegen der Tronc-V vom 26. November 1974 durch die die kleinen Spielbanken entlastet werden sollen.

	1975 DM	1976 DM
Nr. 19: Veranschlagt sind:		
Ausstattung und Einrichtung ..	294 000	602 000
Spielgerät	71 000	38 000
Zusammen	365 000	640 000

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM		DM	1975
	1	2	3	4	5	6
f. Spielbanken						
1. Bruttospielertrag	41 250 000	43 750 000	39 500 000	34 507 385	5	5
2. Tronc	20 260 000	21 510 000	20 900 000	18 984 195	15	
3. Sonstige Erträge (Eintrittsgelder usw.)	3 122 000	3 321 000	2 275 000	2 460 389	23	23
Zusammen	64 632 000	68 581 000	62 675 000	55 951 969		

B. Finanzplan zu f.

Deckung

1. Abschreibungen und Wertberichtigungen	402 000	409 000		
2. Troncanteil für gemeinnützige Zwecke	2 262 000	2 583 000		
3. Gewinn lt. Betriebsplan	8 528 000	9 089 000		
Zusammen	11 192 000	12 081 000		

Erläuterungen (Fortsetzung):

- Nr. 20: Als Haushaltseinnahme bei Kap. 13 05 Tit. 291 01 mitveranschlagt.
- Nr. 21: Die Staatsbäder Bad Kissingen und Bad Reichenhall führen durch ihren Kurbetrieb den am gleichen Ort gelegenen Staatlichen Spielbanken laufend Gäste zu. Das gleiche gilt für die Bad Kissingen benachbarten Staatsbäder Bad Bocklet und Bad Brückenau. Es ist angemessen, daß die Spielbanken einen Beitrag zur Deckung der den Staatl. Kurverwaltungen für den allgemeinen Kurbetrieb (Kurmusik, Kurparkanlagen usw.) entstehenden Ausgaben leisten. Dies entspricht auch dem Sinn und Zweck des Gesetzes über die Zulassung öffentlicher Spielbanken vom 14. Juli 1933 (RGBl S. 450).
- Nr. 22: Als Haushaltseinnahme bei Kap. 13 05 Tit. 123 04 veranschlagt.
- Nr. 23: Mehr wegen der zwischenzeitlich erhöhten Eintrittspreise.

A. Erfolgsplan

Aufwendungen

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen					
					DM	DM	DM	DM	1975	1976
									6	7
1	2	3	4	5	6	7				
1. Personalausgaben (Gehälter, Löhne, soziale Leistungen, Versorgungsleistungen)										
a. der Verwaltung	759 000	835 000	670 000	642 218	1	1				
b. des Betriebs	1 680 000	1 882 000	1 833 000	1 509 487	1	1				
c. Personalnebenkosten	80 000	85 000	80 000	72 593	2	2				
2. Sachausgaben										
a. in der Verwaltung	36 000	42 000	45 000	22 997	3	3				
b. im Betrieb	28 922 000	30 954 000	27 760 000	23 831 595	3	3				
3. Abschreibungen auf Anlagevermögen	947 000	925 000	800 000	823 782	4	4				
4. Steuern und öffentliche Abgaben										
a. Steuern vom Einkommen, Ertrag usw.	561 000	585 000	399 000	594 250	5	5				
b. Abgaben nach dem MFG	195 000	196 000	200 000	185 583	6	6				
5. Gewinn	190 000	205 000	155 000	228 173						
Zusammen	33 370 000	35 709 000	31 942 000	27 910 678						

Bedarf

1. Vermehrung des Anlagevermögens	912 000	890 000
2. Darlehenstilgung	35 000	35 000
3. Gewinnablieferung an den Haushalt	190 000	205 000
Zusammen	1 137 000	1 130 000

B. Finanzplan

9	9
10	10

Erläuterungen:

- Nr. 1: Mehr wegen tariflicher Erhöhung der Löhne und Gehälter sowie durch Produktionsausweitung; Minderung durch Rationalisierungen.
- Nr. 2: Zur Abgeltung der Versorgungslasten für den beamteten Verwaltungsleiter sind 11 000 DM Erstattungen an den Staatshaushalt bei Kap. 13 20 Tit. 281 71 mitveranschlagt.
- Nr. 3: Mehr infolge Produktions- und Umsatzausweitung sowie steigender Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffpreise. Enthalten ist ein Verwaltungskostenbeitrag von 20 000 DM, der bei Kap. 13 03 Tit. 271 02 mitveranschlagt ist.
- Nr. 4: Erhöhung infolge weiterer Erneuerungs- und Rationalisierungsinvestitionen.
- Nr. 5: Anpassung an das erwartete Jahresergebnis.
- Nr. 6: Anpassung an die zu erwartende Milchanlieferung.
- Nr. 7: Mehr infolge Produktions- und Umsatzausweitung.
- Nr. 8: Mehr durch verbesserte Leistungen der Hilfsbetriebe.

A. Erfolgsplan

Erträge

Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Ergebnis 1973	Erläuterungen	
	DM	DM	DM	DM	1975	1976
	2	3	4	5	6	7
1. Jahresertrag nach Abzug der im Betriebsplan nicht gesondert ausgewiesenen Aufwendungen und der gesondert ausgewiesenen Erträge ..	31 369 000	33 559 000	30 055 000	26 346 291	7	7
2. Sonstige betriebliche Erlöse	1 951 000	2 100 000	1 730 000	1 423 882	8	8
3 Sonstige Erträge	50 000	50 000	157 000	140 505		
Zusammen	33 370 000	35 709 000	31 942 000	27 910 678		

B. Finanzplan

Deckung

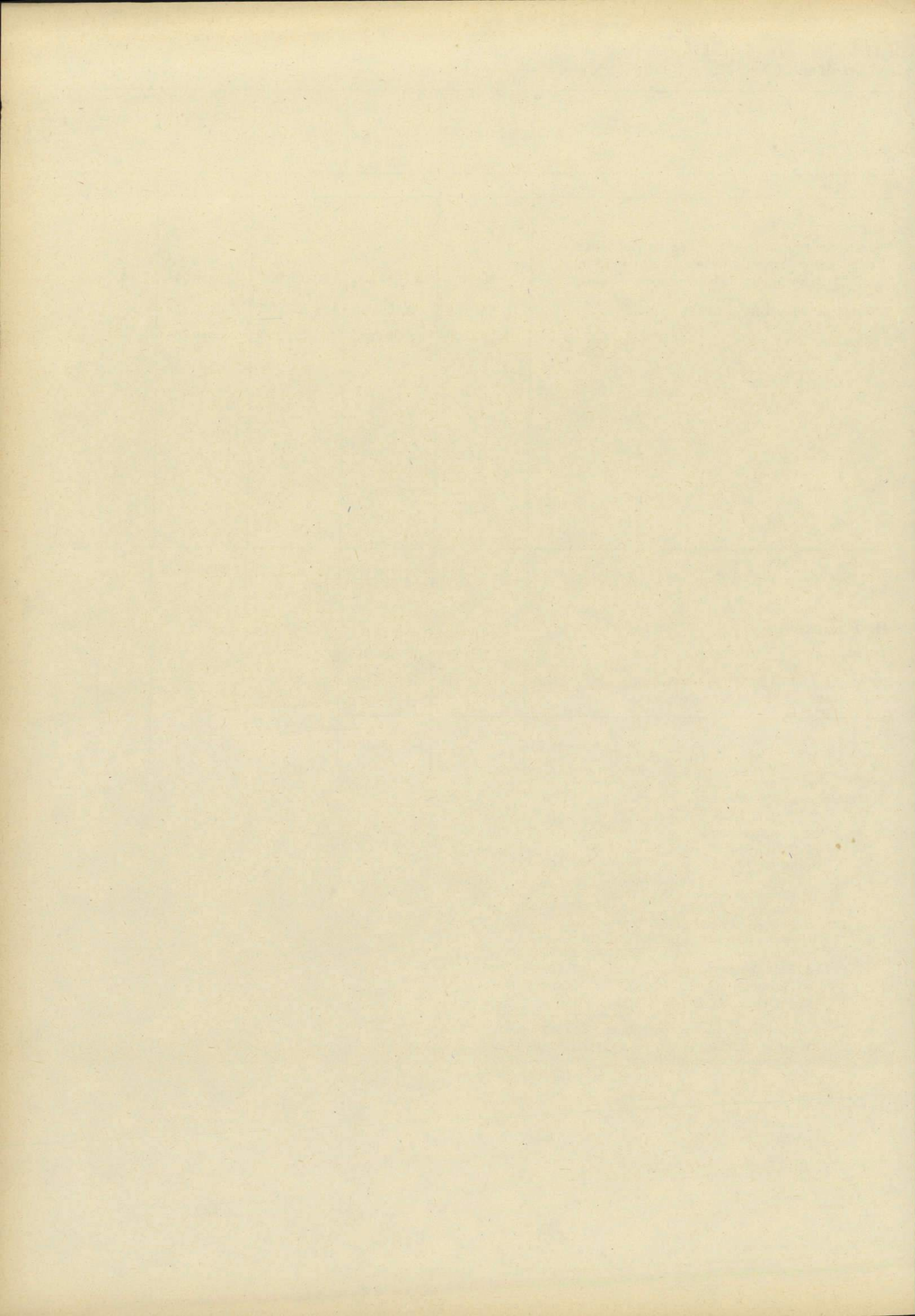
1. Gewinn	190 000	205 000		
2. Abschreibungen auf Anlagevermögen	947 000	925 000		
Zusammen	1 137 000	1 130 000		

Erläuterungen (Fortsetzung):

Nr. 9:	Veranschlagt sind:	1975 DM	1976 DM
a.	Technischer Ausbau des Trockenwerks	680 000	—
b.	Um- und Erweiterungsbau von Expedition, Kühlraum und Betriebslabor	—	768 000
c.	Betriebsvorrichtungen, Maschinen und maschinelle Anlagen	45 000	38 000
d.	Ersatzbeschaffungen	131 000	17 000
e.	Fuhrpark	40 000	59 000
f.	Mehrung der Beteiligungen..	16 000	8 000

Zusammen 912 000 890 000

Nr. 10: Wird bei Kap. 13 05 Tit. 121 24 1976/1977 als Haushaltseinnahme veranschlagt.



Verzeichnis

der Unternehmen, an deren Kapital oder Gewinn der Freistaat Bayern beteiligt ist

(Art. 65 und 104 Abs.3 BayHO)

A. Allgemeine Übersicht

B. Bilanzen und Erfolgsrechnungen

der wichtigsten Unternehmen des privaten Rechts

(Zu Kapitel 13 05)

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Grund- (Stamm-) kapital am 31. 12. 1974 DM	Anteil des Freistaates Bayern (v. H.) DM	Jahresergebnis	
				Geschäfts- jahr	+ Gewinn - Verlust DM
A. Allgemeine Übersicht					
I. Unternehmen ohne Genossenschaften					
1. Elektrizitätsunternehmen					
1	Bayernwerk AG (Bayerische Landeselektrizitätsversorgung) in München	400 000 000	240 000 000 (60)	1971/72 1972/73	26 152 041 38 338 834
2	Bayerische Wasserkraftwerke AG in München	30 000 000	10 000 000 (33 ^{1/3})	1972 1973	2 336 384 2 333 040
3	Innwerk AG in Töging	90 000 000	36 000 (0,04)	1972 1973	3 591 646 —
4	Rhein-Main-Donau AG in München	170 000 000	55 966 000 (32,9)	1972 1973	— —
5	Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG in Simbach a. Inn	80 000 000	20 000 000 (25)	1972 1973	3 368 420 3 368 420
6	Bayerische Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft AG in Bayreuth	95 000 000	8 176 150 (8,6)	1972 1973	12 347 903 10 357 995
7	Energieversorgung Ostbayern AG in Regensburg	105 000 000	1 802 950 (2)	1972 1973	14 630 025 17 944 452
8	Fränkisches Überlandwerk AG in Nürnberg	50 011 000	418 250 (0,8)	1972 1973	12 407 506 10 006 810
9	Großkraftwerk Franken AG in Nürnberg ...	95 000 000	2 475 000 (2,6)	1972 1973	10 551 803 7 600 220
10	Lech-Elektrizitätswerke AG in Augsburg	77 061 600	2 959 900 (3,8)	1971/72 1972/73	21 935 271 22 151 053
	Summe 1		341 834 250		
	ab: Kapitalertragssteuer u. Ergänzungsabgabe bei Kap. 13 05 Tit. 121 31 veranschlagt				
2. Gasunternehmen					
21	Frei				
22	Ferngas Nordbayern GmbH	10 000 000	2 000 000 (20)	1972 1973	550 815 — 434 674
23	Bayerische Ferngas GmbH — Bayerngas, München	50 000 000	10 000 000 (20)	1972 1973	— 6 068 367 — 15 299 319
	Summe 2		12 000 000		
	ab: Kapitalertragssteuer u. Ergänzungsabgabe bei Kap. 13 05 Tit. 121 32 veranschlagt				
3. Straßenverkehrsunternehmen					
31	Münchner Tunnel-Gesellschaft mbH, MTG München	20 000	5 000 (25)	1972 1973	1 453 1 436
	Zugleich Summe 3				

Zufließender Gewinn- anteil des Freistaates Bayern im Hj. 1975 DM	Zufließender Gewinn- anteil des Freistaates Bayern im Hj. 1976 DM	Erläuterungen
14 400 000 (8)	16 800 000 (8)	Zu Nr. 1 Das Grundkapital wurde 1974 auf 400 Mio DM erhöht. Daran sind der Freistaat Bayern mit 240 Mio DM und die Viag mit 160 Mio DM beteiligt. Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
700 000 (7)	700 000 (7)	Zu Nr. 2 Zu je einem weiteren Drittel sind die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag) und die Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk AG (RWE) beteiligt. Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
2 520 (7)	2 520 (7)	
—	—	
800 000 (4)	800 000 (4)	Zu Nr. 3 Die übrigen 99,96 v.H. des Grundkapitals besitzt die Vereinigte Industrie-Unternehmungen AG (Viag). Der Freistaat Bayern erhält wegen eines Gewinnabführungsvertrages ab 1973 eine Garantiedividende in Höhe von 7 v. H.
1 062 900 (13)	1 062 900 (13)	Zu Nr. 4 Mit 64,1 v.H. ist die Bundesrepublik Deutschland beteiligt; der Rest gehört überwiegend Ländern und Städten. Die 5,5%igen Wandelanleihen des Bundes von 10 Mio DM und Bayerns von 5 Mio DM sind mit Wirkung vom 31. 12. 1972 in Grundkapital umgewandelt worden. Die Gesellschaft hat aus ihren Kraftwerken im Geschäftsjahr 1972 bzw. 1973 einen Überschuß von 17,9 Mio DM bzw. 28,9 Mio DM erzielt und zum Bau der Großschiffahrtsstraße verwendet. Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
144 230 (8)	144 230 (8)	
58 550 (14)	58 550 (14)	
198 000 (8)	198 000 (8)	
473 580 (16)	473 580 (16)	Zu Nr. 5 25 v. H. gehören der Innwerk-AG und 50 v. H. der Österr. Elektrizitätswirtschaft AG (Verbundgesellschaft). Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
17 839 780	20 239 780	
4 324 180	4 916 480	Zu Nr. 6 Hauptaktionäre sind Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft AG (über 50 v. H.) und die Oberfranken-Stiftung (über 25 v. H.).
13 515 600	15 323 300	Zu Nr. 22 An der Gesellschaft sind noch die Ruhrgas AG mit 54 v. H. und die Saarferngas mit 26 v. H. beteiligt.
150 000 (7,5)	150 000 (7,5)	Zu Nr. 23 Die Gesellschaft wurde 1962 gegründet. Der Freistaat Bayern hat die Geschäftsanteile am 16. 3. 1973 erworben. Neben Bayern sind noch die Städte München (40 v.H.), Augsburg (25 v.H.), Regensburg (7,6 v.H.), Landshut (3,7 v.H.) und Ingolstadt (3,7 v.H.) beteiligt. Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
—	—	
150 000	150 000	Zu Nr. 31 Die Beteiligungsverhältnisse sind unverändert. Zufließende Gewinnanteile werden durch Absetzen von der Ausgabe bei Kap. 13 10 Tit. 883 03 vereinnahmt.
38 600	38 600	
111 400	111 400	
—	—	

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Grund- (Stamm-) kapital am 31. 12. 1974 DM	Anteil des Freistaates Bayern (v. H.) DM	Jahresergebnis	
				Geschäfts- jahr	+ Gewinn - Verlust DM
4. Eisenbahnen					
41	Regentalbahn-AG in Viechtach	2 389 200	1 836 800 (76,9)	1972 —	19 622
42	Kahlgrund-Verkehrs-GmbH in Schöllkrippen (Unterfranken)	1 170 000	560 000 (47,8)	1973 —	807 539
				1972	5 432
				1973 —	164 408
	Summe 4		2 396 800		
5. Schiffahrtsunternehmen					
51	Bayerischer Lloyd Schiffahrts-Aktiengesell- schaft in Regensburg	5 690 000	1 940 000 (34,1)	1972 —	196 519
			außerdem 2 324 Genußscheine	1973 —	586 651
52	Rhenania Speditions- und Schiffahrtsgesell- schaft mbH in Mannheim	8 000 000	1 036 000 (12,95)	1972 —	618 108
				1973 —	135 472
	Summe 5		2 976 000		
6. Flughäfen und Luftverkehr					
61	Flughafen München GmbH in München	45 000 000	22 950 000 (51)	1972 —	425 010
				1973 —	3 227 755
62	Flughafen Nürnberg GmbH in Nürnberg	16 500 000	8 250 000 (50)	1972 —	13 736
				1973 —	586 555
	Summe 6		31 200 000		
7. Bergbauunternehmen					
71	Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke AG in München	43 000 000	43 000 000 (100)	1972	1 915 150
				1973	1 933 498
72	Luitpoldhütte AG in Amberg	25 000 000	7 500 000 (26)	1971/72	3 375 000
				1972/73 —	1 000 000
73	Frei				
74	Bayerische Mineral-Industrie AG in München	100 000	5 000 (5)	1972	2 749 259
				1973	2 009 872
	Summe 7		50 505 000		
	ab: Kapitalertragsteuer u. Ergänzungsabgabe bei Kap. 13 05 Tit. 121 34 veranschlagt				

Zufließender Gewinn- anteil des Freistaates Bayern im Hj. 1975 DM	Zufließender Gewinn- anteil des Freistaates Bayern im Hj. 1976 DM	Erläuterungen
—	—	Zu Nr. 41 Im Anschluß an die in 1973 durchgeführte Fusion mit der AG Lokalbahn Lam-Kötzting wurde das Grundkapital mit Beschluß vom 28. August 1974 auf 2 389 200 DM erhöht. Neben dem Freistaat Bayern sind noch in geringem Umfang die Gemeinden Viechtach, Deggendorf und Lam sowie die Schmidt-Bank (jeweils unter 5%) beteiligt. Der Rest ist Streubesitz. Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
—	—	Zu Nr. 42 Außer dem Freistaat Bayern sind beteiligt die Deutsche Bundesbahn mit 47,8 v. H. und der Landkreis Aschaffenburg mit 4,4 v. H. Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
—	—	Zu Nr. 51 Außer dem Freistaat Bayern sind beteiligt die Bundesrepublik Deutschland mit 58,5% und die Bayerische Vereinsbank AG mit 4,0%. Der Rest ist Streubesitz. Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
—	—	Zu Nr. 52 Der Hauptteil des Stammkapitals ist in Privatbesitz.
—	—	Zu Nr. 61 Die Bundesrepublik Deutschland ist mit Wirkung vom 15. November 1973 als Gesellschafter eingetreten und nach zweimaliger Kapitalerhöhung mit 11,7 Mio DM (26%) beteiligt. Der Anteil der Stadt München beläuft sich nunmehr auf 10,35 Mio DM (23%). Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
—	—	Zu Nr. 62 Der Freistaat Bayern und die Stadt Nürnberg sind je zur Hälfte beteiligt.
—	—	Zu Nr. 71 Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
—	—	Zu Nr. 72 74 v. H. des Kapitals besitzt die Salzgitter-AG. Das Grundkapital der Gesellschaft ist mit Beschluß vom 28. August 1974 um 10 Mio DM auf 25 Mio DM erhöht worden. Die Salzgitter-AG und der Freistaat Bayern haben die neuen Aktien gemäß ihrer Beteiligungsquote zum Kurswert von 150 v.H. übernommen. Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.
—	—	Zu Nr. 74 Die Aktienmehrheit (95 v. H.) besitzt die Mobil Oil Corporation New York und ihre Tochtergesellschaft Mobil Oil AG in Deutschland, Hamburg.
80 000 (1 600)	75 000 (1 500)	
80 000	75 000	
20 600	19 300	
59 400	55 700	

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Grund- (Stamm-) kapital am 31. 12. 1974 DM	Anteil des Freistaates Bayern (v. H.) DM	Jahresergebnis	
				Geschäfts- jahr	+ Gewinn - Verlust DM
8. Banken und Kreditinstitute					
81	Deutsche Siedlungs- und Landesrentenbank	110 500 000	500 000 (0,45)	1972 1973	1 200 000 3 000 000
82	Bayerische Landesbank Girozentrale	400 000 000	200 000 000 (50)	1972 1973	90 429 813 67 000 000
83	Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung	100 000 000	100 000 000 (100)	1972 1973	9 961 605 10 035 454
84	Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt am Main	1 000 000 000	34 000 000 (3,4)	1972 1973	42 863 111 39 403 702
85	Deutsche Genossenschaftskasse in Frankfurt am Main	232 685 000	500 000 (0,21)	1972 1973	71 312 995 18 476 156
86	Deutsche Pfandbriefanstalt in Wiesbaden	85 059 443	100 000 (0,12)	1972 1973	26 677 484 25 972 873
87	Süddeutsche Holzwirtschaftsbank AG in München	4 400 000	2 298 000 (52,23)	1972 1973	342 637 462 964
	Summe 8		337 398 000		
	ab: Kapitalertragsteuer u. Ergänzungsabgabe				
	bei Kap. 13 05 Tit. 121 35 veranschlagt				

Zufließender Gewinnanteil des Freistaates Bayern im Hj. 1975 DM	Zufließender Gewinnanteil des Freistaates Bayern im Hj. 1976 DM
---	---

Erläuterungen

—	—
20 000 000 (10)	20 000 000 (10)

Zu Nr. 81

Der Freistaat Bayern hat sich an der Anstalt des öffentlichen Rechts gemäß Beschluß der Anstaltsversammlung vom 2. Mai 1974 mit einer Einlage von 500 000 DM beteiligt. Weitere Gesellschafter sind der Bund (89,6 v.H.), Nordrhein-Westfalen (9,0 v.H.) und Berlin (0,9 v.H.).

7 500 000 (7,5)	7 500 000 (7,5)
--------------------	--------------------

Zu Nr. 82

Gemäß Art. 13 des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Landesbank Girozentrale ist der Gewinnanteil zweckgebunden für die staatswirtschaftlichen Aufgaben der Bank zu verwenden.

—	—
40 000 (8)	40 000 (8)

Zu Nr. 83

Die Gewinnausschüttungen sind zweckgebunden für Aufgaben der Anstalt zu verwenden (§ 19 Ziff. 3 des Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung i. d. F. vom 23. Juni 1970 — GVBl S. 279).

4 000 (4)	4 000 (4)
--------------	--------------

Zu Nr. 84

Die Beteiligung des Freistaates Bayern ist unverändert.

205 800 (8)	183 800 (8)
----------------	----------------

Zu Nr. 87

Der Freistaat Bayern hat von seiner Beteiligung 1,1 Mio DM (25 v.H.) mit Gewinnberechtigung ab 1. April 74 an die Bayerische Raiffeisenzentralbank AG verkauft.
Bilanzübersicht siehe Abschnitt B.

27 749 800	27 727 800
------------	------------

53 000	47 300
--------	--------

27 696 800	27 680 500
------------	------------

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Grund- (Stamm-) kapital am 31. 12. 1974 DM	Anteil des Freistaates Bayern (v. H.) DM	Jahresergebnis	
				Geschäfts- jahr	+ Gewinn - Verlust DM
9. Sonstige Gewerbeunternehmen					
91	Landesgewerbeanstalt Bayern in Nürnberg	384 082	1 680 (0,44)	1972 — 1973 —	2 112 313 2 290 433
92	Einkaufszentrale für öffentliche Büchereien GmbH in Reutlingen	4 000 000	160 000 (4)	1972 1973 —	536 761 173 880
93	Nürnberger Gobelin-Manufaktur GmbH in Nürnberg	185 000	61 250 (33,1)	1972 1973	1 137 522
94	Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH in Otto- brunn	62 836 000	4 901 200 (7,8)	1972 1973	— 7 320 434
95	Sudetenglashütten GmbH in Neugablonz bei Kaufbeuren	1 540 000	735 000 (47,7)	1972 1973	400 028 421 323
96	Wirtschaftsvereinigung Münchner Brauereien, München	21 000	3 000 (14,3)	—	—
97	Frankenhalle, Gesellschaft für landwirtschaftl. Ausstellungen mbH in Würzburg	80 000	10 000 (12,5)	1972 — 1973 —	2 859 2 038
98	Münchener Messe- und Ausstellungs-GmbH, München	500 000	150 000 (30)	1972 1973	1 702 927 —
99	Gesellschaft für Beseitigung von Sondermüll in Bayern mbH., München	1 000 000	400 000 (40)	1972 1973	175 061 25 889
Summe 9			6 422 130		
ab: Kapitalertragsteuer u. Ergänzungsabgabe					
bei Kap. 13 05 Tit. 121 36 veranschlagt					
10. Kur- und Bäderbetriebe					
101	Staatlich-Städtisches Kurmittel- und Bade- haus Bad Reichenhall oHG	1 085 539 (zum 31. 12. 1973)	631 151	1972 1973	82 624 6 944
11. Lotterieunternehmen					
111	Süddeutsche Klassenlotterie München	—	1)	1971/72 1972/73	3 511 826 4 682 167
Zugleich Summe 11 und bei Kap. 13 05 Tit. 121 38 veranschlagt.					
1) Anteil des Freistaates Bayern am Gewinn nach dem prozentualen Verkaufserlös					

Zufließender Gewinn- anteil des Freistaates Bayern im Hj. 1975 DM	Zufließender Gewinn- anteil des Freistaates Bayern im Hj. 1976 DM	Erläuterungen
—	—	Zu Nr. 91 Das ausgewiesene Grundkapital stellt den Wert der seinerzeit gezeichneten Anteilscheine dar.
11 200 (7)	11 200 (7)	Zu Nr. 92 An der Gesellschaft sind die Länder, 59 Städte, 3 Landkreise und 3 sonstige Körperschaften beteiligt. Das Stammkapital wurde 1974 aus Gesellschaftsmitteln auf 4 Mio DM erhöht.
—	—	Zu Nr. 93 Die Mehrheit der Anteile besitzt die Stadt Nürnberg.
—	—	Zu Nr. 94 Die Beteiligung wurde am 1. Februar 1973 erworben. Neben Bayern ist noch die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung mit 5,93 v.H. beteiligt. Der Rest ist im Besitz von Industrieunternehmen und Privatpersonen.
—	—	Zu Nr. 95 Die Beteiligung wurde zum Zwecke der Sanierung vom Freistaat Bayern und der Bayerischen Landesanstalt für Aufbaufinanzierung erworben.
—	—	Zu Nr. 96 Beteiligt ist das Staatliche Hofbräuhaus München.
—	—	Zu Nr. 98 Außer dem Freistaat Bayern sind die Landeshauptstadt München mit 60 v. H. und die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern sowie die Handelskammer für Oberbayern mit je 5 v. H. beteiligt.
11 200	11 200	Zu Nr. 99 An der 1970 gegründeten Gesellschaft sind noch die Industrie mit 30 v. H., der Landkreisverband, der Bayerische Gemeindegtag und der Bayerische Städteverband mit je 10 v. H. beteiligt.
2 900	2 900	Zu Nr. 101 Beteiligt ist das Staatsbad Bad Reichenhall; der Gewinn fließt dem Staatsbetrieb zu.
8 300	8 300	
—	—	
4 100 000	4 200 000	

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Grund- (Stamm-) kapital am 31. 12. 1974 DM	Anteil des Freistaates Bayern (v. H.) DM	Jahresergebnis	
				Geschäfts- jahr	+ Gewinn - Verlust DM
12. Sonstige Wirtschaftsunternehmen					
121	Siedlungswerk Nürnberg GmbH in Nürnberg	5 000 000	4 250 000 (85)	—	—
122	Bayerische Landessiedlung GmbH in München	1 700 000	900 000 (52,94)	1972 1973	1 044 839 2 031 615
123	Landeswohnungs- und Städtebaugesellschaft Bayern GmbH in München	19 000 000	10 829 300 (57,00)	1972 1973	1 367 109 1 153 361
124	Frei				
125	Institut für Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht GmbH in München	220 000	20 000 (9)	—	—
126	Institut für den wissenschaftlichen Film, gemeinnützige GmbH in Göttingen	100 000	10 000 (10)	—	—
127	Treuarbeit Aktiengesellschaft in Frankfurt am Main	7 800 000	600 000 (7,7)	1972 1973	2 800 000 3 021 628
128	AG für Wirtschaftsprüfung (Deutsche Bau-revision) in Düsseldorf	400 000	20 000 (5)	1972 1973	200 072 161 000
129	Olympia-Baugesellschaft mbH i. L. in München	21 000	7 000 (33 $\frac{1}{3}$)	1972 1973	— —
130	Berufsförderungswerk München GmbH	23 000 000	1 000 000 (4,3)	1972 1973	1 586 678 2 330 773
131	Bayerngrund Entwicklungs- und Grundstücks-beschaffungs-GmbH	60 000	15 000 (25)	1972 1973	— 6 360 14 258
132	Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittel-ständische Wirtschaft Bayern mbH	1 700 000	300 000 (19,4)	1972 1973	— 40 529 — 137 467
133	Reiterstadion München GmbH in München ..	100 000	100 000 (100)	1972 1973	— 78 545
Summe 12			18 051 300		
ab: Kapitalertragsteuer u. Ergänzungsabgabe bei Kap. 13 05 Tit. 121 39 veranschlagt					
13. Zusammenstellung der Unternehmen					
Summe 1			341 834 250		
Summe 2			12 000 000		
Summe 3			5 000		
Summe 4			2 396 800		
Summe 5			2 976 000		
Summe 6			31 200 000		
Summe 7			50 505 000		
Summe 8			337 398 000		
Summe 9			6 422 130		
Summe 10			631 151		
Summe 11			—		
Summe 12			18 051 300		
Summe 1—12			803 419 631		

Zufließender
Gewinn-
anteil des
Freistaates
Bayern
im Hj. 1975
DM

Zufließender
Gewinn-
anteil des
Freistaates
Bayern
im Hj. 1976
DM

Erläuterungen

170 000	170 000	
(4)	(4)	Zu Nr. 121
36 000	36 000	Auf Grund gesetzlicher Ermächtigung wurde das Siedlungswerk Nürnberg in 1973 in eine GmbH umgewandelt und am 20. Juni 1974 mit der „Neue Heimat“ Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH in Nürnberg fusioniert. Beteiligt ist noch die Stadt Nürnberg mit 750 000 DM (15 v.H.).
(4)	(4)	
433 172	433 172	Zu Nr. 123
(4)	(4)	Die bisherige Landeswohnungsfürsorge Bayern GmbH hat in 1974 ihre Firmenbezeichnung geändert. Im Jahre 1973 wurde das Stammkapital erhöht. Beteiligt sind wie bisher außer dem Freistaat Bayern (57,00 v. H.) die Bundesrepublik Deutschland (25,08 v. H.), die Bayerische Landesbank (16,42 v. H.) und 4 Bezirke (mit zusammen 1,50 v. H.).
—	—	Zu Nr. 129
—	—	Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland, die Landeshauptstadt München und der Freistaat Bayern zu je 33 $\frac{1}{3}$ v. H. Die Gesellschaft befindet sich seit 1. Januar 1974 in Liquidation.
108 000	108 000	Zu Nr. 130
(18)	(18)	Gesellschafter sind neben dem Freistaat Bayern seit 1971 die bayerischen Landesversicherungsanstalten, die Landesversicherungsanstalt Württemberg und die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.
5 000	5 000	Die Gesellschaft wurde 1968 gegründet.
(25)	(25)	Zu Nr. 131
—	—	Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde vom 30. Juni 1972 errichtet. Gesellschafter sind neben dem Freistaat Bayern die Bayerische Landesbank (50 v.H.) und die Bayerische Ärztesversorgung (25 v. H.).
—	—	Zu Nr. 132
—	—	Die Gesellschaft wurde mit notarieller Urkunde vom 23. März 1972 errichtet. Neben dem Freistaat Bayern sind noch verschiedene Großbanken, die Landesanstalt für Aufbaufinanzierung, die Industrie- und Handelskammer München, der Bayerische Handwerkstag sowie Industrie- und Wirtschaftsverbände beteiligt.
—	—	Gesellschaftszweck ist die Förderung der Beteiligungsfinanzierung bei kleinen und mittleren Unternehmen in Bayern.
752 172	752 172	Zu Nr. 133
184 372	184 372	Der volle Geschäftsanteil wurde von der Olympia-Baugesellschaft mbH mit Wirkung zum 31. Dezember 1973 unentgeltlich an den Freistaat Bayern abgetreten.
567 800	567 800	
13 515 600	15 323 300	
111 400	111 400	
—	—	
—	—	
—	—	
59 400	55 700	
27 696 800	27 680 500	
8 300	8 300	
—	—	
4 100 000	4 200 000	
567 800	567 800	
46 059 300	47 947 000	

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Jahr der Gründung (Beteiligung besteht seit)	Gesamtbetrag der Geschäfts- anteile	Geschäfts- anteile des Freistaates Bayern	Gesamthaf- summe	Haftsumme des Freistaates Bayern
			DM	DM	DM	DM

II. Landwirtschaftliche Genossenschaften

201	Genossenschaftskasse Feldkirchen bei München eGmbH	1915 (1941)	1 164 600	600	11 646 000	6 000
202	Milchwerk München Ost eGmbH, München	1937 (1937)	5 544 300	32 100	5 544 300	32 100
203	Milchverwertungsgenossenschaft Kolbermoor	1948 (1972)	3 370	50	14 080	200
204	Milchverwertungsgenossenschaft Miesbach eGmbH	1925 (1972)	1 829 400	150	1 829 400	150
205	Molkereigenossenschaft Garching eGmbH	1924 (1950)	703 040	160	703 040	160
206	Molkereigenossenschaft Fürstenfeldbruck eGmbH	1938 (1942)	79 200	6 000	79 200	6 000
207	Milcherzeugungsgemeinschaft Nordbayern eGmbH	1950 (1971)	2 151 180	450	2 151 180	450
208	Milchabsatzgenossenschaft Kirchseeon eGmbH	1920 (1953)	14 580	1 200	24 300	2 000
209	Molkereigenossenschaft Passau eGmbH	1939 (1959)	5 065 266	5 000	5 819 600	5 000
210	Molkereigenossenschaft Landsberg a. Lech eGmbH	1925 (1949)	374 580	7 090	624 300	13 700
211	Verband bayer. landwirtschaftlicher Brennereien München eGmbH	1946 (1946)	80 020	555	80 020	740
212	Molkereigenossenschaft Straubing eGmbH	1934 (1941)	2 257 255	2 560	2 854 000	3 200
213	Milchhof Bayreuth—Kemnath eGmbH	1942 (1942)	3 617 850	7 300	3 617 850	7 300
	zu übertragen			63 215		77 000

Lfd. Nr.	Name des Unternehmens	Jahr der Gründung (Beteiligung besteht seit)	Gesamtbetrag der Geschäftsanteile DM	Geschäftsanteile des Freistaates Bayern DM	Gesamthaftsumme DM	Haftsumme des Freistaates Bayern DM
	Übertrag			63 215		77 000
214	Rottaler Obst- und Fruchteverwertung, eGmbH, Rotthalmünster	1950 (1955)	862 000	750	1 724 000	1 500
215	Trocknungsgenossenschaft Achsel- schwung eGmbH	1973 (1973)	664 500	6 000	664 500	6 000
216	Neuburger Milchwerke eGmbH	1902 (1962)	216 350	2 800	432 700	5 600
217	Frei					
218	Molkereigenossenschaft Buchdorf eGmbH	1908 (1948)	182 900	100	274 800	150
219	Molkereizentrale Bayern eGmbH, Nürnberg	1930 (1959)	15 448 237	60 000	15 448 000	60 000
220	Niederbayerische Besamungsgenos- senschaft eGmbH, Landshut-Pocking	1951 (1966)	127 050	5	1 270 500	50
221	Gemüse-Erzeuger-Gemeinschaft Donaumoos	1969 (1970)	84 000	1 200	84 000	1 200
222	Trocknungsgenossenschaft Burgheim eGmbH, Burgheim, Kreis Neuburg a. d. Donau	1969 (1972)	472 000	2 800	472 000	2 800
223	Kartoffelflocken- und Stärkefabrik eGmbH, Schrobenhausen	1938 (1971)	301 800	500	1 207 200	2 000
	Zu Abschnitt II Anfallende Gewinnausschüttungen wer- den nicht im Epl. 13, sondern von den staatlichen Wirtschaftsbetrieben mit Bruttohaushalt, die die Geschäftsanteile erworben haben, vereinnahmt.					

III. Sonstige Genossenschaften

301	Beamtenwohnungsverein eGmbH in München	1921 (1921)	973 400	51 800	973 400	51 800
302	Münchner Hypothekenbank eGmbH in München	1896 (1953)	2 032 950	100	20 329 500	1 000
	Summe II und III			189 270		209 100
	Zu Abschnitt III Soweit aus den Geschäftsanteilen des Freistaates Bayern an den Genossen- schaften Gewinnausschüttungen erfol- gen, sind diese bei Kap. 13 05 Tit. 121 39 zu vereinnahmen.					

B. Bilanzen und Erfolgsrechnungen der wichtigsten Unternehmen des privaten Rechts

Zu lfd. Nr. 1

Bayernwerk AG (Bayerische Landeselektrizitätsversorgung)

Bilanz zum 30. 9. 1973			
Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM
Ausstehende Einlagen	—	Grundkapital	300 000
Anlagevermögen	2 010 918	Rücklagen	147 090
Umlaufvermögen ...	162 066	Wertberichtigungen	1 180 108
Rechnungs- abgrenzung	625	Heimfall- verpflichtung	4 141
		Rückstellungen	109 335
		Verbindlichkeiten ...	408 071
		Rechnungs- abgrenzung	1 339
		Bilanzgewinn	23 525
	<u>2 173 609</u>		<u>2 173 609</u>

Verlust- und Gewinnrechnung für die Zeit vom 1. 10. 1972 bis 30. 9. 1973	
	Tsd. DM
Gesamtleistung	758 040
Aufwendungen für Betriebsstoffe	483 813
Rohrertrag	274 227
Übrige Erträge	36 661
	310 888
Personalausgaben	102 281
Abschreibungen	85 693
Zinsen	16 562
Steuern	45 911
Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	213
Sonstige Aufwendungen und Verluste	21 890
Jahresüberschuß	38 338
Gewinnvortrag	1 003
	39 341
Einstellung in Rücklagen	15 816
Bilanzgewinn	<u>23 525</u>

Zu lfd. Nr. 2

Bayerische Wasserkraftwerke AG

Bilanz zum 31. 12. 1973			
Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM
Anlagevermögen ...	302 696	Grundkapital	30 000
Umlaufvermögen ...	6 457	Rücklagen	11 976
Rechnungs- abgrenzung	7	Wertberichtigungen	162 169
		Rückstellungen	24 728
		Verbindlichkeiten ...	75 634
		Rechnungs- abgrenzung	2 553
		Bilanzgewinn	2 100
	<u>309 160</u>		<u>309 160</u>

Verlust- und Gewinnrechnung 1973	
	Tsd. DM
Gesamtleistung	28 833
Aufwendungen für Betriebsstoffe	327
Rohrertrag	28 506
Übrige Erträge	985
	29 491
Personalausgaben	8 927
Abschreibungen	7 401
Zinsen	4 521
Steuern	2 525
Sonstige Aufwendungen und Verluste	3 784
Jahresüberschuß	2 333
Einstellung in Rücklagen	233
Bilanzgewinn	<u>2 100</u>

Zu lfd. Nr. 4

Rhein-Main-Donau AG

Bilanz zum 31. 12. 1973			
Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM
Anlagevermögen	452 081	Grundkapital	170 000
Umlaufvermögen ...	25 877	Rücklagen	15 472
Rechnungs- abgrenzung	149	Wertberichtigungen .	191 055
Die Großschiffahrt- straße betreffende Vermögenswerte ..	715 153	Heimfallrückstellung	21 623
		Rückstellungen	17 046
		Verbindlichkeiten ..	125 794
		Rechnungs- abgrenzung	17 701
		Die Großschiffahrt- straße betreffende Rückstellungen und Verbindlichkeiten	634 569
	<u>1 193 260</u>		<u>1 193 260</u>

Verlust- und Gewinnrechnung 1973	
	Tsd. DM
Gesamtleistung	103 598
Betriebskosten	38 795
Rohrertrag	64 803
Übrige Erträge	7 821
	72 624
Personalausgaben	18 567
Abschreibungen	9 189
Zinsen	644
Steuern	2 925
Verlustübernahme	3 124
Sonstige Aufwendungen und Verluste	7 348
Zum Bau von Schiffahrtsanlagen verwendeter Betrag	28 866
Sonstige Konzessionsleistungen für die Großschiffahrtsstraße	1 961
Bilanzgewinn	<u>—</u>

Zu lfd. Nr. 5

Österreichisch-Bayerische Kraftwerke AG

Bilanz zum 31. 12. 1973

Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM
Anlagevermögen	413 229	Grundkapital	80 000
Umlaufvermögen ...	4 892	Rücklage	2 609
Rechnungs- abgrenzung	4 166	Wertberichtigungen	135 102
		Rückstellungen	1 913
		Verbindlichkeiten ...	199 413
		Rechnungs- abgrenzung	50
		Gewinn	3 200
	<u>422 287</u>		<u>422 287</u>

Verlust- und Gewinnrechnung 1973

	Tsd. DM
Gesamtleistung	36 625
Aufwendungen für Betriebsstoffe	648
Rohertrag	35 977
Übrige Erträge	684
	<u>36 661</u>
Personalausgaben	6 384
Abschreibungen	10 777
Zinsen	12 260
Steuern	2 714
Sonstige Aufwendungen und Verluste	1 157
Jahresüberschuß	3 369
Einstellung in Rücklagen	169
Bilanzgewinn	<u>3 200</u>

Zu lfd. Nr. 23

Bayerische Ferngas GmbH — Bayerngas

Bilanz zum 31. 12. 1973

Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM
Anlagevermögen	101 497	Stammkapital	35 000
Umlaufvermögen ...	37 556	Rückstellungen	1 807
Rechnungs- abgrenzung	2 377	Verbindlichkeiten ...	120 797
Bilanzverlust	16 174		
	<u>157 604</u>		<u>157 604</u>

Verlust- und Gewinnrechnung 1973

	Tsd. DM
Gesamtleistung	46 017
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	58 034
Rohverlust	12 017
Sonstige Erträge	4 071
	<u>7 946</u>
Personalausgaben	665
Abschreibungen	2 368
Zinsen	3 212
Steuern	345
Sonstige Aufwendungen	763
Jahresfehlbetrag	<u>15 299</u>

Zu lfd. Nr. 41

Regentalbahn-AG

Bilanz zum 31. 12. 1973

Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM
Anlagevermögen	5 033	Grundkapital	796
Umlaufvermögen ...	2 097	Rücklagen	598
Rechnungs- abgrenzung	26	Rückstellungen	255
Verlust	808	Verbindlichkeiten ...	6 291
		Wertberichtigungen	17
		Rechnungs- abgrenzung	7
	<u>7 964</u>		<u>7 964</u>

Verlust- und Gewinnrechnung 1973

	Tsd. DM
Gesamtleistung	6 472
Aufwendungen für Betriebsstoffe	2 418
Rohertrag	4 054
Übrige Erträge	1 246
	<u>5 300</u>
Personalausgaben	4 516
Abschreibungen	533
Zinsen	272
Steuern	39
Sonstige Aufwendungen und Verluste	748
Jahresfehlbetrag	808
Verlustvortrag	506
	<u>1 314</u>
Entnahme aus Rücklagen	506
Bilanzverlust	<u>808</u>

Zu lfd. Nr. 42

Kahlgrund-Verkehrs-GmbH

Bilanz zum 31. 12. 1973				Verlust- und Gewinnrechnung 1973	
Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM		Tsd. DM
Anlagevermögen	1 035	Stammkapital	1 170	Gesamtleistung	2 766
Umlaufvermögen ...	699	Rücklagen	104	Aufwendungen für Betriebsstoffe	690
Rechnungs- abgrenzung	4	Rückstellungen	122	Rohertrag	2 076
Verlust mit Vortrag .	351	Verbindlichkeiten ...	692	Übrige Erträge	204
		Rechnungs- abgrenzung	1		2 280
				Personalausgaben	1 843
				Abschreibungen	237
				Zinsen	7
				Steuern	9
				Sonstige Aufwendungen und Verluste	348
				Bilanzverlust	164
	<u>2 089</u>		<u>2 089</u>		

Zu lfd. Nr. 51

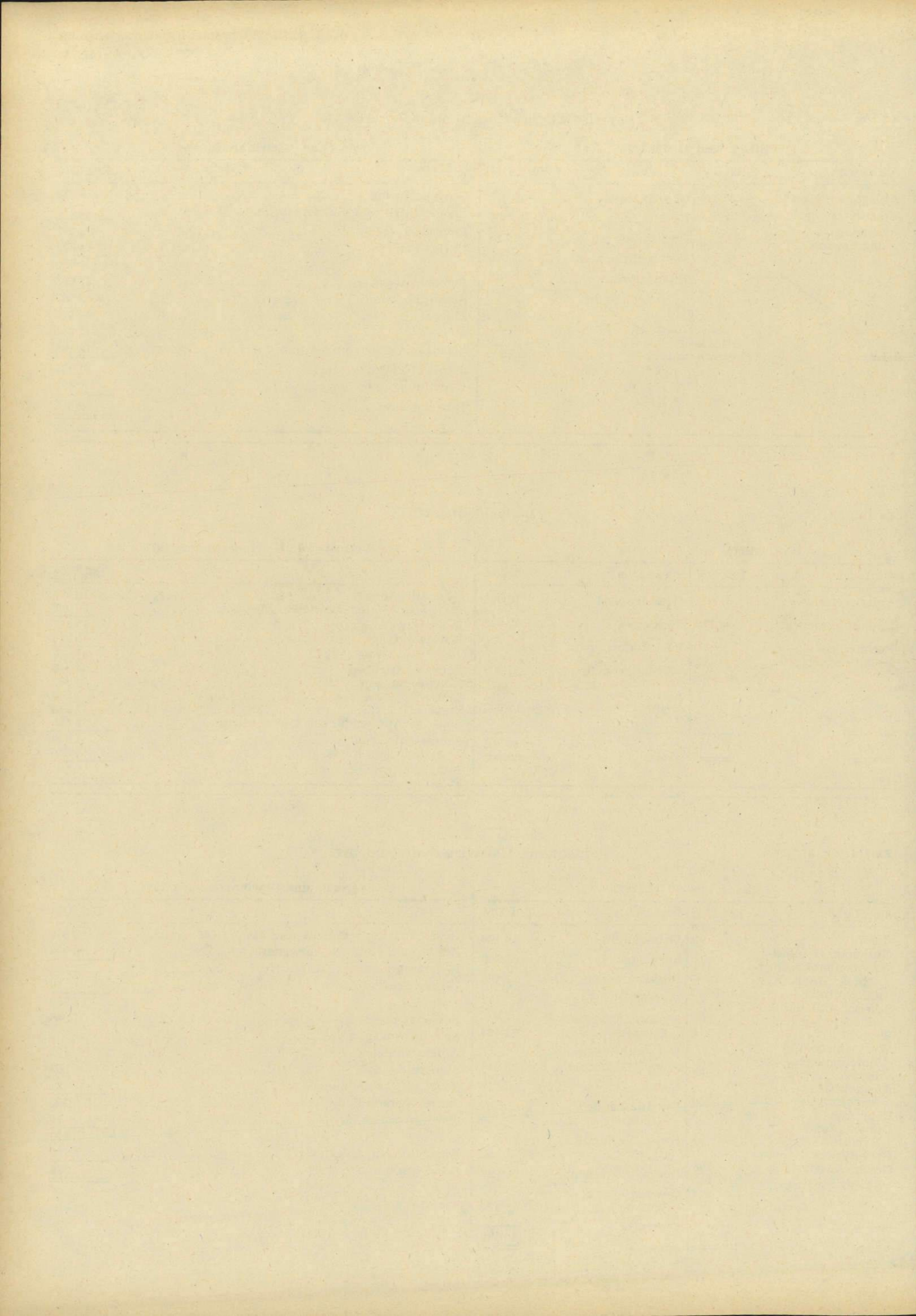
Bayerischer Lloyd Schiffahrts-AG

Bilanz zum 31. 12. 1973				Verlust- und Gewinnrechnung 1973	
Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM		Tsd. DM
Anlagevermögen	21 482	Grundkapital	5 690	Gesamtleistung	12 541
Umlaufvermögen ...	2 999	Rücklagen	569	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	3 224
Rechnungsabgren- zung	82	Rückstellungen	3 308	Rohertrag	9 317
Bilanzverlust	2 557	Verbindlichkeiten ...	17 549	Übrige Erträge	3 903
		Rechnungs- abgrenzung	4		13 220
				Personalausgaben	8 027
				Abschreibungen	3 019
				Zinsen	493
				Steuern	285
				Sonstige Aufwendungen	1 983
				Jahresfehlbetrag	587
				Verlustvortrag	1 970
				Bilanzverlust	2 557
	<u>27 120</u>		<u>27 120</u>		

Zu lfd. Nr. 61

Flughafen München GmbH

Bilanz zum 31. 12. 1973				Verlust- und Gewinnrechnung 1973	
Aktiva	Tsd. DM	Passiva	Tsd. DM		Tsd. DM
Anlagevermögen ...	197 681	Stammkapital	19 000	Gesamtleistung	72 982
Umlaufvermögen ...	23 205	Rücklagen	25 035	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	10 007
Rechnungs- abgrenzung	579	Wertberichtigung ...	2 563	Rohertrag	62 975
Bilanzverlust	3 634	Rückstellungen	27 281	Sonstige Erträge	5 339
		Verbindlichkeiten ...	150 452		68 314
		Rechnungs- abgrenzung	768	Personalausgaben	33 121
				Abschreibungen	15 790
				Zinsen	10 802
				Steuern	1 546
				Sonstige Aufwendungen und Verluste	10 283
				Jahresfehlbetrag	3 228
				Verlustvortrag	420
					3 648
				Entnahme aus Rücklagen	14
				Bilanzverlust	3 634
	<u>225 099</u>		<u>225 099</u>		



Ausweis
der Zinseinnahmen und Darlehensrückflüsse
für die **Aktivkapitalien** des
Freistaates Bayern
im
Haushaltsjahr 1975

(Zu Kapitel 13 06 Titel 153 01—162 61, 162 66 und 173 01—182 61
„Zinseinnahmen und Darlehensrückflüsse“)

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
Darlehensrückflüsse und Zinseinnahmen			
1. Gebietskörperschaften			
<i>Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände</i>			
	<u>153</u>		
101	173	01	121 für den Bau von Volksschulen
102		02	122 für den Bau von Sonderschulen
103		03	123 für den Bau von Realschulen
104		04	124 für den Bau von Gymnasien
105		04	124 für den Bau und zur Errichtung gemeindlicher Schülerheime
106		05	124 für den Bau von Berufsschulen
107		06	235 für Neu- und Erweiterungsbauten von Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege
108		06	235 für die Instandsetzung und Verbesserung von Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege
109		07	251 aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ¹⁾
110		08	312 für den Bau von Krankenhäusern
111		08	312 zur Förderung der Einrichtung von kommunalen Krankenhäusern
112		09	313 für den Bau von Anstalten für Nerven- und Geisteskranke
113		09	313 für die Förderung der Einrichtung von Anstalten für Nerven- und Geisteskranke
114		10	439 für den Bau von sonstigen lebenswichtigen kommunalen Einrichtungen
115		11	623 zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung von Wasservorkommen
116		12	692 aus Mitteln des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
117		12	692 für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungsfähigen Gebieten usw. ...
118		12	692 für besondere Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
119		12	692 aus dem Bayerischen Vorsorgeprogramm
120	frei		
121		13	724 für den Bau von Kreisstraßen und -brücken
122		14	725 für den Bau von Gemeindestraßen und -brücken
123		15	910 als Überbrückungsbeihilfen für vorübergehende Gewerbesteuerausfälle der Gemeinden
124		16	132 für Erschließungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau von Hochschulkliniken
125	frei		

Summe 1

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1975 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
1 853 900	153 200	73 900	
—	—	—	
85 100	7 100	3 400	
178 400	14 800	7 100	
—	—	—	
48 800	4 100	1 900	
10 916 300	119 400	109 900	
3 158 900	152 700	—	
2 924 000	917 800	122 400	1) Die Darlehen werden von den Landesarbeitsämtern verwaltet.
98 726 900	5 913 800	820 900	
28 408 200	1 779 500	62 200	
14 823 900	676 300	91 800	
1 175 900	72 500	—	
71 132 500	2 744 900	2 205 800	
703 800	153 400	9 300	
17 473 900	932 600	526 400	
7 009 700	559 200	152 400	
1 271 900	96 700	34 500	
2 798 800	240 800	61 800	
277 700	18 500	9 700	
162 300	12 300	6 500	
56 800	28 300	—	
7 898 800	48 300	51 700	
271 086 500	14 646 200	4 351 600	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
2. Kommunale Zweckverbände			
<i>Darlehen an Zweckverbände</i>			
	<u>157</u>		
201	<u>177</u>	01	121 für den Bau von Volksschulen
202		02	122 für den Bau von Sonderschulen
203		03	123 für den Bau von Realschulen
204		04	124 für den Bau von Gymnasien
205		04	124 für den Bau und zur Errichtung gemeindlicher Schülerheime
206		05	126 für den Bau von Berufsschulen
207		06	235 für Neu- und Erweiterungsbauten von Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege
208		06	235 für die Instandsetzung und Verbesserung von Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege
209		07	251 aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ¹⁾
210		08	312 für den Bau von Krankenhäusern
211		08	312 zur Förderung der Einrichtung von Krankenhäusern
212		09	313 für den Bau von Anstalten für Nerven- und Geisteskranke
213		09	313 für die Förderung der Einrichtung von Anstalten für Nerven- und Geisteskranke
214		10	439 für den Bau von sonstigen lebenswichtigen kommunalen Einrichtungen
215		11	623 zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung von Wasservorkommen
216		12	692 aus Mitteln des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
217		12	692 für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungsfähigen Gebieten usw. ..
218		12	692 für besondere Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung d. Wirtschaftsstruktur ²⁾
219	frei		
220	frei		
221		13	314 zur Bereinigung der Verhältnisse des Thermalbades Füssing
222	frei		
Summe 2			
3. Unternehmen im Sinne des Art. 26 Abs. 1 BayHO			
<i>Darlehen an</i>			
	<u>161</u>		
301	<u>181</u>	09	861 Staatsbad Bad Kissingen
302		09	861 Staatliche Kurverwaltung Bad Steben
303		09	861 Staatsbad Bad Reichenhall
304		09	861 Staatsbad Bad Brückenau
305		10	869 Staatliches Hofbräuhaus München
306		10	869 Staatsbrauerei Weißenstephan
307		10	869 Bayerischer Schulbuchverlag München
308		12	834 Landeshafenverwaltung ²⁾
309		09	861 Staatsbad Bad Bocklet ²⁾
Summe 3			

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1975 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
85 300	7 100	3 400	
—	—	—	
—	—	—	
9 700	800	400	
301 400	20 400	10 400	
3 900	300	200	
137 300	1 500	1 400	
126 900	6 300	—	
532 700	202 700	83 800	1) Die Darlehen werden von den Landesarbeitsämtern verwaltet.
10 666 800	651 700	22 300	
3 051 900	183 700	1 900	
—	—	—	
—	—	—	
666 500	25 400	20 100	
214 400	58 900	6 300	
987 400	42 300	30 900	
129 000	6 400	3 200	
●	—	—	2) Der Darlehensstand war bei der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt.
287 300	3 500	11 500	
17 200 500	1 211 000	195 800	
6 313 500	5 000	3 000	
4 959 500	28 400	30 000	
2 131 700	46 900	28 800	
6 911 800	44 700	42 800	
5 838 100	436 700	400 000	
2 163 600	317 200	146 200	
3 700 000	—	—	
●	—	—	
●	—	—	
32 018 200	878 900	650 800	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
4. Unternehmen in der Form juristischer Personen des öffentlichen Rechts, an deren Kapital oder Gewinn der Freistaat Bayern beteiligt ist (Art. 105 BayHO)			
<i>Darlehen an die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung</i>			
	<u>162</u>		
401	182	10	244
			zur Gewährung von Darlehen an rassistisch und politisch Verfolgte gemäß §§ 32 Abs. 3 und 33 des EG (3. DV-EG vom 23. August 1952 — GVBl S. 251)
402	frei		
403		47	643
			zur Refinanzierung eines Darlehens an die Messehallen-GmbH. Nürnberg
404		48	650
			zur Refinanzierung des Bayerischen Fremdenverkehrskreditprogramms
405		49	691
			zur Refinanzierung von Darlehen im Sinne des Vertrags vom 3./22. Juli 1959 ..
406	frei		
407		49	691
			zur Refinanzierung des Ankaufs von Ausgleichsforderungen
408		50	692
			zur Durchführung des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
409	frei		
410		50	692
			zur Durchführung des Programms für besondere Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
411		50	692
			zur Durchführung des Bayerischen Vorsorgeprogramms
412	frei		
413		50	692
			zur Vorfinanzierung von Maßnahmen im Aufgabengebiet der Anstalt
414	frei		
415		52	740
			zur Refinanzierung von Darlehen an die Deutsche Bundesbahn ¹⁾
416		51	730
			zur Refinanzierung von Darlehen zur Förderung des Rheinausbaues
417		50	692
			Globaldarlehen zur Refinanzierung von Maßnahmen im Aufgabengebiet der Anstalt (Konsolidierungsdarlehen)
<i>Zwischensumme Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung</i>			
<i>Darlehen an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt</i>			
	<u>162</u>		
441	182	06	152
			zum Bau von Studenten- und Jugendwohnheimen ²⁾
442		16	411
			zur Förderung des Wohnungsbaues innerhalb des Bayerischen Kohlenbergbaues 1953
443		16	411
			Staatsbedienstetendarlehen (Baudarlehen) ²⁾
444		16	411
			aus Landesmitteln zur Instandsetzung von Wohngebäuden ²⁾
445	frei		
446		16	411
			zur Finanzierung von sonstigen Maßnahmen im Aufgabengebiet der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt
			aus Bundeshaushaltsmitteln zur Instandsetzung von Wohngebäuden ²⁾
447		16	411
			planmäßig ³⁾
448		22	411
			außerplanmäßig ³⁾

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1975 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
50 700	15 000	2 000	
1 737 000	148 500	63 800	
4 400 000	110 000	276 000	
—	—	—	
7 558 200	187 900	259 000	
50 000	4 000	2 000	
160 000	—	6 400	
679 800	73 100	27 700	
50 000 000	—	4 000 000	
38 000 000	12 000 000	1 520 000	1) Die aufkommende Tilgung ist nicht bei Kap. 13 06 Tit. 182 52, sondern im Vorschußbuch nachzuweisen.
3 204 000	—	—	
5 865 400	—	—	
111 705 100	12 538 500	6 156 900	
79 032 000	140 000	2 000	2) Die Darlehen fallen unter den Treuhandvertrag vom 10. Februar 1964.
209 300	29 200	8 800	
397 069 000	5 600 000	250 000	
5 400 000	1 800 000	180 000	
110 000 000	—	10 000 000	
36 600 000	2 400 000	300 000	3) Durchlaufend, da die Mittel an den Bund weitergeleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 561 01, 581 01 und 581 02).
	400 000	—	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
	Noch 162		
449	182	23	411 aus Landesmitteln für den sozialen Wohnungsbau ¹⁾
450		24	411 gemäß § 19 Abs. 3 Zweites Wohnungsbaugesetz ³⁾
			411 gemäß §§ 69 und 71 Zweites Wohnungsbaugesetz ³⁾
451		25	411 aus Bundeshaushaltsmitteln für den sozialen Wohnungsbau ¹⁾
452		26	411 gemäß § 19 Abs. 3 Zweites Wohnungsbaugesetz ²⁾
			411 gemäß §§ 69 und 71 Zweites Wohnungsbaugesetz ⁴⁾
453		27	411 aus Lastenausgleichsmitteln für den sozialen Wohnungsbau ¹⁾
454		28	411 gemäß § 19 Abs. 3 Zweites Wohnungsbaugesetz ⁵⁾
			411 gemäß §§ 69 und 71 Zweites Wohnungsbaugesetz ⁵⁾
455		34	523 Treuhanddarlehen zum Erwerb von Hofstellen und Aufstockungsland in Flur- bereinigungsverfahren
456		35	526 Kleindarlehen für Rationalisierungsmaßnahmen in landwirtschaftlichen Förderungsgebieten
457		36	529 für den Wiederaufbau kriegszerstörter landw. Anwesen
458		50	692 im Rahmen des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
459		50	692 für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungsfähigen Gebieten
460		50	692 zur Durchführung des Programms für besondere Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
461	frei		
462	frei		
463		40	623 zur Finanzierung und Refinanzierung von Krediten für Wasserversorgungs- anlagen usw.
464		16	411 aus Bundeshaushaltsmitteln für junge Ehepaare und Maßnahmen im Rahmen der Aktion „Besser und schöner wohnen“ ¹⁾
			<i>Zwischensumme Bayerische Landesbodenkreditanstalt</i>
491		01	023 Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt/M. für die Beteiligung des Freistaates Bayern an der Entwicklungshilfe
492	161 181	13	635 Darlehen an die Landesgewerbeanstalt Bayern in Nürnberg
			Summe 4
			5. Unternehmen des privaten Rechts, an deren Kapital oder Gewinn der Freistaat Bayern beteiligt ist (Art. 65 BayHO)
			<i>Darlehen an</i>
501	frei		
502	frei		
503	161	03	522 die Bayerische Landessiedlung (Eigen- und Auftragsgeschäft) ⁶⁾
504	181	04	622 die Rhein-Main-Donau-AG für den Ausbau der Kraftwerke Feldheim (Lech) und Knetzgau (Main)
505		05	851 die Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke AG in München

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1975 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
2 147 580 000	25 494 000	12 335 000	1) Die Darlehen fallen unter den Treuhandvertrag vom 10. Februar 1964. 2) Durchlaufend, da die Mittel an den Bund weitergeleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 561 01, 581 01 und 581 02).
	7 135 000	—	
1 598 400 000	17 646 000	8 501 000	3) Durchlaufend, da die Mittel nach dem Rückflußbindungsgesetz bei Kap. 03 63 Tit. 863 12 veranschlagt werden müssen. 4) Durchlaufend, da die Mittel nach dem Rückflußbindungsgesetz bei Kap. 03 63 Tit. 863 13 veranschlagt werden müssen.
	4 000 000	—	
524 904 000	7 398 000	3 564 000	5) Durchlaufend, da die Mittel an den Lastenausgleich weitergeleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 584 01 und 584 02).
	2 000 000	—	
705 300	9 500	2 100	
1 215 200	34 100	8 100	
1 816 500	78 300	43 000	
9 047 800	828 000	276 300	
2 280 800	187 700	56 300	
1 916 600	126 000	27 300	
4 000 000	800 000	224 000	
300 000	200 000	2 000	
4 920 476 500	76 305 800	35 779 900	
5 941 800	2 970 900	178 300	
5 034 700	284 300	—	
5 043 158 100	92 099 500	42 115 100	
—	—	—	6) Die Verwaltung dieser Darlehen ist von der Bayerischen Landes- siedlung auf die Bayerische Staatsschuldenverwaltung überge- gangen.
13 035 200	268 800	706 200	
14 412 000	500 000	720 600	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
	Noch $\frac{161}{181}$		
506	06	643	die Münchener Messe- und Ausstellungs-GmbH.
507	07	731	die Rhein-Main-Donau AG für den Bau der Großschiffahrtsstraße (einschließlich umgestellter RM-Darlehen)
508	07	731	die Bayerische Lloyd-Schiffahrts-AG in Regensburg
509	08	835	die Flughafen-München GmbH, München
510	08	835	die Flughafen-Nürnberg GmbH, Nürnberg
511	frei		
512	frei		
513	frei		
514	$\frac{162}{182}$	44	634 die Luitpoldhütte AG, Amberg
515	$\frac{161}{181}$	11	853 die Bayerische Vereinsbank AG, München (vorm. Bayerische Staatsbank)
			Summe 5
			6. Sonstige
	$\frac{162}{182}$		Darlehen zum Bau und zur Einrichtung privater Schulen und privater Schüler- heime:
601	02	121	Volksschulen
602	03	122	Sonderschulen
603	04	123	Realschulen
604	05	124	Gymnasien
605	06	152	Darlehen für Studierende
			Darlehen für die Durchführung berufsfördernder Maßnahmen:
606	07	155	zins- und tilgungsfreie Darlehen
607	07	155	rückzahlbare Darlehen
608	08	190	Darlehen an die Oberdeutsche Provinz SJ
			Darlehen für die Einrichtung, Instandhaltung und Verbesserung von Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege und an sonstige Wohlfahrts- pflegeeinrichtungen:
609	09	235	für Neu- und Erweiterungsbauten
610	09	235	für die Instandsetzung und Verbesserung
611	11	246	Eingliederungsdarlehen nach dem Flüchtlingshilfegesetz (Landesanteil)
612	12	249	Darlehen zur Durchführung des § 28 des Kriegsgefangenen-Entschädigungs- gesetzes
613	13	251	Darlehen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ¹⁾
614	14	312	Darlehen für den Bau freigemeinnütziger und privater Krankenanstalten
615	14	312	Darlehen zur Förderung der Einrichtung von freigemeinnützigen und privaten Krankenanstalten

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1975 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
10 325 600	—	—	
232 928 700	—	—	
3 400 000	—	—	
33 239 000	15 500 000	1 070 200	
5 122 300	—	—	
59 200	59 200	1 700	
42 000 000	6 000 000	3 360 000	
354 522 000	22 328 000	5 858 700	
72 100	6 000	2 400	
938 500	59 400	28 400	
2 961 600	169 300	98 900	
12 113 500	636 300	378 900	
8 765 300	600 300	2 000	
—	—	—	
2 878 900	175 200	72 300	
1 237 500	112 500	37 100	
62 858 700	737 100	579 400	
12 352 400	637 200	—	
300 000	15 000	4 000	
4 500 000	450 000	8 000	
1 422 400	471 700	43 700	
33 337 600	2 050 100	157 700	
5 282 600	332 500	14 200	

¹⁾ Die Darlehen werden von den Landesarbeitsämtern verwaltet.

Nr.	Titel	Funktion	Bezeichnung der Darlehen	
616	<u>162</u> 182	15	324	Darlehen an das Organisationskomitee für die Spiele der XX. Olympiade München 1972 e. V.
617		16	411	Darlehen für Wohnungsbauten Landeswohnungsfürsorgefonds (¹ / ₁₀ aus RM)
618		16	411	Wohnungsbaudarlehen
619		16	411	Darlehen zur Gewährung erststelliger Hypotheken für den Wohnungsbau aus Soforthilfemitteln ¹⁾
620		16	411	Darlehen für außerordentliche Wohnungsnotstände
621		33	522	Darlehen zur Durchführung der ländlichen Siedlung aus Landesmitteln
622		33	522	aus Lastenausgleichsmitteln ²⁾
623		33	522	Darlehen zur Absiedlung von ehem. Wehrmachtsland für Zwecke der alliierten Streitkräfte ³⁾
625		33	522	für Zwecke der Bundeswehr ³⁾
627		33	522	Darlehen an die Deutsche Bauernsiedlung GmbH, Zweigstelle Nürnberg, zur Durchführung der ländlichen Neusiedlung ⁴⁾
628		37	532	Darlehen zur Refinanzierung von Krediten an Unwettergeschädigte
629		37	532	Darlehen zur Behebung von Notständen in der Landwirtschaft
630		37	532	Darlehen für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe in den Randgebieten des Truppenübungsplatzes Hohenfels
631		39	622	Darlehen an die Ferngas Nordbayern GmbH in Bamberg
632		40	623	Darlehen zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung von Wasservorkommen
633		40	623	Darlehen an die Bayerische Landesbank zur Finanzierung und Refinanzierung von Krediten für Wasserversorgungsanlagen usw.
634		43	632	Darlehen zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung bergbaulicher Minerallagerstätten
635	frei			
636		50	692	Darlehen aus Mitteln des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
637	frei			
638		50	692	Darlehen aus dem II. bzw. Sonderprogramm zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande
639		50	692	Darlehen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungsfähigen Gebieten
640	frei			
641		52	740	Darlehen an nichtbundeseigene Eisenbahnen
642	frei			
643	<u>162</u> 182	38	529	Darlehen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
699		61	960	Diverse Haushaltsdarlehen

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1975 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
23 419 900	—	—	
1 300	1 300	—	
2 748 200	59 000	46 200	
670 600	—	—	
1 125 500	43 700	10 900	¹⁾ Tilgung und Zins aus den Darlehen werden von den vier betei- ligten Bankinstituten unmittelbar an die Deutsche Pfandbrief- anstalt Wiesbaden, der ursprünglichen Darlehensgeberin, ab- geführt.
162 100 000	6 420 000	915 000	
11 317 000	1 400 000	10 000	²⁾ Durchlaufend, da die Mittel an den Lastenausgleich weiter- geleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 584 01).
466 000	19 000	9 000	³⁾ Durchlaufend soweit die Darlehen aus Bundesmitteln stammen, da die Mittel an den Bund weitergeleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 561 01 und 581 01).
3 040 000	110 000	4 000	
—	—	—	⁴⁾ Die Verwaltung dieser Darlehen ist auf die Bayerische Staats- schuldenverwaltung übergegangen.
542 100	63 300	23 100	
7 000	1 400	—	
4 900	2 200	100	
—	—	—	
—	—	—	
5 350 000	1 070 000	374 500	
1 761 700	21 000	1 500	
5 333 100	306 500	188 000	
713 700	13 300	6 900	
286 900	8 800	8 600	
2 095 300	136 400	36 600	
71 960 000	301 000	965 000	
2 080 600	53 900	49 800	
444 044 900	16 483 400	4 076 200	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen	
			7. Zusammenstellung	
			Summe 1	
			Summe 2	
			Summe 3	
			Summe 4	
			Summe 5	
			Summe 6	
			nachrichtlich: Kontostand des Einmalbetrages der 5jährigen Aufwendungszuschüsse	Gesamtsumme
8. Nachrichtlich Wertpapierbestand			Voraussichtlicher Wertpapierbestand am 1. 1. 1975 DM	Voraussichtliche Zinsvergütungen DM
Wertpapierbestand des Freistaates Bayern			rd. 123 000 000	7 900 000 ¹⁾

¹⁾ Als Haushaltseinnahme bei Kap. 13 06 Tit. 162 66 veranschlagt.
Siehe auch Erläuterung zu Kap. 13 06 Tit. 162 66.

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1975 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
271 086 500	14 646 200	4 351 600	
17 200 500	1 211 000	195 800	
32 018 200	878 900	650 800	
5 043 158 100	92 099 500	42 115 100	
354 522 000	22 328 000	5 858 700	
444 044 900	16 483 400	4 076 200	
6 162 030 200 15 000 000	147 647 000	57 248 200	

Ausweis
der Zinseinnahmen und Darlehensrückflüsse
für die **Aktivkapitalien** des
Freistaates Bayern
im
Haushaltsjahr 1976

(Zu Kapitel 13 06 Titel 153 01—162 61, 162 66 und 173 01—182 61
„Zinseinnahmen und Darlehensrückflüsse“)

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
Darlehensrückflüsse und Zinseinnahmen			
1. Gebietskörperschaften			
<i>Darlehen an Gemeinden und Gemeindeverbände</i>			
	<u>153</u> 173		
101	01	121	für den Bau von Volksschulen
102	02	122	für den Bau von Sonderschulen
103	03	123	für den Bau von Realschulen
104	04	124	für den Bau von Gymnasien
105	04	124	für den Bau und zur Errichtung gemeindlicher Schülerheime
106	05	124	für den Bau von Berufsschulen
107	06	235	für Neu- und Erweiterungsbauten von Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege
108	06	235	für die Instandsetzung und Verbesserung von Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege
109	07	251	aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ¹⁾
110	08	312	für den Bau von Krankenhäusern
111	08	312	zur Förderung der Einrichtung von kommunalen Krankenhäusern
112	09	313	für den Bau von Anstalten für Nerven- und Geisteskranke
113	09	313	für die Förderung der Einrichtung von Anstalten für Nerven- und Geisteskranke
114	10	439	für den Bau von sonstigen lebenswichtigen kommunalen Einrichtungen
115	11	623	zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung von Wasservorkommen
116	12	692	aus Mitteln des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
117	12	692	für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungsfähigen Gebieten usw. ...
118	12	692	für besondere Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
119	12	692	aus dem Bayerischen Vorsorgeprogramm
120	frei		
121	13	724	für den Bau von Kreisstraßen und -brücken
122	14	725	für den Bau von Gemeindestraßen und -brücken
123	15	910	als Überbrückungsbeihilfen für vorübergehende Gewerbesteuerausfälle der Gemeinden
124	16	132	für Erschließungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Bau von Hochschulkliniken
125	frei		

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1976 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
1 700 700	159 300	68 000	
—	—	—	
78 000	7 400	3 100	
163 600	15 400	6 500	
1 500 000	45 000	45 000	
44 700	4 200	1 800	
15 796 000	170 600	158 700	
5 306 200	244 700	—	
2 006 000	832 100	102 700	1) Die Darlehen werden von den Landesarbeitsämtern verwaltet.
92 813 100	5 956 500	778 200	
26 628 700	1 783 100	58 600	
14 147 600	681 000	87 100	
1 103 500	72 500	—	
95 387 600	3 629 300	2 924 600	
675 400	82 300	5 500	
16 541 300	959 700	499 300	
6 450 500	569 400	142 200	
1 175 200	99 500	31 700	
2 558 100	246 400	56 200	
258 800	19 200	9 100	
150 000	12 800	6 000	
28 500	300	—	
7 850 500	48 300	51 700	
292 364 000	15 639 000	5 036 000	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
2. Kommunale Zweckverbände			
<i>Darlehen an Zweckverbände</i>			
	<u>157</u>		
201	<u>177</u>	01	121 für den Bau von Volksschulen
202		02	122 für den Bau von Sonderschulen
203		03	123 für den Bau von Realschulen
204		04	124 für den Bau von Gymnasien
205		04	124 für den Bau und zur Errichtung gemeindlicher Schülerheime
206		05	126 für den Bau von Berufsschulen
207		06	235 für Neu- und Erweiterungsbauten von Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege
208		06	235 für die Instandsetzung und Verbesserung von Anstalten und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege
209		07	251 aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ¹⁾
210		08	312 für den Bau von Krankenhäusern
211		08	312 zur Förderung der Einrichtung von Krankenhäusern
212		09	313 für den Bau von Anstalten für Nerven- und Geisteskranke
213		09	313 für die Förderung der Einrichtung von Anstalten für Nerven- und Geisteskranke
214		10	439 für den Bau von sonstigen lebenswichtigen kommunalen Einrichtungen
215		11	623 zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung von Wasservorkommen
216		12	692 aus Mitteln des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
217		12	692 für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungsfähigen Gebieten usw. ...
218		12	692 für besondere Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung d. Wirtschaftsstruktur ²⁾
219	frei		
220	frei		
221		13	314 zur Bereinigung der Verhältnisse des Thermalbades Füssing
222	frei		
Summe 2			
3. Unternehmen im Sinne des Art. 26 Abs. 1 BayHO			
<i>Darlehen an</i>			
	<u>161</u>		
301	<u>181</u>	09	861 Staatsbad Bad Kissingen
302		09	861 Staatliche Kurverwaltung Bad Steben
303		09	861 Staatsbad Bad Reichenhall
304		09	861 Staatsbad Bad Brückenau
305		10	869 Staatliches Hofbräuhaus München
306		10	869 Staatsbrauerei Weißenstephan
307		10	869 Bayerischer Schulbuchverlag München
308		12	834 Landeshafenverwaltung ²⁾
309		09	861 Staatsbad Bad Bocklet ²⁾
Summe 3			

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1976 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
78 200	7 300	3 200	
—	—	—	
—	—	—	
8 900	900	300	
281 900	21 100	9 700	
3 600	300	200	
135 700	1 600	1 400	
120 600	6 300	—	
329 900	193 100	39 600	1) Die Darlehen werden von den Landesarbeitsämtern verwaltet.
10 015 100	652 800	21 200	
2 868 200	183 800	1 800	
—	—	—	
—	—	—	
641 000	26 200	19 300	
155 500	58 500	5 000	
946 100	43 700	29 600	
122 600	6 600	3 000	
●	—	—	2) Der Darlehensstand war bei der Haushaltsaufstellung noch nicht bekannt.
283 800	3 700	11 300	
15 991 100	1 205 900	145 600	
8 308 600	5 200	2 600	
6 931 200	30 100	28 400	
3 084 800	49 900	25 800	
7 867 000	47 900	39 600	
5 621 400	443 300	368 400	
1 846 400	261 900	123 800	
3 700 000	—	—	
●	—	—	
●	—	—	
37 359 400	838 300	588 600	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
4. Unternehmen in der Form juristischer Personen des öffentlichen Rechts, an deren Kapital oder Gewinn der Freistaat Bayern beteiligt ist (Art. 105 BayHO)			
<i>Darlehen an die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung</i>			
	<u>162</u>		
401	182	10	244
			zur Gewährung von Darlehen an rassisch und politisch Verfolgte gemäß §§ 32 Abs. 3 und 33 des EG (3. DV-EG vom 23. August 1952 — GVBl S. 251)
402	frei		
403		47	643
			zur Refinanzierung eines Darlehens an die Messehallen-GmbH. Nürnberg
404		48	650
			zur Refinanzierung des Bayerischen Fremdenverkehrskreditprogramms
405		49	691
			zur Refinanzierung von Darlehen im Sinne des Vertrags vom 3./22. Juli 1959 ..
406	frei		
407		49	691
			zur Refinanzierung des Ankaufs von Ausgleichsforderungen
408		50	692
			zur Durchführung des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
409	frei		
410		50	692
			zur Durchführung des Programms für besondere Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
411		50	692
			zur Durchführung des Bayerischen Vorsorgeprogramms
412	frei		
413		50	692
			zur Vorfinanzierung von Maßnahmen im Aufgabengebiet der Anstalt
414	frei		
415		52	740
			zur Refinanzierung von Darlehen an die Deutsche Bundesbahn ¹⁾
416		51	730
			zur Refinanzierung von Darlehen zur Förderung des Rheinausbaues
417		50	692
			Globaldarlehen zur Refinanzierung von Maßnahmen im Aufgabengebiet der Anstalt (Konsolidierungsdarlehen)
<i>Zwischensumme Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung</i>			
<i>Darlehen an die Bayerische Landesbodenkreditanstalt</i>			
	<u>162</u>		
441	182	06	152
			zum Bau von Studenten- und Jugendwohnheimen ²⁾
442		16	411
			zur Förderung des Wohnungsbaues innerhalb des Bayerischen Kohlenbergbaues 1953
443		16	411
			Staatsbedienstetendarlehen (Baudarlehen) ²⁾
444		16	411
			aus Landesmitteln zur Instandsetzung von Wohngebäuden ²⁾
445	frei		
446		16	411
			zur Finanzierung von sonstigen Maßnahmen im Aufgabengebiet der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt
			aus Bundeshaushaltsmitteln zur Instandsetzung von Wohngebäuden ²⁾
447		16	411
			planmäßig ³⁾
448		22	411
			außerplanmäßig ³⁾

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1976 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
35 000	10 000	1 500	
1 588 500	155 200	58 100	
6 790 000	110 000	280 200	
—	—	—	
7 370 300	193 400	253 500	
46 000	4 200	1 800	
2 160 000	—	86 400	
606 700	73 500	24 600	
50 000 000	—	4 000 000	
26 000 000	11 000 000	1 040 000	1) Die aufkommende Tilgung ist nicht bei Kap. 13 06 Tit. 182 52, sondern im Vorschufbuch nachzuweisen.
3 700 000	—	—	
5 865 400	500 000	—	
104 161 900	12 046 300	5 746 100	
97 392 000	140 000	2 000	2) Die Darlehen fallen unter den Treuhandvertrag vom 10. Februar 1964.
180 100	30 700	7 300	
430 769 000	6 000 000	250 000	
18 400 000	1 800 000	100 000	
110 000 000	—	10 000 000	
49 100 000	2 300 000	300 000	3) Durchlaufend, da die Mittel an den Bund weitergeleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 561 01, 581 01 und 581 02).
	400 000	—	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
	Noch 162		aus Landesmitteln für den sozialen Wohnungsbau ¹⁾
449	182	23 411	gemäß § 19 Abs. 3 Zweites Wohnungsbaugesetz ³⁾
450		24 411	gemäß §§ 69 und 71 Zweites Wohnungsbaugesetz ³⁾
			aus Bundeshaushaltsmitteln für den sozialen Wohnungsbau ¹⁾
451		25 411	gemäß § 19 Abs. 3 Zweites Wohnungsbaugesetz ²⁾
452		26 411	gemäß §§ 69 und 71 Zweites Wohnungsbaugesetz ⁴⁾
			aus Lastenausgleichsmitteln für den sozialen Wohnungsbau ¹⁾
453		27 411	gemäß § 19 Abs. 3 Zweites Wohnungsbaugesetz ⁵⁾
454		28 411	gemäß §§ 69 und 71 Zweites Wohnungsbaugesetz ⁵⁾
455		34 523	Treuhanddarlehen zum Erwerb von Hofstellen und Aufstockungsland in Flur- bereinigungsverfahren
456		35 526	Kleindarlehen für Rationalisierungsmaßnahmen in landwirtschaftlichen Förderungsgebieten
457		36 529	für den Wiederaufbau kriegszerstörter landw. Anwesen
458		50 692	im Rahmen des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
459		50 692	für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungsfähigen Gebieten
460		50 692	zur Durchführung des Programms für besondere Schwerpunktmaßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur
461	frei		
462	frei		
463		40 623	zur Finanzierung und Refinanzierung von Krediten für Wasserversorgungs- anlagen usw.
464		16 411	aus Bundeshaushaltsmitteln für junge Ehepaare und Maßnahmen im Rahmen der Aktion „Besser und schöner wohnen“ ¹⁾
			<i>Zwischensumme Bayerische Landesbodenkreditanstalt</i>
491		01 023	Darlehen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau in Frankfurt/M. für die Beteiligung des Freistaates Bayern an der Entwicklungshilfe
492	161 181	13 635	Darlehen an die Landesgewerbeanstalt Bayern in Nürnberg
			Summe 4
			5. Unternehmen des privaten Rechts, an deren Kapital oder Gewinn der Freistaat Bayern beteiligt ist (Art. 65 BayHO)
			<i>Darlehen an</i>
501	frei		
502	frei		
503	161 181	03 522	die Bayerische Landessiedlung (Eigen- und Auftragsgeschäft) ⁶⁾
504		04 622	die Rhein-Main-Donau AG für den Ausbau der Kraftwerke Feldheim (Lech) und Knetzgau (Main)
505		05 851	die Bayerische Berg-, Hütten- und Salzwerke AG in München

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1976 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
2 210 000 000			1) Die Darlehen fallen unter den Treuhandvertrag vom 10. Februar 1964.
	35 005 000	16 109 000	2) Durchlaufend, da die Mittel an den Bund weitergeleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 561 01, 581 01 und 581 02).
	8 886 000	—	3) Durchlaufend, da die Mittel nach dem Rückflußbindungsgesetz bei Kap. 03 63 Tit. 863 12 veranschlagt werden müssen.
1 692 400 000			
	18 161 000	8 308 000	4) Durchlaufend, da die Mittel nach dem Rückflußbindungsgesetz bei Kap. 03 63 Tit. 863 13 veranschlagt werden müssen.
	6 000 000	—	5) Durchlaufend, da die Mittel an den Lastenausgleich weitergeleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 584 01 und 584 02).
517 500 000			
	7 614 000	3 483 000	
	1 900 000	—	
695 800	137 900	2 200	
1 181 100	34 600	7 900	
1 738 200	77 700	41 000	
8 219 800	857 900	248 100	
2 093 100	191 700	51 600	
1 790 600	128 600	25 400	
3 200 000	800 000	168 000	
100 000	100 000	1 000	
5 144 759 700	90 565 100	39 104 500	
2 970 900	2 970 900	89 100	
7 451 400	649 700	—	
5 259 343 900	106 232 000	44 939 700	
—	—	—	6) Die Verwaltung dieser Darlehen ist von der Bayerischen Landes- siedlung auf die Bayerische Staatsschuldenverwaltung überge- gangen.
12 773 600	283 800	691 200	
13 912 000	500 000	720 600	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen	
506	Noch $\frac{161}{181}$	06	643	die Münchner Messe- und Ausstellungs-GmbH
507		07	731	die Rhein-Main-Donau AG für den Bau der Großschiffahrtsstraße
508		07	731	(einschließlich umgestellter RM-Darlehen)
509		08	835	die Bayerische Lloyd-Schiffahrts-AG in Regensburg
510		08	835	die Flughafen-München GmbH, München
511		frei		
512		frei		
513		frei		
514	$\frac{162}{182}$	44	634	die Luitpoldhütte AG, Amberg
515	$\frac{161}{181}$	11	853	die Bayerische Vereinsbank AG, München (vorm. Bayerische Staatsbank)
Summe 5				
6. Sonstige				
Darlehen zum Bau und zur Einrichtung privater Schulen und privater Schüler- heime:				
601	$\frac{162}{182}$	02	121	Volksschulen
602		03	122	Sonderschulen
603		04	123	Realschulen
604		05	124	Gymnasien
605		06	152	Darlehen für Studierende
Darlehen für die Durchführung berufsfördernder Maßnahmen:				
606		07	155	zins- und tilgungsfreie Darlehen
607		07	155	rückzahlbare Darlehen
608		08	190	Darlehen an die Oberdeutsche Provinz SJ
Darlehen für die Einrichtung, Instandhaltung und Verbesserung von Anstalten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege und an sonstige Wohlfahrts- pflegeeinrichtungen:				
609		09	235	für Neu- und Erweiterungsbauten
610		09	235	für die Instandsetzung und Verbesserung
611		11	246	Eingliederungsdarlehen nach dem Flüchtlingshilfegesetz (Landesanteil)
612		12	249	Darlehen zur Durchführung des § 28 des Kriegsgefangenen-Entschädigungs- gesetzes
613		13	251	Darlehen aus Mitteln der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge ¹⁾
614		14	312	Darlehen für den Bau freigemeinnütziger und privater Krankenanstalten
615		14	312	Darlehen zur Förderung der Einrichtung von freigemeinnützigen und privaten Krankenanstalten

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1976 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
11 725 600	—	—	
261 928 700	—	—	
6 400 000	—	—	
23 739 000	—	56 800	
8 622 300	—	—	
—	—	—	
36 000 000	6 000 000	2 880 000	
375 101 200	6 783 800	4 348 600	
66 100	6 200	2 200	
880 000	61 200	26 600	
2 791 000	174 200	93 400	
11 476 000	656 200	359 000	
8 165 000	600 000	2 000	
200 000	—	—	
9 796 000	246 900	114 400	
1 125 000	112 500	30 400	
63 521 600	756 400	588 100	
21 715 200	1 037 200	—	
380 000	15 000	4 000	
4 100 000	440 000	6 200	
950 200	272 800	25 300	
31 287 500	2 057 400	150 400	
4 950 100	332 500	13 600	

¹⁾ Die Darlehen werden von den Landesarbeitsämtern verwaltet.

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen	
616	<u>162</u> 182	15	324	Darlehen an das Organisationskomitee für die Spiele der XX. Olympiade München 1972 e. V.
617		16	411	Darlehen für Wohnungsbauten Landeswohnungsfürsorgefonds (¹ / ₁₀ aus RM)
618		16	411	Wohnungsbaudarlehen
619		16	411	Darlehen zur Gewährung erststelliger Hypotheken für den Wohnungsbau aus Soforthilfemitteln ¹⁾
620		16	411	Darlehen für außerordentliche Wohnungsnotstände Darlehen zur Durchführung der ländlichen Siedlung
621		33	522	aus Landesmitteln
622		33	522	aus Lastenausgleichsmitteln ²⁾
623		33	522	Darlehen zur Absiedlung von ehem. Wehrmachtsland für Zwecke der alliierten Streitkräfte ³⁾
625		33	522	für Zwecke der Bundeswehr ³⁾
627		33	522	Darlehen an die Deutsche Bauernsiedlung GmbH, Zweigstelle Nürnberg, zur Durchführung der ländlichen Neusiedlung ⁴⁾
628		37	532	Darlehen zur Refinanzierung von Krediten an Unwettergeschädigte
629		37	532	Darlehen zur Behebung von Notständen in der Landwirtschaft
630		37	532	Darlehen für gewerbliche und landwirtschaftliche Betriebe in den Randgebieten des Truppenübungsplatzes Hohenfels
631		39	622	Darlehen an die Ferngas Nordbayern GmbH in Bamberg
632		40	623	Darlehen zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung von Wasservorkommen
633		40	623	Darlehen an die Bayerische Landesbank zur Finanzierung und Refinanzierung von Krediten für Wasserversorgungsanlagen usw.
634		43	632	Darlehen zur Förderung der Aufsuchung und Untersuchung bergbaulicher Minerallagerstätten
635	frei			
636		50	692	Darlehen aus Mitteln des Bayerischen Grenzhilfeprogramms
637	frei			
638		50	692	Darlehen aus dem II. bzw. Sonderprogramm zur Verbesserung der Lebensverhältnisse auf dem Lande
639		50	692	Darlehen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen in entwicklungsfähigen Gebieten
640	frei			
641		52	740	Darlehen an nichtbundeseigene Eisenbahnen
642	frei			
643	<u>162</u> 182	38	529	Darlehen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“
699		61	960	Diverse Haushaltsdarlehen

Summe 6

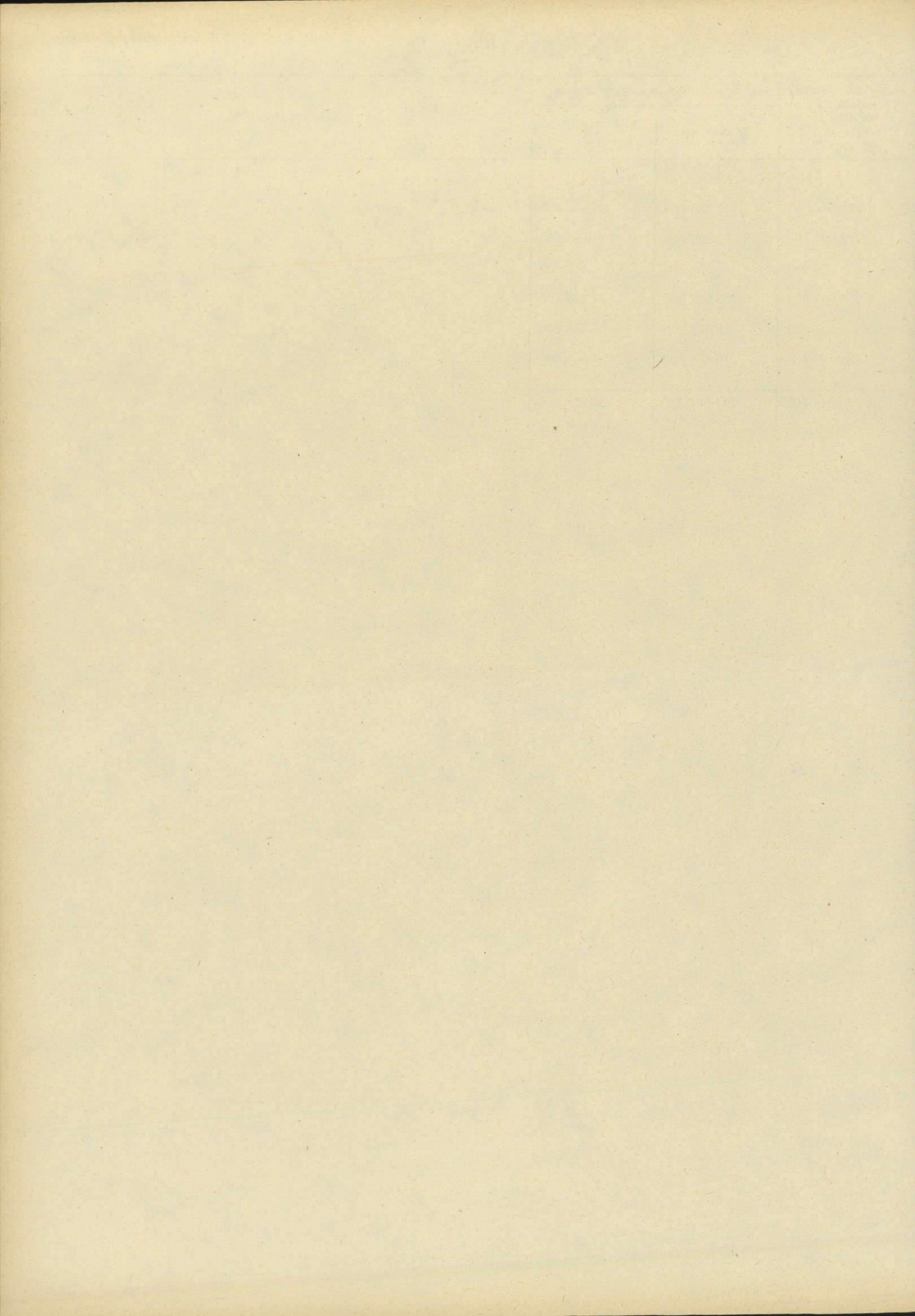
Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1976 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
23 419 900	—	—	
—	—	—	
2 689 300	60 200	45 000	
607 600	—	—	
1 179 800	50 800	10 900	1) Tilgung und Zins aus den Darlehen werden von den vier betei- ligten Bankinstituten unmittelbar an die Deutsche Pfandbrief- anstalt Wiesbaden, der ursprünglichen Darlehensgeberin, ab- geführt.
155 680 000	6 020 000	865 000	
9 917 000	1 350 000	9 000	2) Durchlaufend, da die Mittel an den Lastenausgleich weiter- geleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 584 01).
447 000	19 000	9 000	3) Durchlaufend soweit die Darlehen aus Bundesmitteln stammen, da die Mittel an den Bund weitergeleitet werden müssen (vgl. Veranschlagung bei Kap. 13 06 Tit. 561 01 und 581 01).
2 930 000	110 000	4 000	
—	—	—	4) Die Verwaltung dieser Darlehen ist auf die Bayerische Staats- schuldenverwaltung übergegangen.
478 700	63 400	20 500	
5 600	1 400	—	
2 600	1 200	100	
—	—	—	
—	—	—	
4 280 000	1 070 000	299 600	
1 740 600	21 000	800	
5 026 600	316 500	178 000	
700 300	13 400	6 800	
278 200	9 000	8 300	
1 958 900	136 400	33 300	
114 159 000	546 000	1 620 000	
2 280 000	45 000	44 500	
489 184 800	16 601 800	4 570 400	

Nr.	Titel	Funk- tion	Bezeichnung der Darlehen
			7. Zusammenstellung
			Summe 1
			Summe 2
			Summe 3
			Summe 4
			Summe 5
			Summe 6
			Gesamtsumme
			nachrichtlich:
			Kontostand des Einmalbetrages der 5jährigen Aufwendungszuschüsse

8. Nachrichtlich Wertpapierbestand	Voraussichtlicher Wertpapierbestand am 1. 1. 1976 DM	Voraussichtliche Zinsvergütungen DM
Wertpapierbestand des Freistaates Bayern	rd. 109 000 000	7 100 000 ¹⁾

¹⁾ Als Haushaltseinnahme bei Kap. 13 06 Tit. 162 66 veranschlagt.
Siehe auch Erläuterung zu Kap. 13 06 Tit. 162 66.

Darlehensbetrag nach dem voraus- sichtlichen Stand vom 1. 1. 1976 DM	Voraussichtliches Aufkommen an		Bemerkungen
	Darlehens- rückflüssen DM	Zinseinnahmen DM	
292 364 000	15 639 000	5 036 000	
15 991 100	1 205 900	145 600	
37 359 400	838 300	588 600	
5 259 343 900	106 232 000	44 939 700	
375 101 200	6 783 800	4 348 600	
489 184 800	16 601 800	4 570 400	
6 469 344 400	147 300 800	59 628 900	
17 000 000			



Übersicht
über die
Schulden des Freistaates Bayern
(ohne Kassenkredite)
und den
Bedarf für Tilgung und Zinsen
im
Haushaltsjahr 1975
(Zu Kapitel 13 06)

Bezeichnung der Schulden	Schuldenstand am 31. 12. 1974 DM	Voraussichtlicher Schuldenstand am 31. 12. 1975 DM
A. Ausgleichsforderungen		
a) der Deutschen Bundesbank	—	—
b) der Banken und Sparkassen (einschließlich Bodenkreditinstitute)	793 077 000	773 161 000
c) der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	308 521 000	300 235 000
d) der Postscheckämter	14 966 000	14 966 000
e) des Ankaufsfonds der Deutschen Bundesbank	153 725 000	149 483 000
f) Schulden und sonstige Ausgleichsforderungen	1 122 000	1 094 000
Summe A:	1 271 411 000	1 238 939 000
B. Schulden aus Kreditmarktmitteln		
1. Schuldenaufnahmen bei Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	775 229 000	693 204 000
2. Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt		
a) Inhaberschuldverschreibungen	909 403 000	817 903 000
b) Verzinsliche Schatzanweisungen	—	—
c) Kassenobligationen	—	—
d) Unverzinsliche Schatzanweisungen	—	—
e) Schulden bei der Deutschen Bundesbank	—	—
f) Schulden bei Banken und Sparkassen	1 450 533 000	1 279 956 000
g) Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	4 395 000	4 015 000
h) Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	3 120 000	2 702 000
i) Restkaufgelder	—	—
k) Übrige Schulden aus Kreditmarktmitteln	589 000	537 000
l) Im Haushaltsjahr 1975 aufzunehmende Kreditmarktschulden ²⁾	—	2 144 500 000
Summe B 2:	2 368 040 000	4 249 613 000
3. Steuergutscheine	37 592 000	37 592 000
Summe B:	3 180 861 000	4 980 409 000

Voraussichtlicher Bedarf für			Erläuterungen
Tilgung DM	Zinsen DM	Insgesamt DM	
—	—	—	
19 916 000	25 937 000	45 853 000	
8 286 000	10 832 000	19 118 000	
—	—	—	
4 242 000	4 505 000	8 747 000	
28 000	34 000	62 000	
32 472 000	41 308 000	73 780 000	Siehe Abschnitt G Nr. 5.
82 025 000	47 186 000	129 211 000	
225 000 ¹⁾ 91 500 000	65 140 000	156 865 000	¹⁾ = Aufgeld für Anleihen.
—	—	—	²⁾ An Kreditmarktschulden sind zur Aufnahme bei Kap. 13 06 Tit. 325 01 2144,5 Mio DM vorgesehen.
—	—	—	Darüber hinaus können für Willigungen aus Vorjahren, deren Ausgaben erst im Haushaltsjahr 1975 fällig werden und für die daher die Kredit- aufnahme zur Ersparnis von Schuldendienstaufwendungen aufgeschoben werden konnte, weitere Schulden aufgenommen werden. Da die Kredit- aufnahmen zum großen Teil voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Haushaltsjahres durchgeführt werden und daher für diesen Teil Zinsen nur teilweise anfallen, sind für im Haushaltsjahr 1975 neu aufzunehmende Kredite Zinsen in Höhe von 44,2 Mio DM veranschlagt.
170 577 000	104 351 000	274 928 000	
380 000	75 000	455 000	
418 000	192 000	610 000	
—	—	—	
52 000	4 000	56 000	
—	44 213 000	44 213 000	
263 152 000	213 975 000	477 127 000	
—	3 800 000 ³⁾	3 800 000	³⁾ Veranschlagt bei Kap. 13 06 Tit. 575 01 und 575 02. Siehe Abschnitt G Nr. 7.
345 177 000	264 961 000	610 138 000	Siehe Abschnitt G Nr. 4 (ohne B 3).

Bezeichnung der Schulden	Schuldenstand am 31. 12. 1974 DM	Voraussichtlicher Schuldenstand am 31. 12. 1975 DM
C. Schulden beim öffentlichen Bereich (Verwaltungen)		
a) Schulden beim Bund (ohne Lastenausgleichsfonds)	1 790 098 000	1 866 770 000
aa. planmäßige Tilgung	—	—
bb. außerplanmäßige Tilgung	—	—
b) Schulden beim Lastenausgleichsfonds	192 017 000	165 341 000
aa. planmäßige Tilgung	—	—
bb. außerplanmäßige Tilgung	—	—
c) Schulden aus ERP-Mitteln	2 585 000	2 191 000
d) Schulden bei Ländern	—	—
e) Schulden bei Gemeinden	—	—
Summe C:	1 984 700 000	2 034 302 000
D. Auslandsschulden		
1. Vorkriegsauslandsschulden	1 398 000	1 198 000
2. Nachkriegsauslandsschulden	—	—
Summe D:	1 398 000	1 198 000
Zusammenstellung Abschnitt A—D		
Summe A	1 271 411 000	1 238 939 000
Summe B	3 180 861 000	4 980 409 000
Summe C	1 984 700 000	2 034 302 000
Summe D	1 398 000	1 198 000
Gesamtsumme	6 438 370 000	8 254 848 000

Voraussichtlicher Bedarf für			Erläuterungen
Tilgung DM	Zinsen DM	Insgesamt DM	
21 228 000	8 947 000	30 175 000	} Siehe Abschnitt G Nr. 1.
400 000	—	400 000	
23 076 000	—	23 076 000	} Siehe Abschnitt G Nr. 2. 1) Durchlaufend, da bei Kap. 13 06 Tit. 182 28 vereinnahmt.
2 000 000 ¹⁾	—	2 000 000	
394 000	124 000	518 000	} Siehe Abschnitt G. Nr. 3.
—	—	—	
—	—	—	
47 098 000	9 071 000	56 169 000	
200 000	122 000	322 000	
—	—	—	
200 000	122 000	322 000	} Siehe Abschnitt G Nr. 6.
32 472 000	41 308 000	73 780 000	
345 177 000	264 961 000	610 138 000	
47 098 000	9 071 000	56 169 000	
200 000	122 000	322 000	
424 947 000	315 462 000	740 409 000	

Bezeichnung der Schulden	Schuldenstand	Voraussichtlicher
	am	Schuldenstand
	31. 12. 1974	am
	DM	DM
Nachrichtlich:		
E. Schulden Dritter, für die der Freistaat Bayern die Tilgung und Verzinsung übernommen hat		
I. Voll		
1. Nach den Erläuterungen zu Kap. 03 77 Tit. 623 01—623 04, 627 01 bis 627 04, 663 01 und 663 02 zur Unterhaltung und zum Ausbau von Gewässern sowie zu Bodenkulturunternehmen, zu Wirtschaftswegebauten, zum Bau von Wasserversorgungsanlagen und zum Bau von Abwasseranlagen	853 398 000	755 524 000
2. Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues (Kap. 03 63 Tit. 661 01)	480 518 000	422 582 000
Summe I	1 333 916 000	1 178 106 000

II. Teilweise

3. Für den kommunalen Schulhausbau (Kap. 13 10 Tit. 623 11—623 22, 627 11—627 22)

Stand 31. 12. 1974 G vom 26. 3. 1974

Stand 31. 12. 1975 G vom 25. 6. 1973

	Willigung zur Teilverrentung	Voraussichtlich in Anspruch genommen	Der Teilverrentung entsprechen- der Vollverrentungsbetrag	
			am 31. 12. 1974	am 31. 12. 1975
	2 000 Mio DM	1 830 Mio DM	931 300 000	
	2 200 Mio DM	2 030 Mio DM		1 019 700 000
		Summe II	931 300 000	1 019 700 000
		Hierzu Summe I	1 333 916 000	1 178 106 000
		Summe E	2 265 216 000	2 197 806 000

F. Sonstige Schuldendienstleistungen

1. Erstattung der Clearingzinsen für Ausgleichsforderungen (Kap. 13 06 Tit. 642 01)

2. Zinsen für kurzfristige (Kassen-)Kredite (Kap. 13 06 Tit. 575 03)

3. Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits-Disagio usw. (Kap. 13 06 Tit. 575 04)

Summe F		
Hierzu Summe A—D	6 438 370 000	8 254 848 000
Summe E	2 265 216 000	2 197 806 000
Insgesamt	8 703 586 000	10 452 654 000

Voraussichtlicher Bedarf für			Erläuterungen
Tilgung DM	Zinsen DM	Insgesamt DM	
97 874 000	53 628 000	151 502 000	
57 936 000 ¹⁾	27 264 000 ¹⁾	85 200 000	¹⁾ Die Beträge sind geschätzt.
155 810 000	80 892 000	236 702 000	
61 600 000 ¹⁾	50 400 000 ¹⁾	112 000 000	
61 600 000	50 400 000	112 000 000	
155 810 000	80 892 000	236 702 000	
217 410 000	131 292 000	348 702 000	
—	3 407 000	3 407 000	
—	1 000 000	1 000 000	
—	30 000 000	30 000 000	
—	34 407 000	34 407 000	
424 947 000	315 462 000	740 409 000	
217 410 000	131 292 000	348 702 000	
642 357 000	481 161 000	1 123 518 000	

Kap. Gruppe	Vortrag	Voraussichtlicher Bedarf für		
		Tilgung DM	Zinsen DM	Insgesamt DM
13 06	(noch nachrichtlich):			
	G. Zusammenstellung der in der vorstehenden Anlage nachgewiesenen Aufwendungen für den Schuldendienst nach Titeln und Titelgruppen:			
561/581	1. Schulden beim Bund — Sa. C 2 a und bei Tit. 581 01, 581 02 und 561 01 veranschlagt	21 628 000	8 947 000	30 575 000
564/584	2. Schulden beim Lastenausgleichsfonds — Sa. C 2 b und bei Tit. 584 01 und 584 02 veranschlagt	25 076 000	—	25 076 000
565/585	3. Schulden beim ERP-Sondervermögen — Sa. C 2 c und bei Tit. 585 01/565 01 veranschlagt	394 000	124 000	518 000
TG 73	4. Schulden aus Kreditmarktmitteln — Sa. B (ohne B 3)	345 177 000	261 161 000	606 338 000
573/593	5. Ausgleichsforderungen — Sa. A und bei Tit. 593 03/573 03 veranschlagt	32 472 000	41 308 000	73 780 000
576/596	6. Schulden im Ausland — Sa. D und bei Tit. 596 01/576 01 veranschlagt	200 000	122 000	322 000
575 01 und 575 02	7. Steuergutscheine — B 3	—	3 800 000	3 800 000
	Weitere in der vorstehenden Anlage nicht erfaßte Aufwendungen für den Schuldendienst:			
546 66	Kosten für die Herstellung von Schuldurkunden und sonstige Ausgaben aus Anlaß des Anleihendienstes	—	551 000	551 000
575 04	Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits (Bonifikationen, Provisionen, Disagio)	—	30 000 000	30 000 000

Übersicht
über die
Schulden des Freistaates Bayern
(ohne Kassenkredite)
und den
Bedarf für Tilgung und Zinsen
im
Haushaltsjahr 1976
(Zu Kapitel 1306)

Bezeichnung der Schulden	Voraussichtlicher Schuldenstand am	
	31. 12. 1975 DM	31. 12. 1976 DM
A. Ausgleichsforderungen		
a) der Deutschen Bundesbank	—	—
b) der Banken und Sparkassen (einschl. Bodenkreditinstitute)	773 161 000	752 990 000
c) der Versicherungsunternehmen und Bausparkassen	300 235 000	291 657 000
d) der Postscheckämter	14 966 000	14 966 000
e) des Ankaufsfonds der Deutschen Bundesbank	149 483 000	145 123 000
f) Schulden aus sonstigen Ausgleichsforderungen	1 094 000	1 065 000
Summe A:	1 238 939 000	1 205 801 000
B. Schulden aus Kreditmarktmitteln		
1. Schuldenaufnahmen bei Sozialversicherungsträgern, der Bundesanstalt für Arbeit und der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	693 204 000	612 100 000
2. Schuldenaufnahmen auf dem sonstigen inländischen Kreditmarkt		
a) Inhaberschuldverschreibungen	817 903 000	726 403 000
b) Verzinsliche Schatzanweisungen	—	—
c) Kassenobligationen	—	—
d) Unverzinsliche Schatzanweisungen	—	—
e) Schulden bei der Deutschen Bundesbank	—	—
f) Schulden bei Banken und Sparkassen	1 279 956 000	1 122 054 000
g) Schulden bei Versicherungen (ohne Träger der Sozialversicherung) und bei Bausparkassen	4 015 000	3 663 000
h) Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden	2 702 000	2 278 000
i) Restkaufgelder	—	—
k) Übrige Schulden aus Kreditmarktmitteln	537 000	485 000
l) Im Haushaltsjahr 1975 und 1976 aufzunehmende Kreditmarktschulden ²⁾	2 144 500 000	4 016 500 000 ³⁾
Summe B 2:	4 249 613 000	5 871 383 000
3. Steuergutscheine	37 592 000	37 592 000
Summe B:	4 980 409 000	6 521 075 000

Voraussichtlicher Bedarf für			Erläuterungen
Tilgung DM	Zinsen DM	Insgesamt DM	
—	—	—	
20 171 000	24 067 000	44 238 000	
8 578 000	10 540 000	19 118 000	
—	—	—	
4 360 000	4 386 000	8 746 000	
29 000	33 000	62 000	
33 138 000	39 026 000	72 164 000	Siehe Abschnitt G Nr. 5.
			1) Aufgeld für Anleihen.
			2) An Kreditmarktschulden sind zur Aufnahme bei Kap. 13 06 Tit. 325 01 1942 Mio DM vorgesehen. Darüber hinaus können für Willigungen aus Vorjahren, deren Ausgaben erst im Haushaltsjahr 1976 fällig werden und für die daher die Kreditaufnahme zur Ersparnis von Schuldendienstaufwendungen aufgeschoben werden konnte, weitere Schulden aufgenommen werden. Da die Kreditaufnahmen zum großen Teil voraussichtlich erst in der zweiten Hälfte des Haushaltsjahres durchgeführt werden und daher für diesen Teil Zinsen nur teilweise anfallen, sind für im Haushaltsjahr 1976 neu aufzunehmende Kredite folgende Tilgungs- und Zinsbeträge veranschlagt:
81 104 000	41 522 000	122 626 000	
225 000 ¹⁾			
91 500 000	58 812 000	150 537 000	
—	—	—	
—	—	—	
—	—	—	
—	—	—	
157 902 000	94 064 000	251 966 000	
			3) Der Betrag setzt sich wie folgt zusammen:
352 000	53 000	405 000	
424 000	166 000	590 000	
—	—	—	
52 000	4 000	56 000	
70 000 000	220 320 000	290 320 000	
320 455 000	373 419 000	693 874 000	
—	3 800 000 ⁴⁾	3 800 000	
401 559 000	418 741 000	820 300 000	
			4) Veranschlagt bei Kap. 13 06 Tit. 575 01 und 575 02. Siehe Abschnitt G Nr. 7.
			Siehe Abschnitt G Nr. 4 (ohne B 3).

	Tilgung Mio DM	Zins Mio DM
--	-------------------	----------------

Zins für 971 Mio DM für 1/2 Jahr (1976)	—	43,47
voraussichtliche Tilgung für Neuaufnahmen 1975 ..	70	—
Zins für Neuaufnahmen 1975	—	176,85
Zusammen	70	220,32

Schuldaufnahme 1975	2 144,5
Schuldaufnahme 1976	1 942,0
Zwischensumme	4 086,5
ab Tilgungen	70,0
verbleiben	4 016,5

Bezeichnung der Schulden	Voraussichtlicher Schuldenstand am	
	31. 12. 1975	31. 12. 1976
	DM	DM
C. Schulden beim öffentlichen Bereich (Verwaltungen)		
a) Schulden beim Bund (ohne Lastenausgleichsfonds)	1 866 770 000	1 943 300 000
aa. planmäßige Tilgung	—	—
bb. außerplanmäßige Tilgung	—	—
b) Schulden beim Lastenausgleichsfonds	165 341 000	139 304 000
aa. planmäßige Tilgung	—	—
bb. außerplanmäßige Tilgung	—	—
c) Schulden aus ERP-Mitteln	2 191 000	1 807 000
d) Schulden bei Ländern	—	—
e) Schulden bei Gemeinden	—	—
Summe C:	2 034 302 000	2 084 411 000
D. Auslandsschulden		
1. Vorkriegsauslandsschulden	1 198 000	998 000
2. Nachkriegsauslandsschulden	—	—
Summe D:	1 198 000	998 000
Zusammenstellung Abschnitt A—D		
Summe A	1 238 939 000	1 205 801 000
Summe B	4 980 409 000	6 521 075 000
Summe C	2 034 302 000	2 084 411 000
Summe D	1 198 000	998 000
Gesamtsumme	8 254 848 000	9 812 285 000

Voraussichtlicher Bedarf für			Erläuterungen
Tilgung DM	Zinsen DM	Insgesamt DM	
21 670 000	8 737 000	30 407 000	} Siehe Abschnitt G Nr. 1.
400 000	—	400 000	
22 637 000	—	22 637 000	} Siehe Abschnitt G Nr. 2.) Durchlaufend, da bei Kap. 13 06 Tit. 182 28 vereinnahmt.
1 900 000 ¹⁾	—	1 900 000	
—	—	—	
384 000	104 000	488 000	Siehe Abschnitt G Nr. 3.
—	—	—	
—	—	—	
46 991 000	8 841 000	55 832 000	
200 000	122 000	322 000	
—	—	—	
200 000	122 000	322 000	Siehe Abschnitt G Nr. 6.
33 138 000	39 026 000	72 164 000	
401 559 000	418 741 000	820 300 000	
46 991 000	8 841 000	55 832 000	
200 000	122 000	322 000	
481 888 000	466 730 000	948 618 000	

Bezeichnung der Schulden	Voraussichtlicher Schuldenstand am		
	31. 12. 1975 DM	31. 12. 1976 DM	
Nachrichtlich:			
E. Schulden Dritter, für die der Freistaat Bayern die Tilgung und Verzinsung übernommen hat			
I. Voll			
1. Nach den Erläuterungen zu Kap. 03 77 Tit. 623 01—623 04, 627 01—627 04, 663 01 und 663 02 zur Unterhaltung und zum Ausbau von Gewässern sowie zu Bodenkulturunternehmen, zu Wirtschaftswegebauten, zum Bau von Wasserversorgungsanlagen und zum Bau von Abwasseranlagen	755 524 000	659 723 000	
2. Zur Förderung des sozialen Wohnungsbaues (Kap. 03 63 Tit. 661 01)	422 582 000	363 694 000	
Summe I	1 178 106 000	1 023 417 000	
II. Teilweise			
3. Für den kommunalen Schulhausbau (Kap. 13 10 Tit. 623 11—623 22, 627 11—627 22)	Willigung zur Teilverrentung	Voraussichtlich in Anspruch genommen	Der Teilverrentung entsprechen- der Vollverrentungsbetrag
Stand 31. 12. 1975 G vom 25. 6. 1973	2 200 Mio DM	2 030 Mio DM	am 31. 12. 1975
Stand 31. 12. 1976 G vom	2 200 Mio DM	2 200 Mio DM	am 31. 12. 1976
Summe II			1 019 700 000
Hierzu Summe I			1 101 500 000
Summe E			1 178 106 000
Summe E			2 197 806 000
F. Sonstige Schuldendienstleistungen			
1. Erstattung der Clearingzinsen für Ausgleichsforderungen (Kap. 13 06 Tit. 642 01)			
2. Zinsen für kurzfristige (Kassen-)Kredite (Kap. 13 06 Tit. 575 03)			
3. Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits-Disagio usw. (Kap. 13 06 Tit. 575 04)			
Summe F			
Hierzu Summe A—D			8 254 848 000
Summe E			9 812 285 000
Summe E			2 197 806 000
Insgesamt			10 452 654 000
			11 937 202 000

Voraussichtlicher Bedarf für			Erläuterungen
Tilgung DM	Zinsen DM	Insgesamt DM	
95 801 000	49 107 000	144 908 000	
58 888 000 ¹⁾	27 712 000 ¹⁾	86 600 000	¹⁾ Die Beträge sind geschätzt.
154 689 000	76 819 000	231 508 000	
68 200 000 ¹⁾	55 800 000 ¹⁾	124 000 000	
68 200 000	55 800 000	124 000 000	
154 689 000	76 819 000	231 508 000	
222 889 000	132 619 000	355 508 000	
—	3 318 000	3 318 000	
—	1 000 000	1 000 000	
—	30 000 000	30 000 000	
—	34 318 000	34 318 000	
481 888 000	466 730 000	948 618 000	
222 889 000	132 619 000	355 508 000	
704 777 000	633 667 000	1 338 444 000	

Kap. Gruppe	Vortrag	Voraussichtlicher Bedarf für		
		Tilgung DM	Zinsen DM	Insgesamt DM
13 06	(Noch nachrichtlich):			
	G. Zusammenstellung der in der vorstehenden Anlage nachgewiesenen Aufwendungen für den Schuldendienst nach Titeln und Titelgruppen:			
561/581	1. Schulden beim Bund — Sa. C 2 a und bei Tit. 581 01, 581 02 und 561 01 veranschlagt	22 070 000	8 737 000	30 807 000
564/584	2. Schulden beim Lastenausgleichsfonds — Sa. C 2 b und bei Tit. 584 01 und 584 02 veranschlagt	24 537 000	—	24 537 000
565/585	3. Schulden beim ERP-Sondervermögen — Sa. C 2 c und bei Tit. 585 01/565 01 veranschlagt	384 000	104 000	488 000
TG 73	4. Schulden aus Kreditmarktmitteln — Sa. B (ohne B 3)	401 559 000	414 941 000	816 500 000
573/593	5. Ausgleichsforderungen — Sa. A und bei Tit. 593 03/573 03 veranschlagt	33 138 000	39 026 000	72 164 000
576/596	6. Schulden im Ausland — Sa. D und bei Tit. 596 01/576 01 veranschlagt	200 000	122 000	322 000
575 01 und 575 02	7. Steuergutscheine — B 3 —	—	3 800 000	3 800 000
	Weitere in der vorstehenden Anlage nicht erfaßte Aufwendungen für den Schuldendienst:			
546 66	Kosten für die Herstellung von Schuldurkunden und sonstige Ausgaben aus Anlaß des Anleihendienstes	—	534 000	534 000
575 04	Ausgaben aus Anlaß der Beschaffung von Mitteln im Wege des Kredits (Bonifikationen, Provisionen, Disagio)	—	30 000 000	30 000 000

Haushaltsmäßige Darstellung von Programmen der Bayerischen Staatsregierung*)

Inhaltsverzeichnis

A. Jugendprogramm	252
B. Familienprogramm	254
C. Förderung des Kindergartenwesens	255
D. Landesbehindertenplan	256
E. Zweiter Bayerischer Landesplan für Altenhilfe	257
F. Freizeit und Erholung	258
G. Gesundheitsprogramm	259
H. Sicherheitsprogramm	259
I. Berufsbildungsprogramm	261
K. Förderungsmaßnahmen im Zuge der Gebietsreform ..	263

*) Die Darstellung faßt die ressortübergreifenden Programme zusammen. Wegen ihrer Bedeutung wurden zusätzlich das Familienprogramm und der Landesbehindertenplan aufgenommen.

A. Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung

1. Vorbemerkung:

Die Ziele der Jugendpolitik sind in dem Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung, das dem Bayerischen Landtag am 8. März 1974 zugeleitet wurde (vgl. LT-Drs. 7/6206), im einzelnen dargelegt.

Das Jugendprogramm der Bayerischen Staatsregierung erbringt einen verstärkten Beitrag des Staates zur Entwicklung der Jugendarbeit in Bayern.

Im Rahmen des Jugendprogramms werden die Träger von Einrichtungen und Aktivitäten der Jugendarbeit gefördert.

Ziel des Jugendprogramms ist es ferner, Impulse zur Neuorientierung der Jugendhilfe zu geben und die Versorgung mit Einrichtungen weiter zu verbessern. Ausgehend von den gewandelten Lebensbedingungen und der verunsicherten Erziehungshaltung der Eltern will die Staatsregierung durch das Jugendprogramm Lösungsmöglichkeiten der im Erziehungsbereich anstehenden Probleme anbieten und fördern.

Insgesamt sind für das Jugendprogramm in seinen Teilbereichen Jugendarbeit (Epl. 05) und Erziehungshilfe (Epl. 10) Ausgaben in Höhe von 49,2 Mio DM für 1975 und von 53,0 Mio DM für 1976 veranschlagt (vgl. nachstehende Nr. 4.3).

2. Förderung im Bereich Einzelplan 05 (Kultusministerium) — Jugendarbeit

Die inhaltliche Ausgestaltung des Jugendprogramms wird von den Erfordernissen der Jugendarbeit bestimmt. Die Jugendarbeit selbst und auch die staatliche Jugendförderung müssen sich deshalb an der jeweiligen gesellschaftlichen Situation und an den Problemen der Jugend oder einzelner ihrer Schichten orientieren. Die dadurch erforderliche Flexibilität staatlicher Förderung wird durch die maßgebliche Beteiligung der Träger der Jugendarbeit gewährleistet. Der Staat bedient sich deshalb geeigneter landeszentraler Organisationen, die in wesentlichen Teilen die Jugendförderung durchführen.

Die Mittel im Epl. 05 bei Kap. 05 04 Titelgruppe 89 sind vorgesehen für:

2.1 Förderung des laufenden Aufwands, wie Ausstattung der Einrichtungen mit Arbeits- und Hilfsmitteln, Einsatz von Fachkräften sowie Aktivitäten in der Jugendarbeit. Ferner sollen die Jugendberatungsdienste ausgebaut und zentrale Planungs- und Entwicklungsaufgaben gefördert werden. Beträge sind weiter vorgesehen für den Ring Politischer Jugend und für Fahrten nach Berlin und an die Grenze zur DDR (Bundesmittel).

2.2 Förderung von Investitionen

Darunter fällt die Errichtung weiterer und der Ausbau bestehender überregionaler Jugendbildungsstätten, die Errichtung weiterer Jugendzentren und Jugendheime, der Ausbau des Netzes von Einrichtungen für Freizeit, Urlaub und Erholung, Jugendherbergen und die Modernisierung bestehender Einrichtungen.

2.3 Ferner werden als **besondere Einrichtungen** die Internationale Jugendbibliothek, das Deutsche Jugendinstitut und das Arbeitszentrum Jugend — Film — Fernsehen gefördert.

3. Förderung im Bereich Einzelplan 10 (Arbeitsministerium) — Erziehungshilfe

Durch die Verstärkung der Ausgaben im Doppelhaushalt 1975/1976 wird nunmehr im Etat des Arbeitsministeriums ein Programm in einer Größenordnung von 24,2 bzw. 26,0 Mio DM zusätzlich einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von je 8,0 Mio DM erreicht.

Im Vordergrund stehen Hilfen zur Stärkung der Erziehungsfähigkeit der Familie und Angebote an Jugendliche zur Lebensbewältigung, insbesondere in Problem- und Konfliktsituationen. Weitere Schwerpunkte des Programms sind die Erprobung neuer Formen der Jugendhilfe, die Neuorientierung der Heimerziehung sowie die Fortbildung der Fachkräfte in der Jugendhilfe.

Das Programm gliedert sich hier in folgende Bereiche:

3.1 Aufbau eines flächendeckenden Jugend- und Elternberatungsdienstes

Durch eine gezielte Förderung soll die Zahl der Beratungsstellen so weit erhöht werden, daß für jeweils 100 000 Einwohner eine voll leistungsfähige Beratungsstelle zur Verfügung steht.

3.2 Überregionale Beratungszentren

Zur Ergänzung und Unterstützung der örtlichen Beratungsdienste sind 9 überregionale Beratungszentren vorgesehen. Sie müssen räumlich und personell in der Lage sein, durch differenzierte und mehrdimensionale Diagnostik und Kurztherapie Verhaltensstörungen der Kinder und Jugendlichen gezielt und nachhaltig zu behandeln.

3.3 Erprobung neuer Formen der Jugendhilfe

Es ist vorgesehen, neue Formen der Jugendhilfe zu entwickeln und unter wissenschaftlicher Begleitung in Modellen zu erproben.

3.4 Weiterentwicklung der Heimerziehung

Im Mittelpunkt steht eine Differenzierung der Heime mit dem Ziel, die Erziehungsarbeit gegenwärtigen Erkenntnissen anzupassen und und regionales, mit den Bedürfnissen abgestimmtes Angebot an stationären Erziehungshilfen anzubieten.

3.5 Kontinuierliche Fortbildung der Fachkräfte und wissenschaftliche Vertiefung der Jugendhilfe

Wesentliche Voraussetzungen effektiver Jugendhilfe sind die Fortbildung der Mitarbeiter in der Jugendhilfe, eine verstärkte wissenschaftliche Begleitung der sozialpädagogischen Praxis und die schnelle Umsetzung von Erkenntnissen der Wissenschaft auf die Praxisfelder.

3.6 Erholung für Kinder und Jugendliche

Kindern und Jugendlichen aus Problemgebieten (z. B. Obdachlosensiedlungen) und aus Familien mit geringem Einkommen soll es durch gezielte Förderung ermöglicht werden, an pädagogisch ausgerichteten Ferienmaßnahmen teilzunehmen.

4. Die **Haushaltsansätze** für die einzelnen Maßnahmen entwickeln sich von 1974 bis 1976 wie folgt:

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
4.1 Aus Kap. 05 04 TG 89 Jugendarbeit			
4.1.1 Förderung des laufenden Aufwands (vgl. Nr. 2.1)	9,2	11,5	12,4
4.1.2 Förderung von Investitionen (vgl. Nr. 2.2)	12,9	13,0	14,0
4.1.3 Förderung besonderer Einrichtungen (vgl. Nr. 2.3)	0,5	0,5	0,6
Zwischensumme Epl. 05	(22,6)	(25,0)	(27,0)
4.2 Aus Kap. 10 07 TG 74 und 75 Erziehungshilfe			
4.2.1 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke:			
Zuschüsse zur Errichtung, Ausstattung und zum Betrieb von Erziehungs-, Jugend- und Elternberatungsstellen ...	3,0	3,5	4,5
Zuschüsse zur Durchführung von Jugendhilfemaßnahmen in Gebieten mit besonderer Jugendgefährdung	0,1	0,1	0,1
Zuschüsse zu den Personalkosten für Erzieher in Jugendwohnheimen	0,4	0,4	0,5
Zuschüsse zur Fortbildung von Mitarbeitern und wissenschaftlichen Fachkräften in der Jugendhilfe	0,4	0,5	0,6
Zuschüsse zur wissenschaftlichen Vertiefung der Jugendhilfe	0,2	0,2	0,2
Zuschüsse zu den Personalkosten zur fachwissenschaftlichen Beratung in Erziehungsheimen	0,2	0,2	0,3
Beiträge und Betriebskostenzuschüsse an Vereinigungen und Einrichtungen der Jugendhilfe mit überregionaler oder besonderer Bedeutung	0,1	0,1	0,1
Modellmaßnahmen der offenen Jugendhilfe	0,5	0,5	0,6
Individualhilfen zur Erholungsverschickung gesundheitsgefährdeter Jugendlicher aus Familien mit geringem Einkommen	2,3	2,4	2,5
Zuschüsse zu den Kosten der Vergütung pädagogischer Aushilfskräfte in Einrichtungen und Maßnahmen der Jugenderholungsfürsorge	0,2	0,3	0,3
4.2.2 Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionsförderungsmaßnahmen:			
Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Säuglingsheimen, Heimen zur Erziehung von Kindern und Jugendlichen, heilpädagogischen Heimen, Kindererholungsheimen, Kinderkrippen, Heimen für Mutter und Kind und Heimen für werdende Mütter	9,4	9,9	10,7
Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Jugendwohnheimen	1,1	1,6	1,6

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
Zuschüsse für das Erziehungszentrum Rummelsberg	3,5	3,5	1,0
Zuschüsse für ein Erziehungszentrum (Heim) für schwer verhaltensgestörte weibliche Jugendliche und Kinder ..	—	—	1,0
Zuschüsse zur Errichtung von überregionalen Beratungszentren	1,0	1,0	2,0
Zwischensumme Epl. 10	(22,4)	(24,2)	(26,0)
4.3 Insgesamt (Epl. 05 zuzügl. Epl. 10) sind somit an Ausgaben vorgesehen	45,0	49,2	53,0

5. Hinweis:

Ein zusätzlicher Bestandteil der Jugendförderung ist die Förderung von Familienferien in pädagogisch betreuten Einrichtungen und auf dem Bauernhof. Hierzu sind im Rahmen des **Familienprogramms** für 1975 und 1976 bei Kap. 10 07 TG 73 Ausgaben von rd. 6,9 Mio DM bzw. rd. 7,2 Mio DM vorgesehen.

B. Bayerisches Familienprogramm

1. Notwendigkeit des Bayerischen Familienprogramms

Nach Art. 6 Abs. 1 GG und Art. 124 ff BV stehen Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates. Dieser verfassungsrechtlich garantierte Schutz wird durch das Bayerische Familienprogramm konkretisiert, das von der Staatsregierung beschlossen und dem Bayerischen Landtag am 8. Mai 1974 zugeleitet wurde (LT-Drs. 7/6609). Die Bayerische Staatsregierung sieht diese Konkretisierung einmal darin, daß sie im Bereich der Bundeszuständigkeit im Bundesrat Initiativen zur Anpassung und Verbesserung der seit Jahren stagnierenden familienbezogenen Leistungen ergreift, und zum anderen darin, daß sie — soweit der Bund nicht zuständig ist — auf Landesebene eine eigenverantwortliche Familienpolitik betreibt.

2. Schwerpunkte des Bayerischen Familienprogramms

Der finanzielle Rahmen des Landeshaushalts erfordert Prioritäten. Die Schwerpunkte des Familienprogrammes müssen deshalb in Aufgaben liegen, die durch den gesellschaftlichen Wandel bedingt sind.

Hierzu gehörten insbesondere die Einräumung eines neuen Stellenwertes der Familienpolitik in unsere Gesellschaft; denn die Familie ist die Grundlage zur Entfaltung menschlichen Lebens und somit die wichtigste Lebensgemeinschaft für Menschen, Gesellschaft und Staat. Kinderfreundliches Verhalten muß ein selbstverständlicher Ausdruck einer humanen Gesellschaft werden, wobei nicht nur die Probleme der Kernfamilie (Eltern-Kind-Gemeinschaft), sondern auch die der Familie in Sondersituationen (alleinstehende Elternteile) zu berücksichtigen sind.

Von besonderer Bedeutung sind deshalb

- die Bildungs- und Beratungsdienste (Ehe-, Familien- und Erziehungsberatung, Gesundheitsberatung, Eltern- und Mütterbildungseinrichtungen, Erziehungshilfen)
- der Ausbau der Sozialdienste und Sozialstationen durch die Förderung der Träger in der Haus- und Familienpflege.

Zur Verstärkung der Eltern-Kind-Gemeinschaft und zur Erhaltung der Gesundheit der Mütter ist es erforderlich, sowohl die individuelle als auch die institutionelle Familien- und Müttererholung auszubauen.

Ferner wird Sorge dafür getragen,

- daß familiengerechte Wohnungen (u. a. auch für alleinstehende Mütter) vermehrt gebaut werden,
- daß ein vielfältiges Angebot für die Freizeit im Wohnbereich und im Naherholungsbereich geschaffen wird,
- daß Kindertagesstätten (Kindergärten, Kinderkrippen, Kinderhorte) ausreichend zur Verfügung stehen,
- daß die Vorbereitung auf Ehe, Familie und Erziehung (durch ein eigenes Unterrichtsfach „Erziehungslehre“) gewährleistet wird.

Für die Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen für die Familie (ab 1974 Bayerisches Familienprogramm) sind u. a. veranschlagt:

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
1. Zuschüsse für laufende Zwecke			
Aus Kap. 10 07 Tit. 684 73:			
Zuschüsse für Maßnahmen der Familienerholung	1,2	1,4	1,6

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
Zuschüsse für Maßnahmen der Familienerholung auf dem Bauernhof (Großstadtprogramm)	0,7	0,7	0,8
Zuschüsse für Genesungs- und Erholungsaufenthalte für Mütter	0,3	0,3	0,4
Aus Kap. 10 07 Tit. 685 73:			
Zuschüsse für die Öffentlichkeitsarbeit der Familienorganisationen und deren Aufgaben, Familien- und Spielplatzbroschüre, Untersuchungen über die Haushaltsführung ausgewählter Familien und Herausgabe familienpolitischer Untersuchungen, Zuschüsse an das Landeskuratorium „Grün für unsere Kinder“	0,2	0,2	0,2
Zuschüsse für die Ehe- und Familienberatung sowie für Modell-Beratungsstellen	0,2	0,6	0,7
2. Zuschüsse für Investitionsförderungsmaßnahmen (Kap. 10 07 Tit. 893 73)			
Zuschüsse zur Errichtung und Verbesserung von Familienferienstätten	4,5	4,7	4,7
Zuschüsse für die Errichtung und Verbesserung von Müttererholungsheimen	1,4	1,4	1,4
3. Gesamtsumme Ausgaben	8,5	9,3	9,8

Weitere familienbezogene Programme und Förderungsmaßnahmen, z. B. die Erziehungshilfe im Rahmen des Jugendprogramms, Kindertagesstätten und Kinderspielplätze, Eltern- und Mütterbildung im Rahmen der Erwachsenenbildung, das Programm Freizeit und Erholung, Haus- und Familienpflegedienste u. ä., ergänzen das Bayerische Familienprogramm.

C. Förderung von Kindergärten

1. Vorbemerkung:

1.1 Die Förderung des Kindergartenwesens erfolgt auf der Grundlage des am 1. Januar 1973 in Kraft getretenen Bayerischen Kindergartengesetzes (BayKiG vom 25. Juli 1972, GVBl S. 297). Nach dem Gesetz werden für anerkannte Kindergärten staatliche **Personalkostenzuschüsse** in Höhe von (ab 1. September 1974) 33¹/₃% gewährt.

1.2 Ferner wird seit dem 1. Januar 1973 der **Neu-, Um- und Erweiterungsbau** von anerkannten Kindergärten kommunaler und freigemeinnütziger Träger mit Zuschüssen im kommunalen Finanzausgleich (Kap. 13 10 Tit. 883 61) gefördert. Die staatlichen Finanzhilfen werden nach Finanzausgleichsgrundsätzen Gemeinden und Gemeindeverbänden gewährt, die entweder selbst einen Kindergarten errichten oder sich an Baumaßnahmen freigemeinnütziger Träger mit dem gesetzlich vorgesehenen Baukostenzuschuß in Höhe von 66²/₃% der beihilfefähigen Baukosten beteiligen.

Im Stammhaushalt 1974 wurden für die Schaffung neuer Kindergartenplätze insgesamt 30 Mio DM zur Verfügung gestellt. Wegen des großen Bedarfs an Kindergärten wurde darüber hinaus ein **Sonderprogramm** in Höhe von 20 Mio DM durchgeführt. Dieses Sonderprogramm soll grundsätzlich auch in den Jahren 1975 und 1976 mit 12 Mio DM bzw. 16 Mio DM fortgesetzt werden. Die Bedarfspläne 1975 und 1976 für den Kindergartenbau beruhen jeweils auf Haushaltsansätzen von 30 Mio DM. Durch die Fortführung des Sonderprogramms mit insgesamt 28 Mio DM können in den beiden Jahren des Doppelhaushalts zusätzlich etwa 10 000 und somit insgesamt 35 000 Kindergartenplätze neu geschaffen oder saniert werden.

1.3 **Modellkindergärten** können eine zusätzliche Förderung erhalten. Auch für die **Fortbildung** des Kindergartenpersonals sind Staatszuschüsse vorgesehen.

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
2. Im einzelnen sind veranschlagt:			
2.1 Epl 05 (Kultusministerium)			
Personalkostenzuschüsse (Art. 24 BayKiG) — vgl. Nr. 1.1	69,5	137,4	147,4
für Modelleinrichtungen (Art. 25 BayKiG) — vgl. Nr. 1.3	0,4	0,4	0,4
für Fortbildungsmaßnahmen (Art. 6 Abs. 2 BayKiG) — vgl. Nr. 1.3	0,1	0,2	0,2
(Zwischensumme Epl. 05)	(70,0)	(138,0)	(148,0)

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
2.2 Epl. 13 (Allgemeine Finanzverwaltung)			
Leistungen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs an Gemeinden und Gemeindeverbände nach dem Bayerischen Kindergartengesetz — vgl. Nr. 1.2	28,5	30,0	30,0
dazu Sonderprogramm	20,0	12,0	16,0
ferner Verpflichtungsermächtigungen	VE 6,0	VE 6,0	VE 6,0*)
abzüglich Verpflichtungsermächtigungen aus dem Vorjahr	VE 4,0	VE 6,0	VE 6,0
Verfügungsbetrag (= Zwischensumme Epl. 13)	(50,5)	(42,0)	(46,0)
2.3 Summe Epl. 05 zuzüglich Epl. 13	120,5	180,0	194,0

*) Für die finanzielle Absicherung der Bedarfspläne 1977 und 1978 sind im Doppelhaushalt 1975/1976 weitere 60 Mio DM an Verpflichtungsermächtigungen veranschlagt.

D. Erster Bayerischer Landesplan für Behinderte

Der von der Staatsregierung beschlossene 1. Bayerische Landesplan für Behinderte wurde dem Bayerischen Landtag am 1. April 1974 zugeleitet (LT-Drs. 7/6438). Er enthält eine allgemeine Analyse der Behindertensituation in Bayern und die Ziele einer modernen Rehabilitation. Er ist nach den verschiedenen Lebensbereichen des Behinderten gegliedert; er bringt daher Ausführungen über die Frühförderung, die vorschulische und schulische Erziehung, die Berufsausbildung für Jugendliche, die Berufsbildung und Umschulung, die Arbeit und Beschäftigung, die wohnungsmäßige Unterbringung, die Pflege und Betreuung, die Freizeit und Erholung und nicht zuletzt die gesellschaftliche Integration.

Als übergreifende Problemkreise werden insbesondere medizinische Rehabilitation, Beratung, Personal und Öffentlichkeitsarbeit behandelt.

Der Plan enthält nicht nur den Bestand und den Umfang der gegenwärtigen Behindertenhilfe in Bayern, sondern auch weitgehende Bedarfsfeststellungen und konkrete Planungsschritte.

Der 1. Bayerische Landesplan für Behinderte steht unter der Zielsetzung, eine energische Verbesserung der Behindertenhilfe in Bayern zu erreichen. Neben der im Doppelhaushalt 1975/1976 fortgesetzten Erhöhung der Haushaltsansätze kommt es auf eine verstärkte Zusammenarbeit aller an der Rehabilitation beteiligten öffentlichen und privaten Behörden, Verbände und Vereinigungen an.

Zur Förderung von Einrichtungen und Maßnahmen für Behinderte und sozial Gefährdete (ab 1974 1. Bayerischer Landesplan für Behinderte) sind im Epl. 10 (Arbeitsministerium) bei Kap. 10 05 TG 78 veranschlagt:

1. Ausgaben, insbesondere Zuweisungen und Zuschüsse, für laufende Zwecke (Tit. 531 78, 653 78 bis 685 78)	in Mio DM		
	1974	1975	1976
1.1 Zuschüsse für offene und ambulante Maßnahmen der Frühförderung, der beruflichen Rehabilitation und der Pflege und Betreuung von Behinderten, sozial Gefährdeten und Suchtkranken	0,3	0,5	0,5
1.2 Zuschüsse für offene Maßnahmen für Drogengefährdete und Drogenabhängige*)	1,0	1,0	1,0
1.3 Zuschüsse zur Unterstützung von Pflegefamilien für Behinderte und für Maßnahmen zur Betreuung Behinderter durch freiwillige Helfer	0,3	0,3	0,3
1.4 Zuschüsse für den Behindertensport	0,2	0,2	0,2
1.5 Zuschüsse für Maßnahmen der sozialen Rehabilitation (z. B. Begegnungsveranstaltungen, Orientierungs- und Kommunikationshilfen)	0,3	0,4	0,4
1.6 Zuschüsse für Maßnahmen zur Gewinnung und zur Fortbildung von Personal für Behinderte sowie für Elternkurse	0,3	0,5	0,5
1.7 Zuschüsse an Behindertenverbände und sonstige Vereinigungen, die in der Betreuung Behinderter und sozial Gefährdeter auf Landesebene bedeutsam wirken			
1.8 Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärungsmaßnahmen			
1.9 Zuschüsse zu den Kosten der Errichtung und des Betriebs des Bayerischen Instituts für Rehabilitation			

*) Weitere Ausgaben von je 400 000 DM sind 1975 und 1976 zur Bekämpfung des Drogen- und Rauschmittelmissbrauchs bei Kap. 10 03 TG 92 veranschlagt.

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
2. Zuweisungen, Zuschüsse und Darlehen für Investitionsförderungsmaßnahmen (Tit. 862 78 bis 893 78)			
2.1 Zuschüsse zur Schaffung von Einrichtungen für die Früherkennung und Frühförderung von behinderten Säuglingen und Kleinkindern	1,0	1,5	1,5
2.2 Zuschüsse und Darlehen zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Einrichtungen der medizinischen Rehabilitation	—	—	0,5
2.3 Zuschüsse und Darlehen zur Schaffung von Einrichtungen für die Arbeits- und Berufsvorbereitung sowie die Ausbildung Behinderter	5,0	6,0	6,0
2.4 Zuschüsse und Darlehen für die Fortbildung und Umschulung Behinderter sowie für Rehabilitationseinrichtungen der 2. Phase	2,9	3,3	2,8
2.5 Zuschüsse zur Errichtung von Werkstätten für Behinderte	5,6	7,0	7,0
2.6 Zuschüsse und Darlehen für den behindertengerechten Umbau von Wohnungen und von öffentlichen Einrichtungen	0,1	0,5	0,5
2.7 Zuschüsse und Darlehen zur Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen für Behindertenwohnstätten und -wohnheime	0,4	1,0	1,0
2.8 Zuschüsse zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Einrichtungen für die Pflege und Betreuung Behinderter	8,9	9,4	9,4
2.9 Zuschüsse zur Errichtung von Einrichtungen für Drogengefährdete*)	0,2	0,2	0,2
2.10 Zuschüsse und Darlehen zur Errichtung, Erweiterung und Verbesserung von Betreuungsstätten für Behinderte	—	—	0,1
2.11 Zuschüsse für Einrichtungen für sonstige Gefährdete, wie Nichtseßhafte, Suchtkranke und Langzeitstrafentlassene	0,2	0,3	0,2
3. Gesamtsumme Ausgaben	26,7	32,1	32,1

E. Zweiter Bayerischer Landesplan für Altenhilfe

Die Mittel zur Durchführung des von der Bayerischen Staatsregierung am 27. Oktober 1972 verabschiedeten „Zweiten Bayerischen Landesplans für Altenhilfe“ wurden im Haushalt 1975/1976 wiederum erheblich verstärkt.

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
Im einzelnen sind veranschlagt:			
1. Neubau von Altenheimplätzen**)			
1.1 aus dem Epl. 03 B (söz. Wohnungsbau):			
Wohnungsbaudarlehen (Kap. 03 63 Tit. 863 07 und 893 11)	25,6	35,1	41,3
ferner Verpflichtungsermächtigungen	VE 14,5	VE 20,6	VE 20,6
Aufwendungszuschüsse (Kap. 03 63 Tit. 893 17)	—	—	20,0
ferner Verpflichtungsermächtigungen	VE 11,1	VE 20,0	VE 20,0
1.2 aus dem Epl. 10 (Kap. 10 07 TG 71):			
Darlehen und Zuschüsse	30,3	33,0	33,0
ferner Verpflichtungsermächtigungen	VE 18,1	VE 26,4	VE 34,6
Zwischensumme Neubau von Altenheimplätzen (Ausgaben)	55,9	68,1	94,3
ferner Verpflichtungsermächtigungen	VE 43,7	VE 67,0	VE 75,2
2. Instandsetzung und Modernisierung von Altenheimen (Kap. 10 07 TG 71)	4,0	4,4	4,4
3. Offene Altenhilfe (Altenclubs, Altenerholung, Mahlzeitendienste u. ä.) und Altenbetreuungszentren (Kap. 10 07 TG 71)	2,8	3,6	3,6

*) Vgl. Fußnote auf der vorhergehenden Seite.

**) Vgl. Erläuterungen auf der nächsten Seite.

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
4. Soziale Dienste (Haus- und Familienpflege, ambulante Krankenpflege und Sozialstationen) Kap. 10 07 TG 72	2,2	2,8	3,0
5. Gesamtsumme Ausgaben	64,9	78,9	105,3
ferner Verpflichtungsermächtigungen	VE 43,7	VE 67,0	VE 75,2

*) Erläuterungen zur Förderung des Neubaus von Altenheimplätzen:

1. Der Förderungssatz an Zuschüssen und Darlehen wird ab 1975 auf 33 000 DM je Altenheimplatz erhöht (1974: 24 000 DM). Daneben werden ab 1975 Aufwendungszuschüsse mit einer Laufzeit von 14 Jahren gewährt (1974: 8 Jahre). Die Summe dieser Aufwendungszuschüsse während der Gesamtlaufzeit beträgt rd. 12 300 DM (1974: rd. 4 000 DM), der Kapitalwert rd. 8 000 DM (1974: rd. 3 000 DM) je Platz. Die Förderung je Altenheimplatz erhöht sich damit von rd. 27 000 DM im Jahre 1974 um über 50 v. H. (!) auf nunmehr rd. 41 000 DM. Eine weitere erhebliche Verbesserung der Förderung tritt dadurch ein, daß die 1974 auf eine Dauer von 14 Jahren gewährten Einmalzinszuschüsse zu Kapitalmarktdarlehen ab 1975 durch langfristige zinslose Staatsbaudarlehen ersetzt werden.
2. Mit den veranschlagten Haushaltsmitteln können ab 1975 jährlich 2 500 neue Altenheimplätze gefördert werden. Die Gesamtaufwendungen des Staates (Jahresrahmen für Neubewilligungen) erhöhen sich hierbei von 67,8 Mio DM im Jahre 1974 auf jährlich 102,5 Mio DM ab 1975.

F. Freizeit und Erholung

Das Programm Freizeit und Erholung, das 1970 mit einem Jahresbetrag von 20 Mio DM konzipiert wurde, hat bereits in den vergangenen Jahren ein erheblich über diesem Betrag liegendes Volumen erreicht. Die ausgewiesenen Haushaltsmittel und die damit sowie mit Gewinnen der Bayerischen Landesbank finanzierten Darlehensprogramme sowie die Ankäufe von Erholungsgelände aus Grundstocksmitteln betragen 1974 insgesamt rd. 56 Mio DM. Für die Jahre 1975 und 1976 dürfte die Summe der gegenüber 1974 erhöhten Haushaltsansätze (+ 2 Mio DM) zusammen mit den erwarteten Gewinnmitteln der Landesbank und den Ankäufen des Grundstockes voraussichtlich ein Volumen von rd. 58 Mio DM ergeben.

Die Entwicklung des Programms ab 1974 stellt sich wie folgt dar:

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
1. Haushaltsmittel bei Kap. 14 03 Titelgruppe 73 — ohne die für die Zinsverbilligung von Darlehen — verwendeten bzw. vorgesehenen Mittel („Förderung von Maßnahmen für Freizeit und Erholung“)	22,5	24,5	24,5
2. Aus Haushaltsmitteln und aus dem Gewinn der Bayerischen Landesbank zinsverbilligte Darlehen	27,7	rd. 28,0 ¹⁾	rd. 28,0 ¹⁾
3. Verwendung von Mitteln des Grundstocks, insbesondere Ankäufe des Forstgrundstocks	5,5	rd. 5,5 ²⁾	rd. 5,5 ²⁾
Gesamtsumme Ausgaben	55,7	58,0	58,0
Ferner Verpflichtungsermächtigungen	10,0	15,0	15,0

¹⁾ Die genaue Höhe des Darlehensvolumens hängt vom Kapitalmarktzins und den Konditionen für die Letzt-kreditnehmer bzw. der Höhe des Gewinns der Bayerischen Landesbank sowie davon ab, ob neben den veranschlagten Zinszuschüssen noch weitere deckungsfähige Mittel als Zinszuschüsse eingesetzt werden können.

²⁾ Der Einsatz von Grundstocksmitteln hängt von der Leistungsfähigkeit des Grundstocks und einem entsprechenden Angebot geeigneter Objekte ab.

Die Mittel sind insbesondere vorgesehen für:

1. Grundlagenermittlung für die Aufstellung von Raum-, Zeit- und Sachplänen für den Ausbau von Erholungsgebieten sowie für die Beschaffung von fachlichem Informations- und Dokumentationsmaterial.
2. Förderung von Modellvorhaben, insbesondere von Erholungszentren für Ballungsgebiete.
3. Förderung von Investitionen für Erholungseinrichtungen, insbesondere für
 - 3.1 Wanderwege einschließlich Lehrpfade, Trimm-Dich-Pfade, Radwanderwege und Reitwege,
 - 3.2 Freibadeplätze mit Nebeneinrichtungen,
 - 3.3 Erholungszentren,
 - 3.4 Freiluftsportanlagen und -spielplätze,
 - 3.5 Skiabfahrten und Skiwanderstrecken,
 - 3.6 Tierparke und Wildschauegehe,
 - 3.7 Parkplätze im Zusammenhang mit Erholungseinrichtungen,
 - 3.8 Unterkunftshäuser für Wanderer und Bergsteiger einschließlich der zur Versorgung erforderlichen Materialeilbahnen,

- 3.9 Grünparke und Maßnahmen der Landschaftsgestaltung im Zusammenhang mit diesen Erholungseinrichtungen,
 3.10 Errichtung von Dauerkleingärten und Kleinsiedlungsgärten im Zuge städtebaulicher Maßnahmen,
 3.11 Förderung der Sozialfunktion des Staatswaldes (Nationalparke, Naherholungsgebiete und Naturparke).

G. Gesundheitsprogramm

Die Ziele der Gesundheitspolitik der Bayerischen Staatsregierung sind in dem Bayerischen Gesundheitsprogramm, das dem Bayerischen Landtag am 14. August 1974 zugeleitet wurde (vgl. LT-Drs. 7/7106), im einzelnen dargelegt.

Der Freistaat Bayern trägt zur Verwirklichung dieser Ziele einmal durch die Vorhaltung öffentlicher Einrichtungen wie z. B. der Gesundheitsfachbehörden, aber auch der staatlichen Hochschulkliniken und staatlichen Krankenhäuser und andererseits durch die finanzielle Förderung von Maßnahmen Dritter in wesentlichem Umfang bei. Eine umfassende Darstellung der Leistungen des Staates im gesundheitlichen Bereich ist wegen der Ambivalenz vieler Maßnahmen und der sich hieraus ergebenden Zuordnungsschwierigkeiten nicht möglich.

Im Haushalt 1975/1976 sind folgende Ausgaben für das Gesundheitswesen enthalten, die den Zielen des Bayerischen Gesundheitsprogramms dienen:

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
Gesamtaufwendungen (Funktionen 132, 242, 311—319 FPl sowie Kap. 10 03/532 01)	1 646,7	1 824,4	1 939,7
davon			
1. Staatliche Fachbehörden und Einrichtungen des Gesundheitswesens (Gesundheitsämter, Landesimpfanstalt, Landesuntersuchungsämter u. a.) ¹⁾	95,0	104,5	113,2
2. Staatliche Krankenanstalten			
2.1 Hochschulkliniken und dgl.	789,5	840,9	890,9
2.2 Versorgungskrankenanstalten, Kurkliniken	56,5	67,9	78,1
2.3 Deutsches Herzzentrum München	26,5	39,3	39,1
3. Förderungsmaßnahmen			
3.1 Krankenhausförderung nach dem KHG	650,0	740,0	785,0
3.2 Sonstige Maßnahmen (z. B. Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, Untersuchungen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz, Maßnahmen der Gesundheitshilfe, Bekämpfung des Drogenmißbrauchs u. ä.) ²⁾	9,7	11,5	11,6
Nachrichtlich			
¹⁾ Daneben Ausgaben für Einrichtungen ähnlicher Zielsetzung wie Gewerbeaufsichtsämter, Landesinstitute für Arbeitsmedizin und Arbeitsschutz sowie für die Akademie für Arbeits- und Sozialmedizin.	24,7	33,8	30,6
²⁾ Daneben Ausgaben für Arbeitsschutz- und Unfallschutzaufklärung.	0,4	0,5	0,5

H. Sicherheitsprogramm

Im Programm für die Innere Sicherheit in Bayern, welches der Ministerrat am 14. November 1972 gebilligt hat, sind die Schwerpunkte der Staatsregierung auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik dargestellt. Sie umfassen u. a. Maßnahmen und Vorhaben in den Bereichen Personal und technische Ausstattung der Polizei. Für die Realisierung dieser Zielsetzungen sind im Haushalt 1975/1976 folgende Ansätze enthalten:

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
1. Gesamtausgaben für die staatliche Polizei	767,0*	946,0	1 180,6
mehr gegenüber Vorjahr		+ 179,0	+ 234,6
davon Personalausgaben	620,0*	758,5	940,9
Investitionen einschl. Anti-Terrorprogramm (Kap. 03 03 TG 81)	28,4	27,6	28,7
Hochbau	37,8	45,5	68,2
Gesamtpersonalsoll	(27 766)	(33 021)	(33 771)
Mehr gegenüber Vorjahr		+ (5 255)**	+ (750)
* = einschließlich globaler Personalverstärkungsmittel.			
** = davon Stellenmehrungen für Polizeiverstaatlichung 1975.	—	(5 205)	(—)

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
2. Verstaatlichung der Gemeindepolizeien			
Die Verstaatlichung der Gemeindepolizeien wird entsprechend dem Zeitplan der Staatsregierung mit der Übernahme der Stadtpolizei München zum 1. Oktober 1975 abgeschlossen. Damit wurden in den Hj. 1972 mit 1975 insgesamt 39 Gemeindepolizeien verstaatlicht, für die insgesamt 10 937 neue Stellen geschaffen werden mußten. Der Haushalt 1975/1976 enthält bei Kap. 03 18 unter Berücksichtigung der Fortschreibung der bereits früher übernommenen Gemeindepolizeien für die Polizeiverstaatlichung folgende			
Brutto-Ausgaben	158,5	253,0	414,0
wegfallende Polizeikostenzuschüsse	38,5	76,2	123,8
verbleibende Netto-Belastung	120,0	176,8	290,2
3. Besonders hervorzuhebende Einzelmaßnahmen			
3.1 Landeskriminalamt			
Weiterer Ausbau des polizeilichen Informationssystems im Bund-Länderverbund durch Erweiterung der EDV-Anlage und Anschluß weiterer Datensichtstationen hierfür sind bei Kap. 03 17 TG 73 veranschlagt	2,4	3,0	4,7
3.2 Landespolizei			
Weiterführung des Anti-Terrorprogramms zur Bekämpfung schwerster Sicherheitsstörungen insbesondere zur Ausstattung entsprechender Spezialeinheiten bei den ehem. Großstadtpolizeien (Kap. 03 03 TG 81)	3,8	2,5	2,3
ferner sollen die Mittel für die Schießausbildung weiter erhöht werden (Kap. 03 18/522 01 und 685 01)	0,6	0,9	0,9
Weitere Verbesserung der technischen Ausstattung und Sachmittel, insbesondere bei den Kraftfahrzeugen; hierfür sind (bei Kap. 03 18 Tit. 514 01, 515 01, 515 22, 515 24, 522 03, 811 01 und 812 06) insgesamt veranschlagt	15,4	22,4	23,0
Einführung des EDV-Betriebs auch bei der Landespolizei insbesondere zur Automation des Bußgeldverfahrens (Kap. 03 18/518 11 und TG 73)	—	1,2	4,2
Steigerung der Effizienz der Polizei durch Neuorganisation unter Schaffung von Einsatzzentralen (Kap. 03 18 TG 74)	—	3,1	4,8
Weiterer Ausbau des Notrufs 110 im Rahmen eines 5-Jahres-Planes (1974—1978). Veranschlagt sind bei Kap. 03 18 und 03 19 TG 72	1,7	5,5	6,9
Schaffung von neuen Stellen			
a) zur Weiterführung des 10%igen Verstärkungsprogramms	(—)	(—)	(178)
b) für Angestellte zur Entlastung des Vollzugsdienstes von sachfremden Aufgaben	(—)	(—)	(240)
Summe	21,5	35,6	42,1
Stellen	(—)	(—)	(418)
3.3 Bereitschaftspolizei			
Wesentliche Verbesserung der Unterbringungsverhältnisse durch Fertigstellung des Standorts Königsbrunn und eines weiteren Unterkunftsgebäudes in Nürnberg. Für die erforderliche Erstausrüstung sind bei Kap. 03 20 Tit. 812 01 veranschlagt	—	1,3	1,3
Schaffung von neuen Stellen			
a) für die 24. Hundertschaft der VI. Abteilung	(—)	(—)	(198)
b) für den Stab der V. Abteilung	(—)	(—)	(84)
Summe	—	1,3	1,3
Stellen	(—)	(—)	(282)
Summe 3 insgesamt	23,9	39,9	48,1
Mehr gegenüber 1974		+ 16,0	+ 24,2 + 16,0
Zusammen mehr			+ 40,2

I. Bayerisches Berufsbildungsprogramm

Das von der Staatsregierung beschlossene Bayerische Berufsbildungsprogramm wurde am 29. Juli 1974 dem Bayerischen Landtag zugeleitet (LT-Drs. 7/7016). Die Staatsregierung hat im Berufsbildungsprogramm ihre Konzeption über die strukturelle und inhaltliche Gestaltung und Weiterentwicklung der beruflichen Bildung erarbeitet.

Das Berufsbildungsprogramm vermittelt einen Überblick über die derzeitige Situation in den vielfältigen Bereichen der beruflichen Bildung.

Das Programm enthält Leitlinien und Planungen für eine kontinuierliche Weiterentwicklung und Verbesserung der beruflichen Bildung. Es bezeichnet die staatlichen Regelungs-, Einwirkungs- und Förderungsmaßnahmen, mit denen diese Ziele verwirklicht werden können.

Die steigenden Anforderungen, die fortschreitende Technisierung und struktureller Wandel an Berufstätige stellen, erfordern die vorgesehenen Maßnahmen der Staatsregierung.

Zu dem finanziellen Förderungskatalog gehören Maßnahmen zur Berufsfindung, Förderung der Berufsaus- und -fortbildung sowie die Umschulung im schulischen wie außerschulischen Bereich, Unterstützung berufsbedeutsamer Weiterbildungsmaßnahmen und ganz besonders Hilfen bei der beruflichen Bildung besonderer Personengruppen, die aus verschiedenen Gründen in diesem Bereich größere Schwierigkeiten zu bewältigen haben, als allgemein üblich.

Das Berufsbildungsprogramm enthält nicht die finanziellen Mittel für die Forschungsvorhaben auf dem Gebiet der Berufsbildung, die gleichwohl gerade für Planung und Weiterentwicklung von großer Bedeutung sind und von der Staatsregierung entsprechend eingesetzt werden. Sie wirken jedoch nur indirekt und langfristig nach außen auf die Gestaltung der beruflichen Bildung ein.

Die Haushaltsansätze für die einzelnen Maßnahmen entwickeln sich von 1974 bis 1976 wie folgt:

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
1. Besondere Maßnahmen zur Berufsfindung (Abschn. III. des Berufsbildungsprogramms):			
Maßnahmen zur Berufsfindung im sozialen Bereich (Kap. 10 05 Tit. 684 73)	0,2	0,4	0,4
2. Grund- und Fachbildung in Berufsschulen (Abschn. IV. 1.1 des Berufsbildungsprogramms)	200,7	236,1	270,0
davon:			
staatliche Berufsschulen und Berufsaufbauschulen (Kap. 05 55)	(75,9)	(171,0)	(202,9)
nichtstaatliche Berufsschulen und Berufsaufbauschulen — Kap. 05 04 TG 78 (Minderung ab 1975 infolge Verstaatlichung kommunaler Schulen)	(121,0)	(58,4)	(60,0)
3. Ausbildung in betrieblichen und überbetrieblichen Einrichtungen (Abschn. IV. 1.2 des Berufsbildungsprogramms) ..	24,3	27,2	28,3
davon:			
Förderung der Berufsbildung im Handwerk und in der sonstigen gewerblichen Wirtschaft (Kap. 07 03 Tit. 685 02, 685 06 und aus Kap. 07 04 TG 71)	(9,6) ¹⁾	(10,9) ²⁾	(11,0) ²⁾
Förderung der praktischen Ausbildung in den landwirtschaftlichen Ausbildungsberufen	(14,1)	(15,6)	(16,6)
4. Ausbildung in beruflichen Vollzeitschulen und sonstigen Einrichtungen (Abschn. IV. 2 des Berufsbildungsprogramms)	68,1	80,4	85,9
davon:			
nichtstaatliche Berufsfachschulen einschl. Wirtschaftsschulen (Kap. 05 04 TG 80)	(38,5)	(46,0)	(49,0)
staatliche Fachschulen, Wirtschaftsschulen, Landfrauenschule (Kap. 05 59, 05 62 und 05 66)	(8,5)	(12,6)	(14,4)
staatliche Berufsfachschulen des Gesundheitswesens (Kap. 05 08, 05 18, 05 20 je TG 73; u. a.)	(8,8)	(10,4)	(11,0)
Bayerisches Jugendwerk (Kap. 10 05 TG 71, 72)	(11,6)	(11,5)	(11,5)
5. Fortbildung (Abschn. V. des Berufsbildungsprogramms) ..	27,1	32,8	34,8
davon:			
nichtstaatliche Fachschulen und Fachakademien (Kap. 05 04 TG 81 und 83)	(10,7)	(14,9)	(16,8)
Fortbildung in Fachschulen und Vorbereitung auf die Meisterprüfung in den landwirtschaftlichen Ausbildungsberufen	(13,6)	(15,4)	(15,5)

¹⁾ davon 2,0 Mio DM Bundesmittel

²⁾ davon 1,7 Mio DM Bundesmittel } Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur

	in Mio DM		
	1974	1975	1976
6. Umschulung (Abschn. VI. des Berufsbildungsprogramms):			
Bayerisches Berufsförderungsprogramm (Kap. 10 05 TG 76)	1,6	1,7	1,7
7. Berufliche Schulen, die auch zur Hochschulreife führen (Abschn. VII. des Berufsbildungsprogramms)	46,0	60,3	63,7
davon:			
staatliche Berufsoberschulen und Fachoberschulen (Kap. 05 56 und 05 61)	(38,7)	(51,5)	(54,2)
nichtstaatliche Berufsoberschulen und Fachoberschulen (Kap. 05 04 TG 79 und TG 82)	(7,3)	(8,8)	(9,5)
8. Berufsbedeutsame Weiterbildungsmaßnahmen (ohne Mittel aus dem Erwachsenenbildungsgesetz) nach Abschn. VIII. des Berufsbildungsprogramms	2,8	4,9	4,0
davon:			
Förderung der berufsbezogenen Bildung	(1,4)	(1,4)	(1,4)
Berufliche Erwachsenenbildung im landwirtschaftlichen Bereich	(1,4)	(3,5)	(2,6)
9. Berufliche Bildung für besondere Personengruppen (Ab- schnitt X. des Berufsbildungsprogramms)	4,4	10,1	10,7
davon:			
Berufsbildung und berufliche Grundlehrgänge für die In- sassen der Justizvollzugsanstalten (Teilansätze aus Kap. 04 05)	(4,0)	(9,6)	(10,2)
10. Gesamtsumme Ausgaben	375,2	453,9	499,5
nachrichtlich:			
daneben zur Förderung der beruflichen Bildung von Be- hinderten aus Mitteln des 1. Bayerischen Landesplans für Behinderte	(8,1)	(9,5)	(9,0)

K. Förderungsmaßnahmen im Zuge der Gebietsreform

Der Freistaat Bayern stellt für Zentralitätseinbußen ehemaliger Kreisstädte, für die Förderung der Errichtung von Landratsamtsgebäuden sowie für Gemeindezusammenschlüsse im Zuge der Gebietsreform in den Jahren 1975 und 1976 wiederum erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung.

I. Strukturförderungsprogramm für ehemalige Kreisstädte — Förderung der Errichtung von Landratsamtsgebäuden (Kreisgebietsreform)

1. Ausgleich von Zentralitätsminderungen der Städte, die den Kreissitz verloren haben

Als Folge der Gebietsreform, die 1972 ursprünglich 143 Landkreise zu 71 zusammenschmelzen ließ, hat eine Reihe von Städten ihre Eigenschaft als Kreisstadt verloren. Auf der Grundlage des Arbeitsergebnisses eines Interministeriellen Ausschusses hat die Staatsregierung am 17. Oktober 1972 beschlossen, Zentralitätseinbußen früherer Kreisstädte durch zusätzliche gezielte Finanzhilfen für strukturverbessernde Maßnahmen nach einem mehrjährigen, jährlich fortzuschreibenden Programm auszugleichen. Für die Dauer dieses Mehrjahres-Programms fördern die Ministerien außerdem im Rahmen ihrer laufenden Programme zeitlich vorrangig und — gemäß den geltenden Richtlinien — der Höhe nach bevorzugt Vorhaben strukturverbessernder Art in den betroffenen Orten.

Die Förderung erstreckt sich überwiegend auf die Errichtung oder den Ausbau von Schulen, sonstigen Bildungseinrichtungen, zentralen Sportanlagen, lebenswichtigen öffentlichen Gebäuden, überörtlichen Straßen sowie auf wasserwirtschaftliche Maßnahmen, wirtschaftsfördernde Vorhaben und Städtebauförderungsmaßnahmen.

1.1 Zur Verwirklichung des Ausgleichsprogramms wurden bereits im **Jahr 1972** Fördermittel aus den einschlägigen Titeln des Haushalts, Gelder aus der Gewinnverteilung 1971 der Landesbodenkreditanstalt sowie besondere Bedarfszuweisungen gem. Art. 11 FAG zur Verfügung gestellt.

Im **Jahr 1973** wurden für strukturverbessernde Maßnahmen in den ehemaligen Kreisstädten Zuschüsse in Höhe von 10 Mio DM gem. Art. 10 FAG und von 13,2 Mio DM gem. Art. 11 FAG gewährt. Zinsgünstige Darlehen in Höhe von 6 Mio DM und Zuschüsse von 1,5 Mio DM gem. Art. 13 b und c FAG ergänzten die erwähnten Finanzhilfen.

Im **Jahr 1974** erreichten die Fördermittel zum Vollzug des Strukturförderungsprogramms gem. Art. 10 und 11 FAG eine Höhe von insgesamt 30 Mio DM. Zusätzlich konnten zinsgünstige Darlehen in Höhe von 4,7 Mio DM und Zuschüsse in Höhe von 2,8 Mio DM gem. Art. 13 b und c FAG ausgereicht werden.

Zugunsten der Städte, die wegen der Gebietsreform gerichtliche Streitverfahren angestrengt haben oder keine baureifen Projekte aufweisen konnten, sind Mittel in entsprechender Höhe zurückgestellt.

1.2 In den Jahren **1975 und 1976** betragen die Beihilfen zur Durchführung des Strukturförderungsprogramms jeweils ca. 41 Mio DM. Dieser Betrag setzt sich aus besonderen Bedarfszuweisungsmitteln in Höhe von 15 Mio DM (Kap. 13 10 Tit. 653 07), Geldern für gesonderte Zuschüsse gem. Art. 10 FAG von 20 Mio DM (Kap. 13 10 Tit. 883 11) und aus zinsverbilligten Darlehen aus Mitteln der Bayerischen Landesbank in Höhe von voraussichtlich 6 Mio DM zusammen. Zu dieser Förderung kommen verstärkte Finanzhilfen aus den laufenden Programmen der zuständigen Staatsministerien hinzu.

Die Fördermittel werden ebenso wie in den Vorjahren je nach dem Maß der Zentralitätsminderung und der allgemeinen Leistungskraft einer Stadt zur Spitzenfinanzierung von Projekten gewährt, die gemäß dem Stand der Planung oder der bisherigen Durchführung geeignet sind, Zentralitätseinbußen auszugleichen. Wegen der Form des Strukturförderungsprogramms als Mehrjahresprogramm kann dabei der Entwicklung und den individuellen Bedürfnissen der einzelnen Städte über einen größeren Zeitraum hinaus flexibel Rechnung getragen werden.

1.3 Gemäß Art. 3 Abs. 3 des Finanzausgleichsgesetzes vom 13. August 1974 (GVBl S. 468) wird ferner bei den Städten, die den Kreissitz verloren haben, im Rahmen der Bemessung der Schlüsselzuweisungen bis einschließlich des Jahres 1978 der Hauptansatz mindestens nach der Einwohnerzahl berechnet werden, die diese Städte am 31. Dezember 1971 hatten. Diese sogenannte „Einwohnergarantie-Bestimmung“ hat sich erstmals im Jahr 1974 ausgewirkt. Den betroffenen Städten fließen dadurch weitere Schlüsselzuweisungen im Umfang von ca. 1 Mio DM zu, die den allgemeinen Deckungsmitteln zuzuordnen sind.

2. Zusätzliche Finanzhilfen für Landratsamtsgebäude

Für Landratsamtsgebäude, die infolge der Gebietsreform errichtet, umgebaut oder erweitert werden müssen, ist die Förderung qualitativ verbessert worden. Zu den im Regelfall gewährten zinsverbilligten Darlehen in Höhe von durchschnittlich 20% der beihilfefähigen Kosten können im Einzelfall noch Zuschüsse bis zu 20% bewilligt werden. Für die Vergabe der Darlehen sind im Haushaltsplan 1975/1976 bei Kap. 13 10 Tit. 853 22 je 25 Mio DM veranschlagt. Die für Zuschüsse aus Kap. 13 10 Tit. 883 11 bereitgestellten Mittel werden sich voraussichtlich auf rd. 20 Mio DM pro Jahr belaufen, was einem beihilfefähigen Bauvolumen von 100 Mio DM entspricht.

II. Finanzielle Förderung von Gemeindezusammenschlüssen und Verwaltungsgemeinschaften (Gemeindegebietsreform)

Der Freistaat Bayern läßt sich auch die Gebietsreform im Bereich der Gemeinden angelegen sein. Dank der von ihm gewährten finanziellen Vergünstigungen entschlossen sich viele kleinere Gemeinden zu Zusammenschlüssen, was eine Verringerung ihrer Gesamtzahl (1. Januar 1970: 7 014 — 1. Januar 1975: 4 195) und damit verbunden eine Stärkung ihrer Leistungsfähigkeit zur Folge hatte.

Die aus einer Zusammenlegung hervorgegangene Gemeinde erhält im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs (Art. 3 a FAG) sowohl zusätzliche Schlüsselzuweisungen als auch je nach ihrer Einwohnerzahl gesetzlich festgelegte Förderungsbeträge. In besonderen Einzelfällen können die Leistungen ausnahmsweise noch durch Bedarfzuweisungen ergänzt werden, wenn dies zur Bereinigung einer außergewöhnlichen Lage notwendig ist.

Die staatlichen Leistungen zugunsten der Bildung von gemeindlichen Verwaltungsgemeinschaften bestehen aus Förderungsbeträgen (Art. 3 b FAG) und erhöhten Anteilsbeträgen an den Finanzaufweisungen.

Im Haushalt 1975 und 1976 sind die vermehrten Schlüsselzuweisungen (einschließlich der Förderungsbeträge) für Gemeindezusammenschlüsse mit je 120 Mio DM veranschlagt (Kap. 13 10 Tit. 613 03).

Sonderausweis der staatlichen Hochbaumaßnahmen

mit mehr als 250 000 DM Gesamtkosten im Einzelfall

für den Bereich des

Epl. 13

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1975 DM	1976 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
13 04		Allgemeines Grundvermögen					
		<i>Bezirksfinanzdirektion München</i>					
712 11	871	Herzog-Max-Burg in München, Gebäude am Lenbachplatz und an der Pacellistraße Sonnenschutzmaßnahmen, Verbes- serung der klimatischen Verhält- nisse, Erneuerung der Aufzugsan- lagen, Dachinstandsetzung sowie Sicherheitsmaßnahmen	400 000	110 000	865 000	100 000	—
712 51	871	Staatseigenes Anwesen Berghaus Sudelfeld bei Bayrischzell Umbau und Instandsetzung der Wasserversorgungsanlage	—	—	—	—	—
		Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei Tit. 342 01.					
712 61	871	Staatseigenes Anwesen Ingolstadt, Harderstraße 6 Instandsetzungsmaßnahmen sowie Um- und Ausbau zur Unterbrin- gung des Finanzbauamts	—	30 000	—	—	—
		Gesperrt.					
713 01	871	Ehem. Festungsbauwerke Reduit Tilly und Turm Triva in Ingol- stadt Umbau- und Instandsetzungsmaß- nahmen für Zwecke des Bayeri- schen Armeemuseums 1. Bauabschnitt: Umbau und Instandsetzung des Reduits Tilly	500 000	500 000	400 000 — 50 000	—	—
		Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.					
713 06	871	Alte Kaserne in Neuburg an der Donau Brandschutzmaßnahmen	—	—	—	—	—
		Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.					

Erläuterungen

Gesamt- baukosten DM	Lt. oberst- technischer Prüfung vom...	Bis einschl. Haushaltsj. 1973		Ab 1977 noch benötigt DM	Bemerkungen
		bewilligt DM	verausgabt DM		
9	10	11	12	13	14
2 375 000	14. 2. 1968 1. 2. 1973 17. 8. 1973	1 000 000	75 037	—	Zu 712 11 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme abgeschlossen. Die Erhöhung der Gesamtbaukosten von 2 200 000 DM um 175 000 DM auf 2 375 000 DM wurde vom Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 24. Oktober 1973 genehmigt.
190 000	23. 8. 1972	190 000	106 807	—	Zu 712 51 Die Baumaßnahme wird mit den vorhandenen Ausgabe- resten abgeschlossen. Von den Gesamtbaukosten wurden 25 000 DM durch einen Zuschuß des Bayerischen Jugendring e. V. gedeckt.
1 300 000 geschätzt		295 000	—	975 000	Zu 712 61 Das unter Denkmalschutz stehende Gebäude soll nach Freimachung durch das Finanzamt und die Justizbehörden instand gesetzt und zur Unterbringung des Finanzbau- amts ausgebaut werden. Mit dem veranschlagten Betrag sollen die Planungsarbei- ten begonnen werden.
4 000 000 geschätzt davon festgesetzt 570 000	27. 9. 1973	250 000	29 136	2 400 000	Zu 713 01 Die Errichtung der Festungsbauwerke Reduit Tilly und Turm Triva durch Leo v. Klenze gehört zu dessen eigen- ständigsten architektonischen Leistungen. Die unter Denkmalschutz stehenden Bauwerke sollen instand gesetzt und für Ausstellungszwecke des Bayerischen Armeem- useums ausgebaut werden. Infolge des teilweise sehr schlechten und erst im Zuge der genaueren Planung festgestellten Bauzustands sowie auf Grund von statischen Erfordernissen und zwischen- zeitlicher Lohn- und Materialpreisssteigerungen erhöhen sich die Schätzkosten für Reduit Tilly von bisher 1 000 000 DM auf 4 000 000 DM. Der Teilkostenbetrag von 570 000 DM wurde vom Haus- haltsausschuß des Bayerischen Landtags am 24. Oktober 1973 genehmigt.
450 000 geschätzt davon festgesetzt 170 000	6. 5. 1974	220 000	77 864	230 000	Zu 713 06 Die Baumaßnahme wird mit den vorhandenen Ausgabe- resten weitergeführt. Der Teilkostenbetrag von 170 000 DM wurde vom Haus- haltsausschuß des Bayerischen Landtags am 18. Juni 1974 genehmigt.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1975 DM	1976 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(13 04)		<i>Bezirksfinanzdirektion Landshut</i>					
720 02	871	Ehem. Jesuitenkloster in Landshut Einbau einer Zentralheizungsanlage und Erneuerung der Elektroinstallation sowie Um- und Ausbau insbesondere zur Unterbringung der Landespolizeidienststellen einschl. Errichtung von Garagen Gesperrt.	10 000	700 000	300 000 — 250 000	700 000	700 000
721 05	871	Schloßgebäude Straubing Sanierungs- und Ausbaumaßnahmen 1. Bauabschnitt: Um- und Ausbau des Westflügels zur Unterbringung des Gesundheitsamtes Gesperrt.	100 000	500 000	—	—	1 000 000
		<i>Bezirksfinanzdirektion Augsburg</i>					
727 02	871	Schloßgebäude Dillingen Brandschutz- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie Um- und Ausbau von Diensträumen	500 000	500 000	240 500 — 99 500	500 000	—
727 03	871	Schloßgebäude Dillingen Erneuerung der Außenfassade, der Dachrinnen, des Putzes und sonstige Instandsetzungsarbeiten	—	—	100 000 — 5 000	—	—
727 06	871	Alte Kaserne Dillingen, Kasernenplatz 6 Brandschutzmaßnahmen sowie Um- und Ausbau zur Unterbringung der Landespolizeidienststellen	2 500 000	1 000 000	400 000 + 550 000	1 000 000	—
727 21	871	Schloßgebäude Friedberg Brandschutz- und Instandsetzungsmaßnahmen sowie Um- und Ausbaumaßnahmen Gesperrt. Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei Tit. 331 01.	300 000	750 000	180 000 — 100 000	500 000	700 000

Erläuterungen

Gesamt- baukosten DM	Lt. oberst- technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1973		Ab 1977 noch benötigt DM	Bemerkungen
		bewilligt DM	verausgabt DM		
9	10	11	12	13	14
7 000 000 geschätzt		410 400	—	5 829 600	Zu 720 02 Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und der Feuersicherheit ist der Einbau einer Zentralheizungsanlage mit zentralem Kesselhaus für das gesamte Anwesen sowie die Erneuerung der Elektroinstallation erforderlich. Ferner soll ein größerer Trakt des unter Denkmalschutz stehenden Gebäudes insbes. zur Unterbringung der Landespolizeidienststellen, die bisher in verschiedenen Mieträumen unzureichend untergebracht sind, umgebaut und instand gesetzt werden. Auf Grund der genaueren Planung und zwischenzeitlicher Lohn- und Materialpreissteigerungen erhöhen sich die bisherigen Schätzkosten von 4 500 000 DM auf 7 000 000 DM.
3 250 000 geschätzt		—	—	2 650 000	Zu 721 05 Im Schloßgebäude Straubing sind umfangreiche Brandschutz und Instandsetzungsmaßnahmen erforderlich, die im Rahmen einer abschnittswisen Generalsanierung des gesamten Gebäudes durchgeführt werden sollen. Diese soll durch Ausbau des Westflügels für das Gesundheitsamt, des Südflügels für das Finanzamt sowie des kunsthistorisch bedeutenden Nord- und Ostflügels für das Gäubodenmuseum erfolgen. Mit den veranschlagten Beträgen soll als 1. Bauabschnitt der Ausbau des Westflügels zur Unterbringung des Gesundheitsamtes begonnen werden.
2 000 000	2. 12. 1974	404 200	—	454 800	Zu 727 02 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme begonnen. Der Gesamtkostenbetrag von 2 000 000 DM wurde vom Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 22. Januar 1975 genehmigt.
455 000	5. 3. 1969 5. 3. 1974	360 000	163 632	—	Zu 727 03 Die Maßnahme wird mit den vorhandenen Ausgaberesten abgeschlossen. Der Gesamtkostenbetrag von 455 000 DM wurde vom Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 5. März 1974 genehmigt.
5 000 000	29. 10. 1973	440 000	—	110 000	Zu 727 06 Mit den veranschlagten Beträgen wird die Maßnahme weitergeführt. Der Gesamtkostenbetrag von 5 000 000 DM wurde vom Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 29. Oktober 1973 genehmigt.
2 500 000 geschätzt		—	—	1 370 000	Zu 727 21 Im Schloßgebäude Friedberg sind neben Brandschutzmaßnahmen größere Instandsetzungsmaßnahmen sowie denkmalpflegerische Sanierungsarbeiten erforderlich. Nach Freimachung durch die Landespolizei sollen zusätzliche Räume für das Vermessungsamt und das Heimatmuseum ausgebaut werden. Zu den Kosten des Museumsausbaus wird ein Zuschuß der Stadt Friedberg erwartet, dessen Höhe noch nicht feststeht.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Verpflichtungsermächtigungen	
						1975	1976
1	2	3	4	5	6	7	8
			DM	DM	DM	DM	DM
(13 04)							
727 31	871	Schloßgebäude Günzburg Brandschutz- und Instandsetzungs- maßnahmen sowie Um- und Aus- bau von Diensträumen	600 000	170 000	300 000 + 200 000	270 000	—
727 41	871	Ehem. Klostergebäude Roggen- burg Brandschutz-, Instandsetzungs- und denkmalpflegerische Restau- rierungsmaßnahmen	750 000	750 000	—	—	—
727 51	871	Ehem. Amtsgerichtsgebäude Monheim Brandschutzmaßnahmen sowie Um- und Ausbau	200 000	300 000	—	300 000	—
		Gesperrt.					
729 02	871	Residenz Kempten (Allgäu) Instandsetzungsmaßnahmen sowie Um- und Ausbau von Diensträu- men	—	—	—	—	—
729 03	871	Residenz Kempten (Allgäu) Um- und Ausbau des Fürsten- saales sowie Errichtung von Ga- ragen	545 000	—	450 000	—	—
		Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei Tit. 333 01.					
729 11	871	Schloßgebäude Immenstadt Brandschutz- und Instandsetzungs- maßnahmen sowie Um- und Aus- bau einschl. Abbruch eines Neben- gebäudes und Errichtung eines Anbaus zur Unterbringung der Landespolizei, des Amtsgerichts und des Finanzamts	405 000	—	350 000 + 275 000	—	—
		Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei Tit. 333 01.					
729 21	871	Schloßgebäude Marktoberdorf Sicherungs-, Instandsetzungs- und Wiederaufbaumaßnahmen wegen Brandschaden sowie Um- und Aus- bau zur Unterbringung des Ge- sundheitsamtes	320 000	300 000	109 900 — 100 000	—	—
		Gesperrt über den festgesetzten Betrag hinaus.					
730 01	871	<i>Bezirksfinanzdirektion Ansbach</i> Ehem. Festung Lichtenau Instandsetzung sowie Um- und Ausbau für Archivzwecke	500 000	1 200 000	—	500 000	500 000
		Gesperrt.					

Erläuterungen

Gesamt- baukosten DM	Lt. oberst- technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1973		Ab 1975 noch benötigt DM	Bemerkungen
		bewilligt DM	verausgabt DM		
9	10	11	12	13	14
1 270 000	23. 11. 1973	—	—	—	<p>Zu 727 31 Mit den veranschlagten Beträgen soll die Maßnahme fortgeführt werden. Der Gesamtkostenbetrag von 1 270 000 DM wurde vom Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 23. November 1973 genehmigt.</p> <p>Zu 727 41 Im ehemaligen Kloster Roggenburg sind neben Brandschutz- und Instandsetzungsmaßnahmen vordringliche denkmalpflegerische Restaurierungsmaßnahmen notwendig, um die wertvolle Bausubstanz zu erhalten.</p>
2 600 000	13. 3. 1975	—	—	1 100 000	<p>Zu 727 51 In dem unter Denkmalschutz stehenden früheren Schloßgebäude sind bauliche Brandschutzmaßnahmen sowie Umbaumaßnahmen erforderlich.</p> <p>Zu 729 02 Die Maßnahme wird mit den vorhandenen Ausgaberesten abgeschlossen.</p>
500 000 geschätzt		—	—	—	<p>Zu 729 03 Die bisher auf 1 560 000 DM festgesetzten Gesamtbaukosten erhöhen sich um 225 000 DM auf 1 785 000 DM. Von den Mehrkosten entfallen rd. 8 000 DM auf zwischenzeitliche Lohn- und Materialpreiserhöhungen 217 000 DM auf Massenmehrungen und Ausführungsänderungen, die hauptsächlich aus bautechnischen und konstruktiven Gründen erforderlich wurden</p>
2 500 000	19. 6. 1962 6. 5. 1963 6. 11. 1968	2 500 000	2 450 861	—	<p>225 000 DM Mit dem veranschlagten Betrag wird die Maßnahme abgeschlossen. Von den Gesamtkosten werden 250 000 DM durch einen Zuschuß der Stadt Kempten gedeckt, von dem bisher einschl. 1974 170 000 DM bereitgestellt wurden.</p>
1 785 000	1. 6. 1970 15. 1. 1972 27. 3. 1975	630 000	67 754	—	<p>Zu 729 11 Die bisher auf 2 325 000 DM festgesetzten Gesamtbaukosten erhöhen sich um 665 000 DM auf 2 990 000 DM. Von den Mehrkosten entfallen rd. 128 000 DM auf zwischenzeitliche Lohn- und Materialpreiserhöhungen 110 000 DM auf höhere Fundierungskosten infolge schlechter Baugrundverhältnisse insbesondere am neuen Nordflügel 427 000 DM auf unvorhersehbare statische Sicherungsmaßnahmen und teilweise Erneuerung von Deckenbalken, Mauerauflagen und Fensterstürzen einschl. anteiliger Erhöhung der Baunebenkosten</p>
2 990 000	3. 7. 1964 2. 3. 1967 26. 10. 1972 5. 3. 1975	1 935 000	1 651 421	—	<p>665 000 DM Mit dem veranschlagten Betrag wird die Maßnahme abgeschlossen. Von den Gesamtkosten werden 25 000 DM durch einen Zuschuß der Stadt Immenstadt gedeckt, der 1975 bereitgestellt wird.</p>
3 000 000 geschätzt davon festgesetzt 2 200 000	5. 3. 1970	2 223 665	1 845 337	146 500	<p>Zu 729 21 Nach Verlegung des Amtsgerichts und des Finanzamts im Zuge der Gebietsreform würde nur das Vermessungsamt im Schloß verbleiben, das damit größtenteils leer stünde und trotzdem weiterhin baulich unterhalten werden müßte. Um das zu vermeiden, soll das bisher in Mieträumen benutzte untergebrachte Gesundheitsamt mit Ausnahme der Mütterberatungsstelle in das Schloß verlegt werden. Eine Erhöhung des bisherigen Schätzbetrags von 3 000 000 DM tritt dadurch voraussichtlich nicht ein. Mit den veranschlagten Beträgen wird die Baumaßnahme fortgeführt.</p>
5 150 000 geschätzt		—	—	3 450 000	<p>Zu 730 01 Das akut einsturzgefährdete Schloßgebäude sowie der baulich in befriedigendem Zustand befindliche Kasemattenring der ehem. Festung Lichtenau sollen instand gesetzt und zur Unterbringung einer Zweigstelle des Staatsarchivs Nürnberg ausgebaut werden. Mit den veranschlagten Beträgen sollen die Baumaßnahmen begonnen werden.</p>

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975	1976	1974	Verpflichtungsermächtigungen	
						1975	1976
1	2	3	4	5	6	7	8
			DM	DM	DM	DM	DM
(13 04)							
730 11	871	Ehem. Klostergebäude in Heidenheim bei Gunzenhausen Brandschutz- sowie Instandsetzungs- und Umbaumaßnahmen ..	490 000	—	68 500	—	—
733 01	871	Staatseigene Anwesen in Nürnberg, Zeltnerstraße 31 und Zollhof 4 und 6 Instandsetzung	—	—	18 200	—	—
733 11	871	Burg Hohenberg a. d. Eger Wiederaufbau der Vorburg zur Unterbringung eines Porzellanmuseums, Planung	100 000	100 000	—	—	—
737 01	871	Staatseigene Anwesen Bayreuth, Luitpoldplatz 1 und 3 Abbruch und Wiederaufbau insbesondere zur Unterbringung der Landesbildstelle Nordbayern	1 000 000	3 000 000	—	4 000 000	3 000 000
		<i>Bezirksfinanzdirektion Würzburg</i>					
740 01	871	Burgruine Alzenau Ausbau	33 400	—	100 000	—	—
		Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei Tit. 333 01.					
		<i>Bezirksfinanzdirektion Regensburg</i>					
746 01	871	Burg Kastl Ausbaumaßnahmen für das Gymnasium mit Internat des Ungarischen Schulvereins e. V.	140 000	15 000	—	—	—
		Die Ausgabebefugnis erhöht sich um die Einnahme bei Tit. 342 01.					
<u>746 02</u>	871	Burg Kastl Brandschutzmaßnahmen einschl. Erneuerung der Elektroinstallation	340 000	455 000	—	330 000	300 000
		Gesperrt.					

Erläuterungen

Gesamt- baukosten DM	Lt. oberst- technischer Prüfung vom ...	Bis einschl. Haushaltsj. 1973		Ab 1977 noch benötigt DM	Bemerkungen
		bewilligt DM	verausgabt DM		
9	10	11	12	13	14
1 300 000	12. 12. 1966 30. 3. 1971 20. 5. 1974	741 500	741 453	—	Zu 730 11 Mit dem veranschlagten Betrag wird die Maßnahme abgeschlossen. Der Gesamtkostenbetrag von 1 300 000 DM wurde vom Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 18. Juni 1974 genehmigt.
390 200	14. 4. 1969 2. 4. 1970 5. 5. 1970 15. 9. 1971 5. 3. 1974	372 000	372 000	—	Zu 733 01 Die Baumaßnahme ist abgeschlossen.
1 500 000 geschätzt		—	—	1 300 000	Zu 733 11 Die Maßnahme wurde gemäß Beschluß des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags vom 6. März 1974 in den Nachtragshaushalt 1974 aufgenommen. Mit den veranschlagten Beträgen sollen die Planungsarbeiten durchgeführt werden.
12 042 000	25. 4. 1974	1 905 000	426 154	6 137 000	Zu 737 01 Die Maßnahme soll mit den veranschlagten Beträgen begonnen werden. Der Gesamtkostenbetrag von 12 042 000 DM wurde vom Haushaltsausschuß des Bayerischen Landtags am 25. April 1974 genehmigt.
700 000	28. 6. 1973	100 000	700	—	Zu 740 01 Mit dem veranschlagten Betrag wird die Maßnahme abgeschlossen. Von den Gesamtkosten werden insgesamt 466 666 DM durch Zuschüsse des Landkreises Aschaffenburg und der Stadt Alzenau gedeckt, von denen bis einschließlich 1974 233 333 DM bereitgestellt wurden.
1 300 000	17. 9. 1962 20. 10. 1964 11. 8. 1965 17. 7. 1968 13. 10. 1970 23. 11. 1971 30. 4. 1975	990 000	981 231	—	Zu 746 01 Die bisherigen Gesamtkosten von 990 000 DM, von denen insgesamt 829 200 DM durch Zuschüsse Dritter (insbesondere vom Ungarischen Schulverein e. V.) gedeckt wurden, erhöhen sich um 310 000 DM auf 1 300 000 DM. Die Mehrkosten sind durch den Ausbau von Dachgeschoßräumen zu Internatsräumen begründet. Von den Mehrkosten werden 155 000 DM durch einen Zuschuß des Ungarischen Schulvereins gedeckt.
1 100 000 geschätzt		—	—	305 000	Zu 746 02 Auf Grund des Schul- und Internatsbetriebs sind zusätzliche Brandschutzmaßnahmen sowie die Erneuerung der feuergefährlichen Elektroinstallation notwendig.

Kap. Titel	Funk- tion	Zweckbestimmung	1975 DM	1976 DM	1974 DM	Verpflichtungsermächtigungen	
						1975 DM	1976 DM
1	2	3	4	5	6	7	8
(13 04)							
746 12	871	Schloßgebäude Sulzbach- Rosenberg Instandsetzungsarbeiten am Ge- bäudeäußeren	—	—	—	—	—
746 13	871	Schloßgebäude Sulzbach- Rosenberg Sicherungsmaßnahmen am Felsen- garten, den Stützmauern und den sonstigen Außenanlagen	—	—	147 900	—	—
		Summe Kap. 13 04 zugleich Gesamtausgaben Anlage S Epl. 13	9 733 400	10 380 000	4 030 000 — 604 500 + 1 025 000*)	8 200 000	6 200 000

Erläuterungen

Gesamt- baukosten DM	Lt. oberst- technischer Prüfung vom...	Bis einschl. Haushaltsj. 1973		Ab 1977 noch benötigt DM	Bemerkungen
		bewilligt DM	verausgabt DM		
9	10	11	12	13	14
340 000	22. 1. 1969	340 000	317 275	—	Zu 746 12 und 746 13 Die Maßnahmen werden mit den vorhandenen Ausgabe- resten abgeschlossen.
1 115 000	8. 8. 1969	967 150	771 673	—	
68 102 200				26 457 900	*) Bei dem Betrag von 1 025 000 DM handelt es sich um um- gesetzte Verstärkungsmittel aus dem Ansatz bei Kap. 13 03 Tit. 749 68 des Nachtragshaushalts 1974.

